

GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

1971

Berlin, den 12. März 1971

Teil I Nr. 1

Tag

Inhalt

Seite

2. 3. 71 Bekanntmachung über die Ratifikation des Protokolls vom 18. Dezember 1970 über die Änderung des Abkommens über die mehrseitigen Verrechnungen in transferablen Rubeln und die Gründung der Internationalen Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie des Statuts dieser Bank

**Bekanntmachung
über die Ratifikation des Protokolls
vom 18. Dezember 1970
über die Änderung des Abkommens
über die mehrseitigen Verrechnungen
in transferablen Rubeln
und die Gründung der Internationalen Bank
für Wirtschaftliche Zusammenarbeit
sowie des Statuts dieser Bank**

vom 2. März 1971

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik am 16. Februar 1971 das nachstehend veröffentlichte

Protokoll vom 18. Dezember 1970

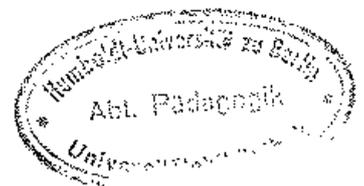
über die Änderung des Abkommens über die mehrseitigen Verrechnungen in transferablen Rubeln und die Gründung der Internationalen Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie des Statuts dieser Bank ratifiziert hat.

Der Tag, an dem das Protokoll in Kraft tritt, wird im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntgemacht.

Berlin, den 2. März 1971

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

O. Gotsche



**Protokoll
über die Änderung des Abkommens
über die mehrseitigen Verrechnungen
in transferablen Rubeln
und die Gründung der Internationalen Bank
für Wirtschaftliche Zusammenarbeit
sowie des Statuts dieser Bank**

Die Regierungen der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Mongolischen Volksrepublik, der Volksrepublik Polen, der Sozialistischen Republik Rumänien, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik haben

mit dem Ziel der Verbesserung und der weiteren Ausdehnung der Tätigkeit der Internationalen Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit

und in Übereinstimmung mit Artikel XV des Abkommens über die mehrseitigen Verrechnungen in transferablen Rubeln und die Gründung der Internationalen Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 22. Oktober 1963 und mit Artikel 44 des Statuts der Internationalen Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, das ein untrennbarer Bestandteil des Abkommens vom 22. Oktober 1963 ist,

folgendes vereinbart:

I.

Im Abkommen über die mehrseitigen Verrechnungen in transferablen Rubeln und die Gründung der Internationalen Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit folgende Änderungen vorzunehmen:

1. Zu Artikel I:

Aus dem dritten Absatz sind die Worte „für Verrechnungen mit anderen Abkommenspartnern“ zu streichen.

Der vierte Absatz ist wie folgt abzufassen:

„Beim Abschluß von Handelsabkommen wird jedes Mitgliedsland der Bank gewährleisten, daß sich die Zahlungseingänge und -ausgänge in transferablen Rubeln innerhalb des Kalenderjahres oder eines anderen von den Mitgliedsländern der Bank abgestimmten Zeitraumes mit allen anderen Mitgliedsländern der Bank insgesamt ausgleichen. Dabei werden die Bildung oder Verwendung möglicher Reserven in transferablen Rubeln sowie die Kreditoperationen berücksichtigt.“

2. Zu Artikel II:

Der zweite Absatz ist wie folgt abzufassen:

„Gründungsmitglieder der Bank sind die Abkommenspartner.“

Der Punkt „d“, erster Absatz, ist wie folgt abzufassen:

„d) der Heranziehung von Gold, frei konvertierbarer und anderer Währung von den Mitgliedsländern der Bank und von anderen Ländern sowie der Durchführung anderer Operationen mit Gold, frei konvertierbarer und anderer Währung.“

Der Punkt „d“, zweiter Absatz, ist wie folgt abzufassen:

„Der Bankrat wird die Frage der Möglichkeit der Durchführung von Operationen zum Umtausch von transferablen Rubeln in Gold und frei konvertierbare Währung durch die Bank untersuchen.“

Der vorletzte Absatz ist wie folgt abzufassen:

„Außer den genannten Funktionen kann die Bank im Auftrage der interessierten Länder die Finanzierung und Kreditierung der Tätigkeit bestehender gemeinsamer Industriebetriebe und anderer Objekte aus Mitteln, die von diesen Ländern bereitgestellt werden, vornehmen.“

3. Zu Artikel III:

Im ersten Absatz ist nach dem ersten Satz folgender Text aufzunehmen:

„Auf Beschluß des Bankrates wird ein Teil dieses Grundkapitals in Gold und in frei konvertierbarer Währung gebildet.“

Im ersten Satz des zweiten Absatzes ist nach den Worten „Die Anteile am Grundkapital der Bank“ einzufügen „in transferablen Rubeln“.

4. Zu Artikel V:

Der letzte Absatz ist wie folgt abzufassen:

„Auf Beschluß des Bankrates brauchen die Zinsen auf den laufenden Konten nicht berechnet werden.“

5. Zu Artikel VI:

Dieser Artikel ist wie folgt abzufassen:

„Die Bank kann Kredite in transferablen Rubeln gewähren:

- a) Verrechnungskredit — zur Deckung des Bedarfs der bevollmächtigten Banken an Mitteln, wenn die Zahlungsausgänge die Zahlungseingänge kurzfristig übersteigen. Dieser Kredit trägt revolving Charakter. Er wird notwendigenfalls sofort in den Grenzen des vom Bankrat festgelegten Limits ausgereicht. Eine Tilgungsfrist wird für diesen Kredit nicht festgelegt. Die Kreditverschuldung kann auf das folgende Jahr übertragen werden;

b) befristeter Kredit — zur Deckung des Bedarfs der bevollmächtigten Banken an Mitteln für längere Zeiträume. Dieser Kredit wird für Maßnahmen zur Spezialisierung und Kooperation der Produktion, zur Erweiterung des Warenumsatzes, für den Ausgleich der Zahlungsbilanz, für Saisonbedarf usw. gewährt. Die Bank gewährt diesen Kredit auf der Grundlage der begründeten Anträge der bevollmächtigten Banken mit einer festen Laufzeit bis zu einem Jahr, in Einzelfällen auf Beschluß des Bankrates — bis zu 2–3 Jahren.

Für die Inanspruchnahme von Krediten werden Zinsen erhoben. Die Zinssätze bei Krediten in transferablen Rubeln werden vom Bankrat festgelegt, ausgehend von der Notwendigkeit, die sparsame Verwendung der Geldmittel zu stimulieren und die Rentabilität der Bank zu gewährleisten.

Ländern, deren Export einen stark ausgeprägten Saisoncharakter trägt, wird ein befristeter Kredit für Saisonbedarf in der vom Bankrat festgelegten Ordnung zu Vorzugsbedingungen (bezüglich der Zinssätze) gewährt.“

6. Zu Artikel VII:

Aus dem Punkt „b“ dieses Artikels ist zu streichen:

„sowie der Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Finanzierung und Kreditierung des Baues, der Rekonstruktion und der Nutzung von gemeinsamen Industriebetrieben und anderen Objekten.“

7. Zu Artikel XIII:

Dieser Artikel ist wie folgt abzufassen:

„Dem vorliegenden Abkommen können sich andere Länder anschließen und Mitglied der Bank werden. Zu diesem Zweck stellt das betreffende Land beim Bankrat einen offiziellen Antrag unter Hinweis darauf, daß es die Ziele und Prinzipien der Tätigkeit der Bank anerkennt und die Verpflichtungen, die sich aus dem vorliegenden Abkommen und dem Statut der Bank ergeben, übernimmt.

Die Aufnahme als Mitglied der Bank erfolgt bei Zustimmung aller Mitgliedsländer und wird durch Beschluß des Bankrates vollzogen.

Die ordnungsgemäß beglaubigte Kopie des Beschlusses des Bankrates über die Aufnahme des neuen Landes als Mitglied der Bank und sein Dokument über den Beitritt zum vorliegenden Abkommen (Ratifizierung des Abkommens) werden beim Depositär dieses Abkommens hinterlegt. Das Datum der Hinterlegung der genannten Dokumente beim Depositär des Abkommens gilt als Datum für den Anschluß an das Abkommen und den Beitritt des entsprechenden Landes zur Bank.“

8. Zu Artikel XIV:

Aus diesem Artikel ist der letzte Absatz zu streichen.

9. Zu Artikel XV:

Der zweite Absatz dieses Artikels ist wie folgt abzufassen:

„Jedes Land kann seine Teilnahme am vorliegenden Abkommen und seine Mitgliedschaft in der Bank kündigen, indem es den Bankrat mindestens sechs Monate vorher davon in Kenntnis setzt. Im Laufe des genannten Zeitraumes müssen die Beziehungen zwischen der Bank und dem entsprechenden Land bezüglich ihrer gegenseitigen Verpflichtungen geregelt werden.“

Dieser Absatz ist durch folgenden Text zu ergänzen:

„Von der Kündigung der Teilnahme des entsprechenden Landes am vorliegenden Abkommen und von seinem Austritt aus der Bank setzt der Rat den Depositär des vorliegenden Abkommens offiziell in Kenntnis.“

Der dritte Absatz dieses Artikels ist wie folgt abzufassen:

„Das vorliegende Abkommen verliert seine Gültigkeit, wenn mindestens zwei Drittel der Mitgliedsländer der Bank die Teilnahme am Abkommen und die Mitgliedschaft in der Bank bei Einhaltung der Bestimmungen des zweiten Absatzes des vorliegenden Artikels kündigen.“

10. In den Artikeln I (Absatz 3, 5), II (Punkt „b“), III (Absatz 4 und letzter Absatz), V (Absatz 1 sowie in den Punkten „a“, „c“, „d“, „e“), VII (Absatz 1 sowie in den Punkten „a“, „b“ und im letzten Absatz), VIII, X, XI (Absatz 1 und 2), XV (Absatz 1) ist das Wort „Abkommenspartner“ durch die Worte „Mitgliedsländer der Bank“ zu ersetzen.

Im Artikel IV (Absatz 2) sind die Worte „Mitglieder der Bank“ durch die Worte „Mitgliedsländer der Bank“ zu ersetzen.

Im Artikel IX sind die Worte „Teilnehmerländer des vorliegenden Abkommens“ durch die Worte „Mitgliedsländer der Bank“ zu ersetzen.

II.

Im Statut der Internationalen Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit sind folgende Änderungen vorzunehmen:

1. Zu Artikel 5:

Der erste Absatz ist wie folgt zu ergänzen:

„Auf Beschluß des Bankrates wird ein Teil dieses Grundkapitals in Gold und in frei konvertierbarer Währung gebildet.“

2. Zu Artikel 11:

Im ersten Absatz sind die Worte „In dem vom Bankrat festzulegenden Verfahren“ durch die Worte „Auf der Grundlage der vom Bankrat festzulegenden Prinzipien...“ zu ersetzen.

Im zweiten Absatz sind die Worte „in dem vom Bankrat festzulegenden Verfahren“ durch die Worte „auf der Grundlage der vom Bankrat festzulegenden Prinzipien...“ zu ersetzen.

3. Zu Artikel 13:

Die Worte „führt durch“ sind durch die Worte „kann durchführen“ zu ersetzen.

4. Zu Artikel 18:

Nach den Worten „mit anderen Banken“ ist einzufügen „und internationalen Organisationen“.

5. Zu Artikel 20:

Der erste Satz des zweiten Absatzes ist wie folgt abzufassen:

„Die Kreditpläne der Bank werden auf der Grundlage der Kreditanträge der bevollmächtigten Banken aufgestellt, die dabei von den jeweiligen Entwicklungsplänen der Volkswirtschaft und des Außenhandels sowie von den Handelsabkommen und Lieferverträgen ausgehen; bei der Aufstellung der Kreditpläne verwendet die Bank auch eigene Angaben und Berechnungen.“

6. Zu Artikel 22:

Dieser Artikel ist wie folgt abzufassen:

„Die Tilgung eines von der Bank gewährten Kredites erfolgt bei Eintritt des Rückzahlungstermins in dem vom Bankrat festzulegenden Verfahren.“

7. Zu Artikel 23:

Dieser Artikel ist wie folgt abzufassen:

„Die Bank kann im Auftrage der interessierten Länder die Finanzierung und Kreditierung der Tätigkeit bestehender gemeinsamer Industriebetriebe und anderer Objekte aus Mitteln, die von diesen Ländern bereitgestellt werden, vornehmen.“

8. Zu Artikel 24:

Dieser Artikel ist wie folgt abzufassen:

„Die Bank führt Verrechnungs-, Kredit-, Depositen-, Arbitrage-, Garantie- und andere Operationen in frei konvertierbarer und anderer Währung sowie Geschäfte mit Gold durch.“

9. Zu Artikel 26:

Im vierten Absatz sind die Worte „mindestens einmal im Quartal“ durch die Worte „mindestens zweimal im Jahr“ zu ersetzen.

10. Zu Artikel 28:

Der erste Absatz und der Punkt „a“ sind wie folgt abzufassen:

„Der Bankrat behandelt und entscheidet prinzipielle Fragen, die die Politik und die Richtung der Tätigkeit der Bank bestimmen:

- a) Er bestimmt die Hauptrichtung der Tätigkeit der Bank bei der Herstellung von Geschäftsbeziehungen und der Zusammenarbeit mit den Banken der Mitgliedsländer und Banken anderer Länder, mit Finanz-, Bank- und anderen internationalen Wirtschaftsorganisationen sowie der Zusammenarbeit mit bzw. der Teilnahme an Organisationen, deren Tätigkeit den Aufgaben der Bank entspricht.“

Aus dem Punkt „b“ sind die Worte „Instruktionen und Regeln zur Kreditierung, Finanzierung, für internationale Verrechnungen und Währungsoperationen, welche die Beziehungen der Bank zu ihrer Kundschaft bestimmen; legt die Höhe der Zinssätze für Kredite, Depositen, laufende und andere Konten fest“ zu streichen und durch die Worte „bestimmt die Prinzipien für die Planung der Kredite und Ressourcen sowie für die Durchführung von Kredit- und anderen Bankgeschäften; legt die Höhe der Zinssätze für Kredite, Depositen, laufende und andere Konten in transferablen Rubeln fest“ zu ersetzen.

11. Zu Artikel 29:

Im ersten Absatz sind nach den Worten „unmittelbare Leitung“ die Worte „der operativen Tätigkeit“ einzufügen.

12. Zu Artikel 30:

Der dritte Absatz ist wie folgt zu ergänzen:

„oder anderer Amtspersonen der Bank, die dazu vom Direktorium der Bank bevollmächtigt sind.“

13. Zu Artikel 31:

Nach dem Punkt „d“ ist folgende Ergänzung vorzunehmen:

„Zur Kompetenz des Direktoriums gehört auch:

- die Aufstellung der Kreditpläne der Bank und deren Vorlage zur Bestätigung durch den Bankrat;

- die Bestätigung der Instruktionen über das Verfahren für die Durchführung von Kredit- und anderen Bankgeschäften auf der Grundlage der vom Bankrat festzulegenden Prinzipien;
- die Herstellung von Geschäftsbeziehungen mit Finanz-, Bank- und anderen internationalen Wirtschaftsorganisationen gemäß den Beschlüssen des Rates über die Hauptrichtung der Tätigkeit der Bank auf diesem Gebiet mit anschließender Information des Bankrates über diese Frage;
- die Festlegung der Anzahl der Planstellen und der Höhe des Arbeitslohnes für Bedienungs- und technisches Personal in den Grenzen des vom Bankrat zu bestätigenden Lohnfonds für diese Zwecke.“

14. Zu Artikel 43:

Dieser Artikel ist wie folgt abzufassen:

„Das Verfahren für die Aufnahme neuer Mitglieder der Bank und den Austritt aus der Bank wird durch die Artikel XIII und XV des Abkommens geregelt.“

15. Zu Artikel 45:

Dieser Artikel ist wie folgt abzufassen:

„Die Tätigkeit der Bank kann gemäß den Bestimmungen des dritten Absatzes des Artikels XV des Abkommens eingestellt werden. Die Mitgliedsländer der Bank legen die Fristen und das Verfahren für die Einstellung der Tätigkeit der Bank und die Liquidierung ihrer Geschäfte fest.“

III.

Das vorliegende Protokoll unterliegt der Ratifizierung. Das Protokoll tritt zeitweilig ab 1. Januar 1971 in Kraft. Es tritt endgültig an dem Tage in Kraft, an dem der letzte der Abkommenspartner seine Ratifikationsurkunde beim Depositär des Abkommens über die mehrseitigen Verrechnungen in transferablen Rubeln und die Gründung der Internationalen Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit hinterlegt.

Das vorliegende Protokoll wurde am 18. Dezember 1970 in Moskau in einem Exemplar in russischer Sprache ausgefertigt und wird beim Depositär des Abkommens vom 22. Oktober 1963 hinterlegt, der allen Unterzeichnerländern beglaubigte Kopien dieses Protokolls zusendet.

In Vollmacht
der Regierung der Volksrepublik Bulgarien
L. Awramow

In Vollmacht
der Regierung der Ungarischen Volksrepublik
A. Apro

In Vollmacht
der Regierung der Deutschen
Demokratischen Republik
G. Weiss

In Vollmacht
der Regierung der Mongolischen Volksrepublik
B. Dugersuren

In Vollmacht
der Regierung der Volksrepublik Polen
P. Jaroszewicz

In Vollmacht
der Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien
G. Radulescu

In Vollmacht
der Regierung der Union
der Sozialistischen Sowjetrepubliken
W. Garbusow

In Vollmacht
der Regierung der Tschechoslowakischen
Sozialistischen Republik
F. Hamouz

Kopie beglaubigt:

M. Kudrjaschow
Leiter der Juristischen Abteilung
des Sekretariates des RGW

П Р О Т О К О Л

об изменении Соглашения о многосторонних расчетах в переводных рублях и организации Международного банка экономического сотрудничества, а также Устава этого Банка

Правительства Народной Республики Болгарии, Венгерской Народной Республики, Германской Демократической Республики, Монгольской Народной Республики, Польской Народной Республики, Социалистической Республики Румынии, Союза Советских Социалистических Республик и Чехословацкой Социалистической Республики

в целях улучшения и дальнейшего расширения деятельности Международного банка экономического сотрудничества,

в соответствии со статьей XV Соглашения о многосторонних расчетах в переводных рублях и организации Международного банка экономического сотрудничества от 22 октября 1963 года и статьей 44 Устава Международного банка экономического сотрудничества, являющегося неотъемлемой частью Соглашения от 22 октября 1963 года, договорились о нижеследующем:

I

В Соглашение о многосторонних расчетах в переводных рублях и организации Международного банка экономического сотрудничества внести следующие изменения:

1. По статье I:

Из абзаца третьего исключить слова: "для расчетов с другими Договаривающимися Сторонами".

Абзац четвертый изложить в следующей редакции:

"Каждая страна-член Банка при заключении торговых соглашений будет обеспечивать сбалансирование поступлений и платежей в переводных рублях в целом со всеми другими странами-членами Банка в пределах календарного года или другого периода, согласованного странами-членами Банка. При этом будут учитываться создание или использование возможных резервов в переводных рублях, а также кредитные операции".

2. По статье II:

Абзац второй изложить в следующей редакции:

"Учредителями-членами Банка являются Договаривающиеся Стороны".

Пункт "г", первый абзац, изложить в следующей редакции:

"г) привлечение золота, свободно конвертируемой и иной валюты от стран-членов Банка и от других стран, а также осуществление других операций с золотом, свободно конвертируемой и иной валютой".

Пункт "г", второй абзац, изложить в следующей редакции:

"Совет Банка изучит вопрос о возможности осуществления Банком операций по обмену переводных рублей на золото и свободно конвертируемую валюту".

Предпоследний абзац изложить в следующей редакции:

"Кроме перечисленных выше функций Банк может производить финансирование и кредитование, по поручению заинтересованных стран, эксплуатационной деятельности действующих совместных промышленных предприятий и других объектов за счет ресурсов, выделяемых этими странами".

3. По статье III:

В абзац первый после первой фразы включить следующий текст:

"По решению Совета Банка часть этого уставного капитала образуется в золоте и свободно конвертируемой валюте".

В абзаце втором в первую фразу после слов: "Взносы в уставный капитал Банка" включить слова: "в переводных рублях".

4. По статье V:

Последний абзац изложить в следующей редакции:

"По решению Совета Банка проценты по текущим счетам могут не начисляться".

5. По статье VI:

Эту статью изложить в следующей редакции:

"Банк может предоставлять кредиты в переводных рублях:

а) расчетный кредит — для покрытия потребностей уполномоченных банков в средствах при кратковременном превышении платежей над поступлениями. Этот кредит имеет револьверный характер. Он предоставляется немедленно по мере необходимости в пределах лимита, установленного Советом Банка. Срок погашения кредита не устанавливается. Задолженность по кредиту может переходить на следующий год;

б) срочный кредит — для покрытия потребностей уполномоченных банков в средствах на более длительные сроки. Кредит предоставляется на мероприятия по специализации и кооперированию производства, на расширение товарооборота, на выравнивание платежного баланса, сезонные нужды и т.д. Банк предоставляет этот кредит на основании обоснованных заявок уполномоченных банков на твердые сроки в пределах до

одного года, а в отдельных случаях по решению Совета Банка — до двух-трех лет.

За пользование кредитами взимаются проценты. Размеры процентных ставок по кредитам в переводных рублях устанавливаются Советом Банка, исходя из необходимости стимулировать экономное использование денежных средств и обеспечивать рентабельность Банка.

Странам, экспорт которых имеет резко выраженный сезонный характер, срочный кредит на сезонные нужды предоставляется в порядке, установленном Советом Банка, на льготных (в части процентных ставок) условиях".

6. По статье УП:

Исключить из пункта "б" этой статьи следующие слова: "а также обязательств, связанных с финансированием и кредитованием строительства, реконструкции и эксплуатации совместных промышленных предприятий и других объектов".

7. По статье XIII:

Эту статью изложить в следующей редакции:

"К настоящему Соглашению могут присоединиться и вступить в члены Банка другие страны. Для этого страна подает в Совет Банка официальное заявление с указанием, что она разделяет цели и принципы деятельности Банка и принимает на себя обязательства, вытекающие из настоящего Соглашения и Устава Банка.

Прием в члены Банка производится с согласия всех стран-членов и оформляется решением Совета Банка.

Надлежащим образом удостоверенная копия решения Совета Банка о приеме новой страны в члены Банка и ее документ о присоединении к настоящему Соглашению (ратификации Соглашения) сдаются на хранение депозитарию этого Соглашения. Дата сдачи указанных документов депозитарию Соглашения считается датой присоединения к Соглашению и вступления соответствующей страны в члены Банка".

8. По статье XIV:

Из этой статьи исключить последний абзац.

9. По статье XV:

Абзац второй этой статьи изложить в следующей редакции:

"Каждая страна может отказаться от участия в настоящем Соглашении и от членства в Банке с уведомлением об этом Совета Банка не менее чем за шесть месяцев. В течение указанного срока должны быть урегулированы отношения между Банком и соответствующей страной по их взаимным обязательствам".

Этот абзац дополнить следующим текстом:

"Об отказе страны от участия в настоящем Соглашении и о выходе ее из Банка Совет официально уведомляет депозитария настоящего Соглашения".

Абзац третий этой статьи изложить следующим образом:

"Настоящее Соглашение прекратит свое действие, если не менее 2/3 стран-членов Банка заявят об отказе от участия в Соглашении и от членства в Банке при соблюдении положений второго абзаца настоящей статьи".

10. В статьях I (абзацы 3,5), II (пункт "б"), III (абзац 4 и последний абзац), V (абзац I, а также пункты "а", "в", "г", "д"), VII (абзац I, а также пункты "а", "б" и последний абзац), VIII, X, XI (абзацы I и 2), XV (абзац I) слова: "Договаривающиеся Стороны" заменить словами: "страны-члены Банка".

В статье IV (абзац 2) перед словами: "члены Банка" добавить слово "страны".

В статье IX слова: "участницами настоящего Соглашения" заменить словами "членами Банка".

II

В Устав Международного банка экономического сотрудничества внести следующие изменения:

1. По статье 5:

Абзац первый дополнить следующим текстом:

"По решению Совета Банка часть этого уставного капитала образуется в золоте и свободно конвертируемой валюте".

2. По статье II:

В абзаце первом слова: "Банк в порядке, устанавливаемом Советом Банка ..." заменить следующими словами: "Банк на основе принципов, устанавливаемых Советом Банка...".

В абзаце втором слова: "в порядке, устанавливаемом Советом Банка" заменить словами: "на основе принципов, устанавливаемых Советом Банка".

3. По статье 13:

Вместо слова "производит" указать: "может производить".

4. По статье 18:

После слов: "с другими банками" указать: "и международными организациями".

5. По статье 20:

Первую фразу второго абзаца изложить в следующей редакции:

"Кредитные планы Банка составляются на основе кредитных заявок уполномоченных банков, которые исходят при этом из данных планов развития народного хозяйства и внешней торговли, а также торговых соглашений и контрактов; при составлении кредитных планов Банк использует также собственные данные и расчеты".

6. По статье 22:

Изложить эту статью в следующей редакции:

"Погашение предоставленного Банком кредита производится при наступлении срока платежа в порядке, устанавливаемом Советом Банка".

7. По статье 23:

Изложить эту статью в следующей редакции:

"Банк может производить финансирование и кредитование, по поручению заинтересованных стран, эксплуатационной деятельности действующих совместных промышленных предприятий и других объектов за счет ресурсов, выделяемых этими странами".

8. По статье 24:

Изложить эту статью в следующей редакции.

"Банк осуществляет расчетные, кредитные, депозитные, арбитражные, гарантийные и другие операции в свободно конвертируемой и другой валюте, а также операции с золотом".

9. По статье 26:

В абзаце четвертом слова: "не реже одного раза в квартал" заменить словами: "не реже двух раз в год".

10. По статье 28:

Первый абзац и пункт "а" изложить в следующей редакции:

"Совет Банка рассматривает и решает принципиальные вопросы, определяющие политику и направление работы Банка:

а) определяет общее направление деятельности Банка по установлению деловых связей и сотрудничества с банками стран-членов, банками других стран, с финансово-банковскими и другими международными экономическими организациями, а также сотрудничества или участия в организациях, деятельность которых соответствует задачам Банка".

Из пункта "б" исключить слова: "инструкции и правила Банка по вопросам кредитования, финансирования, международных расчетов и валютных операций, определяющие взаимоотношения Банка с его клиентурой; устанавливает размеры процентных ставок по кредитам, вкладам, текущим и другим счетам", заменив их следующими словами: "определяет принципы планирования кредитов и ресурсов, а также совершения кредитных и других банковских операций; устанавливает размеры процентных ставок по кредитам, вкладам, текущим и другим счетам в переводных рублях".

11. По статье 29:

В первом абзаце после слов: "непосредственное руководство" указать: "оперативной".

12. По статье 30:

Абзац третий дополнить следующими словами: "или других должностных лиц Банка, уполномоченных на это Правлением Банка".

13. По статье 31:

После пункта "г" внести следующее дополнение:

"и компетенции Правления также относится:

- составление кредитных планов Банка и представление их на утверждение Совета Банка;
- утверждение инструкций о порядке совершения кредитных и других банковских операций на основе принципов, устанавливаемых Советом Банка;
- установление деловых связей с финансово-банковскими и другими международными экономическими организациями в соответствии с решениями Совета об общем направлении деятельности Банка в этой области с последующей информацией Совета Банка по этому вопросу;
- установление штатной численности и размеров заработной платы обслуживающего и технического персонала в пределах утверждаемого Советом Банка фонда заработной платы на эти цели".

14. По статье 43:

Изложить эту статью следующим образом:

"Порядок приема новых членов Банка и выхода из Банка определяется статьями XIII и XV Соглашения".

15. По статье 45:

Изложить эту статью в следующей редакции:

"Деятельность Банка может быть прекращена в соответствии с положениями третьего абзаца статьи XV Соглашения. Сроки и порядок прекращения деятельности Банка и ликвидации его дел определяются странами-членами Банка".

II

Настоящий Протокол подлежит ратификации.

Протокол вводится в действие временно с 1 января 1971 года.

Окончательно Протокол вступит в силу с даты, когда последняя из Договаривающихся Сторон одает свою ратификационную грамоту депозитарию Соглашения о многосторонних расчетах в переводных рублях и организации Международного банка экономического сотрудничества.

Настоящий Протокол составлен в городе Москве " 18 " декабря 1970 года в одном экземпляре на русском языке и будет сдан на хранение депозитарию Соглашения от 22 октября 1963 года, который разошлет заверенные копии этого Протокола всем подписавшим его странам.

По уполномочию Правительства Народной Республики Болгарии

По уполномочию Правительства Венгерской Народной Республики

По уполномочию Правительства Германской Демократической Республики

По уполномочию Правительства Монгольской Народной Республики

По уполномочию Правительства Польской Народной Республики

По уполномочию Правительства Социалистической Республики Румынии

По уполномочию Правительства Союза Советских Социалистических Республик

По уполномочию Правительства Чехословацкой Социалистической Республики

Копия верна:

Заведующий юридическим отделом
Секретариата СЭВ

М. Кудряшов

Хerausgeber: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 – Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 38 22 – Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 1538 – Verlag: (610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 209 45 01 – Erscheint nach Bedarf – Fortlaufender Bezug nur durch die Post – Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 1,20 M, Teil II 5,30 M und Teil III 0,75 M – Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr

Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschließfach 695. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 1054 Berlin, Schwedter Straße 263, Telefon: 42 46 41

Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollenoffsetdruck)

Index 31 816



GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

1971

Berlin, den 6. Mai 1971

Teil I Nr. 2

Tag

Inhalt

Seite

23. 4. 71

Bekanntmachung über die Ratifikation des Abkommens vom 10. Juli 1970 über die
Bildung der Internationalen Investitionsbank

13

**Bekanntmachung
über die Ratifikation des Abkommens vom 10. Juli 1970
über die Bildung
der Internationalen Investitionsbank**

vom 23. April 1971

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik am 10. November 1970 das nächstehend veröffentlichte Abkommen vom 10. Juli 1970 über die Bildung der Internationalen Investitionsbank ratifiziert hat.

Der Tag, an dem das Abkommen in Kraft tritt, wird im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntgemacht.

Berlin, den 23. April 1971

Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik

O. Gotsche

**Abkommen
über die Bildung
der Internationalen Investitionsbank**

Die Regierungen der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Mongolischen Volksrepublik, der Volksrepublik Polen, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik haben,

geleitet von den Interessen der Entwicklung der Volkswirtschaften der Abkommenspartner,

folgendes vereinbart:

Artikel I

Die Internationale Investitionsbank, nachfolgend als Bank bezeichnet, wird gegründet.

Gründungsmitglieder der Bank sind die Abkommenspartner.

Als Mitglieder der Bank können auch andere Länder aufgenommen werden. Das Verfahren für die Aufnahme anderer Länder als Mitglied der Bank wird im Artikel XXIII dieses Abkommens festgelegt.

Die Tätigkeit der Bank beruht auf der völligen Gleichberechtigung und der Achtung der Souveränität aller Mitgliedsländer der Bank.

Die Bank hat ihren Sitz in Moskau.

Die Bildung und Tätigkeit der Bank erfolgen in Übereinstimmung mit den nachstehenden Bestimmungen.

Artikel II

Die Hauptaufgabe der Bank ist die Gewährung lang- und mittelfristiger Kredite

in erster Linie für die Verwirklichung von Vorhaben im Zusammenhang mit

der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung, der Spezialisierung und Kooperation der Produktion,

Aufwendungen für die Erweiterung der Roh- und Brennstoffbasis im gemeinsamen Interesse, dem Bau von Objekten in anderen Wirtschaftszweigen, die für die ökonomische Entwicklung der Mitgliedsländer der Bank von gemeinsamem Interesse sind,

sowie

für den Bau von Objekten zur Entwicklung der nationalen Wirtschaften der Länder

und für andere Zwecke, die in Übereinstimmung mit den Aufgaben der Bank vom Bankrat festgelegt werden.

In ihrer Tätigkeit muß die Bank von der Notwendigkeit der Sicherung einer effektiven Verwendung der Mittel, der Gewährleistung der Liquidität und der strengen Verantwortlichkeit für den Rückfluß der von der Bank ausgereichten Kreditmittel ausgehen.

Die von der Bank zu kreditierenden Objekte müssen dem wissenschaftlich-technischen Höchststand entsprechen und die Herstellung von Erzeugnissen höchster Qualität bei niedrigsten Kosten und zu Preisen, die dem Weltmarkt entsprechen, gewährleisten.

Die Bank gewährt für die Durchführung von Maßnahmen und den Bau von Objekten, die für mehrere Mitgliedsländer von Interesse sind, Kredite, wenn über die Verwirklichung der Maßnahmen und den Bau der Objekte sowie über den Absatz der damit produzierten Erzeugnisse im gegenseitigen Interesse der Mitgliedsländer langfristige Abkommen oder anderweitige Vereinbarungen vorliegen. Dabei sind die Empfehlungen zur Koordinierung der Volkswirtschaftspläne der Mitgliedsländer der Bank zu berücksichtigen. Die Tätigkeit der Bank ist organisch mit dem System von Maßnahmen zur Weiterentwicklung der sozialistischen ökonomischen Zusammenarbeit, zur Annäherung und allmählichen Angleichung des ökonomischen Entwicklungsniveaus der Mitgliedsländer unter Einhaltung der Prinzipien einer hohen Effektivität bei der Verwendung der Kreditmittel der Bank zu verbinden. Die Bank nimmt im Einvernehmen mit dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe an der Arbeit der entsprechenden Organe des RGW bei der Beratung von Fragen der Koordinierung der Volkswirtschaftspläne der Mitgliedsländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe auf dem Gebiet gemeinsam interessierender Investitionen teil.

Artikel III

- Das Grundkapital der Bank beträgt eine Milliarde transferable Rubel. Es wird in der kollektiven Währung (transferable Rubel) und in freikonvertierbaren Währungen oder in Gold gebildet.

Der Goldgehalt des transferablen Rubels beträgt 0,987412 Gramm Feingold.

- Die Anteile (Quoten) der Abkommenspartner am Grundkapital werden ausgehend vom Exportvolumen in ihrem gegenseitigen Warenumsatz festgelegt und betragen für die

Volksrepublik Bulgarien	85,1 Millionen transferable Rubel
Ungarische Volksrepublik	83,7 Millionen transferable Rubel
Deutsche Demokratische Republik	176,1 Millionen transferable Rubel
Mongolische Volksrepublik	4,5 Millionen transferable Rubel
Volksrepublik Polen	121,4 Millionen transferable Rubel
Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken	399,3 Millionen transferable Rubel
Tschechoslowakische Sozialistische Republik	129,9 Millionen transferable Rubel

In Höhe der Anteile (Quoten) der Mitgliedsländer übergeben die bevollmächtigten Banken dieser Länder der Bank Verpflichtungen.

- Das Grundkapital wird in Höhe von 70 % in transferablen Rubeln und in Höhe von 30 % in freikonvertierbaren Währungen oder Gold gebildet.
- Die Abkommenspartner nehmen die erste Einzahlung in das Grundkapital in Höhe von 175 Millionen transferablen Rubeln bei Bildung der Bank vor. Die zweite Einzahlung in Höhe von 175 Millionen transferablen Rubeln erfolgt im Verlaufe des zweiten Geschäftsjahres der Bank.

Der verbleibende Teil des Kapitals wird unter Berücksichtigung der Entwicklung der Geschäfte der Bank und ihres Mittelbedarfes entsprechend der vom Bankrat festgelegten Ordnung und Termine eingezahlt.

5. Das Grundkapital der Bank kann auf Empfehlung des Bankrates mit Zustimmung der Regierungen der Mitgliedsländer erhöht werden. Das Verfahren und die Termine für die entsprechenden Einzahlungen werden vom Bankrat festgelegt.
6. Das Grundkapital erhöht sich bei Aufnahme eines neuen Mitgliedes der Bank um den Betrag seines Anteils (Quote) an diesem Kapital. Höhe, Verfahren und Termine der Einzahlung werden vom Bankrat nach Abstimmung mit dem betreffenden Land festgelegt.

Artikel IV

Die Bank bildet ein Reservekapital.

Die Bank kann eigene Sonderfonds bilden.

Zweck, Höhe, Termine und Bedingungen für die Bildung und Verwendung des Reservekapitals und der eigenen Sonderfonds werden vom Bankrat bestimmt.

Artikel V

In der Bank können Sonderfonds aus Mitteln interessierter Länder gebildet werden.

Artikel VI

Die Bank kann durch Aufnahme von Finanz- und Bankkrediten sowie Anleihen, durch Annahme von mittel- und langfristigen Einlagen und in anderen Formen Mittel in der kollektiven Währung (transferable Rubel), in nationalen Währungen interessierter Länder und in freikonvertierbaren Währungen mobilisieren.

Der Bankrat kann Beschlüsse über die Ausgabe verzinslicher Obligationen durch die Bank fassen, die auf internationalen Kapitalmärkten aufgelegt werden.

Die Bedingungen für die Ausgabe von Obligationen werden vom Bankrat festgelegt.

Artikel VII

1. Die Bank gewährt lang- und mittelfristige Kredite für Zwecke, die im Artikel II des vorliegenden Abkommens vorgesehen sind.
2. Kredite werden gewährt:
 - a) Banken, Wirtschaftsorganisationen und Betrieben der Mitgliedsländer der Bank, die offiziell von den Mitgliedsländern zur Aufnahme von Krediten bevollmächtigt sind;
 - b) internationalen Organisationen und Betrieben der Mitgliedsländer der Bank, die eine wirtschaftliche Tätigkeit ausüben;
 - c) Banken und Wirtschaftsorganisationen anderer Länder nach einem vom Bankrat festgelegten Verfahren.
3. Die Bank kann nach dem vom Bankrat festgelegten Verfahren Garantien übernehmen.

Artikel VIII

Das Verfahren der Kreditplanung, die maximalen Kreditlaufzeiten, die Bedingungen für die Gewährung, Verwendung und Tilgung von Krediten, die Übernahme von Garantien sowie die Anwendung von Sanktionen bei Verletzung der Kredit- und Garantiebedingungen werden durch das Statut und durch Beschlüsse des Bankrates geregelt.

Artikel IX

Die Bank kann bei anderen Banken zeitweilig freie Mittel anlegen, Devisen und Sorten, Gold und Wertpapiere kaufen und verkaufen sowie andere Bankgeschäfte durchführen, die den Zielen der Bank entsprechen.

Artikel X

Die Bank übt ihre Geschäftstätigkeit bei Sicherung ihrer Rentabilität aus.

Artikel XI

Die Bank hat das Recht, mit den Organen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, der Internationalen Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und anderen Wirtschaftsorganisationen der Mitgliedsländer zusammenzuarbeiten.

Die Bank kann zu internationalen Finanz-, Kredit- und anderen Instituten sowie zu anderen Banken auf gleichberechtigter Grundlage Kontakte aufnehmen und Geschäftsbeziehungen herstellen.

Charakter und Formen dieser Beziehungen werden vom Bankrat festgelegt.

Artikel XII

Die Mitgliedschaft der Länder in der Bank und die Tätigkeit der Bank dürfen nicht die Durchführung und Entwicklung unmittelbarer Finanz- und anderer Geschäftsbeziehungen der Mitgliedsländer der Bank untereinander, mit anderen Ländern und internationalen Finanzorganisationen und Banken behindern.

Die Kreditoperationen der Bank ersetzen nicht die in der Praxis angewandten Grundsätze und das Verfahren der Kreditgewährung auf der Grundlage zweiseitiger Regierungsabkommen über die wirtschaftliche Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe.

Artikel XIII

1. Die Bank ist juristische Person.

Die Bank genießt die zur Ausübung ihrer Funktionen und zur Erreichung ihrer Ziele notwendige Rechtsfähigkeit in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des vorliegenden Abkommens und des Statuts der Bank.

2. Auf dem Territorium jedes Mitgliedslandes genießen die Bank sowie die Vertreter der Länder im Bankrat und die Amtspersonen der Bank die zur Ausübung ihrer Funktionen und zur Erreichung der im vorliegenden Abkommen und im Statut der Bank vorgesehenen Ziele notwendigen Privilegien und Immunitäten. Die obengenannten Privilegien und Immunitäten werden in den Artikeln XV, XVI und XVII des vorliegenden Abkommens festgelegt.

3. Die Bank kann auf dem Territorium des Landes, in dem sie ihren Sitz hat, sowie auf dem Territorium anderer Länder Filialen und Vertretungen eröffnen.

Die Rechtsbeziehungen zwischen der Bank und dem Land, in dem die Bank ihren Sitz, ihre Filialen und Vertretungen hat, werden in entsprechenden Abkommen vereinbart.

4. Die Bank haftet für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem Vermögen.

Die Bank haftet nicht für Verbindlichkeiten der Mitgliedsländer, ebenso wie die Mitgliedsländer nicht für Verbindlichkeiten der Bank haften.

Artikel XIV

Die Tätigkeit der Bank wird durch das vorliegende Abkommen, das diesem Abkommen beiliegende Statut der Bank sowie durch die Richtlinien geregelt, die von der Bank im Rahmen ihrer Befugnisse erlassen werden.

Ausgehend von den Interessen der weiteren Entwicklung und Vervollkommnung der Tätigkeit der Bank und der Vertiefung der sozialistischen ökonomischen Zusammenarbeit kann auf Empfehlung des Bankrates das Statut der Bank mit Zustimmung der Regierungen der Mitgliedsländer der Bank geändert werden.

Artikel XV

1. Das Vermögen der Bank, ihre Aktiva und Dokumente genießen unabhängig von ihrem Lage- bzw. Aufbewahrungsort ebenso wie die Geschäfte der Bank Immunität gegenüber jeglichen administrativen und gerichtlichen Maßnahmen, es sei denn, daß die Bank selbst auf die Immunität verzichtet. Die Gebäude der Bank sowie ihrer Filialen und Vertretungen sind auf dem Territorium jedes Mitgliedslandes der Bank unverletzlich.
2. Auf dem Territorium der Mitgliedsländer der Bank
 - a) ist die Bank von allen zentralen und örtlichen direkten Steuern und Abgaben befreit. Diese Bestimmung findet keine Anwendung hinsichtlich der Zahlungen für kommunale und andere Dienstleistungen;
 - b) ist die Bank bei der Ein- und Ausfuhr von Gegenständen des dienstlichen Bedarfs von Zöllen und Beschränkungen befreit;
 - c) genießt die Bank alle Vergünstigungen hinsichtlich der Vorrangigkeit der Abfertigung, der Tarife und Gebühren im Post-, Telegraphen- und Telefonverkehr, die in dem betreffenden Land den diplomatischen Vertretungen gewährt werden.

Artikel XVI

1. Die Vertreter der Länder im Bankrat genießen auf dem Territorium jedes Mitgliedslandes der Bank bei der Ausübung ihrer dienstlichen Obliegenheiten folgende Privilegien und Immunitäten:
 - a) Immunität gegen Inhaftierung oder Festnahme sowie gerichtliche Verfolgung hinsichtlich aller Handlungen, die sie in ihrer Eigenschaft als Vertreter begehen können;
 - b) Unantastbarkeit aller Unterlagen und Dokumente;

c) hinsichtlich des persönlichen Gepäcks die gleichen Zollvergünstigungen, die den Mitarbeitern gleichen Ranges der diplomatischen Vertretungen in dem betreffenden Land gewährt werden;

d) Befreiung von persönlichen Pflichtleistungen und direkten Steuern und Abgaben hinsichtlich der Beträge, die den Vertretern von dem sie ernennenden Land gezahlt werden.

2. Die in diesem Artikel vorgesehenen Privilegien und Immunitäten werden dem genannten Personenkreis ausschließlich im dienstlichen Interesse gewährt. Jedes Mitgliedsland der Bank hat das Recht und ist verpflichtet, auf die Immunität seines Vertreters in allen Fällen zu verzichten, in denen nach Meinung dieses Landes die Immunität die Rechtsprechung behindert und der Verzicht auf die Immunität keine Beeinträchtigung der Ziele darstellt, für die sie gewährt wurde.

3. Die Bestimmungen des Punktes 1 dieses Artikels finden keine Anwendung auf die Beziehungen zwischen dem Vertreter und den Organen des Landes, dessen Staatsbürger er ist.

Artikel XVII

1. Nach Vorlage durch den Präsidenten des Direktoriums der Bank legt der Bankrat die Kategorien der Amtspersonen der Bank fest, auf die die Bestimmungen dieses Artikels Anwendung finden. Der Präsident des Direktoriums der Bank teilt den zuständigen Organen der Mitgliedsländer der Bank die Namen dieser Amtspersonen periodisch mit.
2. Bei der Ausübung ihrer Dienstpflichten auf dem Territorium jedes Mitgliedslandes der Bank
 - a) werden die Amtspersonen der Bank für alle Handlungen, die sie in ihrer Eigenschaft als Amtspersonen begehen können, nicht gerichtlich oder auf dem Verwaltungswege zur Verantwortung gezogen;
 - b) sind sie von persönlichen Pflichtleistungen, direkten Steuern und Abgaben hinsichtlich des ihnen von der Bank gezahlten Gehalts befreit. Diese Bestimmung findet keine Anwendung auf die Amtspersonen der Bank, die Staatsbürger des Landes sind, in dem die Bank, ihre Filialen und Vertretungen ihren Sitz haben;
 - c) haben sie hinsichtlich des persönlichen Gepäcks Anspruch auf die gleichen Zollvergünstigungen, die den Mitarbeitern gleichen Ranges der diplomatischen Vertretungen in dem betreffenden Land gewährt werden.

3. Die in diesem Artikel vorgesehenen Privilegien und Immunitäten werden den Amtspersonen der Bank ausschließlich im dienstlichen Interesse gewährt.

Der Präsident des Direktoriums der Bank hat das Recht und ist verpflichtet, auf die Immunität der Amtspersonen der Bank in allen Fällen zu verzichten, in denen seiner Meinung nach die Immu-

nität die Rechtsprechung behindert und der Verzicht auf die Immunität keine Beeinträchtigung der Ziele darstellt, für die sie gewährt wurde. Für den Präsidenten und die Mitglieder des Direktoriums der Bank hat der Bankrat das Recht, auf die Immunität zu verzichten.

Artikel XVIII

Die Amtspersonen der Bank handeln bei Erfüllung ihrer Dienstpflichten als internationale Amtspersonen. Sie unterstehen ausschließlich der Bank und sind von allen Organen und offiziellen Personen ihrer Länder unabhängig. Jedes Mitgliedsland der Bank muß den internationalen Charakter dieser Pflichten achten.

Artikel XIX

Der Bankrat ist das höchste Leitungsorgan der Bank und übt die Gesamtleitung der Tätigkeit der Bank aus.

Der Bankrat besteht aus Vertretern aller Mitgliedsländer der Bank, die von den Regierungen dieser Länder ernannt werden.

Jedes Mitgliedsland der Bank hat im Rat, unabhängig von der Höhe seines Anteils am Kapital der Bank, eine Stimme.

Der Bankrat faßt die Beschlüsse zu den im Statut der Bank aufgeführten grundsätzlichen Fragen der Tätigkeit der Bank einstimmig. Zu anderen Fragen erfolgt die Beschlußfassung mit qualifizierter Stimmenmehrheit von mindestens Dreiviertel der Stimmen. Dabei ist der Bankrat beschlußfähig, wenn an der Sitzung des Rates die Vertreter von mindestens Dreiviertel der Mitgliedsländer der Bank teilnehmen.

Artikel XX

Das Direktorium der Bank ist das Exekutivorgan der Bank.

Das Direktorium ist dem Bankrat rechenschaftspflichtig.

Das Direktorium besteht aus dem Präsidenten des Direktoriums und 3 Stellvertretern, die vom Bankrat aus Staatsbürgern der Mitgliedsländer für die Dauer von 5 Jahren ernannt werden.

Hauptaufgabe des Direktoriums ist die Leitung der Tätigkeit der Bank in Übereinstimmung mit dem vorliegenden Abkommen und dem Statut der Bank sowie den Beschlüssen des Bankrates.

Der Präsident des Direktoriums leitet unmittelbar die operative Tätigkeit der Bank und des Direktoriums auf der Grundlage des Prinzips der Einzelleitung im Rahmen seiner Befugnisse und Rechte, die im Statut und in den Beschlüssen des Bankrates festgelegt sind.

Artikel XXI

Zur Revision der Tätigkeit der Bank wird eine Revisionskommission gebildet, die vom Bankrat ernannt wird.

Artikel XXII

Ansprüche an die Bank können innerhalb zweier Jahre, gerechnet vom Zeitpunkt der Entstehung des Rechtsanspruches, geltend gemacht werden.

Artikel XXIII

Jedes Land, das dem vorliegenden Abkommen beizutreten und Mitglied der Bank zu werden wünscht, gibt dem Bankrat eine offizielle Erklärung ab, daß es die Ziele und Grundsätze der Tätigkeit der Bank anerkennt und die Verpflichtungen übernimmt, die sich aus dem vorliegenden Abkommen und dem Statut der Bank ergeben.

Die Aufnahme als Mitglied der Bank erfolgt auf Beschluß des Bankrates.

Die entsprechend beglaubigte Kopie des Beschlusses des Bankrates über die Aufnahme eines neuen Landes als Mitglied der Bank wird diesem Land und dem Depositär dieses Abkommens zugesandt. Mit Eingang des genannten Dokuments beim Depositär — einschließlich des Dokuments (Erklärung) über den Beitritt — gilt das Land als dem Abkommen beigetreten und als Mitglied der Bank, worüber der Depositär die Mitgliedsländer der Bank und die Bank selbst in Kenntnis setzt.

Artikel XXIV

Jedes Land kann die Mitgliedschaft in der Bank und die Teilnahme am vorliegenden Abkommen kündigen, indem es den Bankrat mindestens 6 Monate vorher davon in Kenntnis setzt. Innerhalb der genannten Frist müssen die Beziehungen zwischen der Bank und dem betreffenden Land aus ihren gegenseitigen Verpflichtungen geregelt werden.

Über den Austritt eines Landes aus der Bank benachrichtigt der Rat offiziell den Depositär des vorliegenden Abkommens.

Artikel XXV

Das vorliegende Abkommen bedarf der Ratifizierung und tritt an dem Tage in Kraft, an dem der letzte Abkommenspartner seine Ratifizierungsurkunde beim Depositär dieses Abkommens hinterlegt.

Das Abkommen wird jedoch provisorisch mit Wirkung vom 1. Januar 1971 in Kraft gesetzt, falls es bis zu diesem Zeitpunkt nicht bereits gemäß Absatz 1 dieses Artikels in Kraft getreten ist.

Artikel XXVI

Das vorliegende Abkommen kann nur mit Zustimmung aller Mitgliedsländer der Bank geändert werden.

Das Abkommen verliert seine Gültigkeit, wenn mindestens zwei Drittel der Mitgliedsländer entsprechend Artikel XXIV des vorliegenden Abkommens die Mitgliedschaft in der Bank und die Teilnahme am Abkommen kündigen.

In diesem Fall wird die Tätigkeit der Bank zu dem vom Bankrat festgelegten Termin und Verfahren eingestellt.

Artikel XXVII

Das vorliegende Abkommen wird beim Sekretariat des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe hinterlegt, das die Funktion des Depositärs dieses Abkommens ausübt.

Ausgefertigt in Moskau, am 10. Juli 1970 in einem Exemplar in russischer Sprache.

Beglaubigte Abschriften des vorliegenden Abkommens werden durch den Depositär allen Abkommenspartnern zugesandt.

In Vollmacht der Regierung der Volksrepublik
Bulgarien

gez.: Bashdarow

In Vollmacht der Regierung der Ungarischen
Volksrepublik

gez.: Garamvöldyi

In Vollmacht der Regierung der Deutschen
Demokratischen Republik

gez.: Böhm

In Vollmacht der Regierung der Mongolischen
Volksrepublik

gez.: Molom

In Vollmacht der Regierung der Volksrepublik
Polen

gez.: Trendota

In Vollmacht der Regierung der Union der
Sozialistischen Sowjetrepubliken

gez.: Garbusow

In Vollmacht der Regierung der Tschechoslowakischen
Sozialistischen Republik

gez.: Rohlíček

Statut der Internationalen Investitionsbank

Die Internationale Investitionsbank wird auf der Grundlage des Abkommens zwischen den Regierungen der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Mongolischen Volksrepublik, der Volksrepublik Polen, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik gegründet.

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Die Internationale Investitionsbank, im weiteren als „Bank“ bezeichnet, organisiert und verwirklicht lang- und mittelfristige Kredit- sowie andere Bankgeschäfte in Übereinstimmung mit dem Abkommen über die Bildung der Internationalen Investitionsbank (nachfolgend als Abkommen bezeichnet) und ihrem Statut.

Artikel 2

Die Bank ist juristische Person mit der Bezeichnung „Internationale Investitionsbank“.

Die Ziele und Aufgaben der Bank, ihre Rechtsfähigkeit, einschließlich der Kompetenzen und des Umfangs ihrer Haftung, die Bestimmungen über die rechtliche Regelung der Tätigkeit der Bank sowie über die Privilegien und Immunitäten, die die Bank, die Vertreter der Mitgliedsländer im Bankrat und die Amtspersonen der Bank genießen, sind im Abkommen und im Statut der Bank festgelegt.

Die Bank ist befugt,

- a) internationale und andere Vereinbarungen abzuschließen sowie Geschäfte aller Art im Rahmen ihrer Zuständigkeit durchzuführen;
- b) Eigentum zu erwerben, zu pachten und zu veräußern;
- c) vor Gerichts- und Schiedsgerichtsorganen aufzutreten;
- d) auf dem Territorium des Landes, in dem die Bank ihren Sitz hat, sowie auf dem Territorium anderer Länder Filialen und Vertretungen zu eröffnen;
- e) Instruktionen und Richtlinien zu Angelegenheiten im Rahmen ihrer Zuständigkeit herauszugeben;
- f) andere Handlungen zur Erfüllung der der Bank übertragenen Aufgaben durchzuführen.

Artikel 3

Die Bank haftet für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem Vermögen.

Die Bank haftet nicht für Verbindlichkeiten der Mitgliedsländer, ebenso wie die Mitgliedsländer nicht für Verbindlichkeiten der Bank haften.

Artikel 4

Die Bank führt ein Siegel mit der Inschrift „Internationale Investitionsbank“. Die Filialen und Vertretungen sowie die Verwaltungsabteilungen der Bank führen Siegel mit der gleichen Inschrift unter Zusatz des Namens der Filiale, der Vertretung oder der entsprechenden Abteilung.

Artikel 5

Die Bank garantiert die Geheimhaltung der Geschäfte, Dokumente, Konten und Einlagen ihrer Kunden und Korrespondenten.

Die Amtspersonen und andere Mitarbeiter der Bank sind zur Geheimhaltung der Geschäfte, Dokumente, Konten und Einlagen der Bank, ihrer Kunden und Korrespondenten verpflichtet.

Mitgliedschaft

Artikel 6

Gründungsmitglieder der Bank sind die Länder, die das Abkommen unterzeichnet und ratifiziert haben.

Als Mitglieder der Bank können auch andere Länder aufgenommen werden.

Jedes Land, welches Mitglied der Bank zu werden wünscht, gibt dem Bankrat eine offizielle Erklärung ab, daß es die Ziele und Grundsätze der Tätigkeit der Bank anerkennt und die Verpflichtungen übernimmt, die sich aus dem Abkommen und dem Statut der Bank ergeben.

Die Aufnahme als Mitglied der Bank erfolgt auf Beschluß des Bankrates.

Jedes Land kann die Mitgliedschaft in der Bank kündigen, indem es den Bankrat mindestens 6 Monate vorher davon in Kenntnis setzt. Innerhalb der genannten Frist müssen die Beziehungen zwischen der Bank und dem betreffenden Land aus ihren gegenseitigen Verpflichtungen geregelt werden.

Artikel 7

Wenn Institutionen oder Organisationen der Mitgliedsländer die Bestimmungen des Abkommens oder des Statuts der Bank verletzen, insbesondere ihre Verpflichtungen gegenüber der Bank nicht erfüllen, informiert der Bankrat darüber die zuständigen Organe der Mitgliedsländer und erforderlichenfalls die Regierungen dieser Länder.

Mittel der Bank

Artikel 8

Die Mittel der Bank werden durch Einzahlungen der Mitgliedsländer in das Grundkapital der Bank, durch Einzahlungen interessierter Länder in ihre Sonderfonds, die Mobilisierung von Mitteln der Mitgliedsländer der Bank und auf internationalen Geld- und Kapitalmärkten, durch die Abführung eines Teils des Gewinnes in das Reservekapital und in die eigenen Sonderfonds der Bank gebildet.

Artikel 9

Das Grundkapital der Bank beträgt 1 Milliarde transferable Rubel. Es wird in der kollektiven Währung (transferable Rubel) und in freikonvertierbaren Währungen oder in Gold gebildet.

Das Grundkapital wird für die im Abkommen und im Statut der Bank vorgesehenen Zwecke verwendet und dient als Sicherheit für die Verpflichtungen der Bank.

Das Grundkapital kann in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Abkommens erhöht werden.

Die Einzahlungen in das Grundkapital erfolgen entsprechend den Bestimmungen des Abkommens und den Beschlüssen des Bankrates.

Die Bank übergibt demjenigen Land, das seinen Anteil am Grundkapital eingezahlt hat, eine Urkunde zur Bestätigung und als Beweis für die erfolgte Einzahlung.

Im Falle des Austritts eines Landes aus der Bank wird der von ihm eingezahlte Betrag in das Grundkapital bei der Regelung der gegenseitigen Verpflichtungen zwischen diesem Land und der Bank berücksichtigt.

Artikel 10

Die Bank bildet ein Reservekapital und kann eigene Sonderfonds bilden. Das Reservekapital und die eigenen Sonderfonds der Bank werden aus dem Gewinn der Bank gebildet.

Artikel 11

In der Bank können Sonderfonds aus Mitteln interessierter Länder gebildet werden, darunter ein Fonds für die Kreditierung des gemeinsamen Baues von Objekten in den Mitgliedsländern und ein Fonds für die Kreditierung von Maßnahmen zur ökonomischen und technischen Unterstützung von Entwicklungsländern.

Zweck, Höhe, Bedingungen und Verfahren der Bildung und Verwendung der Sonderfonds werden durch entsprechende Vereinbarungen zwischen den interessierten Ländern und der Bank festgelegt.

Artikel 12

Die Bank kann durch Aufnahme von Finanz- und Bankkrediten sowie Anleihen, durch Annahme mittel- und langfristiger Einlagen und in anderen Formen Mittel in der kollektiven Währung (transferable Rubel), in nationalen Währungen interessierter Länder und in freikonvertierbaren Währungen mobilisieren.

Der Bankrat kann Beschlüsse über die Ausgabe verzinslicher Obligationen durch die Bank fassen, die auf internationalen Kapitalmärkten aufgelegt werden.

Die Bedingungen für die Ausgabe von Obligationen werden vom Bankrat festgelegt.

Kreditoperationen der Bank

Artikel 13

Die Bank gewährt den im Abkommen genannten Kreditnehmern aus eigenen und mobilisierten Mitteln in zwischen der Bank und dem Kreditnehmer vereinbarten Währungen lang- und mittelfristige Kredite für die im Abkommen vorgesehenen Zwecke, beteiligt sich mit anderen Banken an der Gewährung solcher Kredite und übernimmt Garantien für Verpflichtungen der Wirtschaftsorganisationen und Betriebe nach dem vom Bankrat festgelegten Verfahren.

Artikel 14

Die Kreditierung der im Abkommen vorgesehenen Maßnahmen erfolgt auf der Grundlage laufender und perspektivischer Kreditpläne. Das Verfahren der Aufstellung der Kreditpläne wird vom Bankrat festgelegt.

Artikel 15

Die Bank gewährt unter Beteiligung des Kreditnehmers mit eigenen Mitteln an der Finanzierung des Objektes Kredite. In Einzelfällen werden Kredite für den vollen Wert des Objektes ausgereicht.

Die Gewährung von Krediten und die Übernahme von Garantien durch die Bank wird in jedem einzelnen Fall in einem entsprechenden Vertrag vereinbart.

Der Kreditvertrag enthält die auf eine hohe Effektivität des zu kreditierenden Objektes gerichteten öko-

nomischen Kriterien sowie die Bedingungen der Gewährung, Inanspruchnahme und Tilgung des Kredites.

Die Kredite werden in erster Linie für Objekte mit der höchsten Effektivität gewährt.

Kriterien für die ökonomische Effektivität sind: Sicherung des technischen Höchststandes des Bauvorhabens, Erreichung eines optimalen Produktionsvolumens des zu kreditierenden Objektes, Einhaltung der für den betreffenden Zweig optimalen Rücklaufzeiten; Herstellung von Erzeugnissen, die dem Weltniveau in der Qualität und den Weltmarktpreisen entsprechen; das Vorhandensein der erforderlichen Rohstoffbasis für die Produktion und eines Absatzmarktes für die Erzeugnisse; die Bauzeiten der Objekte sowie andere ökonomische, finanzielle und Bankkriterien, die entsprechend dem Charakter und der Zweckbestimmung der Investitionen vom Bankrat festgelegt werden.

Die Bank kann eine Expertise anfertigen oder nach eigenem Ermessen das Projekt, die technische Dokumentation und den Kostenvoranschlag an entsprechende nationale Organisationen oder internationale Spezialistengruppen zur Anfertigung einer Expertise übergeben. Die für die Anfertigung der Expertisen erforderlichen Unterlagen und Angaben werden durch die Kreditnehmer zur Verfügung gestellt.

Bei der Gewährung von Krediten und der Übernahme von Garantien kann die Bank Sicherheiten verlangen.

Das Verfahren der Kreditgewährung und -tilgung, die Sicherheiten sowie die allgemeinen Bedingungen, die in den Kreditverträgen vorzusehen sind, werden vom Bankrat festgelegt.

Artikel 16

Mittelfristige Kredite werden in der Regel mit einer Laufzeit bis zu 5 Jahren, langfristige Kredite mit einer maximalen Laufzeit bis zu 15 Jahren gewährt.

Artikel 17

Die Tilgung der von der Bank gewährten Kredite wird vom Kreditnehmer auf der Grundlage des im Kreditvertrag festgelegten Tilgungsplanes im Rahmen der Kreditlaufzeit vorgenommen. Die Tilgung beginnt in der Regel spätestens 6 Monate nach dem im Kreditvertrag festgelegten Termin der Inbetriebnahme des zu kreditierenden Objektes.

Die Tilgung des Kredites erfolgt in der Regel in den Währungen, in denen der Kredit ausgereicht wurde, oder nach Vereinbarung zwischen der Bank und dem Kreditnehmer in anderen Währungen.

Artikel 18

1. Die Bank ergreift die erforderlichen Maßnahmen zur Sicherung der zweckbestimmten und effektiven Verwendung der Mittel aus Krediten und Garantien. Zu diesem Zweck ist die Bank befugt,
 - a) die Verwendung von Mitteln bei Kredit- und Garantiegeschäften nur für die Ausgaben zuzulassen, die in den von ihr abgeschlossenen Verträgen vorgesehen sind;
 - b) eine ständige Kontrolle über die vom Kreditnehmer einzuhaltenen Bedingungen des Kreditvertrages sowohl im Vorbereitungsstadium als auch im Prozeß der Durchführung des Bauvorhabens und im Zeitraum der Kredittilgung durchzuführen;

c) ihre Spezialisten sowie die durch die Bank eingesetzten Spezialisten internationaler Expertengruppen sowohl im Vorbereitungsstadium als auch im Prozeß der Durchführung des Bauvorhabens und der Tilgung des Kredites zur erforderlichen Kontrolle an Ort und Stelle zu entsenden. In diesen Fällen unterstützen die entsprechenden Länder die genannten Spezialisten bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und haben das Recht, eigene Vertreter für die Teilnahme an dieser Kontrolle zu benennen.

2. Bei Verletzung der Bedingungen des Vertrages durch den Kreditnehmer hat die Bank das Recht, folgende Sanktionen anzuwenden:

- a) die Gewährung von Krediten an die Kreditnehmer einzuschränken oder vollständig einzustellen;
- b) die Zinssätze für die in Anspruch genommenen Kredite für die Dauer der Verletzung der Vertragsbedingungen durch den Kreditnehmer zu erhöhen;
- c) gegenüber solchen Kreditnehmern und denjenigen, die dafür Garantien übernommen haben, die Rückzahlung der entsprechenden Beträge an die Bank zu fordern und diese Beträge aus vorhandenen Guthaben der Kreditnehmer oder ihrer Garantien auf den Konten der Bank vorfristig einzuziehen;
- d) andere mögliche Maßnahmen zum Schutze der Interessen der Bank in Übereinstimmung mit den vom Bankrat festzulegenden Prinzipien einzuleiten.

Die Einschränkung oder Einstellung der Kreditgewährung wird nach dem vom Bankrat festgelegten Verfahren durchgeführt.

Die Maßnahmen oder Sanktionen, die von der Bank im Falle der Verletzung des Kreditvertrages oder der zugunsten der Bank gestellten Garantie angewendet werden, werden in dem entsprechenden Kredit- oder Garantievertrag festgelegt.

Im Falle wesentlicher Verstöße gegen die Bedingungen des Kredit- oder Garantievertrages durch den Kreditnehmer bzw. Garantien informiert darüber die Bank die zuständigen Organe des Landes des Kreditnehmers oder des Garantien und bei Notwendigkeit die Regierung des betreffenden Landes.

Sonstige Geschäfte der Bank

Artikel 19

Die Bank kann bei anderen Banken zeitweilig freie Mittel anlegen, Devisen und Sorten, Gold und Wertpapiere kaufen und verkaufen und andere Bankgeschäfte in Übereinstimmung mit den Zielen der Bank durchführen.

Zinsen und Gebühren

Artikel 20

Für die gewährten Kredite erhebt die Bank Zinsen.

Für aufgenommene Mittel zahlt die Bank Zinsen. Für Garantieschäfte sowie für die Durchführung von Aufträgen ihrer Kunden und Korrespondenten erhebt die Bank Spesen und andere Gebühren.

Die Grundsätze der Zinspolitik der Bank sowie die Grundsätze der Festlegung von Spesen und anderen Gebühren werden vom Bankrat festgelegt.

Bei der Festlegung der Grundsätze der Zinspolitik geht der Bankrat von der Notwendigkeit der Differenzierung der Zinssätze unter Berücksichtigung der Laufzeiten für die Kredite und der Art der Währung aus.

Leitung der Bank

Bankrat

Artikel 21

1. Der Bankrat ist das höchste Leitungsorgan der Bank und übt die Gesamtleitung der Tätigkeit der Bank aus.

Der Bankrat besteht aus Vertretern aller Mitgliedsländer der Bank, die von den Regierungen dieser Länder ernannt werden.

Jedes Mitgliedsland der Bank hat im Bankrat, unabhängig von der Höhe seines Anteils am Kapital der Bank, eine Stimme.

2. Der Bankrat tritt je nach Notwendigkeit, jedoch mindestens zweimal im Jahr zusammen.

3. Auf den Tagungen des Bankrates führen die Vertreter der Mitgliedsländer der Bank der Reihe nach den Vorsitz.

Der Bankrat legt die Verfahrensregeln seiner Arbeit fest.

Artikel 22

1. Der Bankrat

a) bestimmt die Hauptrichtung der Tätigkeit der Bank zu Fragen der Kreditgewährung, zur Mobilisierung von Mitteln und zur Zinspolitik der Bank sowie die Grundsätze für die Festlegung von Spesen und anderen Gebühren für die Geschäfte der Bank, die Grundsätze der Zusammenarbeit mit Banken der Mitgliedsländer und anderen Banken, internationalen Finanzorganisationen, Banken und ähnlichen Organisationen;

b) bestätigt auf der Grundlage der Vorschläge des Präsidenten des Direktoriums die Liste der durch die Bank zu kreditierenden Objekte einschließlich des Kreditbetrages für das einzelne Objekt und bestimmt die allgemeinen Bedingungen, die Gegenstand der von der Bank abzuschließenden Kreditverträge werden müssen. Der Bankrat legt in diesem Zusammenhang in der Objektliste einen Gesamtbetrag und die maximale Höhe des Kredites je Objekt fest, in deren Rahmen das Direktorium zur Ausreichung von Krediten berechtigt ist;

c) bestätigt die Kreditpläne, den Geschäftsbericht, die Bilanz und die Gewinnverteilung der Bank, die Struktur, den Stellenplan und den Voranschlag für die Verwaltungskosten der Bank;

d) ernennt den Präsidenten und die Mitglieder des Direktoriums der Bank;

e) ernennt den Vorsitzenden und die Mitglieder der Revisionskommission der Bank, nimmt ihre Berichte entgegen und faßt dazu Beschlüsse;

f) faßt Beschlüsse über die Eröffnung von Filialen und Vertretungen der Bank in Mitgliedsländern und anderen Ländern und über die Einstellung ihrer Tätigkeit;

- g) bestätigt die Regeln über die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter der Bank sowie andere Regeln, die die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bank und den Mitarbeitern festlegen;
- h) faßt Beschlüsse über den Zweck, die Höhe, die Termine und die Bedingungen der Bildung und Verwendung des Reservekapitals und der eigenen Sonderfonds sowie über das allgemeine Verfahren der Bildung von Sonderfonds interessierter Länder in der Bank;
- i) gibt Empfehlungen
- über die Erhöhung des Grundkapitals der Bank,
 - über die Änderung des Statuts der Bank;
- k) faßt Beschlüsse
- über die Ausgabe von Obligationen,
 - über die Aufnahme neuer Mitglieder der Bank,
 - über das Verfahren und die Termine der Einzahlungen für das Grundkapital der Bank,
 - über den Termin und das Verfahren der Einstellung der Tätigkeit der Bank;
- l) übt andere Funktionen aus, die sich aus dem Abkommen und dem Statut der Bank ergeben und für die Erreichung der Ziele und Aufgaben der Bank notwendig sind.
2. Der Bankrat faßt die Beschlüsse zu folgenden Fragen einstimmig:
- Bestätigung des Geschäftsberichtes, der Bilanz und der Verteilung des Gewinns der Bank;
 - Empfehlungen zur Erhöhung des Grundkapitals der Bank;
 - Verfahren und Termine der Einzahlungen der Länder für das Grundkapital;
 - Ausgabe von Obligationen;
 - Eröffnung und Schließung von Filialen und Vertretungen der Bank;
 - Ernennung des Präsidenten des Direktoriums, der Mitglieder des Direktoriums, des Vorsitzenden und der Mitglieder der Revisionskommission;
 - Aufnahme neuer Mitglieder der Bank;
 - Empfehlungen zur Veränderung des Statuts der Bank;
 - Verfahren und Termine der Einstellung der Tätigkeit der Bank gemäß Artikel XXVI des Abkommens.
- Zu den übrigen Fragen faßt der Bankrat Beschlüsse mit qualifizierter Stimmenmehrheit von mindestens Dreiviertel der Stimmen.
3. Der Bankrat hat das Recht, einzelne Fragen, die gemäß Statut der Bank zur Zuständigkeit des Rates gehören, dem Direktorium zur Entscheidung zu übertragen.

Direktorium der Bank

Artikel 23

Das Direktorium der Bank ist das Exekutivorgan der Bank. Das Direktorium ist dem Bankrat rechenschaftspflichtig.

Das Direktorium besteht aus dem Präsidenten des Direktoriums und seinen 3 Stellvertretern, die vom Bankrat aus Staatsbürgern der Mitgliedsländer der Bank für die Dauer von 5 Jahren ernannt werden.

Hauptaufgabe des Direktoriums ist die Leitung der Tätigkeit der Bank in Übereinstimmung mit dem Abkommen, dem Statut und den Beschlüssen des Bankrates.

Der Präsident des Direktoriums leitet unmittelbar die operative Tätigkeit der Bank und des Direktoriums auf der Grundlage des Prinzips der Einzelleitung im Rahmen seiner Befugnisse und Rechte, die im Statut und in den Beschlüssen des Bankrates festgelegt sind.

Zu den Befugnissen des Präsidenten des Direktoriums gehören:

- a) Verfügung über das Vermögen und die Mittel der Bank entsprechend dem Statut der Bank und den Beschlüssen des Bankrates;
- b) Durchführung der vom Bankrat bestätigten Kreditpläne;
- c) Organisierung der Arbeit zur Mobilisierung und Anlage freier Mittel;
- d) Vorlage der Liste der zu kreditierenden Objekte mit entsprechenden Begründungen im Bankrat;
- e) Entscheidung über die Gewährung von Krediten für die Finanzierung von Investitionsvorhaben im Rahmen des vom Bankrat festgelegten Kreditlimits;
- f) Entscheidung über die Übernahme von Garantien im Rahmen der vom Bankrat übertragenen Befugnisse;
- g) Festlegung der Zinssätze und der Kredit- und Garantiebedingungen im Rahmen der vom Bankrat festgelegten Grundsätze und allgemeinen Bedingungen;
- h) Vorbereitung erforderlicher Materialien und Vorschläge für die Behandlung durch den Bankrat;
- i) Vertretung der Bank sowie Geltendmachung von Ansprüchen und Einreichung von Klagen vor Gericht oder Schiedsgericht im Namen der Bank;
- k) Erteilung von Weisungen und Treffen von Entscheidungen zu operativen Fragen der Tätigkeit der Bank;
- l) Unterzeichnung von Verträgen, Verpflichtungen und Vollmachten im Namen der Bank;
- m) Organisierung und Durchführung von Geschäfts- und Korrespondenzbeziehungen der Bank zu anderen Banken und Organisationen;
- n) Bestätigung von Richtlinien und Instruktionen der Bank über das Verfahren der Abwicklung von Kredit- und anderen Bankgeschäften in Übereinstimmung mit den vom Bankrat festzulegenden Grundsätzen;
- o) Einstellung und Entlassung der Mitarbeiter der Bank mit Ausnahme der Mitglieder des Direktoriums, Bestätigung interner Richtlinien, Festlegung der Gehälter und Löhne in Übereinstimmung mit dem vom Bankrat bestätigten Stellenplan und dem Voranschlag der Verwaltungskosten sowie Prämierung verdienstvoller Mitarbeiter;

- p) Festlegung der Planstellen und der Lohnhöhe der Mitarbeiter des Verwaltungs- und technischen Personals der Bank im Rahmen des für diese Zwecke vom Rat bestätigten Lohnfonds und Aufteilung dieser Mitarbeiter auf die Verwaltungen und Abteilungen der Bank;
- r) Gewährung von Vollmachten an Amtspersonen der Bank, im Namen der Bank aufzutreten sowie Abkommen, Verpflichtungen und Vollmachten zu unterzeichnen;
- s) Erfüllung anderer Aufgaben, die sich aus dem Abkommen, dem Statut der Bank und den Beschlüssen des Bankrates ergeben.

Der Präsident des Direktoriums entscheidet die in den Punkten b), c), d), e), f), g), h), m), n) und p) genannten Fragen nach ihrer vorherigen Erörterung im Direktorium der Bank.

Die Ergebnisse der Beratungen des Direktoriums werden protokolliert.

Im Falle des Nichteinverständnisses einzelner Mitglieder des Direktoriums mit der vom Präsidenten getroffenen Entscheidung können sie die Aufnahme ihrer Meinung in das Protokoll verlangen und erforderlichenfalls den Bankrat davon in Kenntnis setzen.

Die Mitglieder des Direktoriums leiten bestimmte Arbeitsbereiche und sind dem Präsidenten des Direktoriums verantwortlich.

Artikel 24

Der Präsident des Direktoriums, die Mitglieder des Direktoriums und die anderen Amtspersonen der Bank handeln bei Ausübung der Dienstpflichten als internationale Amtspersonen. Sie unterstehen der Bank und sind von allen Organen und offiziellen Personen der Länder, deren Staatsbürgerschaft sie besitzen, unabhängig.

Revision der Tätigkeit der Bank

Artikel 25

Die Revision der Tätigkeit der Bank beinhaltet die Überprüfung der Erfüllung der Beschlüsse des Bankrates, des Geschäftsberichts, der Kasse und des Vermögens, der Buchführung, der Rechenschaftslegung und der Geschäftsführung der Bank, ihrer Filialen und Vertretungen und erfolgt durch die Revisionskommission, die vom Bankrat für die Dauer von 5 Jahren in der Zusammensetzung eines Vorsitzenden der Revisionskommission und 3 Mitgliedern ernannt wird.

Der Vorsitzende und die Mitglieder der Revisionskommission dürfen keinerlei Dienststellungen in der Bank bekleiden.

Die Organisation und das Verfahren der Revision werden durch den Bankrat festgelegt.

Der Präsident des Direktoriums der Bank stellt der Revisionskommission alle für die Revision notwendigen Unterlagen zur Verfügung.

Die Berichte der Revisionskommission werden dem Bankrat vorgelegt.

Organisation der Bank

Artikel 26

Die Bank besteht aus Verwaltungen und Abteilungen, und sie kann Filialen und Vertretungen haben.

Die Struktur der Bank wird vom Bankrat bestätigt.

Das Personal der Bank wird aus Staatsbürgern der Mitgliedsländer der Bank in Übereinstimmung mit den Regeln über die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter der Bank gebildet.

Behandlung von Streitfällen

Artikel 27

Ansprüche an die Bank können innerhalb zweier Jahre, gerechnet vom Zeitpunkt der Entstehung des Rechtsanspruches, geltend gemacht werden.

Artikel 28

Streitfälle der Bank mit ihrer Kundschaft werden auf Vereinbarung der Seiten vor einem Schiedsgericht behandelt, das aus den bereits bestehenden auszuwählen oder neu zu bilden ist.

Fehlt eine solche Vereinbarung, wird die Entscheidung des Streitfalles dem Schiedsgericht bei der Handelskammer am Sitz der Bank übertragen.

Rechenschaftslegung

Artikel 29

Das Geschäftsjahr der Bank wird vom 1. Januar bis einschließlich 31. Dezember gerechnet.

Die Jahresbilanzen werden nach dem vom Bankrat festgelegten Verfahren veröffentlicht.

Wirtschaftliche Rechnungsführung und Gewinnverteilung der Bank

Artikel 30

Die Bank führt ihre Geschäftstätigkeit nach dem Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung bei Sicherung ihrer Rentabilität durch.

Der Reingewinn der Bank wird nach Bestätigung des Geschäftsberichtes entsprechend dem Beschluß des Bankrates verteilt. Der Gewinn kann für die Bildung des Reservekapitals und eigener Sonderfonds eingesetzt, zwischen den Mitgliedsländern verteilt und für andere Zwecke verwendet werden.

Änderungen des Statuts

Artikel 31

In Übereinstimmung mit Artikel XIV des Abkommens können auf Empfehlung des Bankrates Statutenänderungen mit Zustimmung der Regierungen der Mitgliedsländer der Bank vorgenommen werden.

Artikel 32

Vorschläge zur Änderung des Statuts der Bank können von jedem Mitgliedsland der Bank sowie vom Direktorium der Bank dem Bankrat zur Behandlung vorgelegt werden.

Einstellung der Tätigkeit der Bank

Artikel 33

Die Tätigkeit der Bank kann in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Artikels XXVI des Abkommens eingestellt werden. Zeitpunkt und Verfahren der Einstellung der Tätigkeit der Bank und die Abwicklung ihrer Geschäfte werden vom Bankrat festgelegt.

СОГЛАШЕНИЕ

об образовании Международного инвестиционного банка

Правительства Народной Республики Болгарии, Венгерской Народной Республики, Германской Демократической Республики, Монгольской Народной Республики, Польской Народной Республики, Союза Советских Социалистических Республик и Чехословацкой Социалистической Республики,

руководствуясь интересами развития народного хозяйства Договаривающихся Сторон,

договорились о нижеследующем:

Статья I

Учредить Международный инвестиционный банк, именуемый в дальнейшем "Банк".

Учредителями-членами Банка являются Договаривающиеся Стороны.

В члены Банка могут быть приняты и другие страны. Порядок вступления других стран в члены Банка устанавливается статьей XXIII настоящего Соглашения.

Деятельность Банка осуществляется на основе полного равноправия и уважения суверенитета всех стран-членов Банка.

Местопребывание Банка — город Москва.

Банк создается и будет осуществлять свою деятельность в соответствии со следующими положениями.

Статья II

Основной задачей Банка является предоставление долгосрочных и среднесрочных кредитов в первую очередь на осуществление мероприятий, связанных с международным социалистическим разделением труда, специализацией и кооперированием производства, затратами на расширение сырьевой и жилищной базы в совместных интересах, со строительством объектов в других отраслях экономики, представляющих взаимный интерес для развития экономики стран-членов Банка, а также на строительство объектов для развития национальных экономик стран и другие цели, устанавливаемые Советом Банка и соответствующие задачи Банка.

В своей деятельности Банк должен исходить из необходимости обеспечения эффективного использования ресурсов, гарантирования платежеспособности по его обязательствам и строгой ответственности по возврату выданных Банком кредитов.

Кредитуемые Банком объекты должны соответствовать высшему научно-техническому уровню, обеспечивать производство продукции высшего качества с наименьшими затратами и ценами, соответствующими мировому рынку.

Банк предоставляет кредиты на проведение мероприятий и строительство объектов, представляющих интерес для нескольких стран-членов, при наличии долгосрочных соглашений или иной договоренности на осуществление мероприятий и на строительство объектов и о реализации производимой ими продукции во взаимных интересах стран-членов, принимая во внимание и рекомендации по координации народнохозяйственных планов стран-членов Банка.

Деятельность Банка должна быть органически связана с системой мероприятий по дальнейшему развитию социалистического экономического сотрудничества, сближению и постепенному выравниванию уровней экономического развития стран-членов при соблюдении принципов высокой эффективности использования кредитов Банка. По договоренности с Советом Экономической Взаимопомощи Банк участвует при рассмотрении соответствующими органами СЭВ вопросов, связанных с координацией планов национальных экономик стран-членов в области капитальных вложений, представляющих взаимный интерес.

Статья III

1. Уставный капитал Банка определяется в сумме одного миллиарда переводных рублей. Он образуется в коллективной валюте (в переводных рублях) и в свободно конвертируемых валютах или в золоте.

Золотое содержание переводного рубля составляет 0,987412 грамма чистого золота.

2. Долевые взносы (квоты) Договаривающихся Сторон в уставном капитале устанавливаются исходя из объема экспорта в их взаимном товарообороте и составляют для:

Народной Республики Болгарии	85,1 миллиона переводных рублей
Венгерской Народной Республики	83,7 миллиона переводных рублей
Германской Демократической Республики	176,1 миллиона переводных рублей

Монгольской Народной Республики	4,5 миллиона переводных рублей
Польской Народной Республики	121,4 миллиона переводных рублей
Союза Советских Социалистических Республик	399,3 миллиона переводных рублей
Чехословацкой Социалистической Республики	129,9 миллиона переводных рублей

На сумму долевых взносов (квот) стран-членов уполномоченные банки этих стран выдают Банку обязательства.

3. Уставный капитал образуется в размере 70% в переводных рублях и в размере 30% в свободно конвертируемых валютах или в золоте.

4. Первый взнос в уставный капитал Договаривающиеся Стороны производит при образовании Банка в размере 175 миллионов переводных рублей. Второй взнос в размере 175 миллионов переводных рублей производится в течение второго года деятельности Банка.

Остатки часть капитала оппачивается с учетом развития операций Банка и потребности в средствах в порядке и сроки, установленные Советом Банка.

5. Уставный капитал может быть увеличен с согласия правительства стран-членов Банка по рекомендации Совета Банка. Порядок и сроки соответствующих взносов определяются Советом Банка.

6. Уставный капитал увеличивается и при приеме нового члена Банка на сумму его долевого взноса (квоты) в этот капитал. Сумма, способ и сроки взноса определяются Советом Банка по согласованию с соответствующей страной.

Статья IV

Банк образует резервный капитал.

Банк может создавать собственные специальные фонды.

Цели, размер, сроки, условия образования и использования резервного капитала и собственных специальных фондов определяются Советом Банка.

Статья V

В Банке могут создаваться специальные фонды за счет ресурсов заинтересованных стран.

Статья VI

Банк может привлекать средства в коллективной валюте (в переводных рублях), национальных валютах заинтересованных стран и в

свободно конвертируемых валютах путем получения финансовых и банковских кредитов и займов, принятия среднесрочных и долгосрочных вкладов, а также в других формах.

Совет Банка может принимать решения о выпуске Банком процентных облигационных займов, размещаемых на международных валютных рынках.

Условия выпуска облигационных займов определяются Советом Банка.

Статья VII

1. Банк предоставляет долгосрочные и среднесрочные кредиты на цели, предусмотренные статьей II настоящего Соглашения.

2. Кредиты предоставляются:

а) банкам, хозяйственным организациям и предприятиям стран-членов Банка, официально уполномоченным странами-членами на получение кредитов;

б) международным организациям и предприятиям стран-членов Банка, занимающимся хозяйственной деятельностью;

в) банкам и экономическим организациям других стран в порядке, установленном Советом Банка.

3. Банк может выдавать гарантии в порядке, установленном Советом Банка.

Статья VIII

Порядок кредитного планирования, предельные сроки, условия предоставления, использования и погашения кредитов, выдачи гарантий, а также применения санкций при нарушении условий по кредитам и гарантиям регулируются Уставом и решениями Совета Банка.

Статья IX

Банк может размещать в других банках временно свободные средства, продавать и покупать валюту, золото и ценные бумаги, а также осуществлять другие банковские операции, соответствующие целям Банка.

Статья X

Банк осуществляет свою деятельность, обеспечивая ее рентабельность.

Статья XI

Банк имеет право осуществлять сотрудничество с органами Совета Экономической Взаимопомощи, Международным банком экономического сотрудничества и с другими экономическими организациями стран-членов.

Банк может на основе равноправия вступать в контакты и устанавливать деловые отношения с международными финансово-кредитными и другими международными институтами, а также с другими банками.

Характер и формы этих отношений определяются Советом Банка.

Статья XII

Участие стран в Банке и деятельность Банка не могут служить каким-либо препятствием для осуществления и развития непосредственных финансовых и других деловых связей стран-членов Банка между собой, с другими странами и международными финансово-банковскими организациями.

Кредитные операции Банка не заменяют применяемые на практике принципы и порядок предоставления кредитов на основе двусторонних межправительственных соглашений по экономическому сотрудничеству и взаимной помощи.

Статья XIII

1. Банк является юридическим лицом.

Банк пользуется правоспособностью, необходимой для выполнения его функций и достижения его целей, в соответствии с положениями настоящего Соглашения и Устава Банка.

2. На территории каждой страны-члена Банк, а также представители стран в Совете и должностные лица Банка пользуются привилегиями и иммунитетами, которые необходимы для выполнения функций и достижения целей, предусмотренных настоящим Соглашением и Уставом Банка. Вышеупомянутые привилегии и иммунитеты определяются статьями XV, XVI и XVII настоящего Соглашения.

3. Банк может открывать на территории страны местонахождения, а также на территории других стран отделения и представительства.

Правовые отношения между Банком и страной местонахождения Банка, его отделений и представительств определяются соответствующими соглашениями.

4. Банк несет ответственность по своим обязательствам в пределах принадлежащего ему имущества.

Банк не несет ответственности по обязательствам стран-членов, равно как и страны-члены не отвечают по обязательствам Банка.

Статья XIV

Деятельность Банка регулируется настоящим Соглашением, Уставом Банка, прилагаемым к этому Соглашению, а также правилами, издаваемыми Банком в пределах его компетенции.

Исходя из интересов дальнейшего развития и совершенствования деятельности Банка и углубления социалистического экономического сотрудничества в Устав Банка могут быть внесены изменения с согласия правительств стран-членов Банка по рекомендации Совета Банка.

Статья XV

1. Имущество Банка, его активы и документы независимо от места их нахождения, а также операции Банка пользуются иммунитетом от административного и судебного вмешательства в любой форме, за исключением случаев, когда Банк сам отказывается от иммунитета. Помещения Банка, а также его отделений и представительств на территории любой страны-члена Банка являются неприкосновенными.

2. Банк на территории стран-членов Банка:

а) освобождается от всех прямых налогов и сборов, как общегосударственных, так и местных. Это положение не будет применяться в отношении платежей за предоставление коммунальных и других услуг;

б) освобождается от таможенных сборов и ограничений при ввозе и вывозе предметов, предназначенных для служебного пользования;

в) пользуется всеми льготами в отношении первоочередности, тарифов и ставок почтовой, телеграфной и телефонной связи, которыми в этой стране пользуются дипломатические представительства.

Статья XVI

1. Представителям стран в Совете Банка при выполнении ими своих служебных обязанностей предоставляются на территории каждой страны-члена Банка следующие привилегии и иммунитеты:

а) иммунитет от личного ареста или задержания, а также от юрисдикции судебных учреждений в отношении всех действий, которые могут быть совершены ими в качестве представителей;

б) неприкосновенность всех бумаг и документов;

в) те же таможенные льготы в отношении их личного багажа, какие предоставляются соответствующим по рангу сотрудникам дипломатических представительств в данной стране;

г) освобождения от личных повинностей и от прямых налогов и сборов в отношении денежных сумм, выплачиваемых представителям назначившей их страной.

2. Привилегии и иммунитеты, предусмотренные настоящей статьей, предоставляются упомянутым в ней лицам исключительно в служебных интересах. Каждая страна-член Банка имеет право и обязана отказаться от иммунитета своего представителя во всех случаях, когда, по мнению этой страны, иммунитет препятствует осуществлению правосудия и отказ от иммунитета не нанесет ущерба целам, в связи с которыми он был предоставлен.

3. Положения п.1 настоящей статьи не применяются к взаимоотношениям между представителем и органами страны, гражданином которой он является.

Статья XVII

1. Совет Банка по представлению Председателя Правления Банка определяет категории должностных лиц Банка, к которым применяются положения настоящей статьи. Фамилии таких должностных лиц периодически сообщаются Председателем Правления Банка компетентным органам стран-членов Банка.

2. Должностные лица Банка при исполнении ими своих служебных обязанностей на территории каждой страны-члена Банка:

а) не подлежат судебной и административной ответственности за все действия, которые могут быть ими совершены в качестве должностных лиц;

б) освобождаются от личных повинностей и от прямых налогов и сборов в отношении выплачиваемой им Банком заработной платы. Это положение не применяется к должностным лицам Банка, являющимся гражданами страны местонахождения Банка, его отделений и представительств;

в) имеют право на те же таможенные льготы в отношении их личного багажа, какие предоставляются соответствующим по рангу сотрудникам дипломатических представительств в данной стране.

3. Привилегии и иммунитеты, предусмотренные настоящей статьей, предоставляются должностным лицам Банка исключительно в служебных интересах.

Председатель Правления Банка имеет право и обязан отказаться от иммунитета должностных лиц Банка во всех случаях, когда, по его мнению, иммунитет препятствует осуществлению правосудия и отказ от иммунитета не нанесет ущерба целям, в связи с которыми он был предоставлен. В отношении Председателя и членов Правления Банка право отказа от иммунитета принадлежит Совету Банка.

Статья XVIII

Должностные лица Банка при исполнении своих служебных обязанностей действуют в качестве международных должностных лиц. Они подчиняются исключительно Банку и независимы от любых органов и официальных лиц своих стран. Каждая страна-член Банка должна уважать международный характер этих обязанностей.

Статья XIX

Высшим органом управления Банка, осуществляющим общее руководство деятельностью Банка, является Совет Банка.

Совет Банка состоит из представителей всех стран-членов Банка, назначаемых правительствами этих стран.

Каждая страна-член Банка имеет в Совете один голос независимо от размера ее вклада в капитал Банка.

Совет принимает решения по перечисленным в Уставе Банка принципиальным вопросам деятельности Банка единогласно, а по другим вопросам — квалифицированным большинством не менее 3/4 голосов. При этом Совет Банка правомочен принимать решения, если на заседании Совета присутствуют представители не менее 3/4 стран-членов Банка.

Статья XX

Исполнительным органом Банка является Правление Банка.

Правление подотчетно Совету Банка.

Правление состоит из Председателя Правления и трех его заместителей, назначаемых Советом Банка из граждан стран-членов Банка на срок пять лет.

Основной задачей Правления является руководство деятельностью Банка в соответствии с настоящим Соглашением и Уставом Банка, а также решениями Совета Банка.

Председатель Правления осуществляет непосредственное руководство оперативной деятельностью Банка и Правления на основе принципа единоначалия в рамках его компетенции и прав, определенных Уставом и решениями Совета Банка.

Статья XXI

Для проведения ревизии деятельности Банка создается Ревизионная комиссия, назначаемая Советом Банка.

Статья XXII

Претензии к Банку могут быть предъявлены в течение двух лет с момента возникновения права на иск.

Статья XXIII

Любая страна, желающая присоединиться к настоящему Соглашению и вступить в члены Банка, подает в Совет Банка официальное заявление с указанием, что она разделяет цели и принципы деятельности Банка и принимает на себя обязательства, вытекающие из настоящего Соглашения и Устава Банка.

Прием в члены Банка производится по решению Совета Банка.

Надлежащим образом удостоверенная копия решения Совета Банка о приеме в члены Банка новой страны направляется этой стране и депозитарию настоящего Соглашения. Со дня получения депозитарием указанного документа вместе с документом (заявлением) о присоединении страна считается присоединившейся к Соглашению и принятой в члены Банка, о чем депозитарий уведомляет страны-члены Банка и Банк.

Статья XXIV

Каждая страна может отказаться от членства в Банке и участия в настоящем Соглашении с уведомлением об этом Совета Банка не менее чем за шесть месяцев. В течение указанного срока должны быть урегулированы отношения между Банком и соответствующей страной по их взаимным обязательствам.

О выходе страны из Банка Совет официально уведомляет депозитария настоящего Соглашения.

Статья XXV

Настоящее Соглашение подлежит ратификации и вступит в силу с даты, когда последняя из Договаривавшихся Сторон сдаст свою ратификационную грамоту депозитарию этого Соглашения.

Однако Соглашение будет введено в действие временно с 1 января 1971 года, если только оно на эту дату не вступит в силу согласно первому абзацу настоящей статьи.

Статья XXVI

Настоящее Соглашение может быть изменено лишь с согласия всех стран-членов Банка.

Соглашение прекратит свое действие, если не менее 2/3 стран-членов заявят об отказе от участия в Банке в соответствии со статьей XXIV настоящего Соглашения и о денонсации Соглашения.

В этом случае деятельность Банка будет прекращена в сроки и в порядке, установленные Советом Банка.

Статья XXVII

Настоящее Соглашение будет сдано на хранение Секретариату Совета Экономической Взаимопомощи, который будет выполнять функции депозитария этого Соглашения.

Совершено в городе Москве 10 июля 1970 года в одном экземпляре на русском языке.

Заверенные копии настоящего Соглашения будут разосланы депозитарием всем Договаривающимся Сторонам.

По уполномочию Правительства Народной Республики
Болгарии *Stobanov*

По уполномочию Правительства Венгерской Народной
Республики *Ambrus*

По уполномочию Правительства Германской Демокра-
тической Республики *Rohde*

По уполномочию Правительства Монгольской Народной
Республики *Minduy*

По уполномочию Правительства Польской Народной
Республики *Mitt*

По уполномочию Правительства Союза Советских
Социалистических Республик *Staroburov*

По уполномочию Правительства Чехословацкой
Социалистической Республики *Rom'us*

Копия верна:

Заведующий юридическим бюро
Секретариата СЭВ



М. И. Сидоров

У С Т А В МЕЖДУНАРОДНОГО ИНВЕСТИЦИОННОГО БАНКА

Международный инвестиционный банк учрежден на основании Соглашения между Правительствами Народной Республики Болгарии, Венгерской Народной Республики, Германской Демократической Республики, Монгольской Народной Республики, Польской Народной Республики, Союза Советских Социалистических Республик и Чехословацкой Социалистической Республики.

Общие положения

Статья I

Международный инвестиционный банк, в дальнейшем именуемый "Банк", организует и осуществляет долгосрочные и среднесрочные кредитные, а также другие банковские операции в соответствии с Соглашением об образовании Международного инвестиционного банка (в дальнейшем именуемым "Соглашение") и его Уставом.

Статья 2

Банк является юридическим лицом с наименованием "Международный инвестиционный банк".

Цели и задачи Банка, его правоспособность, в том числе правомочия и пределы его ответственности, положения, относящиеся к правовому регулированию деятельности Банка, а также касающиеся привилегий и иммунитетов, которыми пользуется Банк, представители стран-членов в Совете и должностные лица Банка, определяются Соглашением и Уставом Банка.

Банк правомочен:

- а) заключать международные и другие соглашения, а также совершать любые сделки в пределах своей компетенции;
- б) приобретать, арендовать и отчуждать имущество;
- в) выступать в судебных и арбитражных органах;
- г) открывать на территории страны местонахождения, а также на территории других стран отделения и представительства;
- д) издавать инструкции и правила по вопросам, относящимся к его компетенции;

е) совершать другие действия, направленные на выполнение возложенных на Банк задач.

Статья 3

Банк несет ответственность по своим обязательствам в пределах принадлежащего ему имущества.

Банк не несет ответственности по обязательствам стран-членов, равно как и страны-члены не отвечают по обязательствам Банка.

Статья 4

Банк имеет печать с надписью: "Международный инвестиционный банк". Отделения и представительства, а также обслуживающие подразделения Банка имеют печать с той же надписью с добавлением наименования отделения, представительства или соответствующего подразделения.

Статья 5

Банк гарантирует тайну по операциям, документам, счетам и вкладам его клиентов и корреспондентов.

Должностные лица и другие сотрудники Банка обязаны хранить тайну по операциям, документам, счетам и вкладам Банка, а также его клиентов и корреспондентов.

Членство

Статья 6

Учредителями — членами Банка являются страны, подписавшие и ратифицировавшие Соглашение.

В члены Банка могут быть приняты и другие страны.

Любая страна, желающая вступить в члены Банка, подает в Совет Банка официальное заявление с указанием, что она разделяет цели и принципы деятельности Банка и принимает на себя обязательства, вытекающие из Соглашения и Устава Банка.

Принем в члены Банка производится по решению Совета Банка.

Каждая страна может отказаться от членства в Банке с уведомлением об этом Совета Банка не менее чем за шесть месяцев. В течение указанного срока должны быть урегулированы отношения между Банком и соответствующей страной по их взаимным обязательствам.

Статья 7

Если учреждения или организации стран-членов нарушают положения Соглашения или Устава Банка, в частности не исполняют своих обязательств перед Банком, Совет Банка информирует об этом компетентные органы стран-членов, а в необходимых случаях — правительства этих стран.

Ресурсы Банка

Статья 8

Ресурсы Банка образуются путем взносов стран-членов в уставный капитал Банка, взносов заинтересованных стран в их специальные фонды, привлечения средств от стран-членов Банка и на международных валютных рынках, отчисления части прибыли в резервный капитал и в собственные специальные фонды Банка.

Статья 9

Уставный капитал Банка составляет один миллиард переводных рублей. Он образуется в коллективной валюте (переводных рублях) и в свободно конвертируемых валютах или в золоте.

Уставный капитал используется для целей, предусмотренных Соглашением и Уставом Банка, и служит обеспечением обязательств Банка.

Размер уставного капитала может быть увеличен в соответствии с положениями Соглашения.

Взносы в уставный капитал производятся в соответствии с положениями Соглашения и решениями Совета Банка.

Стране, внесшей свой взнос в уставный капитал, Банк выдает свидетельство, которое является подтверждением и доказательством произведенного ею взноса.

В случае выхода страны из Банка сумма ее взноса в уставный капитал учитывается при урегулировании отношений между этой страной и Банком по их взаимным обязательствам.

Статья 10

Банк образует резервный капитал, а также может создавать собственные специальные фонды. Резервный капитал и собственные специальные фонды Банка создаются за счет его прибыли.

Статья II

В Банке могут создаваться специальные фонды за счет ресурсов заинтересованных стран, в том числе фонд кредитования совместного строительства объектов в странах-членах и фонд кредитования мероприятий по оказанию экономического и технического содействия развивающимся странам.

Цели, размеры, условия, порядок создания и функционирования специальных фондов определяются соответствующими соглашениями между заинтересованными странами и Банком.

Статья I2

Банк может привлекать средства в коллективной валюте (в переводных рублях), национальных валютах заинтересованных стран и в свободно конвертируемых валютах путем получения финансовых и банковских кредитов и займов, принятия среднесрочных и долгосрочных вкладов, а также в других формах.

Совет Банка может принимать решения о выпуске Банком процентных облигационных займов, размещаемых на международных валютных рынках.

Условия выпуска облигационных займов определяются Советом Банка.

Кредитные операции Банка

Статья I3

Банк предоставляет долгосрочные и среднесрочные кредиты заемщикам, указанным в Соглашении, за счет собственных и привлеченных средств в валютах, согласованных между Банком и заемщиком, на цели, предусмотренные Соглашением, участвует вместе с другими банковскими учреждениями в предоставлении таких кредитов и выдает гарантии по обязательствам хозяйственных организаций и предприятий в порядке, установленном Советом Банка.

Статья I4

Кредитование мероприятий, предусмотренных Соглашением, осуществляется на основании текущих и перспективных кредитных планов. Порядок составления кредитных планов определяется Советом Банка.

Статья 15

Банк предоставляет кредиты с участием в финансировании собственных средств заемщика и в отдельных случаях — на полную стоимость объекта.

Предоставление и гарантирование Банком кредитов оформляются в каждом отдельном случае соответствующим соглашением.

В кредитном соглашении предусматриваются экономические критерии, характеризующие высокую эффективность кредитуемого объекта, условия предоставления, использования и погашения кредита.

Кредиты предоставляются в первую очередь на объекты, обеспечивающие более высокую эффективность.

К критериям экономической эффективности относятся: обеспечение наивысшего технического уровня строительства объекта, достижение кредитуемым объектом оптимального объема производства, соблюдение оптимальных для данной отрасли сроков окупаемости; выпуск продукции, соответствующей мировым стандартам по качеству и мировым ценам; наличие необходимой сырьевой базы для производства и рынка сбыта продукции; продолжительность строительства объектов, а также другие экономические и финансово-банковские критерии, определяемые Советом Банка в зависимости от характера и назначения капитальных вложений.

Банк может осуществлять экспертизу или передавать на экспертизу проект, техническую документацию и смету соответствующим национальным организациям или международным группам специалистов по своему усмотрению. Материалы и данные, необходимые для проведения экспертизы, обеспечиваются через получателей кредитов.

При предоставлении кредитов и гарантий Банк может требовать предоставления ему обеспечения.

Порядок предоставления и погашения кредитов, обеспечения, а также общие условия, которые должны предусматриваться в кредитных соглашениях, определяются Советом Банка.

Статья 16

Среднесрочные кредиты предоставляются, как правило, до 5 лет, долгосрочные кредиты — на максимальный срок до 15 лет.

Статья 17

Погашение предоставленных Банком кредитов осуществляется заемщиком на основе установленного кредитным соглашением плана погашения в пределах срока кредита. Погашение начинается, как правило, не позднее чем через шесть месяцев после зафиксированного в кредитном соглашении срока ввода в эксплуатацию кредитуемого объекта.

Погашение кредита производится, как правило, в валютах, в которых предоставлен кредит, или в других валютах по согласованию между Банком и заемщиком.

Статья 18

1. Банк принимает необходимые меры, направленные на обеспечение целевого использования средств по кредитам и гарантиям, а также эффективности использования указанных средств. В этих целях Банк уполномочивается:

а) при совершении кредитных и гарантийных операций разрешать выдачу средств только на расходы, предусмотренные заключенными им соглашениями ;

б) осуществлять постоянный контроль за соблюдением условий кредитных соглашений как на подготовительной стадии строительства, так и в процессе его проведения заемщиком и погашения им кредита ;

в) направлять на места своих специалистов, а также привлекаемых Банком специалистов международных групп экспертов как в период подготовки, так и на стадии осуществления строительства и погашения кредита для проведения необходимого контроля. В этих случаях соответствующие страны оказывают содействие указанным специалистам в выполнении их функций и могут назначать своих представителей для участия в проведении указанного контроля.

2. При нарушении заемщиком условий соглашения Банк имеет право применять следующие санкции:

а) ограничивать или полностью прекращать предоставление кредитов заемщикам ;

б) повышать размер процентной ставки за пользование кредитом в период нарушения заемщиком условий соглашения ;

в) предъявлять к таким заемщикам и к их гарантам требования о возврате Банку соответствующих сумм, а при наличии средств заемщиков и их гарантов на счетах в Банке производить с таких счетов досрочное взыскание ;

г) принимать другие возможные меры защиты интересов Банка в соответствии с принципами, устанавливаемыми Советом Банка.

Ограничение и прекращение кредитования производится в порядке, установленном Советом Банка.

Меры или санкции, которые будут применяться Банком в случае нарушения кредитного соглашения или условий гарантии, выданной в пользу Банка, определяются в соответствующем соглашении или в гарантии.

В случае существенных нарушений заемщиком условий кредитного соглашения или гарантом условий гарантии Банк ставит об этом в известность компетентные органы страны-заемщика или гаранта, а при необходимости — правительство соответствующей страны.

Прочие операции Банка

Статья 19

Банк может размещать в других банках временно свободные средства, продавать и покупать валюту, золото и ценные бумаги, а также осуществлять другие банковские операции, соответствующие целям Банка.

Проценты и сборы

Статья 20

За предоставленные кредиты Банк взимает проценты.

По привлеченным средствам Банк выплачивает проценты. По гарантийным операциям, а также за выполнение поручений своих клиентов и корреспондентов Банк взимает комиссионное вознаграждение и другие сборы.

Основные принципы процентной политики Банка, а также принципы определения комиссионного вознаграждения и других сборов устанавливаются Советом Банка.

При установлении принципов процентной политики Совет Банка исходит из необходимости дифференциации процентных ставок с учетом сроков кредитов и видов валют.

Управление Банком

Совет Банка

Статья 21

1. Высшим органом управления Банком, осуществляющим общее руководство деятельностью Банка, является Совет Банка.

Совет Банка состоит из представителей всех стран-членов Банка, назначаемых правительствами этих стран.

Каждая страна-член Банка имеет в Совете один голос независимо от размера ее вклада в капитал Банка.

2. Совет собирается на заседания по мере необходимости, но не реже двух раз в год.

3. На заседаниях Совета поочередно председательствует представитель каждой страны-члена Банка.

Правила процедуры работы Совета Банка устанавливаются самим Советом.

Статья 22

1. Совет Банка:

а) определяет общее направление деятельности Банка по вопросам кредитования, привлечения средств и процентной политики Банка, принципы установления комиссионного вознаграждения и других сборов по операциям Банка, принципы сотрудничества с банками стран-членов и с другими банками, международными финансово-банковскими и другими подобными организациями;

б) утверждает на основании предложений Председателя Правления перечень объектов, подлежащих кредитованию Банком, с указанием суммы кредита по объектам, а также определяет общие условия, которые должны быть предусмотрены в заключаемых Банком кредитных соглашениях. При этом Совет в перечне объектов отдельно устанавливает общую сумму и максимальный размер кредита по объектам, в рамках которой Правление имеет право на выдачу кредитов;

в) утверждает кредитные планы, годовой отчет, баланс и распределение прибыли Банка, структуру, штатное расписание и смету административно-управленческих расходов Банка;

г) назначает Председателя и членов Правления Банка;

д) назначает Председателя и членов Ревизионной комиссии Банка, заслушивает ее отчеты и принимает по ним решения;

е) принимает решения об открытии отделений и представительств Банка в странах-членах и в других странах, а также о прекращении их деятельности ;

ж) утверждает Правила об условиях труда сотрудников Банка, а также другие правила, определяющие взаимоотношения Банка с сотрудниками ;

з) принимает решения о целях, размере, сроках и условиях образования и использования резервного капитала и собственных специальных фондов, а также об общем порядке образования в Банке специальных фондов заинтересованных стран ;

и) выносит рекомендации:

- об увеличении уставного капитала Банка ;
- об изменении Устава Банка ;

к) принимает решения:

- о выпуске облигационных займов ;
- о приеме новых членов Банка ;
- о порядке и сроках взносов в уставный капитал Банка ;
- о сроке и порядке прекращения деятельности Банка ;

л) осуществляет другие функции, вытекающие из Соглашения и Устава Банка, которые необходимы для достижения целей и задач Банка.

2. Совет принимает решения единогласно по нижеследующим вопросам:

- об утверждении годового отчета, баланса и о распределении прибыли Банка ;

- по вынесению рекомендаций об увеличении уставного капитала Банка ;

- о порядке и сроках взносов стран в уставный капитал ;

- о выпуске облигационных займов ;

- об открытии и закрытии отделений и представительств Банка ;

- о назначении Председателя Правления, членов Правления, Председателя и членов Ревизионной комиссии ;

- о принятии новых членов Банка ;

- по вынесению рекомендаций об изменении Устава Банка ;

- о порядке и сроках ликвидации Банка в соответствии со статьей XXVI Соглашения.

По остальным вопросам решения Совета Банка принимаются квалифицированным большинством не менее 3/4 голосов.

3. Совет Банка имеет право передавать на решение Правления отдельные вопросы, отнесенные Уставом Банка к компетенции Совета.

Правление Банка

Статья 23

Исполнительным органом Банка является Правление Банка. Правление подотчетно Совету Банка.

Правление состоит из Председателя Правления и трех его заместителей, назначаемых Советом Банка из граждан стран-членов Банка на срок пять лет.

Основной задачей Правления является руководство деятельностью Банка в соответствии с Соглашением, Уставом и решениями Совета Банка.

Председатель Правления осуществляет непосредственное руководство оперативной деятельностью Банка и Правления на основе принципа единоначалия в рамках его компетенции и прав, определенных Уставом и решениями Совета Банка.

К компетенции Председателя Правления относятся:

- а) распоряжение в соответствии с Уставом Банка и решениями Совета Банка всем имуществом и средствами Банка ;
- б) осуществление утвержденных Советом Банка кредитных планов ;
- в) организация работ по привлечению и размещению свободных средств ;
- г) представление Совету Банка перечня объектов, подлежащих кредитованию, с соответствующими обоснованиями ;
- д) принятие решений о выдаче кредитов для финансирования инвестиционных объектов в рамках лимита кредитования, предоставленного ему Советом Банка ;
- е) принятие решений о выдаче гарантий в рамках предоставленной ему Советом Банка компетенции ;
- ж) установление процентных ставок и условий предоставления кредитов и выдачи гарантий исходя из принципов и общих условий, определенных Советом Банка ;
- з) подготовка необходимых материалов и предложений для рассмотрения Советом Банка ;
- и) представительство от имени Банка, а также предъявление от имени Банка претензий и исков в суде и арбитраже ;

к) издание приказов и принятие решений по оперативным вопросам деятельности Банка ;

л) подписание соглашений, обязательств и доверенностей от имени Банка ;

м) организация и осуществление деловых связей и корреспондентских отношений Банка с другими банками и организациями ;

н) утверждение правил и инструкций Банка о порядке совершения кредитных и других банковских операций в соответствии с принципами, определяемыми Советом Банка ;

о) назначение и освобождение сотрудников Банка, за исключением членов Правления, утверждение правил внутреннего распорядка, установление в соответствии с утвержденными Советом Банка штатным расписанием и сметой административно-управленческих расходов, окладов заработной платы и поощрение отличившихся сотрудников ;

п) определение штатной численности и размеров заработной платы сотрудникам обслуживающего и технического персонала Банка в пределах утверждаемого Советом фонда заработной платы на эти цели и распределение этих сотрудников по управлениям и отделам Банка ;

р) предоставление полномочий должностным лицам Банка выступать от имени Банка, подписывать соглашения, обязательства и доверенности ;

с) выполнение других задач, вытекающих из Соглашения, Устава Банка и постановлений Совета Банка.

По вопросам, указанным в подпунктах "б", "в", "г", "д", "е", "ж", "з", "и", "н", "п", Председатель Правления принимает решения после обсуждения их на заседании Правления Банка.

Результаты обсуждения вопросов на заседаниях Правления оформляются протоколами.

В случае несогласия отдельных членов Правления с решением, принятым Председателем Правления, они могут требовать внесения их мнения в протокол и, если сочтут необходимым, могут довести об этом до сведения Совета Банка.

Члены Правления руководят определенными участками работы и несут ответственность перед Председателем Правления.

Статья 24

Председатель Правления, члены Правления и другие должностные лица Банка при исполнении служебных обязанностей действуют в качестве международных должностных лиц. Они подчиняются Банку и независимы от любых органов и официальных лиц стран, гражданами которых они являются.

Ревизия деятельности Банка

Статья 25

Ревизия деятельности Банка, включающая проверку выполнения решений Совета Банка, ежегодного отчета, кассы и имущества, учета, отчетности и делопроизводства Банка, его отделений и представительств, осуществляется Ревизионной комиссией, назначаемой Советом Банка сроком на пять лет в составе Председателя Ревизионной комиссии и трех членов.

Председатель и члены Ревизионной комиссии не могут занимать каких-либо должностей в Банке.

Организация и порядок ревизий устанавливаются Советом Банка.

Председатель Правления Банка предоставляет в распоряжение Ревизионной комиссии все материалы, необходимые для осуществления ревизии.

Отчеты Ревизионной комиссии представляются Совету Банка.

Организация Банка

Статья 26

Банк имеет управления, отделы и может иметь отделения и представительства.

Структура Банка утверждается Советом Банка.

Персонал Банка комплектуется из граждан стран-членов Банка в соответствии с Правилами об условиях труда сотрудников Банка.

Порядок рассмотрения споров

Статья 27

Претензии к Банку могут быть предъявлены в течение двух лет с момента возникновения права на иск.

Статья 28

Споры Банка с его клиентурой по договоренности сторон рассматриваются в арбитраже, избираемом из числа действующих или вновь образуемом.

При отсутствии указанной договоренности решение спора передается на рассмотрение Арбитража при Торговой палате страны местонахождения Банка.

Отчетность

Статья 29

Операционный год Банка считается с 1 января по 31 декабря включительно.

Годовые балансы публикуются в порядке, установленном Советом Банка.

Хозяйственный расчет и распределение прибыли Банка

Статья 30

Банк осуществляет свою деятельность на принципе хозяйственного расчета, обеспечивая ее рентабельность.

Чистая прибыль Банка после утверждения годового отчета распределяется по решению Совета Банка. Прибыль может быть направлена на образование резервного капитала, собственных специальных фондов, распределена между странами-членами и использована на другие цели.

Порядок изменения Устава

Статья 31

В соответствии со статьей XIV Соглашения изменения в Устав Банка могут быть внесены с согласия правительств стран-членов Банка по рекомендациям Совета Банка.

Статья 32

Предложения об изменении Устава Банка могут вноситься на рассмотрение Совета каждой страной-членом Банка, а также Правлением Банка.

Прекращение деятельности Банка

Статья 33

Деятельность Банка может быть прекращена в соответствии с постановлениями статьи XXVI Соглашения. Сроки и порядок прекращения деятельности Банка и ликвидации его дел определяются Советом Банка.

Копия верна:

Заведующий юридическим бюро
Секретариата СЭВ



Herausgeber: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 38 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 1538 — Verlag: (810/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 109 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 209 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 1,20 M, Teil II 1,80 M und Teil III 0,75 M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,50 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr

Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschloßfach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 1054 Berlin, Schwedter Straße 263, Telefon: 43 46 41

Gesamtherstellung: Staatsdruckerlei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollensetdruck)

Index 31 816

U. d. L. 9
BIBLIOTHEK
Pädag. Fakultät



GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

49



1971	Berlin, den 6. Juli 1971	Teil I Nr. 3
------	--------------------------	--------------

Tag	Inhalt	Seite
24. 6. 71	Gesetz über die Neufassung von Regelungen über Rechtsmittel gegen Entscheidungen staatlicher Organe	49
24. 6. 71	Beschluß der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik	54
24. 6. 71	Beschluß der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik über die Wahlperioden der Volkskammer und der Bezirkstage der Deutschen Demokratischen Republik	55
30. 6. 71	Beschluß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik über die Durchführung der Wahlen zur Volkskammer und zu den Bezirkstagen der Deutschen Demokratischen Republik im Jahre 1971	55
30. 6. 71	Beschluß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik über die Anzahl der für die Bezirkstage zu wählenden Abgeordneten	55
30. 6. 71	Beschluß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik über die Wahl der Direktoren, Richter und Schöffen der Bezirksgerichte im Jahre 1971	56

Gesetz
über die Neufassung von Regelungen über Rechtsmittel
gegen Entscheidungen staatlicher Organe
vom 24. Juni 1971

§ 1

Die Regelungen über Rechtsmittel in Gesetzen der Deutschen Demokratischen Republik erhalten die in der Anlage veröffentlichte Fassung.

§ 2

Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1971 in Kraft.

Das vorstehende, von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am vierundzwanzigsten Juni neunzehnhunderteinundsiebzig beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den vierundzwanzigsten Juni neunzehnhunderteinundsiebzig

Der Vorsitzende des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik

W. Ulbricht

Anlage

zu vorstehendem Gesetz

1. Das Gesetz vom 18. Januar 1956 zum Schutze vor Brandgefahren (Brandschutzgesetz) (GBL I S. 110) wird durch folgenden § 10 a ergänzt:

„§ 10 a

Beschwerdeverfahren

(1) Gegen die nach diesem Gesetz getroffenen Entscheidungen und durchgeführten Maßnahmen kann Beschwerde eingelegt werden. Der von der Entscheidung oder Maßnahme Betroffene ist darüber zu belehren, daß er Beschwerde einlegen kann. Eine Belehrung kann entfallen, soweit dies durch die Umstände, unter denen die Maßnahme durchgeführt werden muß, ausgeschlossen ist.

(2) Die Beschwerde ist schriftlich oder mündlich unter Angabe der Gründe innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach Zugang oder Bekanntgabe der Entscheidung oder Kenntnis der Maßnahme bei dem Organ einzulegen, das die Entscheidung getroffen oder die Maßnahme angeordnet hat.

(3) Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung. Das für die Entscheidung jeweils zuständige Organ kann jedoch die Durchführung der ausgesprochenen Maßnahmen bis zur endgültigen Entscheidung vorläufig aussetzen.

(4) Über die Beschwerde ist innerhalb einer Woche nach ihrem Eingang zu entscheiden. Wird der Beschwerde nicht oder nicht in vollem Umfange stattgegeben, ist sie innerhalb dieser Frist dem Leiter des übergeordneten Organs zur Entscheidung zuzuleiten. Der Einreicher der Beschwerde ist davon zu informieren. Der Leiter des übergeordneten Organs hat innerhalb weiterer zwei Wochen endgültig zu entscheiden. Richtet sich die Beschwerde gegen eine Entscheidung des Bürgermeisters und gibt dieser der Beschwerde nicht oder nicht in vollem Umfange statt, hat darüber der Rat der Gemeinde, der Stadt oder des Stadtbezirkes durch Beschluß innerhalb weiterer vier Wochen endgültig zu entscheiden.

(5) Kann in Ausnahmefällen eine Entscheidung innerhalb der Frist nicht getroffen werden, ist rechtzeitig ein Zwischenbescheid unter Angabe der Gründe sowie des voraussichtlichen Abschlußtermins zu geben.

(6) Entscheidungen über Beschwerden sind den Einreichern der Beschwerden bekanntzugeben und zu begründen.“

2. Abschnitt XII des Gesetzes vom 16. November 1956 über das Personenstandswesen (Personenstandsgesetz) (GBL I S. 1283) in der Neufassung vom 13. Oktober 1966 (GBL I S. 87) erhält folgende Fassung:

„XII.

Beschwerdeverfahren

§ 52

(1) Gegen die nach diesem Gesetz getroffenen Entscheidungen kann Beschwerde eingelegt werden. Der von der Entscheidung Betroffene ist darüber zu belehren, daß er Beschwerde einlegen kann.

(2) Die Beschwerde ist schriftlich oder mündlich unter Angabe der Gründe innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Kenntnis der Entscheidung bei dem staatlichen Organ einzulegen, das die Entscheidung getroffen hat.

(3) Die Beschwerde hat aufschiebende Wirkung.

(4) Über die Beschwerde ist innerhalb einer Woche nach ihrem Eingang zu entscheiden. Wird der Beschwerde nicht oder nicht in vollem Umfange stattgegeben, ist sie innerhalb dieser Frist dem übergeordneten staatlichen Organ zur Entscheidung zuzuleiten. Der Einreicher der Beschwerde ist davon zu informieren. Das übergeordnete staatliche Organ hat innerhalb weiterer zwei Wochen endgültig zu entscheiden.

(5) Kann in Ausnahmefällen eine Entscheidung innerhalb der Frist nicht getroffen werden, ist rechtzeitig ein Zwischenbescheid unter Angabe der Gründe sowie des voraussichtlichen Abschlußtermins zu geben.

(6) Entscheidungen über Beschwerden sind den Einreichern der Beschwerden bekanntzugeben und zu begründen.“

- 3.a) § 55 des Gesetzes vom 3. April 1959 über das Post- und Fernmeldewesen (GBL I S. 365) erhält folgende Fassung:

„§ 55

Beschwerdeverfahren

(1) Gegen die nach diesem Gesetz oder Anordnungen zu diesem Gesetz getroffenen Entscheidungen und durchgeführten Maßnahmen kann Beschwerde eingelegt werden. Der von der Entscheidung oder Maßnahme Betroffene ist darüber zu belehren, daß er Beschwerde einlegen kann. Die Beschwerde ist schriftlich oder mündlich unter Angabe der Gründe innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Zugang der Entscheidung oder Kenntnis der Maßnahme einzulegen.

(2) Die Beschwerde ist bei dem Organ einzulegen, das die Entscheidung getroffen oder die Maßnahme angeordnet hat. Über die Beschwerde ist innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach ihrem Eingang zu entscheiden. Wird der Beschwerde nicht oder nicht in vollem Umfang stattgegeben, ist sie innerhalb dieser Frist dem übergeordneten Organ der Deutschen Post zur Entscheidung zuzuleiten. Der Einreicher der Beschwerde ist davon zu informieren. Das übergeordnete Organ der Deutschen Post hat innerhalb weiterer vier Wochen endgültig zu entscheiden.

(3) Die Beschwerde gegen einen Nutzungsbescheid ist schriftlich beim übergeordneten Organ des Amtes der Deutschen Post einzulegen, das den Nutzungsbescheid erlassen hat. Es hat innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Eingang der Beschwerde endgültig zu entscheiden.

(4) Entscheidungen des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen über Beschwerden sind endgültig.

(5) Kann in Ausnahmefällen eine Entscheidung innerhalb der Frist nicht getroffen werden, ist rechtzeitig ein Zwischenbescheid unter Angabe der Gründe sowie des voraussichtlichen Abschlußtermins zu geben.

(6) Die Beschwerde hat aufschiebende Wirkung. Das gilt nicht, wenn

1. Störungen des Post- und Fernmeldewesens eingetreten oder zu erwarten sind, die die Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit gefährden,
2. Anlagen oder Mitarbeitern der Deutschen Post eine unmittelbare Gefahr droht,
3. die Sicherheit des Staates oder wichtige volkswirtschaftliche Gründe es notwendig machen.

(7) Entscheidungen über Beschwerden haben schriftlich zu ergehen, sind zu begründen und den Einreichern der Beschwerden auszuhändigen oder zuzusenden.“

b) § 21 und § 65 Abs. 5 des Gesetzes über das Post- und Fernmeldewesen werden aufgehoben.

c) Die Überschrift des Abschnitts XI des Gesetzes über das Post- und Fernmeldewesen erhält folgende Fassung:

„Rechtsweg und Beschwerdeverfahren“.

4. Abschnitt IV des Gesetzes vom 2. Dezember 1959 über die Binnen- und Küstenfischerei — Fischereigesetz — (GBl. I S. 884) erhält folgende Fassung:

„IV.

Beschwerdeverfahren

§ 17

(1) Entscheidungen von Mitgliedern der Räte der Bezirke nach diesem Gesetz haben schriftlich zu ergehen. Gegen diese Entscheidungen kann Beschwerde eingelegt werden. Der von der Entscheidung Betroffene ist darüber zu befehlen, daß er Beschwerde einlegen kann.

(2) Die Beschwerde ist schriftlich oder mündlich unter Angabe der Gründe innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Zugang der Entscheidung bei dem Mitglied des Rates des Bezirkes einzulegen, das die Entscheidung getroffen hat. Über die Beschwerde ist innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach ihrem Eingang zu entscheiden. Wird der Beschwerde nicht oder nicht in vollem Umfang stattgegeben, ist sie innerhalb dieser Frist dem Vorsitzenden des Rates des Bezirkes zur Entscheidung zuzuleiten. Der Einreicher der Beschwerde ist davon zu informieren. Der Vorsitzende des Rates des Bezirkes hat innerhalb weiterer vier Wochen endgültig zu entscheiden.

(3) Entscheidungen von Oberfischmeistern nach diesem Gesetz haben schriftlich zu ergehen. Gegen diese Entscheidungen kann Beschwerde eingelegt werden. Der von der Entscheidung Betroffene ist darüber zu befehlen, daß er Beschwerde einlegen kann.

(4) Die Beschwerde ist schriftlich oder mündlich unter Angabe der Gründe innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Zugang der Entscheidung bei dem Oberfischmeister einzulegen, der die Entscheidung getroffen hat. Über die Beschwerde ist innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach ihrem Eingang zu entscheiden. Wird der Beschwerde nicht oder nicht in vollem Umfang stattgegeben, ist sie innerhalb dieser Frist — bei Beschwerden im Bereich der Binnenfischerei mit einer Stellungnahme des Generaldirektors der VVB Binnenfischerei — dem Vorsitzenden des Rates des Bezirkes zur Entscheidung zuzuleiten. Der Einreicher der Beschwerde ist davon zu informieren. Der Vorsitzende des Rates des Bezirkes hat innerhalb weiterer vier Wochen endgültig zu entscheiden.

(5) Richtet sich die Beschwerde gegen wirtschaftliche Maßnahmen, welche den VEB Binnenfischerei übertragen wurden, ist die Beschwerde innerhalb einer Frist von zwei Wochen dem Generaldirektor der VVB Binnenfischerei zur Ent-

scheidung zuzuleiten. Dieser entscheidet innerhalb weiterer vier Wochen endgültig.

(6) Beschwerden gemäß Absätzen 1 und 3 haben aufschiebende Wirkung.

(7) Kann in Ausnahmefällen eine Entscheidung innerhalb der Frist nicht getroffen werden, ist rechtzeitig ein Zwischenbescheid unter Angabe der Gründe sowie des voraussichtlichen Abschlußtermins zu geben.

(8) Entscheidungen über Beschwerden gemäß Absätzen 1, 3 und 5 haben schriftlich zu ergehen, sind zu begründen und den Einreichern der Beschwerden auszuhändigen oder zuzusenden.“

5. a) § 19 Abs. 1 des Gesetzes vom 30. November 1962 über den Verkehr mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen — Lebensmittelgesetz — (GBl. I S. 111) erhält folgende Fassung:

„(1) Verfügungen gemäß § 17 Abs. 1 Ziffern 2 bis 4 haben schriftlich zu ergehen, eine Rechtsmittelbelehrung zu enthalten, sind zu begründen und dem Betroffenen unverzüglich auszuhändigen oder zuzusenden.“

b) § 20 des Lebensmittelgesetzes vom 30. November 1962 erhält folgende Fassung:

„§ 20

Beschwerdeverfahren

(1) Gegen die Entscheidungen oder durchgeführten Maßnahmen der Überwachungsorgane gemäß § 17 Abs. 1 Ziffern 2 bis 4 kann Beschwerde eingelegt werden.

(2) Die Beschwerde ist schriftlich oder mündlich unter Angabe der Gründe innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Zugang der Entscheidung oder Kenntnis der Maßnahme bei dem Überwachungsorgan einzulegen, das oder dessen Kontrollbeauftragter die Entscheidung getroffen oder die Maßnahme angeordnet hat. Über die Beschwerde ist innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach ihrem Eingang zu entscheiden. Wird der Beschwerde nicht oder nicht in vollem Umfang stattgegeben, ist sie innerhalb dieser Frist dem übergeordneten Überwachungsorgan zur Entscheidung zuzuleiten. Der Einreicher der Beschwerde ist davon zu informieren. Das übergeordnete Überwachungsorgan hat innerhalb weiterer vier Wochen endgültig zu entscheiden.

(3) Kann in Ausnahmefällen eine Entscheidung innerhalb der Frist nicht getroffen werden, ist

rechtzeitig ein Zwischenbescheid unter Angabe der Gründe sowie des voraussichtlichen Abschlußtermins zu geben.

(4) Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung. Das für die Entscheidung jeweils zuständige Organ kann jedoch die Durchführung der ausgesprochenen Maßnahmen bis zur endgültigen Entscheidung vorläufig aussetzen.

(5) Entscheidungen über Beschwerden haben schriftlich zu ergehen, sind zu begründen und den Einreichern der Beschwerden auszuhändigen oder zuzusenden.“

6. a) § 31 des Gesetzes vom 5. Mai 1964 über den Verkehr mit Arzneimitteln — Arzneimittelgesetz — (GBl. I S. 101) erhält folgende Fassung:

„§ 31

Verfügungen und Beschwerdeverfahren

(1) Verfügungen der für die Überwachung zuständigen Organe und Institute oder vorläufige Verfügungen ihrer Kontrollbeauftragten sowie andere Entscheidungen staatlicher Organe nach diesem Gesetz haben schriftlich zu ergehen, sind zu begründen und dem betroffenen Betrieb oder der betroffenen Einrichtung auszuhändigen oder zuzusenden. Der von der Verfügung, der vorläufigen Verfügung oder einer anderen Entscheidung betroffene Betrieb oder die betroffene Einrichtung sind darüber zu belehren, daß sie Beschwerde einlegen können, soweit Abs. 2 die Beschwerde zuläßt. Erkennt der betroffene Betrieb oder die betroffene Einrichtung eine vorläufige Verfügung eines Kontrollbeauftragten nicht an, so hat der Kontrollbeauftragte dies in der schriftlichen Ausfertigung der vorläufigen Verfügung mit zu vermerken. Die vorläufige Verfügung erlischt, wenn sie nicht innerhalb einer Frist von zwei Wochen von dem Organ oder Institut, das den Kontrollbeauftragten entsendet hat, bestätigt wird (Abs. 2 Buchstaben a und b).

(2) Gegen

a) Verfügungen und Bestätigungen vorläufiger Verfügungen (Buchstabe b) der für die Überwachung zuständigen Organe und Institute,

b) vorläufige Verfügungen der Kontrollbeauftragten der für die Überwachung zuständigen Organe und Institute,

c) Entscheidungen über Anträge auf Erteilung einer Erlaubnis als Arzneimittelbetrieb oder als Versorgungseinrichtung für Arzneimittel (§ 12 Abs. 1),

d) Entscheidungen über die Rücknahme einer erteilten Erlaubnis als Arzneimittelbetrieb oder als Versorgungseinrichtung für Arzneimittel (§ 12 Abs. 1),

e) Entscheidungen über die Versagung der Eintragung oder die Löschung von Arzneimitteln im Arzneimittelregister (§ 21)

kann durch den betroffenen Betrieb oder die betroffene Einrichtung Beschwerde eingelegt werden.

(3) Die Beschwerde gegen die im Abs. 2 genannten Verfügungen und Entscheidungen ist schriftlich unter Angabe der Gründe innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Zugang der Verfügung oder Entscheidung bei dem Organ oder Institut einzulegen, das die Entscheidung getroffen, die Verfügung erlassen oder eine vorläufige Verfügung bestätigt hat. Über die Beschwerde ist innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach ihrem Eingang zu entscheiden. Wird der Beschwerde nicht oder nicht in vollem Umfang stattgegeben, ist sie innerhalb dieser Frist dem übergeordneten Organ zur Entscheidung zuzuleiten. Der betroffene Betrieb oder die betroffene Einrichtung ist davon zu informieren. Das übergeordnete Organ hat über die Beschwerde innerhalb weiterer zwei Wochen endgültig zu entscheiden.

(4) Entscheidungen des Ministeriums für Gesundheitswesen über Beschwerden sind endgültig.

(5) Kann in Ausnahmefällen eine Entscheidung innerhalb der Frist nicht getroffen werden, ist rechtzeitig ein Zwischenbescheid unter Angabe der Gründe sowie des voraussichtlichen Abschlußtermins zu geben.

(6) Entscheidungen über Beschwerden haben schriftlich zu ergehen, sind zu begründen und dem betroffenen Betrieb oder der betroffenen Einrichtung auszuhändigen oder zuzusenden.

(7) Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung. Das für die Entscheidung jeweils zuständige Organ kann jedoch die Durchführung der ausgesprochenen Maßnahmen bis zur endgültigen Entscheidung vorläufig aussetzen.“

b) Die Bestimmungen des § 36 der Ersten Durchführungsbestimmung vom 15. Mai 1964 zum Arzneimittelgesetz (GBl. II S. 485) werden gestrichen.

7. a) § 42 Abs. 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 1965 zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krank-

heiten beim Menschen (GBl. I 1966 S. 29) erhält folgende Fassung:

„(1) Entscheidungen zur Durchsetzung der Maßnahmen der Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten haben schriftlich zu ergehen, eine Rechtsmittelbelehrung zu enthalten, sind zu begründen und den Betroffenen auszuhändigen oder zuzusenden.“

b) § 43 des Gesetzes vom 20. Dezember 1965 zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten beim Menschen erhält folgende Fassung:

„§ 43

Beschwerdeverfahren

(1) Gegen Entscheidungen oder ihre Bestätigung gemäß § 42 Abs. 2 kann Beschwerde eingelegt werden.

(2) Die Beschwerde ist schriftlich oder mündlich unter Angabe der Gründe innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach Zugang der Entscheidung bei dem Organ einzulegen, das die Entscheidung getroffen hat. Über die Beschwerde ist innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach ihrem Eingang zu entscheiden. Wird der Beschwerde nicht oder nicht in vollem Umfang stattgegeben, ist sie innerhalb dieser Frist dem übergeordneten Organ, bei Entscheidungen des Vorsitzenden einer Kommission gemäß § 6 Abs. 4 dem Vorsitzenden der übergeordneten Kommission, zur Entscheidung zuzuleiten. Der Einreicher der Beschwerde ist davon zu informieren. Das übergeordnete Organ oder der Vorsitzende der übergeordneten Kommission haben innerhalb weiterer zwei Wochen endgültig zu entscheiden.

(3) Wird einer Beschwerde gegen die Versagung der Genehmigung zum Arbeiten mit Erregern übertragbarer Krankheiten, die Einschränkung des Umfangs der Arbeiten, den Entzug der Genehmigung oder die in diesem Zusammenhang erteilten Auflagen durch die Bezirks-Hygieneinspektion oder den Rat für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft des Bezirkes nicht oder nicht in vollem Umfang stattgegeben, ist sie innerhalb einer Woche dem Ministerium für Gesundheitswesen oder dem Rat für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik zur Entscheidung zuzuleiten. Der Einreicher der Beschwerde ist davon zu informieren. Das Ministerium für Gesundheitswesen oder der Rat für landwirtschaftliche Pro-

duktion und Nahrungsgüterwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik hat innerhalb weiterer vier Wochen endgültig zu entscheiden.

(4) Entscheidungen des Ministeriums für Gesundheitswesen und des Rates für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik über Beschwerden sind endgültig.

(5) Kann in Ausnahmefällen eine Entscheidung innerhalb der Frist nicht getroffen werden, ist rechtzeitig ein Zwischenbescheid unter Angabe der Gründe sowie des voraussichtlichen Abschlußtermins zu geben.

(6) Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

(7) Entscheidungen über Beschwerden haben schriftlich zu ergehen, sind zu begründen und den Einreichern der Beschwerden auszuhändigen oder zuzusenden.“

c) § 19 der Dritten Durchführungsbestimmung vom 25. Januar 1966 zum Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten beim Menschen — Arbeit mit Erregern von übertragbaren Krankheiten — (GBl. II S. 83) wird aufgehoben.

8. § 19 des Gesetzes vom 11. Juni 1968 über die Aufgaben und Befugnisse der Deutschen Volkspolizei (GBl. I S. 232) erhält folgende Fassung:

„§ 19

Beschwerdeverfahren

(1) Gegen die nach diesem Gesetz oder anderen Rechtsvorschriften von der Deutschen Volkspolizei getroffenen Entscheidungen und durchgeführten Maßnahmen der Deutschen Volkspolizei kann Beschwerde eingelegt werden. Der von der Entscheidung oder Maßnahme Betroffene ist darüber zu belehren, daß er Beschwerde einlegen kann.

Eine Belehrung kann entfallen, soweit dies durch die Umstände, unter denen die Maßnahme durchgeführt werden muß, ausgeschlossen ist.

(2) Die Beschwerde ist schriftlich oder mündlich unter Angabe der Gründe innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach Zugang oder Bekanntgabe der Entscheidung oder Kenntnis der Maßnahme bei der Dienststelle einzulegen, die die Entscheidung getroffen oder die Maßnahme angeordnet hat.

(3) Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung. Die für die Entscheidung jeweils zuständige Dienststelle kann jedoch die Durchführung der ausgesprochenen Maßnahmen bis zur endgültigen Entscheidung vorläufig aussetzen.

(4) Über die Beschwerde ist innerhalb einer Woche nach ihrem Eingang zu entscheiden. Wird der Beschwerde nicht oder nicht in vollem Umfange stattgegeben, ist sie innerhalb dieser Frist dem übergeordneten Leiter zur Entscheidung zuzuleiten. Der Einreicher der Beschwerde ist davon zu informieren. Der übergeordnete Leiter hat innerhalb weiterer zwei Wochen endgültig zu entscheiden.

(5) Kann in Ausnahmefällen eine Entscheidung innerhalb der Frist nicht getroffen werden, ist rechtzeitig ein Zwischenbescheid unter Angabe der Gründe sowie des voraussichtlichen Abschlußtermins zu geben.

(6) Entscheidungen über Beschwerden sind den Einreichern der Beschwerden bekanntzugeben und zu begründen.

(7) Die Rechtsmittelregelungen des Strafprozeß- und Ordnungswidrigkeitsrechts bleiben hiervon unberührt.“

9. § 3 des Gesetzes vom 30. August 1956 über den Verkehr mit Sprengmitteln (Sprengmittelgesetz) (GBl. I S. 709) wird aufgehoben.

**Beschluß
der Volkskammer
der Deutschen Demokratischen Republik
vom 24. Juni 1971**

Die der Volkskammer vom Ministerrat vorgelegte Haushaltsrechnung für das Jahr 1970 wird bestätigt.

Dem Ministerrat wird Entlastung erteilt.

Vorstehender Beschluß wurde von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik in ihrer 20. Tagung am 24. Juni 1971 gefaßt.

Berlin, den 24. Juni 1971

**Gerald Götting
Präsident der Volkskammer
der Deutschen Demokratischen Republik**

**Beschluß
der Volkskammer
der Deutschen Demokratischen Republik
über die Wahlperioden der Volkskammer
und der Bezirkstage
der Deutschen Demokratischen Republik
vom 24. Juni 1971**

Auf der Grundlage von Artikel 64 Abs. 3 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik beschließt die Volkskammer:

Die 5. Wahlperiode der Volkskammer sowie die Wahlperioden der Bezirkstage werden bis zum 14. November 1971 verlängert.

Die Volkskammer beauftragt den Staatsrat, entsprechend Artikel 72 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik die Wahlen zur Volkskammer und zu den Bezirkstagen der Deutschen Demokratischen Republik für den 14. November 1971 auszuschreiben.

Vorstehender Beschluß wurde von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik in ihrer 20. Tagung am 24. Juni 1971 gefaßt.

Berlin, den 24. Juni 1971

Gerald Götting
Präsident der Volkskammer
der Deutschen Demokratischen Republik

**Beschluß
des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
über die Durchführung der Wahlen zur
Volkskammer und zu den Bezirkstagen der
Deutschen Demokratischen Republik im Jahre 1971
vom 30. Juni 1971**

Entsprechend Artikel 72 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik und § 6 des Gesetzes vom 31. Juli 1963 über die Wahlen zu den Volksvertretungen der Deutschen Demokratischen Republik (Wahlgesetz) (GBl. I S. 97) werden die Wahlen zur Volkskammer und zu den Bezirkstagen der Deutschen Demokratischen Republik für das Jahr 1971 ausgeschrieben.

Gemäß dem Beschluß der Volkskammer vom 24. Juni 1971 über die Wahlperioden der Volkskammer und der Bezirkstage der Deutschen Demokratischen Republik (GBl. I S. 55) wird als Wahltermin der 14. November 1971 festgelegt.

Berlin, den 30. Juni 1971

Der Vorsitzende des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
W. Ulbricht

Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
O. Gotsche

**Beschluß
des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
über die Anzahl der für die Bezirkstage zu
wählenden Abgeordneten
vom 30. Juni 1971**

Entsprechend § 7 Abs. 3 des Gesetzes vom 31. Juli 1963 über die Wahlen zu den Volksvertretungen der Deutschen Demokratischen Republik (Wahlgesetz) (GBl. I S. 97) wird beschlossen:

Für die Bezirkstage werden gewählt:

In den Bezirken mit einer Bevölkerungszahl	
bis zu 600 000 Einwohnern	160 Abgeordnete
bis zu 1 Million Einwohnern	180 Abgeordnete
über 1 Million Einwohner	200 Abgeordnete.

Berlin, den 30. Juni 1971

Der Vorsitzende des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
W. Ulbricht

Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
O. Gotsche

**Beschluß
des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
über die Wahl der Direktoren, Richter und
Schöffen der Bezirksgerichte im Jahre 1971**

vom 30. Juni 1971

1. Die Wahl der Direktoren, Richter und Schöffen der Bezirksgerichte erfolgt gemäß §§ 51 und 64 des Gesetzes vom 17. April 1963 über die Verfassung der Gerichte der Deutschen Demokratischen Republik (Gerichtsverfassungsgesetz) (GBl. I S. 45) in der Fassung des Gesetzes vom 17. Dezember 1969 zur Änderung des Gesetzes über die Verfassung der Gerichte der Deutschen Demokratischen Republik (Gerichtsverfassungsgesetz) (GBl. I 1970 S. 5) innerhalb von drei Monaten nach der Neuwahl der Bezirkstage. Den Bezirkstagen wird empfohlen, die Wahl der Direktoren, Richter und Schöffen der Bezirksgerichte in der konstituierenden Sitzung durchzuführen.
2. Die Leitung der Wahl der Direktoren, Richter und Schöffen der Bezirksgerichte erfolgt durch einen zentralen Wahlausschuß. Ihm gehören an:
 - der Minister der Justiz als Vorsitzender
 - ein Stellvertreter des Ministers für die Anleitung und Kontrolle der Bezirks- und Kreisräte
 - ein Mitglied des Präsidiums des Obersten Gerichts
 - ein Mitglied des Sekretariats des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland
 - ein Mitglied des Sekretariats des Bundesvorstandes des FDGB.

Beim zentralen Wahlausschuß wird ein Wahlbüro tätig, dem verantwortliche Mitarbeiter des Ministeriums der Justiz, des Ministers für die Anleitung und Kontrolle der Bezirks- und Kreisräte, des

Obersten Gerichts, des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und des Bundesvorstandes des FDGB angehören.

3. In jedem Bezirk wird zur Leitung der Wahl der Direktoren, Richter und Schöffen ein Bezirkswahlbüro gebildet. Ihm gehören an:
 - der Direktor des Bezirksgerichts als Leiter
 - ein Mitglied des Rates des Bezirkes
 - ein Mitglied des Sekretariats des Bezirksausschusses der Nationalen Front des demokratischen Deutschland
 - ein Mitglied des Sekretariats des Bezirksvorstandes des FDGB
 - der Vorsitzende oder ein Mitglied der Ständigen Kommission für Inneres, Volkspolizei und Justiz des Bezirkstages
 - zwei bis drei Schöffen des Bezirksgerichts.
 Das Bezirkswahlbüro sichert die Einhaltung der wahlgesetzlichen Bestimmungen und koordiniert die Vorstellung der Kandidaten für die Funktion des Direktors, Richters und Schöffen mit der Wahlbewegung zur Volkskammer- und Bezirkstagswahl.
4. In Wahrnehmung seiner Aufgaben bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahl der Direktoren, Richter und Schöffen der Bezirksgerichte erläßt der Minister der Justiz die Wahlordnung.
5. Über die Durchführung der Wahl der Direktoren, Richter und Schöffen der Bezirksgerichte berichtet der zentrale Wahlausschuß dem Staatsrat abschließend.

Berlin, den 30. Juni 1971

**Der Vorsitzende des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
W. Ulbricht**

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
O. Gotsche**

Herausgeber: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 269 36 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 1538 — Verlag: (610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 269 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 1,20 M, Teil II 1,80 M und Teil III 0,75 M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr

Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschloßbach 636. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 1054 Berlin, Schwedter Straße 263, Telefon: 46 46 41

Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollensetdruck)

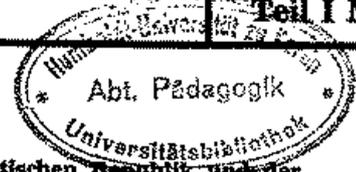
Index 31 816



GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

1971	Berlin, den 8. Juli 1971	Teil I Nr. 4
Tag	Inhalt	Seite
24. 6. 71	Gesetz über den Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksdemokratischen Republik Jemen vom 1. April 1971 über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen	57
24. 6. 71	Gesetz über den Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Irak vom 22. Dezember 1970 über den Rechtsverkehr	101



Gesetz
über den Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Volksdemokratischen Republik Jemen
vom 1. April 1971
über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen
vom 24. Juni 1971

§ 1

Die Volkskammer bestätigt den am 1. April 1971 in Berlin unterzeichneten, nachstehend veröffentlichten Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksdemokratischen Republik Jemen über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen.

§ 2

Der Tag, an dem der Vertrag gemäß seinem Artikel 66 wirksam wird, ist im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntzugeben.

§ 3

Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1971 in Kraft.

Das vorstehende, von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am vierundzwanzigsten Juni neunzehnhunderteinundsiebzig beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den vierundzwanzigsten Juni neunzehnhunderteinundsiebzig.

Der Vorsitzende des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik

W. Ulbricht

Vertrag
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der
Volksdemokratischen Republik Jemen
über den
Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen

Die Deutsche Demokratische Republik und die Volksdemokratische Republik Jemen,

ausgehend von den Gemeinsamkeiten beider Staaten im Kampf um gesellschaftlichen Fortschritt und gegen den Imperialismus,

geleitet von dem Wunsche, die zwischen beiden Staaten bestehenden engen freundschaftlichen Beziehungen zu stärken,

berücksichtigend, daß dem Recht bei der gesellschaftlichen Entwicklung in ihren beiden Staaten eine bedeutende Rolle zukommt,

in dem Bestreben, den Rechtsverkehr und die gerichtliche Zusammenarbeit in Zivil-, Familien- und Strafsachen zwischen beiden Staaten zu erleichtern,

sind übereingekommen, einen Vertrag zu schließen und haben zu diesem Zwecke zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik

den Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister der Justiz,
 Dr. Kurt W ü n s c h e ,

der Vorsitzende des Präsidialrates der Volksdemokratischen Republik Jemen

den Minister für Justiz und Waqf,
 Adel Mahfood K h a l i f a ,

die nach Austausch ihrer in güter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Teil I

Rechtsschutz

Artikel 1

Umfang des Rechtsschutzes

(1) Die Staatsbürger des einen Vertragspartners genießen für ihre Person und ihr Vermögen auf dem Territorium des anderen Vertragspartners den gleichen Rechtsschutz wie die eigenen Staatsbürger. Entsprechend haben sie freien Zutritt zu den Gerichten und anderen für Zivil-, Familien- und Strafsachen zuständigen Organen sowie auch das Recht, vor diesen Organen Verfahren zum Schutze ihrer persönlichen und Vermögensrechte einzuleiten.

(2) Die Bestimmungen des Absatzes 1 dieses Artikels gelten entsprechend für juristische Personen, die nach den gesetzlichen Bestimmungen eines der Vertragspartner gegründet worden sind.

Artikel 2

Befreiung von der Sicherheitsleistung

(1) Staatsbürgern eines Vertragspartners, die vor den Gerichten des anderen Vertragspartners auftreten, darf, soweit sie sich auf dem Territorium eines Vertragspartners aufhalten, keine Sicherheitsleistung für die Gerichtskosten allein aus dem Grund auferlegt

werden, daß sie Ausländer sind oder daß sie im Inland weder Wohnsitz noch Aufenthalt haben.

(2) Die Bestimmungen des Absatzes 1 dieses Artikels gelten entsprechend für juristische Personen, die nach den gesetzlichen Bestimmungen eines der Vertragspartner gegründet worden sind.

Kostenbefreiung für ein Verfahren

Artikel 3

Den Staatsbürgern des einen Vertragspartners wird von den Gerichten des anderen Vertragspartners Kostenbefreiung für ein Verfahren unter denselben Voraussetzungen und in demselben Umfange wie eigenen Staatsbürgern gewährt.

Artikel 4

(1) Die Bescheinigung über die persönlichen und die Vermögensverhältnisse, die für die Bewilligung der Kostenbefreiung gemäß Artikel 3 dieses Vertrages erforderlich ist, stellt das zuständige Organ des Vertragspartners aus, auf dessen Territorium der Antragsteller seinen Wohnsitz bzw. gewöhnlichen Aufenthalt hat.

(2) Hat der Antragsteller weder auf dem Territorium des einen noch des anderen Vertragspartners seinen Wohnsitz bzw. gewöhnlichen Aufenthalt, so genügt eine Bescheinigung der diplomatischen oder konsularischen Vertretung des Vertragspartners, dessen Staatsbürger er ist.

(3) Das Gericht, das über den Antrag auf Kostenbefreiung für ein Verfahren entscheidet, kann im Rahmen seiner Zuständigkeit die eingereichten Bescheinigungen und Angaben auf ihre Richtigkeit überprüfen und erforderlichenfalls das Organ des anderen Vertragspartners um ergänzende Angaben ersuchen.

Artikel 5

(1) Der Antrag auf Kostenbefreiung für ein Verfahren kann auch über das zuständige Gericht des Vertragspartners, dessen Staatsbürger der Antragsteller ist, eingereicht werden. Dieses Gericht übersendet den Antrag auf Kostenbefreiung mit der Bescheinigung gemäß Artikel 4 und den übrigen vom Antragsteller vorgelegten Unterlagen für ein Verfahren dem Gericht des anderen Vertragspartners gemäß der Bestimmung des Artikels 9 dieses Vertrages.

(2) Gleichzeitig mit dem Antrag auf Kostenbefreiung für ein Verfahren können der Antrag zur Einleitung des Verfahrens in der Sache, auf die sich die Kostenbefreiung bezieht, sowie der Antrag auf Beiordnung eines Anwaltes oder sonst in Frage kommende Anträge eingereicht werden.

Artikel 6

Eine Kostenbefreiung, die von dem zuständigen Gericht eines Vertragspartners in einer bestimmten Sache gewährt worden ist, gilt für alle Prozeßhandlungen,

die in diesem Verfahren vor dem Gericht des anderen Vertragspartners durchgeführt werden.

Teil II

Rechtshilfe in Zivil- und Familiensachen

Artikel 7

Gewährung von Rechtshilfe

(1) Die Vertragspartner verpflichten sich zur gegenseitigen Rechtshilfe der Gerichte in Zivil- und Familiensachen unter den in diesem Vertrag festgelegten Voraussetzungen.

(2) Gerichte im Sinne dieses Teils des Vertrages sind auch andere Organe der Vertragspartner, die gemäß den Gesetzen ihres Staates in Zivil- und Familiensachen zuständig sind.

Artikel 8

Gegenstand der Rechtshilfe

Die Rechtshilfe in Zivil- und Familiensachen umfaßt die Zustellung von Schriftstücken und die Durchführung einzelner Prozeßhandlungen in Form der Vernehmung von Zeugen oder Parteien, des Sachverständigengutachters, des gerichtlichen Augenscheins und anderes.

Artikel 9

Art des Verkehrs

Bei der Gewährung von Rechtshilfe verkehren die Gerichte der beiden Vertragspartner über die Ministerien der Justiz, soweit im vorliegenden Vertrag keine andere Regelung getroffen ist.

Artikel 10

Sprache im Rechtshilfeverkehr

Alle im Rechtshilfeverkehr zu übersendenden Schriftstücke sind in der Sprache des ersuchten Vertragspartners abzufassen oder mit einer beglaubigten Übersetzung in die englische Sprache zu versehen.

Artikel 11

Form der Rechtshilfeersuchen

(1) Ersuchen um Rechtshilfe (im weiteren Text als Rechtshilfeersuchen bezeichnet) und die zuzustellenden Schriftstücke müssen unterschrieben und mit einem Siegel des Gerichts versehen sein.

(2) Die Form des Rechtshilfeersuchens richtet sich nach den Gesetzen des ersuchenden Vertragspartners.

Artikel 12

Inhalt der Rechtshilfeersuchen

(1) Das Rechtshilfeersuchen muß die Bezeichnung des Gegenstandes enthalten, auf den es sich bezieht, die Bezeichnung des Gerichts, von dem das Ersuchen ausgeht, nach Möglichkeit die Bezeichnung des Gerichts, an das das Ersuchen gerichtet ist, die Namen der Parteien, ihre Staatsbürgerschaft, ihren Beruf sowie ihren Wohnort, gegebenenfalls ihren Aufenthaltsort, Namen und Anschriften der Rechtsvertreter.

(2) Rechtshilfeersuchen um Zustellung von Schriftstücken müssen neben den Angaben gemäß Absatz 1 dieses Artikels die Anschrift des Empfängers und die Art der zuzustellenden Schriftstücke enthalten.

(3) Rechtshilfeersuchen um die Durchführung von Prozeßhandlungen müssen weiter enthalten: die Be-

zeichnung der Tatsachen, worüber die Beweisaufnahme durchgeführt werden soll, sowie gegebenenfalls die Fragen, zu denen die betreffende Person zu vernehmen ist.

Erlidigung der Rechtshilfeersuchen

Artikel 13

(1) Bei der Erlidigung der Rechtshilfe wendet das ersuchte Gericht seine innerstaatlichen Gesetze an.

(2) Das ersuchte Gericht kann auf Verlangen des ersuchenden Gerichts sowohl hinsichtlich der Art als auch der Form so verfahren, wie es im Rechtshilfeersuchen bezeichnet ist, sofern dies nicht den Grundsätzen der Gesetzgebung des ersuchten Vertragspartners widerspricht.

Artikel 14

(1) Ist das ersuchte Gericht unzuständig, so gibt es das Rechtshilfeersuchen an das zuständige Gericht weiter.

(2) Das ersuchte Gericht teilt auf Verlangen dem ersuchenden Gericht rechtzeitig und unmittelbar den Zeitpunkt und den Ort der Durchführung des Rechtshilfeersuchens mit.

Artikel 15

(1) Bei der Erlidigung von Zustellungsersuchen wendet das ersuchte Gericht seine innerstaatlichen Gesetze an.

(2) Ist das zuzustellende Schriftstück nicht in der Sprache des ersuchten Vertragspartners abgefaßt, und ist eine beglaubigte Übersetzung in die englische Sprache nicht beigelegt, so übergibt das ersuchte Gericht das Schriftstück dem Empfänger nur dann, wenn dieser bereit ist, es freiwillig anzunehmen.

(3) Die Zustellung wird durch eine Empfangsbescheinigung, die das Zustellungsdatum, die Unterschrift des Empfängers und des Zustellers sowie das Siegel des Gerichts enthält, oder durch eine amtliche Bestätigung des Gerichts nachgewiesen, aus der hervorgeht, in welcher Form und zu welchem Zeitpunkt das betreffende Schriftstück übergeben worden ist.

(4) Wird das zuzustellende Schriftstück in doppelter Ausfertigung übermittelt, ist der Empfang auf der ersten Ausfertigung zu bestätigen.

(5) Ist die im Rechtshilfeersuchen bezeichnete Person unter der angegebenen Anschrift nicht auffindbar, so trifft das ersuchte Gericht die notwendigen Maßnahmen zur Feststellung der Anschrift.

(6) Ist dem ersuchten Gericht die Erlidigung des Rechtshilfeersuchens nicht möglich, so benachrichtigt es das ersuchende Gericht davon unter Mitteilung der Gründe, welche die Erlidigung verhinderten.

Artikel 16

(1) Die Vertragspartner sind berechtigt, Zustellungen an ihre eigenen Staatsbürger, die sich auf dem Territorium des anderen Vertragspartners aufhalten, durch ihre diplomatische oder konsularische Vertretung zu bewirken.

(2) Bei Zustellungen gemäß Absatz 1 dieses Artikels dürfen keine Zwangsmaßnahmen angewendet werden.

Artikel 17

Kosten der Rechtshilfe

(1) Für die Gewährung der Rechtshilfe verlangt der ersuchte Vertragspartner keine Kosten. Die Vertrags-

partner tragen alle durch den Rechtshilfeverkehr auf ihrem Gebiet entstandenen Kosten, insbesondere auch die bei der Durchführung von Beweisaufnahmen entstehenden Kosten selbst.

(2) Das ersuchte Gericht gibt dem ersuchenden Gericht die Höhe der entstandenen Kosten bekannt. Soweit das ersuchende Organ diese Kosten von dem Kostspflichtigen einzieht, verbleiben sie dem einziehenden Vertragspartner.

Artikel 18

Ablehnung der Rechtshilfe

Die Rechtshilfe kann abgelehnt werden, wenn ihre Gewährung den Grundprinzipien der Gesetzgebung und der öffentlichen Ordnung des ersuchten Vertragspartners widersprechen.

Freies Geleit für Zeugen und Sachverständige

Artikel 19

(1) Ein Zeuge oder Sachverständiger, welche Staatsbürgerschaft er auch besitzt, der auf eine ihm durch das Gericht des ersuchten Vertragspartners zugestellte Ladung vor den Gerichten des ersuchenden Vertragspartners in Zivil- oder Familiensachen erscheint, darf nicht strafrechtlich verfolgt oder in Haft genommen werden wegen einer Straftat, die er bereits vor Überschreiten der Grenze des ersuchenden Vertragspartners begangen hatte, und er darf nicht auf Grund eines früher ergangenen Gerichtsurteils einer Bestrafung zugeführt werden. Gegen solche Personen darf kein Verfahren wegen vor Überschreitung der Staatsgrenze begangener anderer Rechtsverletzungen eingeleitet werden, noch dürfen Maßnahmen verwirklicht werden, die wegen solcher Rechtsverletzungen festgelegt wurden.

(2) Ein Zeuge oder Sachverständiger verliert den unter Absatz 1 dieses Artikels vorgesehenen Schutz, wenn er das Territorium des ersuchenden Vertragspartners nicht binnen 7 Tagen, von dem Tage an gerechnet, an dem ihm mitgeteilt wurde, daß seine Anwesenheit nicht mehr erforderlich ist, verlassen hat. In dieser Frist wird die Zeit nicht eingerechnet, während der der Zeuge oder Sachverständige nicht die Möglichkeit hatte, das Territorium des Vertragspartners aus nicht von seinem Willen abhängigen Gründen zu verlassen.

(3) Wird eine Person, die sich auf dem Territorium des ersuchten Vertragspartners in Haft befindet, von einem Gericht des anderen Vertragspartners als Zeuge oder Sachverständiger geladen und soll sie zu diesem Zwecke zeitweilig überstellt werden, so genießt sie den in den Absätzen 1 und 2 dieses Artikels zugesicherten Schutz.

Teil III

Urkunden

Artikel 20

Verwendung von Urkunden

(1) Urkunden, die von einem Gericht oder von einer Amtsperson des einen Vertragspartners im Rahmen ihrer Zuständigkeit ausgestellt oder beglaubigt sind, bedürfen, sofern sie mit Unterschrift und amtlichem Siegel versehen sind, für ihre Verwendung vor den Gerichten und vor anderen Organen des anderen Vertragspartners keiner Legalisation.

(2) Die Bestimmung des Absatzes 1 dieses Artikels gilt auch für Abschriften von Urkunden, die von einem

Gericht oder einem anderen zuständigen Organ beglaubigt worden sind.

Artikel 21

Beweiskraft von Urkunden

Öffentliche Urkunden, die auf dem Territorium des einen Vertragspartners errichtet worden sind, haben auf dem Territorium des anderen Vertragspartners die gleiche Beweiskraft wie eigene Urkunden.

Artikel 22

Austausch von Personenstandsunterlagen

(1) Die Vertragspartner stellen sich gegenseitig Auszüge aus den Personenstandsregistern zu, die sich auf die Geburt, die Eheschließung und den Tod von Staatsbürgern des anderen Vertragspartners beziehen.

(2) Auszüge gemäß Absatz 1 dieses Artikels werden gebührenfrei und unentgeltlich alle sechs Monate der diplomatischen oder konsularischen Vertretung des anderen Vertragspartners zugestellt.

(3) Die beiden Vertragspartner übersenden einander auf Verlangen kostenlos Personenstandsunterlagen für den amtlichen Gebrauch.

(4) Bei der Übermittlung und Erledigung von Ersuchen gemäß Absatz 3 dieses Artikels verkehren die Vertragspartner nach den Bestimmungen des Artikels 9 dieses Vertrages.

Teil IV

Regelung von Nachlasssachen

Artikel 23

Vertretungsbefugnis der diplomatischen oder konsularischen Vertretung

In Nachlasssachen einschließlich Erbstreitigkeiten sind die diplomatischen oder konsularischen Vertretungen der Vertragspartner berechtigt, ohne besondere Vollmacht ihre Staatsbürger, sofern diese nicht zugegen sind und keine Bevollmächtigten eingesetzt haben, vor den Gerichten und anderen Organen des anderen Vertragspartners zu vertreten.

Artikel 24

Mitteilung von Todesfällen

(1) Stirbt ein Staatsbürger des einen Vertragspartners auf dem Territorium des anderen Vertragspartners, so setzt das zuständige Organ die diplomatische oder konsularische Vertretung des anderen Vertragspartners direkt und unverzüglich davon in Kenntnis.

Es teilt dabei mit, was über etwaige Erben, deren Wohnsitz oder Aufenthalt und die Beschaffenheit des Nachlasses sowie über das Bestehen einer letztwilligen Verfügung bekannt ist. Ist dem Organ bekannt, daß der Verstorbene in einem anderen Staat Vermögen hinterlassen hat, so gibt es auch darüber Auskunft.

(2) Stellt ein Organ im Nachlassverfahren fest, daß der Erbe Staatsbürger des anderen Vertragspartners ist, so ist es verpflichtet, die diplomatische oder konsularische Vertretung dieses Vertragspartners davon in Kenntnis zu setzen.

(3) Erhält die diplomatische oder konsularische Vertretung zuerst von dem Todesfall Kenntnis, so hat sie zur Sicherung des Nachlasses das zuständige Nachlassorgan zu benachrichtigen.

Maßnahmen zur Sicherung des Nachlasses**Artikel 25**

Befindet sich auf dem Territorium des einen Vertragspartners der Nachlaß eines Staatsbürgers des anderen Vertragspartners, so trifft das Nachlaßorgan zu seiner Sicherung und Verwaltung auf Antrag oder von Amts wegen, in Übereinstimmung mit seinen innerstaatlichen Gesetzen, geeignete Maßnahmen.

Artikel 26

Stirbt ein Staatsbürger des einen Vertragspartners während seines zeitweiligen Aufenthaltes auf dem Territorium des anderen Vertragspartners, so werden die Sachen, die er mit sich führte, ohne weiteres Verfahren mit einem Verzeichnis der diplomatischen bzw. konsularischen Vertretung des Vertragspartners übergeben, dessen Staatsbürger der Verstorbene war.

Übergabe des Nachlasses**Artikel 27**

(1) Befindet sich auf dem Territorium des einen Vertragspartners beweglicher Nachlaß, so wird dieser zum Zwecke der Durchführung eines Nachlaßverfahrens dem für die Durchführung des Nachlaßverfahrens zuständigen Organ oder der diplomatischen oder konsularischen Vertretung des Vertragspartners übergeben, dessen Staatsbürger der Erblasser war, soweit die Voraussetzungen gemäß Artikel 28 Absatz 2 Buchstabe b) dieses Vertrages erfüllt sind.

(2) Beide Vertragspartner behalten sich vor, vor Herausgabe des beweglichen Nachlasses gemäß Absatz 1 dieses Artikels die Bezahlung der Abgaben und Gebühren zu fordern, die mit dem Antritt einer Erbschaft verbunden sind.

Artikel 28

(1) Fällt der bewegliche Nachlaß oder der aus dem Verkauf von beweglichem oder unbeweglichem Nachlaß erzielte Erlös nach Durchführung eines Nachlaßverfahrens an Erben mit Wohnsitz oder Aufenthalt auf dem Territorium des anderen Vertragspartners, und kann diesen oder ihren Bevollmächtigten der Nachlaß oder sein Erlös nicht direkt übergeben werden, erfolgt die Aushändigung an die diplomatische oder konsularische Vertretung dieses Vertragspartners.

(2) Gemäß der Bestimmung des Absatzes 1 dieses Artikels wird verfahren, wenn

- a) alle mit der Erbschaft verbundenen Abgaben und Gebühren bezahlt oder sichergestellt sind,
- b) das zuständige Organ die notwendige Genehmigung zur Ausfuhr der Nachlaßgegenstände oder für die Überweisung von Geldbeträgen erteilt hat.

Teil V**Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen****Artikel 29****Entscheidungen, die der Anerkennung und Vollstreckung unterliegen**

(1) Die Vertragspartner anerkennen und vollstrecken unter den in diesem Vertrag festgelegten Voraussetzungen auf ihrem Territorium folgende Entscheidungen, die auf dem Territorium des anderen Vertragspartners ergangen sind:

- a) Gerichtsentscheidungen in Zivil- und Familien-

sachen und gerichtliche Vergleiche in diesen Sachen über vermögensrechtliche Ansprüche

- b) Gerichtsentscheidungen in Strafsachen über Schadensersatzansprüche
- c) Entscheidungen von Schiedsgerichten einschließlich Vergleiche in Wirtschafts- bzw. Handelsstreitigkeiten gemäß den Bestimmungen des Artikels 33 dieses Vertrages.

(2) Gerichtsentscheidungen im Sinne der Bestimmungen des Absatzes 1 dieses Artikels sind auch Entscheidungen in Nachlaßsachen, die von den Organen eines Vertragspartners erlassen worden sind, die nach den innerstaatlichen Gesetzen ihres Staates für die Regelung in Nachlaßsachen zuständig sind.

Artikel 30**Voraussetzungen für die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen**

Entscheidungen nach Artikel 29 dieses Vertrages werden unter folgenden Voraussetzungen anerkannt und vollstreckt:

- a) wenn die Entscheidung nach den Gesetzen des Vertragspartners, auf dessen Territorium sie ergangen ist, rechtskräftig und vollstreckbar ist;
- b) wenn das Gericht des Vertragspartners, auf dessen Territorium die Entscheidung ergangen ist, in dem Verfahren nach den Gesetzen des Vertragspartners, auf dessen Territorium die Anerkennung oder Vollstreckung begehrt wird, zuständig war;
- c) wenn die unterlegene Partei, die am Verfahren nicht teilgenommen hat, nach den Gesetzen des Vertragspartners, auf dessen Territorium die Entscheidung ergangen ist, ordnungsgemäß und rechtzeitig geladen war und im Falle ihrer Prozeßunfähigkeit ordnungsgemäß vertreten werden konnte;
- d) wenn in dem gleichen Rechtsstreit zwischen den gleichen Parteien auf dem Territorium des Vertragspartners, auf welchem die Entscheidung anzuerkennen oder zu vollstrecken ist, nicht bereits früher von einem ordentlichen oder Schiedsgericht eine rechtskräftige Entscheidung ergangen ist, oder wenn bei dem Gericht dieses Vertragspartners nicht schon früher ein Verfahren in dieser Sache anhängig wurde;
- e) wenn die Anerkennung oder Vollstreckung der Entscheidung den Grundprinzipien der Gesetzgebung und der öffentlichen Ordnung des Vertragspartners, auf dessen Territorium die Entscheidung anzuerkennen oder zu vollstrecken ist, nicht widerspricht.

Artikel 31**Anerkennung von Entscheidungen, die den Personenstand von Staatsbürgern betreffen**

(1) Gerichtsentscheidungen des einen Vertragspartners, die den Personenstand seiner eigenen Staatsbürger betreffen, werden auf dem Territorium des anderen Vertragspartners ohne weiteres Verfahren anerkannt.

(2) Gerichtsentscheidungen des einen Vertragspartners, die den Personenstand von Staatsbürgern des anderen Vertragspartners betreffen, werden auf dem Territorium dieses anderen Vertragspartners unter den in Artikel 30 vorgesehenen Bedingungen anerkannt.

(3) Unter Personenstandsentscheidungen im Sinne dieses Artikels sind zu verstehen:

Ehescheidungen und Entscheidungen, durch die das Bestehen oder Nichtbestehen einer Ehe ausgesprochen wird sowie damit verbundene Entscheidungen über das Erziehungsrecht der Kinder, ferner Entscheidungen, die das Verwandtschaftsverhältnis einer Person feststellen.

Artikel 32

Anerkennung und Vollstreckung von Urkunden in Unterhaltssachen

Urkunden, die eine Verpflichtung zur Unterhaltszahlung enthalten und vor den zuständigen Organen für Vormundschaft auf dem Territorium des einen Vertragspartners errichtet wurden, werden auf dem Gebiet des anderen Vertragspartners unter den in Artikel 30 dieses Vertrages vorgesehenen Voraussetzungen anerkannt und vollstreckt, soweit die Bestimmungen dieses Artikels auf Urkunden in Unterhaltssachen anwendbar sind.

Artikel 33

Voraussetzungen für die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen der Schiedsgerichte

Entscheidungen der Schiedsgerichte werden anerkannt und vollstreckt, wenn neben den Bedingungen des Artikels 30 dieses Vertrages noch folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

- a) wenn die Entscheidung auf Grund eines schriftlichen Vertrages über die Unterwerfung unter die Zuständigkeit eines Schiedsgerichts für einen bestimmten Prozeß oder für künftige Prozesse aus einem bestimmten Rechtsverhältnis erfolgt ist, und wenn das Schiedsgericht im Rahmen seiner vereinbarungsgemäß festgelegten Befugnisse entschieden hat;
- b) wenn die Vereinbarung über die Unterwerfung unter die Zuständigkeit eines Schiedsgerichts nach den Gesetzen des Vertragspartners rechtsgültig ist, auf dessen Territorium die Entscheidung anerkannt und vollstreckt werden soll.

Artikel 34

Anträge auf Vollstreckung von Entscheidungen

(1) Der Antrag auf Vollstreckung einer Entscheidung kann unmittelbar bei dem zuständigen Gericht des Vertragspartners, auf dessen Territorium die Entscheidung vollstreckt werden soll, gestellt werden oder beim Gericht, das in dieser Rechtssache in erster Instanz entschieden hat, wobei dieser Antrag dem zuständigen Gericht des anderen Vertragspartners in der in Artikel 9 dieses Vertrages vorgesehenen Weise übermittelt wird.

(2) Dem Antrag sind beizufügen:

- a) eine Ausfertigung bzw. eine beglaubigte Abschrift der Entscheidung mit der Bescheinigung der Rechtskraft und Vollstreckbarkeit, sofern dies nicht aus der Entscheidung selbst hervorgeht;
- b) eine Bestätigung, daß die unterlegene Partei, die nicht am Verfahren teilgenommen hat, ordnungsgemäß und rechtzeitig geladen war und, falls sie prozeßunfähig war, ordnungsgemäß vertreten werden konnte;
- c) die beglaubigte Übersetzung der unter Buchstaben a) und b) angeführten Urkunden, in der Sprache des Vertragspartners, auf dessen Territo-

rium die Entscheidung anerkannt oder vollstreckt werden soll.

(3) Wird die Vollstreckung auf Grund der Entscheidung eines Schiedsgerichts beantragt, so wird auch eine beglaubigte Übersetzung des Vertrages über die Unterwerfung unter die Zuständigkeit des Schiedsgerichts in dieser Sache beigelegt.

Verfahren bei der Vollstreckung

Artikel 35

(1) Das Gericht des Vertragspartners, auf dessen Territorium eine Entscheidung zu vollstrecken ist, führt diese nach den Gesetzen seines Staates durch.

(2) Das Gericht, welches über den Antrag auf Vollstreckung entscheidet, beschränkt sich allein darauf festzustellen, ob die in den Artikeln 30 bis 33 dieses Vertrages festgelegten Voraussetzungen erfüllt sind.

(3) Gegen die Entscheidung kann der Schuldner die Einwendungen vorbringen, die die Gesetze des Vertragspartners vorsehen, dessen Gericht über die Vollstreckung entscheidet.

Artikel 36

Die in Artikel 29 des vorliegenden Vertrages genannten Gerichtsentscheidungen und Urkunden über Unterhaltsverpflichtungen gemäß Artikel 32 dieses Vertrages werden anerkannt und vollstreckt, wenn sie nach Inkrafttreten dieses Vertrages rechtskräftig und vollstreckbar geworden sind.

Artikel 37

Vollstreckung von Kostenentscheidungen

(1) Wird eine Partei, die gemäß Artikel 2 dieses Vertrages von der Sicherheitsleistung für die Verfahrenskosten befreit war, durch eine rechtskräftige gerichtliche Entscheidung eines Vertragspartners zur Erstattung der Verfahrenskosten verpflichtet, so wird diese Entscheidung auf Antrag der berechtigten Partei auf dem Territorium des anderen Vertragspartners gebührenfrei vollstreckt.

(2) Das Gericht, welches über die Genehmigung der Vollstreckung der Entscheidung gemäß Absatz 1 dieses Artikels entscheidet, beschränkt sich allein darauf festzustellen, ob die Kostenentscheidung rechtskräftig und vollstreckbar ist.

(3) Für den Antrag auf Vollstreckung und die beizufügenden Anlagen gelten die Bestimmungen des Artikels 34 dieses Vertrages entsprechend.

Artikel 38

Ausfuhr von Sachen und Überweisungen

Von den Bestimmungen dieses Vertrages über die Vollstreckung von Entscheidungen werden die gesetzlichen Vorschriften der Vertragspartner über die Überweisung von Geldbeträgen oder die Ausfuhr von Gegenständen, die durch eine Vollstreckung erlangt sind, nicht berührt.

Teil VI

Rechtshilfe in Strafsachen und Auslieferung

1. Rechtshilfe

Artikel 39

Gewährung von Rechtshilfe

(1) Die Vertragspartner verpflichten sich zur gegenseitigen Rechtshilfe der Gerichte in Strafsachen unter den in diesem Vertrag festgelegten Voraussetzungen.

(2) Gerichte im Sinne dieses Teils des Vertrages sind auch andere Organe der Vertragspartner, die nach den Gesetzen ihres Staates in Strafsachen zuständig sind.

Artikel 40

Umfang der Rechtshilfe

Die Rechtshilfe in Strafsachen umfaßt die Zustellung von Schriftstücken und Beweismitteln sowie die Durchführung einzelner Prozeßhandlungen, in Form der Vernehmung von Straffälligen, Vernehmung von Zeugen oder Sachverständigen, gerichtlicher Untersuchungen, Beschaffung von Gutachten, Durchsichtung von Wohnungen und Personen und anderes.

Artikel 41

Art des Rechtshilfeverkehrs in Strafsachen

(1) Bei der Gewährung von Rechtshilfe in Strafsachen verkehren die Gerichte seitens der Deutschen Demokratischen Republik über das Ministerium der Justiz oder den Generalstaatsanwalt und seitens der Volksdemokratischen Republik Jemen über das Ministerium der Justiz.

(2) Im übrigen finden bei der Gewährung von Rechtshilfe in Strafsachen die Bestimmungen der Artikel 10 bis 19 dieses Vertrages entsprechend Anwendung.

Artikel 42

Übernahme der Strafverfolgung

(1) Die Vertragspartner verpflichten sich, in Übereinstimmung mit ihren innerstaatlichen Gesetzen auf Ersuchen des anderen Vertragspartners ein Strafverfahren gegen eigene Staatsbürger, die auf dem Territorium des anderen Vertragspartners eine Straftat begangen haben, einzuleiten, wenn eine Auslieferung gemäß Artikel 45 dieses Vertrages möglich ist.

(2) Dem Ersuchen zur Durchführung eines Strafverfahrens sind das Ermittlungsergebnis sowie weitere Beweismittel beizufügen, die über die strafbare Handlung zur Verfügung stehen.

(3) Der ersuchte Vertragspartner setzt den anderen Vertragspartner vom Ergebnis des Strafverfahrens in Kenntnis; ist ein Urteil ergangen, übermittelt er ihm die Abschrift des rechtskräftigen Urteils.

Artikel 43

Information über Gerichtsurteile in Strafsachen

(1) Die Vertragspartner verpflichten sich, einander zu Beginn eines jeden Jahres über rechtskräftige Verurteilungen, die ihre Gerichte gegen Staatsbürger des anderen Vertragspartners im abgelaufenen Jahr erlassen haben, zu unterrichten.

(2) Auf Ersuchen des einen Vertragspartners informiert der andere Vertragspartner über alle anderen Urteile (einschließlich der noch nicht rechtskräftigen Verurteilungen), die von seinen Gerichten gegen Bürger des ersuchenden Vertragspartners ergangen sind. In gerechtfertigten Fällen kann eine Benachrichtigung auch über eine Person gegeben werden, die nicht Staatsbürger des ersuchenden Vertragspartners ist.

(3) Die Übermittlung der Ersuchen und der Information gemäß Absatz 1 und 2 dieses Artikels erfolgt auf diplomatischem Wege.

2. Auslieferung

Artikel 44

Verpflichtung zur Auslieferung

Die Vertragspartner verpflichten sich, entsprechend den Bestimmungen dieses Vertrages auf Ersuchen einander solche Personen auszuliefern, die sich auf ihrem Territorium befinden und gegen die eine Strafverfolgung durchgeführt oder eine Strafe vollzogen werden soll.

Artikel 45

Auslieferungsstrafataten

(1) Die Auslieferung zum Zwecke der Durchführung eines Strafverfahrens erfolgt nur wegen solcher Handlungen, die nach den Gesetzen beider Vertragspartner mit einer Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr bedroht sind.

(2) Die Auslieferung zum Zwecke des Vollzuges einer Strafe erfolgt nur wegen solcher Handlungen, die nach den Gesetzen beider Vertragspartner strafbar sind, und wenn die betreffende Person zu einer Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr verurteilt worden ist.

Ablehnung der Auslieferung

Artikel 46

Die Auslieferung erfolgt nicht, wenn

- a) die Person, um deren Auslieferung ersucht wird, Bürger des ersuchten Vertragspartners ist;
- b) die Straftat auf dem Territorium des ersuchten Vertragspartners begangen wurde und ein Ersuchen auf Übernahme der Strafverfolgung gemäß Artikel 42 Absatz 1 dieses Vertrages nicht gestellt wird;
- c) nach den Gesetzen des ersuchten Vertragspartners ein Strafverfahren nicht durchgeführt oder das Urteil infolge von Verjährung oder aus einem anderen gesetzlichen Grunde nicht vollstreckt werden darf;
- d) die Auslieferung nach den Gesetzen eines der Vertragspartner nicht zulässig ist;
- e) gegen die Person, um deren Auslieferung ersucht wird, bereits auf dem Territorium des ersuchten Vertragspartners in der gleichen Strafsache ein rechtskräftiges Urteil ergangen ist oder das Verfahren endgültig eingestellt wurde.

Artikel 47

Erfolgt die Auslieferung nicht, so setzt der ersuchte Vertragspartner hiervon den ersuchenden Vertragspartner unter Angabe der Gründe für die Ablehnung der Auslieferung in Kenntnis.

Artikel 48

Bedingte Auslieferung

Wird zum Zwecke des Vollzuges einer Strafe um Auslieferung einer Person ersucht, die von einem Gericht des ersuchenden Vertragspartners in Abwesenheit verurteilt wurde, so kann der ersuchte Vertragspartner die Auslieferung an die Bedingung knüpfen, daß ein neues Verfahren in Anwesenheit der auszuliefernden Person durchgeführt wird.

Artikel 49

Art des Verkehrs in Sachen der Auslieferung und Übernahme der Strafverfolgung

In Sachen der Übernahme der Strafverfolgung und der Auslieferung verkehren seitens der Deutschen De-

mokratischen Republik das Ministerium der Justiz oder der Generalstaatsanwalt und seitens der Volksdemokratischen Republik Jemen das Ministerium der Justiz miteinander.

Artikel 50

Auslieferungsersuchen

(1) Dem Ersuchen um Auslieferung zum Zwecke der Durchführung eines Strafverfahrens sind beizufügen: der Haftbefehl mit einer Darstellung der Straftat; die Beschreibung von Beweismitteln, aus denen sich ein dringender Tatverdacht ergibt; der Text des Strafgesetzes, nach welchem die Handlung, die dem Auslieferungsersuchen zugrunde liegt, beurteilt wird; ist durch die Straftat ein materieller Schaden entstanden, so ist dessen Höhe anzugeben.

(2) Dem Ersuchen um Auslieferung zum Vollzug einer Strafe sind die Ausfertigung des rechtskräftigen Urteils und der Text des der Verurteilung zugrunde liegenden Strafgesetzes beizufügen. Hat der Verurteilte bereits einen Teil seiner Strafe verbüßt, so sind auch darüber Angaben zu übermitteln.

(3) Dem Ersuchen um Auslieferung sind nach Möglichkeit eine Beschreibung sowie ein Paßbild der auszuliefernden Person beizufügen sowie Angaben über ihre Staatsbürgerschaft und ihren Aufenthaltsort, sofern diese Angaben nicht bereits aus dem Haftbefehl oder dem Urteil hervorgehen.

Artikel 51

Ergänzung des Auslieferungsersuchens

Enthält das Auslieferungsersuchen nicht die erforderlichen Angaben, so kann der ersuchte Vertragspartner seine Vervollständigung verlangen sowie eine Frist bestimmen, in der die ergänzenden Angaben zu übermitteln sind. Auf Ersuchen kann diese Frist verlängert werden.

Auslieferungshaft

Artikel 52

Der ersuchte Vertragspartner trifft nach Eingang des Auslieferungsersuchens unverzüglich Maßnahmen zur Ermittlung der Person, um deren Auslieferung ersucht wird, und ordnet gegebenenfalls auch ihre Inhaftierung an.

Artikel 53

(1) Auf Antrag kann eine Person vor Eingang des Auslieferungsersuchens inhaftiert werden, wenn sich das zuständige Organ des ersuchenden Vertragspartners auf einen Haftbefehl oder ein rechtskräftiges Urteil unter gleichzeitiger Ankündigung des Auslieferungsersuchens beruft. Dieser Antrag kann auf dem Postwege, telegrafisch, telefonisch oder auf eine andere ähnliche Weise übermittelt werden.

(2) Die zuständigen Organe eines Vertragspartners können eine Person, die sich auf seinem Territorium befindet, auch ohne Antrag nach Absatz 1 dieses Artikels inhaftieren, wenn bekannt ist, daß diese Person auf dem Territorium des anderen Vertragspartners eine Auslieferungsstrafat nach Artikel 45 dieses Vertrages begangen hat.

(3) Von der Inhaftierung nach den Bestimmungen der Absätze 1 und 2 dieses Artikels ist der andere Vertragspartner unverzüglich in Kenntnis zu setzen.

Artikel 54

(1) Der ersuchte Vertragspartner stellt das Auslieferungsverfahren ein und setzt die inhaftierte Person auf freien Fuß, wenn innerhalb der gemäß Artikel 51

dieses Vertrages zu bestimmenden Frist die geforderten zusätzlichen Angaben nicht übermittelt werden.

(2) Eine nach den Bestimmungen des Artikels 53 dieses Vertrages inhaftierte Person wird auf freien Fuß gesetzt, wenn das Ersuchen nicht innerhalb von 2 Monaten eintrifft, von dem Tage an gerechnet, an dem der andere Vertragspartner von der Inhaftierung dieser Person in Kenntnis gesetzt wurde.

Artikel 55

Aufschub der Auslieferung

(1) Wird gegen eine Person, um deren Auslieferung ersucht wird, ein Strafverfahren durchgeführt, oder ist diese wegen einer anderen strafbaren Handlung auf dem Territorium des ersuchten Vertragspartners verurteilt worden, so kann die Auslieferung bis zum Abschluß des Strafverfahrens oder bis zum Vollzug der Strafe aufgeschoben werden.

(2) Würde der Aufschub der Auslieferung zur Verjährung der Strafverfolgung oder zur Erschwerung der Durchführung des Strafverfahrens gegen die Person, um deren Auslieferung ersucht wird, führen, so kann einem begründeten Ersuchen eines Vertragspartners auf zeitweilige Auslieferung zur Durchführung eines Strafverfahrens stattgegeben werden. Der ersuchende Vertragspartner ist verpflichtet, die ausgelieferte Person spätestens nach 3 Monaten, gerechnet vom Tage der Übergabe an, zurückzuführen. Die Frist kann in begründeten Fällen verlängert werden.

Artikel 56

Ersuchen anderer Staaten

Bei Ersuchen mehrerer Staaten um Auslieferung einer Person wegen einer bestimmten oder wegen verschiedener strafbarer Handlungen entscheidet der ersuchte Vertragspartner unter Berücksichtigung der Staatsbürgerschaft der Person, um deren Auslieferung ersucht wird, sowie des Ortes und der Schwere der Straftat, welchem Ersuchen stattgegeben werden soll.

Artikel 57

Grenzen der Strafverfolgung

(1) Die ausgelieferte Person darf wegen einer anderen vor der Auslieferung begangenen strafbaren Handlung, die nicht von der Zustimmung zur Auslieferung erfaßt wird, ohne Einwilligung des ersuchten Vertragspartners weder strafrechtlich verfolgt, dem Vollzug einer Strafe zugeführt, noch einem dritten Staat zur Strafverfolgung bzw. zum Vollzug einer Strafe ausgeliefert werden.

(2) Die Zustimmung des ersuchten Vertragspartners ist nicht erforderlich,

a) wenn eine ausgelieferte Person, die nicht Staatsbürger des ersuchenden Vertragspartners ist, innerhalb von einem Monat, gerechnet vom Tage der Beendigung des Strafverfahrens oder dem Vollzug der Strafe, das Territorium des ersuchenden Staates nicht verlassen hat. In diese Frist ist die Zeit nicht einbegriffen, in welcher die ausgelieferte Person gegen ihren Willen das Territorium dieses Vertragspartners nicht verlassen konnte;

b) wenn die ausgelieferte Person das Territorium des Vertragspartners, an den sie ausgeliefert wurde, verlassen hat, jedoch erneut freiwillig auf dessen Territorium zurückkehrt.

Artikel 58

Information über das Ergebnis des Strafverfahrens

Der um Auslieferung ersuchende Vertragspartner informiert den ersuchten Vertragspartner vom Ergebnis des Strafverfahrens gegen die ausgelieferte Person. Wird die ausgelieferte Person verurteilt, so ist auch eine Abschrift des rechtskräftigen Urteils zu übermitteln.

Artikel 59

Übergabe der auszuleifernden Person

(1) Der ersuchte Vertragspartner, welcher der Auslieferung zustimmt, unterrichtet den anderen Vertragspartner über Ort und Zeit der Auslieferung der betreffenden Person.

(2) Eine Person, deren Auslieferung stattgegeben wurde, wird auf freien Fuß gesetzt, wenn der ersuchende Vertragspartner innerhalb einer Frist von 7 Tagen, gerechnet von dem Tage an, der als Tag der Übergabe festgesetzt wurde, diese Person nicht übernimmt.

Artikel 60

Erneute Auslieferung

Entzieht sich eine ausgelieferte Person, auf welche Weise auch immer, einem Strafverfahren oder dem Strafvollzug und befindet sich diese auf dem Territorium des ersuchten Vertragspartners, so wird sie auf Grund eines erneuten Auslieferungsersuchens ohne Übermittlung der im Artikel 50 dieses Vertrages genannten Unterlagen ausgeliefert.

Artikel 61

Übergabe von Gegenständen

(1) Der um Auslieferung ersuchte Vertragspartner übergibt die Gegenstände, die für die Begehung einer Straftat verwendet wurden, für die eine Auslieferung gemäß Artikel 45 dieses Vertrages zulässig ist, sowie die Gegenstände, die sich der Straffällige durch die Straftat erworben hat, an den ersuchenden Vertragspartner. Diese Gegenstände werden auch dann übergeben, wenn es infolge Todes oder aus anderen Gründen nicht zur Auslieferung der betreffenden Person kommt.

(2) Der ersuchte Vertragspartner kann die in Absatz 1 dieses Artikels genannten Gegenstände zeitweilig zurückbehalten, wenn er sie für ein anderes Strafverfahren benötigt.

(3) Die Rechte einer dritten Person an Gegenständen, die unter Absatz 1 dieses Artikels fallen, bleiben unberührt. Spätestens nach Abschluß des Strafverfahrens gibt der Vertragspartner, an den die Gegenstände herausgegeben wurden, diese dem ersuchten Vertragspartner zwecks Übergabe an die Berechtigten zurück. Befinden sich Personen, die Rechte an Gegenständen haben, auf dem Territorium des ersuchenden Vertragspartners, so ist dieser mit Zustimmung des ersuchten Vertragspartners berechtigt, die Gegenstände direkt an die Berechtigten zurückzugeben.

Artikel 62

Durchleitung

(1) Die Vertragspartner gestatten einander auf Ersuchen die Durchleitung solcher Personen durch ihr

Territorium, die einem der Vertragspartner von einem Drittstaat ausgeliefert werden. Der ersuchte Vertragspartner ist nicht verpflichtet, die Durchleitung zu gestatten, wenn nach diesem Vertrag keine Auslieferung vorgesehen ist.

(2) Ein Ersuchen um Durchleitung ist wie ein Auslieferungsersuchen zu stellen und zu behandeln.

(3) Der ersuchte Vertragspartner gestattet die Durchleitung auf die ihm am zweckmäßigsten erscheinende Weise.

Artikel 63

Auslieferungs- und Durchleitungskosten

Die Auslieferungs- und Durchleitungskosten trägt der Vertragspartner, auf dessen Territorium sie entstanden sind.

Teil VII

Artikel 64

Information über Fragen der Rechtspflege

Die Ministerien der Justiz der Vertragspartner erteilen einander auf Wunsch Auskunft über das Recht und die Rechtspraxis ihrer Staaten. Sie informieren sich wechselseitig über wichtige Gesetzgebungsakte auf dem Gebiet der Rechtspflege und tauschen ihre Erfahrungen bei der Vorbereitung von Gesetzen aus.

Neben Gesetzestexten werden auch entsprechende Kommentare und andere rechtswissenschaftliche Literatur zwischen beiden Ministerien ausgetauscht.

Teil VIII

Schlußbestimmungen

Artikel 65

- (1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation.
- (2) Der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt in Aden.

Artikel 66

(1) Der Vertrag tritt dreißig Tage nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er gilt für die Dauer von fünf Jahren.

(2) Wenn nicht einer der Vertragspartner mindestens sechs Monate vor Ablauf dieser Frist den Vertrag kündigt, bleibt der Vertrag jeweils weitere fünf Jahre in Kraft.

Ausgefertigt in Berlin am 1. April 1971 in zwei Originalen, jedes in deutscher, in arabischer und englischer Sprache, wobei alle drei Texte die gleiche Gültigkeit besitzen. In Zweifelsfällen bei der Auslegung der Bestimmungen des Vertrages gilt der englische Text.

Zum Beweis dessen haben die Bevollmächtigten der Vertragspartner diesen Vertrag unterzeichnet und gesiegelt.

Für die
Deutsche Demokratische
Republik

Dr. Wünsche

Für die
Volksdemokratische
Republik Jemen

Khalifa

اتفاقية

بين جمهورية ألمانيا الديمقراطية
وجمهورية اليمن الديمقراطية الشعبية
بشأن التعاون القضائي في المواد المدنية
ومواد الاحوال الشخصية والمواد الجنائية

جمهورية ألمانيا الديمقراطية وجمهورية اليمن الديمقراطية الشعبية ،
انطلاقاً من الاهداف المشتركة بين الدولتين في كفاهما من اجل التقدم
الاجتماعي وضد الامبريالية ،
وتعزيزاً للرغبة في توليد العلاقات الودية الحميمة بين الدولتين ،
واعتباراً بأن القانون يجب ان يلعب دوراً هاماً في تطوير المجتمع
في دولتيهما ،
وسعيًا لتنسيق العلاقات القضائية والتعاون القضائي في المواد المدنية
ومواد الاحوال الشخصية والمواد الجنائية بين الدولتين ،
قررتا عقد اتفاقية بينهما ولهذا الغرض قد عينتا مندوبيهما المفوضين
وهما :

عن رئيس مجلس الدولة بجمهورية ألمانيا الديمقراطية :

نائب رئيس مجلس الوزراء* ووزير العدل في جمهورية
ألمانيا الديمقراطية ، الدكتور كورت فونشيه ،

عن رئيس مجلس الرئاسة بجمهورية اليمن الديمقراطية الشعبية :

وزير العدل والاوقاف في جمهورية اليمن الديمقراطية
الشعبية ، عادل محفوظ خليفة ،

اللذين بعد ان تبادلوا وثائق تفويضهما ووجدت صحيحة ومستوفاة
الشكل القانوني قد اتفقا على ما يأتي :

القسم الاول الحماية القانونية

مادة ١

مدى الحماية القانونية

١- يتمتع مواطنو كل من الطرفين المتعاقدين في اقليم الطرف الاخر بالنسبة لاشخاصهم وممتلكاتهم بنفس الحماية القانونية التي يتمتع بها مواطنو هذا الاقليم . وذلك بما يتعلق بحرية التفاضل امام المحاكم والهيئات الاخرى التي تختص بالفصل في المواد المدنية ومواد الاحوال الشخصية والمواد الجنائية واتخاذ الاجراءات الكفيلة بحماية حقوقهم الشخصية والحيوية امام هذه الهيئات .

٢- يسرى نص الفقرة "١" من هذه المادة على الاشخاص الاعتبارية التي انشئت طبقاً لقوانين احد الطرفين المتعاقدين .

مادة ٢

الاعفاء من دفع الكفالة

١- لا يجوز فرض كفالة على مواطني احد الطرفين المتعاقدين المقيمين في اقليم اى منهما . وذلك بسبب عفتهم كأجانب او بسبب عدم وجود موطن او محل اقامة لهم في الدولة المتعاقدة الاخرى اذا رفعوا او تدخلوا في دعاوى امام محاكم تلك الدولة .

٢- يسرى نص الفقرة "١" من هذه المادة على الاشخاص الاعتبارية التي انشئت طبقاً لقوانين احد الطرفين المتعاقدين .

الاعفاء من دفع رسوم الاجراءات

مادة ٣

تعفى محاكم كل من الطرفين المتعاقدين مواعين الطرف المتعاقد الاخر من دفع رسوم الاجراءات بنفس الشروط والاوزاع المقررة بالنسبة لمواعين هذا الطرف .

مادة ٤

١- تصدر الشهادات الخاصة بعدم كفاية الموارد المالية واللازمة للاعفاء من الرسوم طبقا للمادة *٣* من هذه الاتفاقية من الجهة المختصة في اقليم الطرف المتعاقد الذي يقع فيه موطن الطالب او محل اقامته المعتاد .

٢- ويكتفى في حالة عدم وجود موطن او محل اقامة المعتاد للطالب في اقليم الطرف المتعاقد الاخر بتقديم مستند صادر من البعثة الدبلوماسية او القنصلية التابعة للطرف المتعاقد الذي يكون الطالب احد رعاياه .

٣- للمحكمة التي تدعى في طلب الاعفاء من الرسوم ان ترفض في نطاق اختصاصها المستندات المعروضة عليها ، وان تطلب من سلطات الطرف المتعاقد الاخر عند الاقتضاء تقديم بيانات تكميلية .

مادة ٥

١- يجوز ان يقدم طلب الاعفاء من الرسوم الى المحكمة المختصة في اقليم الطرف المتعاقد الذي يكون مقدم الطلب احد رعاياه . وتقوم هذه المحكمة بارسال طلب الاعفاء من الرسوم مع المستند المنصوص عليه في المادة *٤* والمستندات الاخرى التي قد يقدمها الطالب بشأن احد الاجراءات الى المحكمة التي تقع في اقليم الطرف المتعاقد الاخر وفقا لنسب المادة *٦* من هذه الاتفاقية .

٢- يجوز ان يقدم في نفس الوقت مع طلب الاعفاء من الرسوم طلب اتخاذ اجراءات في الموضوع المقدم بشأنه طلب الاعفاء من الرسوم ، وكذلك طلب تعيين محام او أية طلبات اخرى .

مادة ٦

يسرى الاعفاء من الرسوم الممنوح من المحكمة المختصة في اقليم طرف متعاقد في دعوى معينة على كافة الاجراءات التي تتخذ في ذات الدعوى امام محكمة الطرف المتعاقد الاخر .

القسم الثاني

المعاونة القضائية في المواد المدنية ومواد الاحوال الشخصية

مادة ٧

تقديم المعاونة القضائية

- ١- يتمتع كل من الطرفين المتعاقدين ان يقدم للطرف الاخر المعاونة القضائية عن طريق محاكمة في المواد المدنية ومواد الاحوال الشخصية والمواد الجنائية بالشروط الواردة في هذه الاتفاقية .
- ٢- تعتبر من المحاكم بالمعنى الوارد في هذا القسم من الاتفاقية الهيئات الاخرى ذات الاختصاص القضائي في المواد المدنية ومواد الاحوال الشخصية طبقا لاحكام التوائين المعمول بها في الدولة التابعة لها .

مادة ٨

موضوع المعاونة القضائية

تشمل المعاونة القضائية في المواد المدنية ومواد الاحوال الشخصية اعلان الاوراق وتنفيذ الاجراءات القضائية الخاصة بسؤال الشهود او استجواب الخصوم او الاستعانة برأى ذو الخبرة او اجراء معاينة الاماكن او غير ذلك من الاجراءات .

مادة ٩

كيفية الامتثال وتقديم المعاونة القضائية

عند تقديم المعاونة القضائية تتعاون محاكم الطرفين المتعاقدين عن طريق وزارة العدل في كل منهما بالم تمس هذه الاتفاقية على ما يخالف ذلك .

مادة ١٠

اللغة التي تستخدم في المعاونة القضائية

يجب ان تكتب كافة الاوراق التي ترسل في شأن المعاونة القضائية بلغة الطرف المتعاقد المطلوب منه المعاونة او ان تكون مصحوبة بترجمة رسمية باللغة الانكليزية .

مادة ١١

الشكل الذي يحرر به طلب المعاونة القضائية

- ١- يجب ان يكون طلب المعاونة القضائية والاوراق المطلوب اعلانها موقعا عليها ومختومة بختم المحكمة .
- ٢- يجب ان يكون شكل طلب المعاونة القضائية مطابقا لاحكام قوانين الطرف المتعاقد المطلوب منه المعاونة .

مادة ١٢

بضمون طلب المعاونة القضائية

- ١- يجب ان يتضمن طلب المعاونة القضائية بيان الموضوع الخاص به ، واسم المحكمة الصادر منها طلب المعاونة القضائية واسم المحكمة المرسل اليها الطلب اذا امكن ، واسماء الخصوم وجنسياتهم ومهنتهم وموطنهم او محل اقامتهم واسم وعنوان الممثلين القانونيين لهم .
- ٢- يجب ان تتضمن طلبات المعاونة القضائية بشأن اعلان الاوراق بالاضافة الى البيانات المنصوص عليها في الفقرة "١" من هذه المادة ، عنوان الشخص المطلوب اعلانه ونوع الاوراق المطلوب اعلانها .
- ٣- كما يجب ان تتضمن طلبات المعاونة القضائية فوق ذلك بيان الوقائع المطلوب سماع الشهادة بشأنها ، وعند الضرورة الموضوعات التي تسمع فيها شهادة الشخص المطلوب سماع اقواله .

تنفيذ طلبات المعاونة القضائية

مادة ١٣

- ١- عند تنفيذ المعاونة القضائية تطبق المحكمة المطلوب منها المعاونة احكام قوانينها .
- ٢- يجوز للمحكمة المطلوب منها المعاونة ان تطبق بناء على طلب المحكمة الطالبة نوع وشكل الاجراء المنصوص عليه في طلب المعاونة القضائية ما لم يخالف ذلك احكام القوانين المعمول بها في بلد الطرف المتعاقد المطلوب منه المعاونة .

مادة ١٤

- ١- اذا كانت المحكمة المطلوب منها المعاونة غير مختصة تقوم باحالة طلب المعاونة القضائية الى المحكمة المختصة .

- ٢- تقوم المحكمة المطلوب منها المعاونة في الوقت المناسب وبناءً على طلب المحكمة الداللة بإبلاغها بزمان تنفيذ الب المعاونة القضائية .

مادة ١٥

- ١- تلتزم المحكمة المطلوب منها المعاونة فيما يختص بطلبات الاعلان احكام قانون البلد الكائنة فيه المحكمة المذكورة .
- ٢- اذا كانت الاوراق المطلوب تسليمها مكتوبة بلغة غير لغة الطرف التعاقد المطلوب منه المعاونة ولم تكن مرفقة بها ترجمة رسمية باللغة الانكليزية تقوم المحكمة المطلوب منها المعاونة باعلان الاوراق الى المرسل اليه اذا قبلها مختاراً .
- ٣- يثبت الاعلان بايصال يتضمن تاريخ هذا الاعلان وتوقيع المرسل اليه وسلم الاعلان وكذلك ختم المحكمة او شهادة رسمية من المحكمة تبين شكل الاعلان وتاريخ اجرائه .
- ٤- اذا سلمت الورقة المعلنة من اجل وصولها وجب اثبات الاستلام في الاصل .
- ٥- اذا لم يوجد الشخص المذكور اسمه في طلب المعاونة القضائية في العنوان المبين في الداللة وجب على المحكمة المطلوب منها المعاونة اتخاذ التدابير اللازمة للتأكد من عنوانه الصحيح .
- ٦- اذا تعذر على المحكمة المطلوب منها المعاونة القضائية تنفيذ هذه المعاونة فعليها ابلاغ المحكمة الطالبة بذلك مع بيان الاسباب التي حالت دون تنفيذ طلب المعاونة .

مادة ١٦

- ١- يحق للطرفين المتعاقدين اعلان الاوراق الى مواطنيهما المقيمين في اقليم الطرف التعاقد الاخر عن طريق البعثة الدبلوماسية او القنصلية لكل منهما لدى الاخر .

٢- لا يجوز اتخاذ اجراءات جبرية لاجراء الاعلان المذكور عليه في
الفقرة "١" .

مادة ١٧

مصرفات المعاونة القضائية

- ١- لا تطلب رسوم في حالة تقديم المعاونة القضائية من الطرف المتعاقد المطلوب منه . يدفع الطرفان المتعاقدان كافة المصروفات التي تترتب على المعاونة القضائية في اقليم كل منهما وبالذات المصروفات التي تترتب على جمع الادلة .
- ٢- تقوم الهيئة المطلوب منها المعاونة باخطار الهيئة الطالبة بقيمة المصروفات المترتبة على المعاونة . واذا حصلت الهيئة الطالبة على هذه المصروفات من الخصم الملزم بدفعها احتفظ بها الطرف المتعاقد الذي قام بتحصيلها .

مادة ١٨

رفض تقديم المعاونة القضائية

يجوز رفض المعاونة القضائية اذا كان في ذلك اساس بمبادئ التشريع
الاساسية واخلاق بالنظام العام لدى الطرف المتعاقد المطلوب منه المعاونة .

مادة ١٩

سلامة الشهود والخبراء الذين يدلون بشهادتهم

- ١- اذا حضر شاهد او خبير للادلاء بالشهادة ايا كانت جنسيته بناء على اعلان من محكمة الطرف المتعاقد المطلوب منه المعاونة امام هيئات الطرف المتعاقد الدائب في المواد المدنية او مواد الاحوال الشخصية ، فانه لا يجوز اتخاذ اجراءات جنائية ضده او القبض عليه بسبب فعل يعاقب عليه كان قد ارتكبه قبل عبوره حدود بلد الطرف المتعاقد الطالب ، كما لا يجوز

الحكم عليه بناءً على قرار اذانة سابق * ولا يجوز ان تتخذ بعد تولاه
الاشخاص اية اجراءات بسبب مخالفات للقانون ارتكبت قبل عبورهم حدود
الدولة ولا ان تتخذ ضدهم الاجراءات المشموس عليها بشأن هذه
المخالفات القانونية *

٢- يفقد الشاهد او الخبير الذي يدلى بشهادته الحماية المشموس عليها في
الفقرة *١* من هذه المادة اذا لم يغادر اقليم الطرف المتعاقد الاقليم
خلال سبعة ايام اعتباراً من تاريخ ابلاته بأنه لم تعد ثمة حاجة لبقائه
ولا تتضمن هذه الفترة المحددة الوقت الذي لا يتمكن خلاله من مغادرة
اقليم الطرف المتعاقد لاسباب خارجة عن ارادته *

٣- اذا اعلن الشخص الذي القى القبض عليه في اقليم الطرف المتعاقد المطلوب
منه بواسطة محكمة تابعة للطرف المتعاقد الاخر للحضور كشاهد او كخبير
للدلاء بشهادة وكان لزاماً ان ينتقل لهذا الغرض ، كان من حقه
الحصول على الحماية المكفولة له بمقتضى الفقرتين الاولى والثانية من
هذه المادة *

القسم الثالث

المستندات

مادة ٢٠

استعمال المستندات

١- لا تحتاج المستندات التي تصدرها او تقرر شرعيتها محكمة او مشول رسمي
لاحد الطرفين المتعاقدين في مجال اختصاصهم الى تفهين من اجل استعمالها
في المحاكم والهيئات الاخرى في الطرف المتعاقد الاخر ، شريطة ان تكون
المستندات موقعا عليها ومختومة رسمياً *

٢- تنطبق نصوص الفقرة الاولى من هذه المادة على النسخ من المستندات التي
تقرر شرعيتها محكمة او هيئة اخرى متخصصة *

مادة ٢١

قوة المستندات في الاثبات

للمستندات الرسمية التي صدرت في اقليم احد الطرفين المتعاقدين نفس القوة في الاثبات في اقليم الطرف المتعاقد الاخر مثل مستندات ذلك الاقليم نفسه .

مادة ٢٢

تبادل بيانات السجل المدني

- ١- تمد كل من الدولتين المتعاقبتين الاخرى باستخراجات من السجل المدني الخاص بتاريخ ميلاد او زواج او وفاة مواطني الدولة المتعاقدة الاخرى .
- ٢- ترسل المستخرجات المنصوص عليها في الفقرة "١" لهذه المادة دون مقابل كل ستة اشهر الى البعثة الدبلوماسية او القنصلية التابعة للطرف المتعاقد الآخر .
- ٣- يتبادل الطرفان المتعاقدان بناء على طلب احدهما وبدون مقابل بيانات السجل المدني لاستخدامها في الاغراض الرسمية .
- ٤- يكون ارسال الطلبات وتلقي البيانات المنصوص عليها في فقرة "٢" طبقا لاحكام المادة "١" من هذه الاتفاقية .

القسم الرابع

تسوية قضايا التركة

مادة ٢٣

الملطة المثلة للبعثات الدبلوماسية او القنصلية

في قضايا التركة وما يتضمن ذلك من مرافقات بخصوص العراة ، يحق

للبعثات الدبلوماسية او القنصلية التي تمثل الطرفين المتعاقدين ان تمثل
مواطنيها ، ما لم يكن هؤلاء المواطنين موجودين او قد عينوا
ممثلين لهم ، بدون تفويض خاص من المحاكم والهيئات الاخرى لدى
الطرف المتعاقد الاخر .

مادة ٢٤

الاشعار بالوفاة

١- اذا توفي مواطن احد الطرفين المتعاقدين في اقليم الطرف الاخر المتعاقد
ستشعر الهيئة المختصة مباشرة وبدون تأخير البعثة الدبلوماسية او القنصلية
التي تمثل الطرف المتعاقد الاخر بهذه الحقيقة . واطافة الى ذلك ستوفر
المعلومات عما هو معروف عن الورثة المحتملين وعن مقرهم وسكنهم ونوع
التركة وكذلك عن وجود وصية ايضا . واذا كان معروفا لدى الهيئة
ان الشخص المتوفى قد ترك ممتلكات في دولة اخرى فعليها ان توضح
ذلك ايضا .

٢- اذا تأكدت هيئة في اجراءات متعلقة بالوراثة ان الوارث مواطن الطرف
المتعاقد الاخر فان عليها ان تشعر بهذه الحقيقة البعثة الدبلوماسية
او القنصلية التي تمثل ذلك الطرف المتعاقد .

٣- اذا حصلت اولا البعثة الدبلوماسية او القنصلية على علم بالوفاة فعليها
ان تشعر الهيئة المختصة بشئون الوراثة لغرض تحصيل التركة .

اجراءات تحصيل التركة

مادة ٢٥

اذا كانت تركة المواطن المتوفى لاحد الطرفين المتعاقدين موجودة في
اقليم الطرف الاخر المتعاقد ستخضع الهيئة المختصة بشئون الوراثة
الاجراءات المناسبة لتحصيل التركة وادارتها بمقتضى القانون المحلي .

مادة ٢٦

إذا توفي مواطن أحد الطرفين المتعاقدين خلال زيارة مؤقتة في إقليم الطرف المتعاقد الآخر تسلم حاجياته التي كان يحملها مع قائمة مرفقة بها إلى البعثة الدبلوماسية أو القنصلية التي تمثل الطرف المتعاقد الآخر الذي ينتسب إليه المتوفى بدون إجراءات إغاثية .

تسليم التركة

مادة ٢٧

١- إذا تركت الممتلكات الشخصية في إقليم أحد الطرفين المتعاقدين يجب تسليمها إلى الهيئة المختصة لانجاز إجراءات الميراث أو إلى البعثة الدبلوماسية أو القنصلية التي تمثل الطرف المتعاقد الذي ينتسب إليه المواطن المتوفى بمقتضى الشروط المنصوص عليها في الحرف "ب" للفقرة "٢" من المادة ٢٨ .

٢- يحتفظ الطرفان المتعاقدان بمقتضى الفقرة الأولى من هذه المادة بحقهما في المطالبة بدفع الضرائب والرسوم المتعلقة بالميراث قبل تسليم التركة الشخصية .

مادة ٢٨

١- إذا أعطيت الممتلكات الشخصية أو ما ينتج عن بيع الممتلكات الشخصية والعقارية بعد إجراءات الميراث لورثاء يعيشون أو يقيمون في إقليم الطرف المتعاقد الآخر ، وإذا كانت التركة أو ما ينتج عن بيعها لا يمكن تسليمه مباشرة لهم أو لمن يمثلهم ، فيجب تسليمها في هذا الحان إلى الهيئة الدبلوماسية أو القنصلية التي تمثل ذلك الطرف المتعاقد .

٢- يطبق نص الفقرة الأولى من هذه المادة إذا

- ا - دفعت او ضمت جميع الترائب والرسوم المتعلقة بالميراث .
 ب - اعطت الهيئة المختصة الترخيص اللازم لتقدير الاشياء الموروثة
 او لاجل نقل الفلوس .

القسم الخامس

الاعتراف بالقرارات وتنفيذها

مادة ٢٩

قرارات خاضعة للاعتراف والتنفيذ

- ١- الطرفان المتعاقدان سيمتزمان وينفذان في اقليميهما بمقتضى الشروط
 المنصوص عليها في هذه الاتفاقية القرارات التالية التي اتخذت في اقليم
 الطرف المتعاقد الاخر :
- ا - قرارات المحكمة في الامور المدنية والمائلية والتمويلية عن طريق
 المحكمة في هذه الامور ازاى المالكات بالمتلكات .
- ب - قرارات المحكمة في القضايا الجنائية فيما يتعلق بالتعويض .
- ج - قرارات المحاكم التحكيمية بما في ذلك من تسويات في المنازعات
 الاقتصادية او التجارية طبقا لشروط المادة *٣٣* من هذه
 الاتفاقية .
- ٢- اية قرارات متعلقة بشئون التركة اتخذت من قبل هيئات احد الطرفين
 المتعاقدين حسب قانون الدولة الاقليمي ستعتبر بمثابة قرارات قضائية
 كما هي معرفة في الفقرة *١* من هذه المادة .

مادة ٣٠

شروط الاعتراف بالحكم وتنفيذه

- اذا توافرت في الاحكام الشروط الاتية بالاضافة الى شروط المادة ٢٩
 من هذه الاتفاقية يعترف بها وتنفذ :

- ا - اذا كان القرار صحيحا او قابلا للتنفيذ حسب قوانين الطرف المتعاقد الذي صدر القرار في اقليمه *
- ب - اذا كانت محكمة الطرف المتعاقد الذي صدر القرار في اقليمه مؤهلة لاتخاذ الاجراءات حسب قوانين الطرف المتعاقد الذي طلب من اقليمه الاعتراف او التنفيذ *
- ج - اذا كان الخصم الخاسر الذي لم يشترك في الاجراءات قد اشعر بالحضور في الوقت المحدد وبالطريقة المطلوبة طبقا لقوانين الطرف المتعاقد الذي صدر القرار في اقليمه واذا كان في امكانه ان يمثل في حالة عدم قدرته على الترافع امام القضاء *
- د - اذا لم يصدر قرار نهائي في نفس النزاع بين نفس الخصمين في اقليم الطرف المتعاقد الذي يراد الاعتراف او التنفيذ في اقليمه من قبل محكمة عادية او تحكيمية في سبب سابق او اذا لم تكن هناك قضية معلقة في السابق في هذا الصدد في محكمة هذا الطرف المتعاقد *
- هـ - اذا لم يتعارض الاعتراف او التنفيذ لهذا القرار مع المبادئ الاساسية للتشريع والنظام العام لذلك الطرف المتعاقد الذي يتم في اقليمه الاعتراف بالقرار او تنفيذه *

مادة ٣٢

الاعتراف بالاحكام الخاصة بالحالة المدنية للمواطنين

- ١- يعترف بالاحكام الصادرة من محاكم احدى الدولتين المتعاقبتين التي تتعلق بالحالة المدنية الخاصة بمواطنيها في اقليم الدولة المتعاقدة الاخرى دون حاجة الى اتخاذ اجراءات اضافية *
- ٢- يعترف بالاحكام الصادرة من محاكم احدى الدولتين المتعاقبتين التي تتعلق بالحالة المدنية الخاصة برعايا الدولة المتعاقدة الاخرى في اقليم هذه الدولة المتعاقدة الاخرى بالشروط المنصوص عليها في المادة ٣٠ من هذه الاتفاقية *

٣- الاحكام الصادره في قضايا الحالة المدنية بالمعنى المذكور في هذه المادة تشمل :

احكام الدلاق والاحكام الصادره بفسخ او عدم صحة الزواج والاحكام المتعلقه بها فيما يتعلق بحق تربيه الاولاد والاحكام التي تقرر درجة القرابه .

مادة ٣٢

الاعتراف بالمستندات المتعلقة بالنفقة وتنفيذها

يعترف بالمستندات التي تتضمن الزاماً بدفع نفقة والصادره من الهيئات المختصة بتقرير الحضانه في اقليم اى من الاطراف المتعاقده في اقليم الطرف المتعاقد الاخر وتنفذ بمقتضى الشروط المنصوص عليها في المادة "٣٠" من هذه الاتفاقية طالما ان نموس هذه المادة تطبق على المستندات المتعلقة بالنفقة .

مادة ٣٣

شروط الاعتراف بقرارات هيئات التحكيم القضائية وتنفيذها

يعترف بالاحكام الصادره من هيئات التحكيم القضائية وتنفذ اذا توافرت فيها الشروط الاتية بالاتفاق الى شروط المادة "٣٠" من هذه الاتفاقية :

١ - اذا كان قد صدر الحكم بناءً على اتفاق كتابي عند عرضه على هيئة التحكيم المختصة سواء بالنسبة لقضية معينة او بالنسبة لية اجراءات قادمة بشكل عام تبدأ من عهدة انونية بمدينة واذا كانت هيئة التحكيم قد اصدرت قرارها في حدود اختصاصها على النحو المبين في هذه الاتفاقية .

ب- اذا كان الاتفاق صحيحاً لقبول اختصاص احدى هيئات التحكيم طبقاً لقوانين الطرف المتعاقد المطلوب منه الاعتراف بالحكم وتنفيذه في اقليمه .

مادة ٣٤

الطلبات المتعلقة بتنفيذ الاحكام

- ١- يجوز تقديم الطلب بتنفيذ الحكم مباشرة الى المحكمة المختصة في الدولة المتعاقدة المطلوب منها تنفيذه في اقليمها او الى المحكمة التي بتت بصورة اولية في الدعوى ، ويقدم هذا الطلب الى المحكمة المختصة في الدولة المتعاقدة الاخرى بالطريقة المنصوص عليها في المادة ٢٩* من هذه الاتفاقية .
- ٢- ترفق الاوراق الاتية مع الطلب :
- أ - صورة احلية او نسخة من الحكم صادق عليها مع فقرة تشهد بأن هذا الحكم نهائي وساري المفعول ما لم يكن ذلك وانحط من الحكم نفسه .
- ب - شهادة تؤكد تبين بأن الخصم الناسر الذي لم يكن موجودا اثناء الاجراءات قد اشعر بالحضور بالطرق القانونية وبأنه قد مثل تمثيلا قانونيا اذا لم تكن له احلية التناهي .
- ج - ترجمة رسمية من الوثائق المنصوص عليها في الحرفين "أ" و "ب" الى لغة الطرف المتعاقد المطلوب منه الاعتراف بالحكم او تنفيذه في اقليمه .
- ٣- اذا كان التنفيذ مطلوباً بناءً على حكم صدر من هيئة تحكيم ترفق بالانافة الى ما تقدم ترجمة رسمية من الاتفاقى على عرض الامر الى هيئة التحكيم .

اجراءات التنفيذ

مادة ٣٥

- ١- تلتزم محكمة الطرف المتعاقد المطلوب تنفيذ الحكم في اقليمه القوانين المعمول بها في هذا الاقليم .

- ٢- تتم سلطة المحكمة التي تتولى الفصل في طلب التنفيذ على بحث توافر الشروط المنصوص عليها في المواد من ٣٠ - ٣٣ من هذه الاتفاقية .
- ٣- يجوز للمدين ان يتقدم بأى اعتراض على الحكم طبقا لقوانين الطرفين المتعاقدين الذى تقع في اقليم المحكمة المختصة بالتنفيذ .

مادة ٣٦

يعترف باحكام المحكمة المشار اليها في المادة ٢٩ من هذه الاتفاقية وبالوثائق السادرة منها بشأن الالتزام بدفع نفقة حسب نص المادة ٣٢ من هذه الاتفاقية وتنفذ اذا بارت هذه الاحكام نائية وواجبة النفاذ بعد سريان مفعول هذه الاتفاقية .

مادة ٣٧

تنفيذ احكام الالتزام بدفع تكاليف الدعوى

- ١- اذا كان الخصم قد اعترف من دفع ضمانه عن تكاليف الدعوى بناء على احكام المادة "٢٩" من هذه الاتفاقية وحكم عليه بحكم نهائى من محكمة اى لرف من الطرفين المتعاقدين بالزامه بدفع تكاليف الدعوى فينفذ هذا الحكم بدون مقابل بناء على طلب يتقدم به صاحب الشأن في اقليم الطرف المتعاقد الاخر .
- ٢- تتم سلطة المحكمة التي وافقت على تنفيذ الحكم بمقتضى احكام الفقرة الاولى من هذه المادة على بحث ما اذا كان الحكم السادر بالتأليف نائيا وسارى المفعول .
- ٣- تلتزم على طلب التنفيذ والاوران العرافة به احكام المادة "٣٤" من هذه الاتفاقية .

مادة ٣٨

تقدير الاثبات وتحويلها

لا تنص هذه الاتفاقية المتعلقة بتنفيذ الاحكام القوانين المعمول بها في الدولتين المتعاقبتين بشأن تحويل النقد او تقدير الاشياء التي تم الحصول عليها عن طريق تنفيذ الحكم .

القسم السادس

المعاونة القضائية في الامور الجنائية وتسليم الجرميين١ - المعاونة القضائية

مادة ٣٩

تقديم المعاونة القضائية

١- يعتمد الطرفان المتعاقدان بتقديم المعاونة القضائية لكل منهما عن طريق المحاكم في الامور الجنائية حسب الشروط المنصوص عليها في هذه الاتفاقية .

٢- تشمل كلمة المحاكم بالمعنى الوارد في هذا القسم من الاتفاقية الهيئات الاخرى ذات الاختصاص القضائي في المواد الجنائية طبقا لاحكام القوانين المعمول بها في الدولة التابعة لها .

مادة ٤٠

مدى المعاونة القضائية

يشمل المعاونة القضائية في الامور الجنائية تبليغ الاوراق وتنفيذ الاجراءات القضائية الخاصة وسؤال الشهود او استجواب الخصوم او الاستعانة برأي الخبراء او اجراء معاينة الاماكن او غير ذلك من الاجراءات .

مادة ٤١

المعاونة القضائية في الامور الجنائية

- ١- عند تقديم المعاونة القضائية في الامور الجنائية تتمل محاكم جمهورية اليمن الديمقراطية الشعبية عن طريق وزارة العدل وتتمل محاكم جمهورية ألمانيا الديمقراطية عن طريق وزارة العدل او النائب العام .
- ٢- تشلحق بصورة عامة نصوص المواد من ١٠ - ١١ من هذه الاتفاقية على تقديم المعاونة القضائية في الامور الجنائية .

مادة ٤٢

احالة الاجراءات الجنائية

- ١- يتعهد كل من الطرفين المتعاقدين ان يتخذ وفقا للقوانين المعمول بها في الدولتين عند طلب الطرف المتعاقد الاخر اجراءات جنائية ضد مواطنيهم الذين ارتكبوا مخالفات جنائية في اقليم الطرف المتعاقد الاخر اذا كان تسليم المجرمين ممكنا طبقا لنصوص المادة "٤٥" من هذه الاتفاقية .
- ٢- طلب اتخاذ الاجراءات الجنائية يلحق بنتيجة التحقيقات اضافة الى الادلة المتوفرة بالنسبة للجريمة .
- ٣- على الطرف المتعاقد الذي طلب منه اتخاذ الاجراءات ان يشمر الطرف المتعاقد الاخر بنتيجة الاجراءات الجنائية وفي حالة صدور حكم فترفق نسخة من الحكم النهائي .

مادة ٤٣

الاشعار بقرارات المحكمة في الامور الجنائية

- ١- يتعهد كل من الطرفين المتعاقدين ان يشمر الطرف الاخر في بداية

كل عام بالعقوبات النهائية التي اصدرتها محاكمها ضد مواطني الطرف المتعاقد الاخر في السنة الماضية .

٢- عند طلب احد الطرفين المتعاقدين سيقدم الطرف المتعاقد الاخر معلومات عن جميع بقية العقوبات (ويتضمن ذلك العقوبات التي لم تقرر نهائيا) التي اصدرتها محاكمة ضد مواطني الطرف المتعاقد المتقدم بالطلب .
وفي قضايا معينة يمكن توفير المعلومات عن شخص لا يمت بصفة الوالدة للطرف المتعاقد المتقدم بالطلب .

٣- نقل الطلبات والمعلومات وفقا للفقرة الاولى والفقرة الثانية من هذه المادة يتم عن طريق الملك الدبلوماسي .

٢ - تسليم المجرمين

مادة ٤٤

الالتزام بتسليم المجرمين

يتعهد كل من الطرفين المتعاقدين وفقا لنصوص هذه الاتفاقية بتسليم المجرمين الموجودين في اقليميهما والذين ستتخذ ضدهم اجراءات جنائية او ستنفذ ضدهم عقوبات .

مادة ٤٥

الجرائم التي يطبق عليها تسليم المجرمين

- ١- تسليم المجرمين من اجل اتخاذ اجراءات جنائية ياليق بالنسبة لتلك الافعال التي يعاقب عليها بالحبس لاكثر من سنة وفقا لقوانين كل من الطرفين المتعاقدين .
- ٢- يطبق تسليم المجرمين من اجل تنفيذ العقوبات فذلا تلى تلك الافعال التي يعاقب عليها حسب قوانين كل من الطرفين المتعاقدين بشرط ان تكون العقوبة الصادرة ضد الشخص المعنى السجن لمدة تزيد عن سنة .

رفس تسليم الجرمين

مادة ٤٦

لن يسلم الجرمين اذا

- ١ - كان الشخص المطلوب تسليمه هو المانيا في اتليم الطرف المتعاقد المطلوب منه التسليم .
- ب - ارتكبت المخالفة في اتليم الطرف المتعاقد المطلوب منه التسليم ولم يقدم طلب لاتخاذ اجراءات جنائية حسب الفقرة الاولى من المادة ٤٢ من هذه الاتفاقية .
- ج - كانت الاجراءات الجنائية لا يمكن اتخاذها حسب قوانين الطرف المتعاقد المطلوب منه التسليم او اذا كانت العقوبة لا يمكن تنفيذها بسبب نوات المدة او لاي سبب قانوني آخر .
- د - كان تسليم الجرمين يخالف قوانين اى من الطرفين المتعاقدين .
- هـ - صدر حكم نهائى بالنسبة لنفس المخالفة الجنائية ضد الشخص المطلوب تسليمه او اغلقت الاجراءات نهائيا .

مادة ٤٧

اذا لم يتم تسليم الجرمين فعلى الطرف المتعاقد المطلوب منه التسليم ان يشعر الطرف المتعاقد الطالب بهذه الحقيقة وان يبين اسباب رفضه تسليم الجرمين .

مادة ٤٨

تسليم الجرمين المشترط

اذا طلب تسليم شخص من اجل تنفيذ عقوبة وكان ذلك الشخص قد حكم عليه في نيايه في محكمة من محاكم الطرف المتعاقد الدالب يمكن تسليم ذلك الشخص شريطة ان تعقد محاكمة جديدة في حضوره .

مادة ٤٦

كيفية تبادل المعلومات في حالات تسليم الجرمين
واحالة الاجراءات الجنائية

في حالات اتخاذ الاجراءات الجنائية او في امور تسليم الجرمين تتبادل المعلومات بين وزير العدل لجمهورية اليمن الديمقراطية الشعبية ووزير العدل او النائب العام لجمهورية ألمانيا الديمقراطية .

مادة ٥٠

طلب تسليم الجرمين

- ١- ترفق المستندات الاتية مع طلبات تسليم الجرمين من اجل اتخاذ الاجراءات الجنائية : امر القبض مع وصف المخالفة المعاقب عليها ، قائمة بالادلة التي على اساسها قام الاتهام ، ونس قانون العقوبات الذي يعاقب بمقتضاء على الفعل الذي يبنى تسليم الجرم عليه ، واذا وجد اي تلف مادي بسبب الفعل المعاقب عليه فيجب تحديد قيمة هذا التلف .
- ٢- يجب ان ترفق الى طلبات تسليم الجرمين من اجل تنفيذ العقوبات نسخ اصلية من الحكم النهائي ونس القانون الجنائي الذي بنيت العقوبة على اساسه . واذا نفذ جزء من العقوبة على المدين فيجب الاشارة الى ذلك .
- ٣- يجب ان يحتوى طلب التسليم اذا امكن على وصف ومعرفة الشخص المطلوب تسليمه بالانفاة الى معلومات عن موطنه ومكان اتامته الا اذا كانت هذه المعلومات يمكن استخلاصها من امر القبض او الحكم .

مادة ٥١

ملحقات طلب التسليم

اذا كان طلب التسليم يفتقر الى المعلومات الضرورية فيتحقق للطرف المتعاقد

المطلوب منه التسليم ان يطلب تكلمته وان يحدد فترة زمنية توفر في خلالها المعلومات الملحقة . يمكن مد هذه الفترة الزمنية عند الطلب .

التاء القبض من اجل تسليم الجرمين

مادة ٥٢

بعد استلام اللب تسليم الجرمين سيتخذ الخرف المتعاقد المطلوب منه التسليم اجراءات فورية من اجل الحصول على الشخص المطلوب تسليمه واذا لزم يومر بالقبض عليه .

مادة ٥٣

١- يمكن عند الطلب التاء القبض على شخص قبل استلام طلب تسليمه اذا اشارت هيئة مختصة في الطرف المتعاقد الطالب الى امر قبض او حكم نهائي في نفس الوقت الذي تعلن فيه عن اللب التسليم ويمكن ارسال هذا الطلب بالجو او باللاسلكي او بالتليفون او بطريقة مماثلة .

٢- يمكن للهيئات المختصة في احد الطرفين المتعاقدين ان تلقى القبض على شخص يوجد في اقليمها حتى بدون الرجوع الى الفقرة "١" من هذه المادة اذا كان من المعروف ان الشخص قد ارتكب فعلا يعاقب عليه . وينطبق عليه موضوع تسليم الجرمين وفقا للمادة ٤٥ من هذه الاتفاقية في اتليم الطرف المتعاقد الاخر .

٣- يجب اشعار الطرف المتعاقد الاخر فورا عن التاء القبض حسب نموس الفقرة "١" و "٢" من هذه المادة .

مادة ٥٤

١- على الارف المتعاقد المطلب ان يخلق الاجراءات المتعلقة بتسليم الجرمين وان يلقى سراج الشخص المعين عليه اذا لم توفر المعلومات الملحقة

المطلوبة في الصياد المحدد طبقاً للمادة "٥١" من هذه الاتفاقية .

- ٢- يُلْقَى جراح الشخص المقبوض عليه طبقاً لنصوص المادة "٥٣" من هذه الاتفاقية إذا لم يصل الطلب خلال شهرين ابتداءً من اليوم الذي اشعر فيه الطرف المتعاقد الآخر عن القاء القبض على الشخص المعنى .

مادة ٥٥

توقيف تسليم الجرم

- ١- إذا اتخذت إجراءات جنائية ضد شخص مطلوب تسليمه أو إذا حكم على ذلك الشخص بعقوبة بسبب فعل آخر يعاقب عليه في إقليم الطرف المتعاقد المطالب يمكن توقيف التسليم إلى أن تنتهي الإجراءات الجنائية أو مدة العقوبة .

- ٢- إذا كان توقيف التسليم سيعرض الإجراءات الجنائية إلى فوات الزمن أو سيتسبب في صعوبات اتخاذ الإجراءات الجنائية ضد الشخص المطلوب تسليمه ، يمكن التقدم بالطلب مدعماً من قبل أي من الطرفين المتعاقدين من أجل تسليم مؤقت لاتخاذ الإجراءات الجنائية . فإن الطرف المتعاقد الطالب ملزم بإعادة الشخص المسلم في صياد لا يتجاوز ثلاثة أشهر ابتداءً من يوم التسليم . يمكن مد هذه الفترة في حالات تستدعي ذلك .

مادة ٥٦

اللبات من قبل عدة دول

في حالات طلبات من قبل عدة دول من أجل تسليم شخص بسبب فعل يعاقب عليه أو عدة أفعال مختلفة يعاقب عليها ، فإن الطرف المتعاقد المطالب سيقدر أياً من اللبات تقبل ، أخذاً بعين الاعتبار مواطنة الشخص المطلوب تسليمه والمكان الذي ارتكبت فيه المخالفة وشأورة الفعل المعاقب عليه .

مادة ٥٧

حدود المحاكمات الجنائية

- ١- لا يمكن محاكمة الشخص المسلم او معاقبته او تسليمه الى دولة ثالثة من اجل محاكمة جنائية او سجنه بسبب فعل آخر معاقب عليه ارتكبه قبل التسليم ولا يتأيق عليه التسليم بدون موافقة الطرف المتعاقد المطلب .
- ٢- موافقة الطرف المتعاقد المطلب غير ضرورية
 - أ - اذا كان الشخص المسلم الذى هو ليس مواطناً للطرف المتعاقد المطلب لم ينادر اقليم الدولة المألقة خلال شهر واحد من يوم انتهاء الاجراءات الجنائية او تنفيذ العقوبة . ولا تشمل هذه المدة الوقت الذى كان الشخص المسلم فيه غير قادر بالرغم من عزمه على المغادرة ، ان يغادر اقليم ذلك الطرف المتعاقد .
 - ب - اذا كان الشخص المسلم غادر الاقليم للطرف المتعاقد الذى سلم اليه ولكنه عاد باختياره الى ذلك الاقليم .

مادة ٥٨

الاشعار بنتيجة الاجراءات الجنائية

- على الطرف المتعاقد الذى يطلب التسليم ان يشعر الطرف المتعاقد المطلب بنتيجة الاجراءات الجنائية ضد الشخص المسلم . واذا ادين الشخص المسلم يجب ارسال نسخة من القرار النهائى .

مادة ٥٩

تسليم الشخص المسلم كمجرم

- ١- على الطرف المتعاقد المطلب الذى وافق على تسليم المجرم ان يشعر الطرف المتعاقد الاخر عن مكان وزمان تسليم الشخص المعنى .

٢- يُلْقى سراح الشخص الذي ووفق على تسليمه اذا عجز الطرف المتعاقد المطالب عن استلامه في ظرف سبعة ايام من اليوم الذي حدد لتسليمه .

مادة ٦٠

التسليم المتكرر

اذا تلمس الشخص المسلم بأي طريقة كانت من مواجهة الاجراءات الجنائية او من تنفيذ العقوبة ووجد في اقليم الطرف المتعاقد المطالب سيماد تسليمه بناء على طلب مجدد لتسليمه بدون الحاجة لارسال المستندات الواردة في المادة "٥٠" من هذه الاتفاقية .

مادة ٦١

تسليم الاشياء

- ١- على الطرف المتعاقد المطالب بالتسليم ان يسلم للطرف المتعاقد المطالب الاشياء التي استعملت في ارتكاب الفعل المعاقب عليه والتي ينطبق عليها التسليم طبقا للمادة "٤٥" من هذه الاتفاقية ، وكذلك الاشياء التي تملكها الحائى عن طريق الفعل المعاقب عليه وتسلم هذه الاشياء حتى اذا لم يسلم الشخص المعنى بسبب موته او لاية اسباب اخرى .
- ٢- يجوز للطرف المتعاقد المطالب ان يحتفظ مؤقتا بالاشياء المذكورة في الفقرة "١" من هذه المادة اذا تطلبت ذلك اجراءات جنائية اخرى .
- ٣- لا تتأثر حقوق الاشخاص الاخرين بالنسبة للاشياء المذكورة في الفقرة "١" . يعيد الطرف المتعاقد الذي سلمت له الاشياء ، على اكثر تقدير ، بعد انتهاء الاجراءات الجنائية الى الطرف المتعاقد المطالب لتحويلها للاشخاص المستحقين ، واذا كان الاشخاص المستحقون لهذه الاشياء يعيشون في اقليم الطرف المتعاقد المطالب يمكن استعادة هذه الاشياء بموافقة الطرف المتعاقد المطالب .

مادة ٦٢

المعبور

- ١- سيسمح كل من الطرفين المتعاقدين عند الطلب للأشخاص الذين تم تسليمهم إلى أي من الطرفين المتعاقدين من قبل دولة ثالثة عبور اقليمهما .
لن يلزم الطرف المتعاقد المطالب بالسماح بالعبور إذا لم يكن التسليم ضموماً عليه وفقاً لهذه الاتفاقية .
- ٢- اللب السماح بالعبور يقدم ويبت فيه بنفس الطريقة المتبعة في اللب التسليم .
- ٣- على الطرف المتعاقد المدّالِب ان يسمح بالعبور بالطريقة التي تعتبر في نثره أكثر فعالية .

مادة ٦٣

تكاليف التسليم والعبور

- تكاليف التسليم والعبور سيتحطها الطرف المتعاقد الذي تمت في اقليمه .

القسم السابع

مادة ٦٤

تبادل المعلومات في المسائل القانونية

- تزود وزارة العدل في كل من الطرفين المتعاقدين الاخرى عند الطلب بمعلومات عن القوانين والتعامل القضائي في كل من الدولتين ، كما تبلغ كل منهما الاخرى باهم التشريعات التي تنظم القنّاء ، فضلاً عن تبادل الخبرات في مجال اعداد القوانين .
- ويشمل التبادل علوة على النصوص القانونية التعليقات المصاحبة وغير ذلك من البحوث المتعلقة بالثقافة القانونية .

القسم الثامن

احكام ختامية

مادة ٦٥

- ١- تخضع هذه الاتفاقية للتصديق عليها .
- ٢- يتم تبادل اوراق التصديق في عدن .

مادة ٦٦

- ١- يعمل بهذه الاتفاقية بعد ثلاثين يوما من تبادل اوراق التصديق وتسرى لمدة خمس سنوات .
- ٢- تجدد الاتفاقية تلقائيا لمدة مماثلة ما لم يبلغ احد الطرفين المتعاقدين الطرف الاخر كتابيا برغبته في انهاءها قبل نهاية مدة للعمل بها بستة اشهر على الاقل .

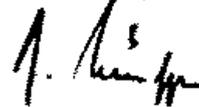
حررت في برلين بتاريخ الاول من شهر ابريل سنة ١٩٧١ م .
من اصليين في كل من اللغة الالمانية والعربية والانكليزية ، ويكون لكل نص
نفس القوة . وفي حالة الاختلاف او الشك في تفسير نصوص هذه الاتفاقية
يعتمد على النص الانكليزي .

تم ختم هذه الاتفاقية والتوقيع عليها من جانب مفوضي الطرفين المتعاقدين .

عن جمهورية اليمن الديمقراطية الشعبية

عن جمهورية ألمانيا الديمقراطية

خال



Treaty
between the German Democratic Republic
and the People's Democratic Republic of Yemen
on Judicial Relations in Civil, Family
and Criminal Matters

The German Democratic Republic and the People's Democratic Republic of Yemen

Proceeding from the common aims of both States in the struggle for social progress and against imperialism,

Guided by the desire to strengthen the close and friendly relations existing between their respective States,

Considering that law has to play an important role in the development of society in their respective States,

Endeavouring to facilitate judicial relations and judicial cooperation in civil, family and criminal matters between their respective States,

Have resolved to conclude a Treaty and have to this end appointed as their Plenipotentiaries:

The Chairman of the Council of State of the German Democratic Republic

Dr. Kurt Wuensche,
 Deputy Chairman of the Council of Ministers and
 Minister of Justice,

The Chairman of the Presidential Council of the People's Democratic Republic of Yemen

Mr. Adel Mahfood Khalifa,
 Minister of Justice and Waqf

Who, after exchanging their full powers, found to be in good and due form, have agreed as follows:

Part I
LEGAL PROTECTION

Section 1
Extent of Legal Protection

(1) Citizens of one Contracting Party shall enjoy, regarding their persons and their property, the same legal protection on the territory of the other Contracting Party as enjoyed by her own citizens. Accordingly, they shall have free access to the courts and other institutions competent in civil, family and criminal matters. Moreover, they shall have the right to institute, before such bodies, proceedings for the protection of their personal and property rights.

(2) The provisions of para. (1) of this Section shall analogously apply to juridical persons, which were founded according to the laws of one of the Contracting Parties.

Section 2
Exemption from Payment of Security

(1) No payment of security for court-fees shall be imposed on citizens of one Contracting Party appearing before the courts of the other Contracting Party on the sole ground that they are foreigners or that they neither have domicile nor abode in that country when they are staying on the territory of that party.

(2) The provisions of para. (1) of this Section shall analogously apply to juridical persons, which were founded according to the laws of one of the Contracting Parties.

Exemption from Payment of Costs of Proceedings

Section 3

Citizens of each Contracting Party shall be granted by the courts of the other Contracting Party exemption from payment of costs of proceedings on the same conditions and to the same extent as its own citizens.

Section 4

(1) The certificate on personal and property conditions which, according to Section 3 of this Treaty, is required for the granting of an exemption from the payment of costs shall be issued by the competent body of the Contracting Party on whose territory the petitioner has his domicile or regular abode.

(2) Should the petitioner have his domicile or regular abode neither on the territory of the one nor of the other Contracting Party, a certificate issued by the diplomatic or consular representation of the Contracting Party of which he is a citizen shall be considered sufficient.

(3) The court which decides on the application for exemption from the payment of the costs of a procedure may, within the framework of its jurisdiction, examine the certificates and data submitted as to their correctness and, if need be, request the body of the other Contracting Party to supply further details.

Section 5

(1) The application for exemption from the payment of the costs of a procedure may also be submitted through that competent court of the Contracting Party whose citizen the petitioner is. That court shall transmit the application for exemption from the payment of costs together with the certificate required under Section 4 and the other documents submitted by the applicant for a procedure to the court of the other Contracting Party according to the provisions of Section 9 of this Treaty.

(2) Simultaneously with the application for exemption from the payment of the costs of a procedure, the application for instituting proceedings in the matter to which the exemption from the costs refers as well as the application for appointing counsel, or other suitable applications may be filed.

Section 6

An exemption from the payment of costs granted by the competent court of a Contracting Party in a certain matter shall apply to all procedural acts which are carried out in these proceedings before the court of the other Contracting Party.

Part II

Judicial Assistance in Civil and Family Matters

Section 7

Granting of Judicial Assistance

(1) The Contracting Parties undertake to grant each other judicial assistance by the courts in civil and family matters on the conditions laid down in this Treaty.

(2) Courts within the meaning of this Part of the Treaty shall also be other bodies of the Contracting Parties which have jurisdiction, in accordance with the laws of their State, in civil and family matters.

Section 8**Subject of Judicial Assistance**

The judicial assistance in civil and family matters comprises the serving of documents and the carrying out of individual procedural acts in the form of hearings of witnesses or litigants, the providing of expert opinion, making inquests on the spot etc.

Section 9**Communication**

In providing judicial assistance the courts of the two Contracting Parties communicate through the Ministries of Justice unless provided otherwise in this Treaty.

Section 10**Languages Used in Judicial Assistance Matters**

All documents to be transmitted in the course of judicial assistance shall be drawn up in the language of the Contracting Party requested or to be provided with a legalised translation into English language.

Section 11**Form of Judicial Assistance Request**

(1) Requests for judicial assistance (hereunder referred to as judicial assistance request) and documents to be served must be signed and provided with a seal of the court.

(2) The form of the judicial assistance request shall conform to the laws of the Contracting Party making the request.

Section 12**Substance of Judicial Assistance Requests**

(1) Judicial assistance requests must contain the designation of the subject to which it refers, the name of the court which has issued the request, if possible the name of the court to which the request is directed, the names of the litigants, their nationality, vocation as well as their domicile or, as the case may be, their abode, the names and addresses of the legal representatives.

(2) Judicial assistance requests for the serving of documents must contain, in addition to the particulars according to para. (1) of this Section, the address of the person and the type of document to be served.

(3) Judicial assistance requests for the carrying out of procedural acts must, moreover, comprise: the designation of facts regarding to which evidence is to be taken as well as, if need be, the matters on which the person concerned is to be questioned.

Attending to Judicial Assistance Requests**Section 13**

(1) In carrying out judicial assistance the requested court applies domestic law.

(2) The court requested may, on demand of the requesting court, apply both the kind and form of procedure designated in the judicial assistance request, unless this contradicts the principles of legislation of the Contracting Party requested.

Section 14

(1) If the court requested is not competent it hands on the request for judicial assistance to the competent court.

(2) On demand the court requested shall in time and without delay inform the requesting court when and where the request for judicial assistance is to be carried into effect.

Section 15

(1) In dealing with requests for service the court requested applies the domestic law.

(2) Should the document to be served not be drawn up in the language of the Contracting Party requested and a legalised translation into English language not be attached, the court requested shall serve the document on the addressee only if he is ready to accept it.

(3) Service shall be proved by a receipt which contains the date of service, the signatures of the addressee and the writ-server as well as the seal of the court, or through an official confirmation by the court which shows in what form and at what time the paper concerned has been served.

(4) If the paper concerned is served in duplicate, receipt shall be confirmed on the original.

(5) If the person named in the judicial assistance request is not found under the given address, the court requested shall take the necessary measures to ascertain the address.

(6) If the court requested is unable to attend to the judicial assistance request, it shall notify the requesting court to this effect, stating what reasons prevent it from attending to the request.

Section 16

(1) The Contracting Parties shall be entitled to have papers served on their own citizens staying on the territory of the other Contracting Party, through their diplomatic or consular representation.

(2) Coercive measures must not be applied in respect of service according to para. (1) of this Section.

Section 17**Costs of Judicial Assistance**

(1) The Contracting Party requested shall not demand the payment of the costs of judicial assistance. The Contracting Parties shall bear all costs arising from judicial assistance on their territory, including in particular the costs incurred through the gathering of evidence.

(2) The body requested shall notify the requesting body of the amount of costs that have arisen. In so far as the requesting body claims those costs from the party liable to pay them, they shall remain with the Contracting Party that has claimed them.

Section 18**Refusal to Grant Judicial Assistance**

Judicial assistance may be refused if its granting runs counter to the basic principles of the legislation and public order of the Contracting Party requested.

Safe Conduct for Witnesses and Expert Witnesses**Section 19**

(1) A witness or expert witness, irrespective of his nationality, who appears, on the basis of a summons served on him by the court of the Contracting Party requested, before the courts of the requesting Contract-

ing Party in a civil or family matter must not be subjected to criminal prosecution nor arrested on account of a punishable act he committed already prior to crossing the border of the requesting Contracting Party and he must not be subjected to a penalty pronounced against him by an earlier court decision. Against such persons no proceedings must be instituted for other breaches of the law committed prior to their crossing the State border, nor must measures be carried out which were taken because of such breaches of the law.

(2) A witness or expert witness shall lose the protection provided by para. (1) of this Section if he has not left the territory of the requesting Contracting Party within seven days from the day on which he has been notified that his presence is no longer required. This time-limit shall not include the time during which, for reasons beyond his will, the witness or expert witness had no opportunity of leaving the territory of the Contracting Party.

(3) If a person who is under arrest on the territory of the Contracting Party requested is summoned by a court of the other Contracting Party as a witness or expert witness and is to be temporarily transferred for this purpose, he shall enjoy the protection assured by paras. (1) and (2) of this Section.

Part III Documents

Section 20

Use of Documents

(1) Documents which have been issued or legalised by a court or an official of either Contracting Party within the framework of their competence, shall require no legalisation, provided they are signed and officially sealed, for use before courts or other bodies of the other Contracting Party.

(2) The provision of para. (1) of this Section shall also apply to copies of documents which have been legalised by a court or another competent body.

Section 21

Power of Proof of Documents

Official documents which have been made on the territory of either Contracting Party shall have the same power of proof on the territory of the other Contracting Party as documents of its own.

Section 22

Exchange of Documents of the Civil Status Registry

(1) The Contracting Parties shall provide each other with extracts from the civil status register referring to the birth, marriage and death of citizens of the other Contracting Party.

(2) Extracts according to para. (1) of this Section shall be sent free of charge and duty-free every six months to the diplomatic or consular representation of the other Contracting Party.

(3) The two Contracting Parties shall send each other, on request, free of charge records of civil status for official use.

(4) The sending of and attending to requests in accordance with para. (3) of this Section shall be carried out by the Contracting Parties according to the provisions of Section 9 of this Treaty.

Part IV

Settlement of Estate Matters

Section 23

Representative Authority of Diplomatic or Consular Representation

In estate matters including inheritance litigations, the diplomatic or consular representations of the Contracting Parties shall be entitled to represent their citizens, unless these are present or have appointed representatives, without special authority at the courts and other bodies of the other Contracting Party.

Section 24

Notification of Death

(1) If a citizen of one Contracting Party deceases on the territory of the other Contracting Party the competent body shall directly and without delay notify of this fact the diplomatic or consular representation of the other Contracting Party. In addition, it shall provide information as to what is known about possible heirs, their domicile or abode and the nature of the estate, as well as about the existence of a will. If it is known to the body that the deceased person has left property in another State, it shall indicate this too.

(2) If a body ascertains in probate proceedings that the heir is a citizen of the other Contracting Party, it is obliged to notify of this fact the diplomatic or consular representation of this Contracting Party.

(3) If the diplomatic or consular representation obtains knowledge of the death first it has to notify the competent probate body for the purpose of securing the estate.

Measures to Secure the Estate

Section 25

If the estate of a deceased citizen of one Contracting Party is located on the territory of the other Contracting Party the probate body shall take appropriate measures, on application or ex officio, to secure and administer it, in accordance with the domestic law.

Section 26

If a citizen of one Contracting Party deceases during a temporary stay on the territory of the other Contracting Party the effects he had with him, together with an attached list, shall be handed over without further procedure to the diplomatic or consular representation of the Contracting Party whose citizen the deceased person was.

Handing over of the Estate

Section 27

(1) If personal estate is left on the territory of one Contracting Party it shall be handed over for the purpose of carrying out probate proceedings to the body competent for probate proceedings, or to the diplomatic or consular representation of the Contracting Party whose citizen the deceased person was, in so far as the conditions according to Section 28, para. (2), letter b) are given.

(2) The two Contracting Parties reserve to themselves to claim, in accordance with para. (1) of this Section, payment of the taxes and fees for entering upon an inheritance, prior to delivering up the personal estate.

Section 28

(1) If the personal estate or the proceeds from the sale of personal or real estate go, after probate proceedings, to heirs residing or staying on the territory of the other Contracting Party, and if the estate or its proceeds cannot be directly handed over to them or to their representatives, they shall be handed over to the diplomatic or consular representation of that Contracting Party.

(2) The provision of para. (1) of this Section shall apply if —

- a) all the taxes and fees connected with the inheritance have been paid or secured;
- b) the competent body has given the necessary permission for the export of the inherited objects or for the transfer of money.

Part V

Recognition and Execution of Decisions

Section 29

Decisions Subject to Recognition and Execution

(1) The Contracting Parties shall recognise and execute, on the conditions laid down in this Treaty, on their respective territories the following decisions which have been pronounced on the territory of the other Contracting Party:

- a) Court decisions in civil and family matters and court settlements in such matters on property claims;
- b) Court decisions in criminal cases on damages;
- c) Decisions of arbitration courts including settlements in economic or trade disputes according to the stipulations of Section 33 of this Treaty.

(2) Decisions in estate matters made by the bodies of either Contracting Party which, under the domestic laws of their State, have jurisdiction in such matters, shall also be court decisions within the meaning of the provisions of para. (1) of this Section.

Section 30

Conditions for the Recognition and Execution of Decision

Decisions according to Section 29 of this Treaty shall be recognised and executed on the following conditions:

- a) if, according to the laws of the Contracting Party on whose territory it has been pronounced, the decision is valid and enforceable;
- b) if the court of the Contracting Party on whose territory the decision has been pronounced was competent in the procedure according to the laws of the Contracting Party on whose territory the recognition or execution is requested;
- c) if the defeated litigant who has not participated in the procedure has been properly and timely summoned in accordance with the laws of the Contracting Party on whose territory the decision was pronounced and could be properly represented in case of his inability to plead in court;
- d) if, in the same litigation between the same litigants on the territory of the Contracting Party on whose territory the decision is to be recognised or executed, no final decision has been pronounced by an ordinary or arbitration court at an earlier date or

if a case in this matter had not been pending previously at the court of this Contracting Party;

- e) if recognition or execution of the decision does not run counter to the basic principles of the legislation and public order of that Contracting Party on whose territory the decision is to be recognised or executed.

Section 31

Recognition of Decisions on the Civil Status of Citizens

(1) Court decisions of one Contracting Party regarding the civil status of its own citizens shall be recognised on the territory of the other Contracting Party without further procedure.

(2) Court decisions of one Contracting Party regarding the civil status of citizens of the other Contracting Party shall be recognised on the territory of that other Contracting Party on the conditions provided for in Section 30 of this Treaty.

(3) Decisions on civil status within the meaning of this Section shall include the following:

Divorce decisions and decisions by which the validity or invalidity of a marriage is pronounced as well as related decisions on the right to educate the children and decisions establishing a person's degree of relationship.

Section 32

Recognition and Execution of Documents in Maintenance Matters

Documents which contain an obligation to pay maintenance and which were issued by the competent bodies for guardianship on the territory of one Contracting Party shall be recognized and executed on the territory of the other Contracting Party on the conditions provided for in Section 30 of this Treaty, in so far as the provisions of that Section are applicable to documents in maintenance matters.

Section 33

Conditions of the Recognition and Execution of Arbitration Court Decisions

Arbitration court decisions shall be recognised and executed if, in addition to the conditions of Section 30 of this Treaty, the following conditions are given:

- a) if the decision has been reached on the basis of a written agreement on submission to the jurisdiction of an arbitration court either regarding a specific case or future proceedings in general arising from a special legal relationship, and if the arbitration court has decided within the framework of its competence as stipulated by agreement;
- b) if the agreement on submission to the jurisdiction of an arbitration court is valid according to the laws of that Contracting Party on whose territory it is to be recognised and executed.

Section 34

Applications for the Execution of Decisions

(1) An application for the execution of a decision may be filed directly with the competent court of that Contracting Party on whose territory the decision is to be executed, or with that court which has decided the case in first instance; this application shall be submitted to the competent court of the other Contracting Party in the manner provided for by Section 9 of this Treaty.

(2) The following papers shall be attached to the application:

- a) an authentic or legalised copy of the decision with a clause certifying finality and enforceability, unless this is apparent from the decision itself;
- b) a confirmation showing that the defeated litigant who has not participated in the proceedings, had been properly and timely summoned and, if he was incapable of pleading in court, could be properly represented;
- c) a legalised translation of the documents mentioned under letters a) and b) into the language of that Contracting Party on whose territory the decision is to be recognised or executed.

(3) If the execution is requested on the basis of the decision of an arbitration court, in addition a legalised translation of the Treaty on submission to the jurisdiction of the arbitration court in this matter shall be attached.

Procedure of Execution

Section 35

(1) The court of the Contracting Party on whose territory a decision is to be executed shall carry it out in accordance with the laws of its State.

(2) The court which decides on the application for execution shall confine itself exclusively to ascertaining whether the conditions stipulated in Section 30 to 33 of this Treaty are met.

(3) A debtor may raise against the decision any objections provided for by the laws of the Contracting Party whose court decides on the execution.

Section 36

The court decisions mentioned in Section 29 of this Treaty and documents on obligations to pay maintenance in accordance with Section 32 of this Treaty shall be recognised and executed if they have become final and enforceable after the coming-into-force of this Treaty.

Section 37

Execution of Decisions on Costs

(1) If a litigant who, according to Section 2 of this Treaty, was exempted from the payment of security for the costs of the proceedings, is obligated by a final court decision of one Contracting Party to pay the costs of proceedings, such a decision shall be executed on application from the claimant free of charge on the territory of the other Contracting Party.

(2) The court which decides on the execution of a decision according to para. (1) of this Section shall confine itself exclusively to ascertaining whether the decision on costs is final and enforceable.

(3) As regards the application for execution and the annexes to be attached, the provisions of Section 34 of this Treaty shall apply accordingly.

Section 38

Exports of Objects and Transfers

The provisions of this Treaty on the execution of decisions do not affect the legal provisions of the Contracting Parties on the transfer of money or the export of objects obtained through an execution.

Part VI

Judicial Assistance in Criminal Matters and Extradition

I. Judicial Assistance

Section 39

Granting of Judicial Assistance

(1) The Contracting Parties undertake to grant each other judicial assistance by the courts in criminal matters on the conditions laid down in this Treaty.

(2) Courts within the meaning of this Part of the Treaty shall also be other bodies of the Contracting Parties which, in accordance with the laws of their State, have jurisdiction in criminal matters.

Section 40

Extent of Judicial Assistance

Judicial assistance in criminal matters comprises the serving of documents and evidence as well as the carrying out of individual procedural acts, in the form of the interrogation of offenders, hearings of witnesses or expert witnesses, court investigations, the providing of expert opinion, the searching of houses and persons etc.

Section 41

Judicial Assistance in Criminal Matters

(1) In providing judicial assistance in criminal matters the courts shall communicate as far as the German Democratic Republic is concerned, through the Ministry of Justice or the Procurator General and, as far as the People's Democratic Republic of Yemen is concerned, through the Ministry of Justice.

(2) In general, the provisions of Sections 10 to 19 of this Treaty shall apply accordingly to the granting of judicial assistance in criminal matters.

Section 42

Taking over of Criminal Prosecution

(1) The Contracting Parties undertake to initiate, in conformity with the laws of their States, at a request by the other Contracting Party, criminal proceedings against their own citizens who have committed a punishable act on the territory of the other Contracting Party if extradition is possible in accordance with Section 45 of this Treaty.

(2) The request for the carrying out of criminal proceedings is to be supplemented by the result of investigations as well as further evidential material which are available regarding the punishable act.

(3) The requested Contracting Party shall notify the other Contracting Party of the result of criminal proceedings; if a sentence has been pronounced a copy of the final decision is to be attached.

Section 43

Notification of Court Decisions in Criminal Matters

(1) The Contracting Parties undertake to notify each other at the beginning of each year of final sentences pronounced by their courts against citizens of the other Contracting Party in the course of the past year.

(2) At the request of either Contracting Party the other Contracting Party shall provide information

about all other sentences (including sentences which have not yet become final) which have been passed by its courts against citizens of the requesting Contracting Party. In justified cases, information may also be provided about a person who is not a citizen of the requesting Contracting Party.

(3) The transmission of the requests and information according to paras. (1) and (2) of this Section is effected through diplomatic channels.

2. Extradition

Section 44

Obligation to Extradite

The Contracting Parties undertake, in accordance with the provisions of this Treaty, to extradite, if requested, to each other such persons who stay on their territory and against whom criminal proceedings are to be held or penalties to be carried out.

Section 45

Punishable Acts to which Extradition Applies

(1) Extradition for the purpose of carrying out criminal proceedings applies only to such acts which are, according to the laws of both Contracting Parties, punishable with imprisonment of more than one year.

(2) Extradition for the purpose of carrying out penalties applies only to such acts which are punishable according to the laws of both Contracting Parties and if the person concerned has been sentenced to imprisonment for more than one year.

Refusal to Extradite

Section 46

Extradition shall not be granted if —

- a) the person whose extradition is requested, is a citizen of the requested Contracting Party;
- b) the punishable act was committed on the territory of the requested Contracting Party and no request for criminal prosecution is made according to Section 42, para. (1), of this Treaty;
- c) criminal proceedings cannot be carried out according to the laws of the requested Contracting Party or a sentence cannot be put into effect because of prescription or for any other legal reason;
- d) extradition is not permissible according to the laws of either Contracting Party;
- e) a final sentence relating to the same punishable act has already been pronounced against the person whose extradition is requested, on the territory of the requested Contracting Party or if proceedings have finally been closed.

Section 47

If there is no extradition the requested Contracting Party shall notify the requesting Contracting Party of this fact stating the reason for the refusal to extradite.

Section 48

Conditional Extradition

If for the purpose of carrying out a penalty extradition of a person is requested who was sentenced by a court of the requesting Contracting Party in his absence, extradition may be granted under the condition that a new trial is held in presence of the person who is to be extradited.

Section 49

Way of Communication in Cases of Extradition and Taking up Criminal Prosecution

In cases of taking up criminal prosecution or in matters of extradition communication shall be effected between the Ministry of Justice or the Procurator General of the German Democratic Republic and the Ministry of Justice of the People's Democratic Republic of Yemen.

Section 50

Request to Extradite

(1) The following documents are to be attached to a request to extradite for the purpose of carrying out criminal proceedings: the warrant of arrest with a description of the punishable act; a list of evidence on which strong suspicion is based; the wording of the penal law according to which the act on which the request for extradition is based, is judged; if material damage has resulted from the punishable act the amount of the damage is to be indicated.

(2) To a request for extradition for the purpose of executing a penalty an authentic copy of the final sentence and the wording of the penal law on which the sentence is based, are to be attached. If the convicted person has already served part of his penalty relevant indications have also to be made.

(3) The request for extradition should, if possible, contain a description and a pass-photo of the person to be extradited as well as data on his citizenship and domicile, unless these data can be gathered from the warrant of arrest or the sentence.

Section 51

Supplement to the Request to Extradite

If the request to extradite lacks the necessary data the requested Contracting Party is entitled to demand its completion and to set a time limit within which the supplementary data are to be provided. This time limit may be extended on application.

Arrest for the Purpose of Extradition

Section 52

After receipt of the request to extradite the requested Contracting Party shall take immediate measures for finding the person whose extradition is requested and, if necessary, also orders his arrest.

Section 53

(1) On application, a person may be arrested prior to receipt of a request to extradite if the competent body of the requesting Contracting Party refers to a warrant of arrest or a final sentence, at the same time announcing the request to extradite. This application may be sent by mail, cable, telephone or in any other similar way.

(2) The competent bodies of one Contracting Party may arrest a person who stays on its territory, even without an application to para. (1) of this Section if this person is known to have committed a punishable act to which extradition applies according to Section 45 of this Treaty, on the territory of the other Contracting Party.

(3) The other Contracting Party is to be immediately notified of an arrest according to the provisions of paras. (1) and (2) of this Section.

Section 54

(1) The requested Contracting Party shall close proceedings on extradition and release the arrested person if the required supplementary data have not been provided within the time limit to be determined according to Section 51 of this Treaty.

(2) A person who was arrested according to the provisions of Section 53 of this Treaty, shall be released if the request has not arrived within two months from the day on which the other Contracting Party was notified of the arrest of this person.

Section 55**Stay of Extradition**

(1) If criminal proceedings are carried out against a person whose extradition is requested or if he has been sentenced on account of another punishable act on the territory of the requested Contracting Party, extradition may be stayed until the termination of criminal proceedings or the serving of the sentence.

(2) Should a stay of extradition lead to a prescription of criminal prosecution or engender difficulties in the carrying out of criminal proceedings against a person whose extradition is requested, a substantiated request by either Contracting Party for a temporary extradition may be granted for the carrying out of criminal proceedings. The requesting Contracting Party is obliged to return the extradited person not later than within three months after the day of extradition. This time limit may be extended in substantiated cases.

Section 56**Requests by several States**

In cases of requests made by several States for the extradition of a person on account of a definite punishable act or of different punishable acts the requested Contracting Party shall decide which of the requests should be granted, taking into consideration the citizenship of the person whose extradition is requested as well as the place and the seriousness of the punishable act.

Section 57**Limits of Criminal Prosecution**

(1) Without the consent of the requested Contracting Party, an extradited person may not be prosecuted nor forced to serve a penalty nor be extradited to a third State for the purpose of criminal prosecution or the serving of a penalty on account of another punishable act committed prior to extradition, to which extradition does not apply.

(2) The consent of the requested Contracting Party shall not be required

- a) if an extradited person who is not a citizen of the requesting Contracting Party, has not left the territory of the requesting State within one month from the day of the termination of criminal proceedings or execution of the penalty. This period does not include the time during which the extradited person was unable, in spite of his own intention, to leave the territory of that Contracting Party;
- b) if the extradited person has left the territory of the Contracting Party to whom he had been extradited, but has voluntarily returned to that territory.

Section 58**Notification on the Result of Criminal Proceedings**

The Contracting Party who makes a request to extradite, shall notify the requested Contracting Party of the result of the criminal proceedings against the extradited person. If the extradited person is convicted a copy of the final decision is also to be transmitted.

Section 59**Handing over of the Person to be Extradited**

(1) The requested Contracting Party who consented to the extradition, shall notify the other Contracting Party of place and time of the handing over of the person in question.

(2) A person whose extradition has been granted, shall be released if the requesting Contracting Party fails to take over this person within a period of seven days from the day which was determined as the day of handing him over.

Section 60**Repeated Extradition**

If an extradited person evades, in whatever manner, criminal proceedings or the serving of a penalty and is found on the territory of the requested Contracting Party, he shall be extradited, on the basis of a renewed request to extradite, without the need to send the documents listed in Section 50 of this Treaty.

Section 61**Handing over of Objects**

(1) The Contracting Party who is requested to extradite, shall hand over to the requesting Contracting Party the objects which had been used for the perpetration of the punishable act and regarding which extradition is admissible according to Section 45 of this Treaty, as well as the objects which the offender has appropriated through the punishable act. These objects shall be handed over even if the person concerned is not extradited because of death or for other reasons.

(2) The requested Contracting Party shall be entitled to temporarily retain the objects mentioned in para. (1) of this Section, if they are required for other criminal proceedings.

(3) Any rights of third parties regarding objects which are covered by para. (1) of this Section, shall not be affected. At the latest after termination of criminal proceedings, the Contracting Party to whom the objects have been handed over, shall return them to the requested Contracting Party for their transfer to the persons entitled to them. If persons who have rights to objects, live on the territory of the requesting Contracting Party, the latter shall be entitled, with the consent of the requested Contracting Party, to return the objects to the entitled persons.

Section 62**Transit**

(1) The Contracting Parties shall permit each other, on request, the transit through their territory of such persons who are extradited to either Contracting Party by a third State. The requested Contracting Party shall not be obliged to permit transit if the extradition is not provided for according to this Treaty.

(2) A request for transit is to be made and dealt with in the same way as a request to extradite.

(3) The requested Contracting Party shall permit the transit in the manner which appears to him as the most effective.

Section 63

Costs of Extradition and Transit

The costs of extradition and transit shall be borne by the Contracting Party on whose territory they have arisen.

Part VII

Section 64

Information on Matters of the Administration of Justice

The Ministries of Justice of the Contracting Parties shall supply each other, on request, with information on laws and legal practice in their respective States. They shall inform each other on important legislative acts in the area of the administration of justice and shall exchange their experience in the drafting of laws.

Apart from texts of laws, corresponding comments and other jurisprudential literature shall be exchanged between the two Ministries.

Part VIII

Final Provisions

Section 65

(1) This Treaty requires ratification.

(2) These instruments of ratification shall be exchanged in Aden.

Section 66

(1) This Treaty shall enter into force 30 days after the exchange of the instruments of ratification. It shall remain in force for a period of five years.

(2) Unless one of the Contracting Parties gives notice of the termination of the Treaty not later than six months before the end of this period, the Treaty shall continue in force for further periods of five years each.

Done at Berlin on the First of April 1971 in two originals, each in the German, Arabic and English languages, all three texts being equally authentic. In case of doubt in the interpretation of the provisions of this Treaty, the English text shall prevail.

In witness whereof the Plenipotentiaries of the Contracting Parties have signed and sealed this Treaty.

For the German
Democratic Republic

For the People's Democratic
Republic of Yemen

Dr. Wünsche

Khalifa

Gesetz

über den Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Irak vom 22. Dezember 1970 über den Rechtsverkehr

vom 24. Juni 1971

§ 1

Die Volkskammer bestätigt den am 22. Dezember 1970 in Bagdad unterzeichneten, nachstehend veröffentlichten Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Irak über den Rechtsverkehr.

§ 2

Der Tag, an dem der Vertrag gemäß seinem Artikel 43 wirksam wird, ist im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntzugeben.

§ 3

Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1971 in Kraft.

Das vorstehende, von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am vierundzwanzigsten Juni neunzehnhunderteinundsiebzig beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den vierundzwanzigsten Juni neunzehnhunderteinundsiebzig

Der Vorsitzende des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik

W. Uibrich

**Vertrag
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Republik Irak
über den Rechtsverkehr**

Die Deutsche Demokratische Republik und die Republik Irak, von dem Wunsche geleitet, die zwischen ihren Staaten bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zu verstärken und ihre fruchtbare Zusammenarbeit im Rechtsverkehr zu fördern, sind übereingekommen, den vorliegenden Vertrag zu schließen und haben zu diesem Zwecke zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Vorsitzende des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik:

Herrn Dr. Kurt Wünsche,
Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister der Justiz,

Der Präsident der Republik Irak:

Herrn Aziz Sharif,
Minister der Justiz,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Teil I

Rechtsschutz und Kostenbefreiung

Artikel 1

(1) Staatsbürger des einen Vertragspartners genießen auf dem Territorium des anderen Vertragspartners den gleichen Rechtsschutz wie die eigenen Staatsbürger für ihre Person und ihr Vermögen einschließlich der Befreiung von Gerichtskosten und Sicherheitsleistung für Gerichtskosten in Übereinstimmung mit den geltenden Gesetzen.

(2) Die Bestimmungen des Absatzes 1 dieses Artikels gelten für juristische Personen entsprechend.

Artikel 2

(1) Wird die Kostenbefreiung beantragt, stellt das zuständige Organ des Vertragspartners, auf dessen Territorium der Antragsteller seinen Wohnsitz bzw. gewöhnlichen Aufenthalt hat, eine Bescheinigung über die Vermögensverhältnisse des Antragstellers aus.

(2) Hat der Antragsteller weder auf dem Territorium des einen noch des anderen Vertragspartners seinen Wohnsitz bzw. gewöhnlichen Aufenthalt, so genügt eine Bescheinigung der diplomatischen oder konsularischen Vertretung des Vertragspartners, dessen Staatsbürger er ist.

(3) Die Bescheinigung ist in der Sprache des ersuchten Vertragspartners abzufassen oder mit einer Übersetzung in die englische Sprache zu versehen.

Teil II

**Zustellung und Rechtshilfe
in Zivil- und Familiensachen**

1. Allgemeine Bestimmungen

Artikel 3

(1) Die Vertragspartner verpflichten sich zur gegenseitigen Rechtshilfe der Justizorgane in Zivil- und Familiensachen unter den in diesem Vertrag festgelegten Voraussetzungen.

(2) Die Rechtshilfe umfaßt die Zustellung von gerichtlichen Schriftstücken, die Durchführung von

Rechtshilfeersuchen in Form der Vernehmung von Zeugen, Prozeßparteien und Sachverständigen, die gerichtliche Verteidigung und anderes.

(3) Die Zustellung von gerichtlichen Schriftstücken sowie die Durchführung von Rechtshilfeersuchen erfolgt nach den Gesetzen des ersuchten Vertragspartners.

(4) Das ersuchte Gericht kann auf Verlangen des ersuchenden Gerichts sowohl hinsichtlich der Art als auch der Form so verfahren, wie es im Ersuchen bezeichnet ist, sofern dies nicht den Gesetzen des ersuchten Vertragspartners widerspricht.

(5) Allen im Rechtshilfeverkehr zu übersendenden Schriftstücken ist eine beglaubigte Übersetzung in die Sprache des ersuchten Vertragspartners oder in Englisch beizufügen.

(6) Alle im Rechtshilfeverkehr zu übersendenden Schriftstücke sind mit dem Siegel des Gerichts zu versehen. Sie sind nur vom Ministerium der Justiz zu beglaubigen.

(7) Alle Schriftstücke im Rechtshilfeverkehr zwischen den Justizorganen der Vertragspartner werden auf dem diplomatischen Weg übermittelt.

Artikel 4

Die Vertragspartner tragen alle durch den Rechtshilfeverkehr auf ihrem Territorium entstandenen Kosten.

Artikel 5

Die Rechtshilfe kann abgelehnt werden, wenn ihre Gewährung den Grundprinzipien der Gesetzgebung oder der öffentlichen Ordnung des ersuchten Vertragspartners widersprechen würde.

2. Zustellung gerichtlicher Schriftstücke

Artikel 6

(1) Ein Zustellungsersuchen hat zu enthalten: die Bezeichnung des ersuchenden Gerichts, Familienname, Vorname, Beruf, Staatsbürgerschaft und Anschrift des Empfängers, Name und Anschrift des Rechtsvertreters und Angaben über den Gegenstand des Ersuchens.

(2) Die Zustellung wird durch eine Empfangsbescheinigung, die das Zustellungsdatum, die Unterschrift des Empfängers und des Zustellers sowie das Siegel des Gerichts enthält, oder durch eine amtliche Bestätigung des Gerichts nachgewiesen, aus der hervorgeht, in welcher Form und zu welchem Zeitpunkt das betreffende Schriftstück übergeben worden ist.

(3) Ist dem ersuchten Gericht die Erledigung des Zustellungsersuchens nicht möglich, so benachrichtigt es das ersuchende Gericht davon unter Mitteilung der Gründe, welche die Erledigung verhinderten.

Artikel 7

Die Vertragspartner sind berechtigt, Zustellungen an ihre eigenen Staatsbürger, die sich auf dem Territorium des anderen Vertragspartners aufhalten, durch ihre diplomatische oder konsularische Vertretung zu bewirken.

3. Rechtshilfeersuchen

Artikel 8

(1) Das ersuchte Gericht teilt auf Verlangen dem ersuchenden Gericht rechtzeitig und unmittelbar den Zeitpunkt und den Ort der Durchführung des Ersu-

chens mit, um der interessierten Partei oder ihrem Vertreter die Teilnahme zu ermöglichen.

(2) Im übrigen gelten für Rechtshilfeersuchen die Bestimmungen des Artikels 6 dieses Vertrages entsprechend.

Artikel 9

Die gemäß Artikel 8 und 8 dieses Vertrages erledigten Zustellungen und Rechtshilfeersuchen haben die gleichen Rechtswirkungen wie die auf dem Territorium des ersuchenden Vertragspartners durchgeführten.

Artikel 10

(1) Ein Zeuge oder Sachverständiger, welche Staatsbürgerschaft er auch besitzt, der auf eine ihm durch das Gericht des ersuchten Vertragspartners zugestellte Ladung vor den Gerichten des ersuchenden Vertragspartners erscheint, darf nicht strafrechtlich verfolgt oder in Haft genommen werden wegen einer Straftat, die er bereits vor Überschreiten der Grenze des ersuchenden Vertragspartners begangen hatte, und er darf nicht auf Grund eines früher ergangenen Gerichtsurteils einer Bestrafung zugeführt werden.

(2) Ein Zeuge oder Sachverständiger verliert den unter Absatz 1 dieses Artikels vorgesehenen Schutz, wenn er das Territorium des ersuchenden Vertragspartners nicht binnen 15 Tagen, von dem Tage an gerechnet, an dem ihm mitgeteilt wurde, daß seine Anwesenheit nicht mehr erforderlich ist, verlassen hat, obwohl ihm das möglich war.

(3) Eine Person, die sich auf dem Territorium des ersuchten Vertragspartners in Haft befindet und von einem Gericht des anderen Vertragspartners als Zeuge oder Sachverständiger geladen wird, kann, wenn keine Hinderungsgründe vorliegen, zu diesem Zwecke zeitweilig überstellt werden mit der Maßgabe ihrer unverzüglichen Rückführung, nachdem ihre Anwesenheit nicht mehr erforderlich ist. Eine zeitweilig überstellte Person genießt den in den Absätzen 1 und 2 dieses Artikels zugesicherten Schutz.

Teil III

Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen

Artikel 11

Die Vertragspartner anerkennen und vollstrecken gemäß den in diesem Vertrag festgelegten Bestimmungen auf ihrem Territorium rechtskräftige und vollstreckbare Gerichtsentscheidungen in Zivil- und Familiensachen und gerichtliche Vergleiche in diesen Sachen über vermögensrechtliche Ansprüche sowie Gerichtsentscheidungen in Strafsachen über Schadensersatzansprüche, die auf dem Territorium des anderen Vertragspartners nach Inkrafttreten dieses Vertrages ergangen sind.

Artikel 12

Die Anerkennung und Vollstreckung einer Entscheidung kann abgelehnt werden, wenn

- a) das Gericht des Vertragspartners, auf dessen Territorium die Entscheidung ergangen ist, in dem Verfahren nach den Gesetzen des Vertragspartners, auf dessen Territorium die Anerkennung und Vollstreckung begehrt wird, nicht zuständig war;
- b) die unterliegende Partei, die am Verfahren nicht teilgenommen hat, nach den Gesetzen des Vertragspartners, auf dessen Territorium die Ent-

scheidung ergangen ist, nicht ordnungsgemäß und rechtzeitig geladen war und im Falle ihrer Prozeßunfähigkeit nicht ordnungsgemäß vertreten werden konnte;

- c) in dem gleichen Rechtsstreit zwischen den gleichen Parteien auf dem Territorium des Vertragspartners, auf welchem die Entscheidung zu vollstrecken ist, bereits früher von einem Gericht eine rechtskräftige Entscheidung ergangen ist oder wenn bei dem Gericht dieses Vertragspartners schon früher ein Verfahren in dieser Sache anhängig wurde;
- d) die Anerkennung und Vollstreckung der Entscheidung den Grundprinzipien der Gesetzgebung oder der öffentlichen Ordnung des Vertragspartners, auf dessen Territorium die Entscheidung anzuerkennen und zu vollstrecken ist, widerspricht.

Artikel 13

(1) Der Antrag auf Vollstreckung einer Entscheidung kann bei dem zuständigen Gericht des Vertragspartners, auf dessen Territorium die Entscheidung vollstreckt werden soll, gestellt werden oder bei dem Gericht, das in erster Instanz entschieden hat, wobei dieser Antrag dem zuständigen Gericht des anderen Vertragspartners in der in Artikel 3 Absatz 7 dieses Vertrages vorgesehenen Weise übermittelt wird.

(2) Dem Antrag sind beizufügen:

- a) eine Ausfertigung bzw. eine beglaubigte Abschrift der Entscheidung mit der Bescheinigung der Rechtskraft und Vollstreckbarkeit, sofern dies nicht aus der Entscheidung selbst hervorgeht;
- b) eine Bestätigung, daß die unterliegende Partei, die nicht am Verfahren teilgenommen hat, ordnungsgemäß und rechtzeitig geladen war und, falls sie prozeßunfähig war, ordnungsgemäß vertreten werden konnte;
- c) die beglaubigte Übersetzung der unter Buchstaben a) und b) angeführten Urkunden in der Sprache des Vertragspartners, auf dessen Territorium die Entscheidung anerkannt und vollstreckt werden soll, bzw. in die englische Sprache.

(3) Die im Absatz 2 dieses Artikels genannten Schriftstücke sind mit dem Siegel des Gerichts zu versehen und nur vom Ministerium der Justiz zu beglaubigen.

Artikel 14

(1) Das Gericht des Vertragspartners, auf dessen Territorium eine Entscheidung zu vollstrecken ist, führt diese nach den Gesetzen seines Staates durch.

(2) Das Gericht, welches über den Antrag auf Vollstreckung entscheidet, beschränkt sich allein darauf festzustellen, ob die in den Artikeln 12 und 13 dieses Vertrages festgelegten Voraussetzungen erfüllt sind.

(3) Gegen die Entscheidung kann der Schuldner die Einwendungen vorbringen, die die Gesetze des Vertragspartners vorsehen, dessen Gericht über die Vollstreckung entscheidet.

Teil IV

Regelung von Nachlasssachen

Artikel 15

In Nachlasssachen einschließlich Erbstreitigkeiten ist ein diplomatischer oder konsularischer Vertreter eines Vertragspartners berechtigt, ohne besondere Vollmacht

seine Staatsbürger, sofern diese nicht zugegen sind und keine Bevollmächtigten eingesetzt haben, vor den Gerichten oder anderen zuständigen Organen des anderen Vertragspartners zu vertreten.

Artikel 16

(1) Stirbt ein Staatsbürger des einen Vertragspartners auf dem Territorium des anderen Vertragspartners, so setzt das zuständige Organ die diplomatische oder konsularische Vertretung des anderen Vertragspartners direkt und unverzüglich davon in Kenntnis. Es teilt dabei mit, was über etwaige Erben, deren Wohnsitz oder Aufenthalt und die Beschaffenheit des Nachlasses sowie über das Bestehen einer letztwilligen Verfügung bekannt ist. Ist dem Organ bekannt, daß der Verstorbene in einem anderen Staate Vermögen hinterlassen hat, so gibt es auch darüber Auskunft.

(2) Stellt ein Organ im Nachlaßverfahren fest, daß Erben Staatsbürger des anderen Vertragspartners sind, so ist es verpflichtet, die diplomatische oder konsularische Vertretung dieses Vertragspartners davon in Kenntnis zu setzen.

(3) Erhält die diplomatische oder konsularische Vertretung zuerst von dem Todesfall Kenntnis, so hat sie zur Sicherung des Nachlasses das zuständige Organ zu benachrichtigen.

Artikel 17

Stirbt ein Staatsbürger des einen Vertragspartners während seines zeitweiligen Aufenthalts auf dem Territorium des anderen Vertragspartners, so werden die Sachen, die er mit sich führte, ohne weiteres Verfahren mit einem Verzeichnis der diplomatischen bzw. konsularischen Vertretung des Vertragspartners übergeben, dessen Staatsbürger der Verstorbene war.

Teil V

Rechtshilfe in Strafsachen und Auslieferung

1. Rechtshilfe

Artikel 18

(1) Die Vertragspartner verpflichten sich zur gegenseitigen Rechtshilfe in Strafsachen unter den in diesem Vertrag festgelegten Voraussetzungen.

(2) Die Rechtshilfe in Strafsachen umfaßt die Zustellung von Schriftstücken und Beweismitteln sowie die Durchführung von Rechtshilfeersuchen in Form der Vernehmung von Straffälligen, Zeugen oder Sachverständigen, Durchsuchung von Wohnungen und Personen, Ermittlung, Verhaftung und Beschlagnahme.

Artikel 19

(1) Bei der Gewährung von Rechtshilfe verkehren das Ministerium der Justiz oder der Generalstaatsanwalt der Deutschen Demokratischen Republik und das Ministerium der Justiz der Republik Irak auf dem diplomatischen Weg miteinander.

(2) Im übrigen gelten bei der Gewährung von Rechtshilfe in Strafsachen die Bestimmungen der Artikel 3 bis 10 dieses Vertrages entsprechend.

Artikel 20

Rechtshilfe in Strafsachen wird außer in den in Artikel 5 dieses Vertrages genannten Fällen auch dann nicht gewährt, wenn die Rechtshilfe wegen einer Tat begehrt wird, die nach dem Recht des ersuchten Ver-

tragspartners nicht strafbar ist, oder wenn die Rechtshilfe wegen einer Straftat begehrt wird, die nicht der Auslieferung unterliegt.

Artikel 21

(1) Die Vertragspartner verpflichten sich, einander zu Beginn eines jeden Jahres über rechtskräftige Verurteilungen, die ihre Gerichte gegen Staatsbürger des anderen Vertragspartners im abgelaufenen Jahr erlassen haben, zu unterrichten.

(2) Auf Ersuchen des einen Vertragspartners informiert der andere Vertragspartner über alle anderen Urteile (einschließlich der noch nicht rechtskräftigen Verurteilungen), die von seinen Gerichten gegen Bürger des ersuchenden Vertragspartners ergangen sind.

Artikel 22

(1) Die Vertragspartner verpflichten sich, in Übereinstimmung mit ihren innerstaatlichen Gesetzen auf Ersuchen des anderen Vertragspartners ein Strafverfahren gegen eigene Staatsbürger, die auf dem Territorium des anderen Vertragspartners eine in Artikel 24 dieses Vertrages genannte Straftat begangen haben, einzuleiten.

(2) Dem Ersuchen zur Durchführung eines Strafverfahrens sind das Ermittlungsergebnis sowie weitere Beweismittel beizufügen, die über die strafbare Handlung zur Verfügung stehen.

(3) Der ersuchte Vertragspartner setzt den anderen Vertragspartner vom Ergebnis des Strafverfahrens in Kenntnis. Ist ein Urteil ergangen, übermittelt er ihm die Abschrift des rechtskräftigen Urteils.

2. Auslieferung

Artikel 23

Die Vertragspartner verpflichten sich, entsprechend den folgenden Bestimmungen dieses Vertrages auf Ersuchen einander solche Personen auszuliefern, die sich auf ihrem Territorium befinden und gegen die eine Strafverfolgung durchgeführt oder eine Strafe vollzogen werden soll.

Artikel 24

(1) Die Auslieferung zum Zwecke der Durchführung eines Strafverfahrens erfolgt nur wegen solcher Handlungen, die nach den Gesetzen beider Vertragspartner mit einer Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr bedroht sind.

(2) Die Auslieferung zum Zwecke des Vollzuges einer Strafe erfolgt nur wegen solcher Handlungen, die nach den Gesetzen beider Vertragspartner strafbar sind, und wenn die betreffende Person zu einer Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr verurteilt worden ist.

Artikel 25

(1) Die Auslieferung erfolgt nicht, wenn

- a) die Person, um deren Auslieferung ersucht wird, Bürger des ersuchten Vertragspartners ist;
- b) die Straftat auf dem Territorium des ersuchten Vertragspartners begangen wurde und ein Ersuchen auf Übernahme der Strafverfolgung gemäß Artikel 22 Absatz 1 dieses Vertrages nicht gestellt wird;
- c) nach den Gesetzen des ersuchten Vertragspartners ein Strafverfahren nicht durchgeführt oder das Urteil infolge von Verjährung oder aus einem anderen gesetzlichen Grunde nicht vollstreckt werden darf;

- d) die Auslieferung nach den Gesetzen des ersuchten Vertragspartners nicht zulässig ist;
- e) gegen die Person, um deren Auslieferung ersucht wird, bereits auf dem Territorium des ersuchten Vertragspartners in der gleichen Strafsache ein rechtskräftiges Urteil ergangen ist oder das Verfahren endgültig eingestellt wurde.

(2) Erfolgt die Auslieferung nicht, so setzt der ersuchte Vertragspartner den ersuchenden Vertragspartner unter Angabe der Gründe für die Ablehnung der Auslieferung hiervon in Kenntnis.

Artikel 26

(1) Wird gegen eine Person, um deren Auslieferung ersucht wird, ein Strafverfahren durchgeführt oder ist diese wegen einer anderen strafbaren Handlung auf dem Territorium des ersuchten Vertragspartners verurteilt worden, so kann die Auslieferung bis zum Abschluß des Strafverfahrens oder bis zum Vollzug der Strafe aufgeschoben werden.

(2) Würde der Aufschub der Auslieferung zur Verjährung der Strafverfolgung oder zur Erschwerung der Durchführung des Strafverfahrens gegen die Person, um deren Auslieferung ersucht wird, führen, so kann, einem begründeten Ersuchen eines Vertragspartners auf zeitweilige Auslieferung zur Durchführung eines Strafverfahrens stattgegeben werden. Der ersuchende Vertragspartner ist verpflichtet, die ausgelieferte Person unverzüglich nach Beendigung des Verfahrens, vor Vollstreckung der Strafe, zurückzuführen.

Artikel 27

In Sachen der Übernahme der Strafverfolgung und der Auslieferung verkehren das Ministerium der Justiz oder der Generalstaatsanwalt der Deutschen Demokratischen Republik und das Ministerium der Justiz der Republik Irak auf dem diplomatischen Weg miteinander.

Artikel 28

(1) Dem Ersuchen um Auslieferung zum Zwecke der Durchführung eines Strafverfahrens sind beizufügen: der Haftbefehl, eine Darstellung der Straftat, die Beschreibung von Beweismitteln, der Text der Gesetzesbestimmung, nach welcher die Handlung, die dem Auslieferungsersuchen zugrunde liegt, beurteilt wird. Ist durch die Straftat ein materieller Schaden entstanden, so ist dessen Höhe anzugeben.

(2) Dem Ersuchen um Auslieferung zum Vollzug einer Strafe sind die Ausfertigung des rechtskräftigen Urteils und der Text der Gesetzesbestimmung, der der Verurteilung zugrunde liegt, beizufügen. Hat der Verurteilte bereits einen Teil seiner Strafe verbüßt, so sind auch darüber Angaben zu übermitteln.

(3) Dem Ersuchen um Auslieferung sind nach Möglichkeit eine Beschreibung sowie ein Paßbild der auszuliefernden Person beizufügen sowie Angaben über ihre Staatsbürgerschaft und ihren Aufenthaltsort, sofern diese Angaben nicht bereits aus dem Haftbefehl oder dem Urteil hervorgehen.

(4) Die in den Absätzen 1 bis 3 dieses Artikels genannten Schriftstücke sind von den zuständigen Justizorganen zu siegeln und seitens der Deutschen Demokratischen Republik nur vom Ministerium der Justiz oder vom Generalstaatsanwalt, seitens der Republik Irak nur vom Ministerium der Justiz zu beglau-

bigen. Sie sind in der Sprache des ersuchten Vertragspartners abzufassen oder mit einer Übersetzung in die englische Sprache zu versehen.

Artikel 29

(1) Der um Auslieferung ersuchte Vertragspartner übergibt die Gegenstände, die für die Begehung einer Straftat verwendet wurden, für die eine Auslieferung gemäß Artikel 24 dieses Vertrages stattfindet, sowie die Gegenstände, die der Straffällige durch die Straftat erworben hat, an den ersuchenden Vertragspartner. Diese Gegenstände werden auch im Fall des Todes oder der Flucht des Straffälligen oder wenn aus anderen Gründen die bereits bewilligte Auslieferung nicht stattfindet, übergeben.

(2) Der ersuchte Vertragspartner kann die in Absatz 1 dieses Artikels genannten Gegenstände zeitweilig zurückbehalten, wenn er sie für ein anderes Strafverfahren auf seinem Territorium benötigt.

(3) Die Rechte einer dritten Person an Gegenständen, die unter Absatz 1 dieses Artikels fallen, bleiben unberührt. Spätestens nach Abschluß des Strafverfahrens gibt der Vertragspartner, an den die Gegenstände herausgegeben wurden, diese dem ersuchten Vertragspartner zwecks Übergabe an die Berechtigten zurück.

Artikel 30

Enthält das Auslieferungsersuchen nicht die erforderlichen Angaben, so kann der ersuchte Vertragspartner seine Vervollständigung verlangen sowie eine Frist bestimmen, in der die ergänzenden Angaben zu übermitteln sind. Auf Ersuchen kann diese Frist verlängert werden.

Artikel 31

Der ersuchte Vertragspartner trifft nach Eingang des Auslieferungsersuchens, wenn die Auslieferung bewilligt wird, unverzüglich Maßnahmen zur Ermittlung der Person, um deren Auslieferung ersucht wird, und ordnet gegebenenfalls auch ihre Inhaftierung an.

Artikel 32

(1) Auf Antrag kann eine Person vor Eingang des Auslieferungsersuchens inhaftiert werden, wenn sich das zuständige Organ des ersuchenden Vertragspartners auf einen Haftbefehl oder ein rechtskräftiges Urteil unter gleichzeitiger Anknüpfung des Auslieferungsersuchens beruft. Dieser Antrag kann telegrafisch oder auf eine andere ähnliche Weise übermittelt werden. Der ersuchende Vertragspartner übermittelt unverzüglich alle in Artikel 28 dieses Vertrages genannten für die Auslieferung notwendigen Schriftstücke.

(2) Die zuständigen Organe eines Vertragspartners können eine Person, die sich auf seinem Territorium befindet, auch ohne Antrag nach Absatz 1 dieses Artikels inhaftieren, wenn bekannt ist, daß diese Person auf dem Territorium des anderen Vertragspartners eine Auslieferungsstraftat nach Artikel 24 dieses Vertrages begangen hat.

(3) Von der Inhaftierung nach den Bestimmungen der Absätze 1 und 2 dieses Artikels ist der andere Vertragspartner unverzüglich in Kenntnis zu setzen.

Artikel 33

(1) Der ersuchte Vertragspartner stellt das Auslieferungsverfahren ein und setzt die inhaftierte Person

auf freien Fuß, wenn innerhalb der gemäß Artikel 30 dieses Vertrages zu bestimmenden Frist die geforderten zusätzlichen Angaben nicht übermittelt werden.

(2) Eine nach den Bestimmungen des Artikels 32 dieses Vertrages inhaftierte Person wird auf freien Fuß gesetzt, wenn das Ersuchen nicht innerhalb von 2 Monaten eintrifft, von dem Tage an gerechnet, an dem der andere Vertragspartner von der Inhaftierung dieser Person in Kenntnis gesetzt wurde.

Artikel 34

Bei Ersuchen mehrerer Staaten um Auslieferung einer Person wegen einer bestimmten oder wegen verschiedener strafbarer Handlungen entscheidet der ersuchte Vertragspartner unter Berücksichtigung der Staatsbürgerschaft der Person, um deren Auslieferung ersucht wird, sowie des Ortes und der Schwere der Straftat, welchem Ersuchen stattgegeben werden soll.

Artikel 35

Die ausgelieferte Person darf wegen einer anderen vor der Auslieferung begangenen strafbaren Handlung weder strafrechtlich verfolgt, dem Vollzug einer Strafe zugeführt noch einem dritten Staat zur Strafverfolgung bzw. zum Vollzug einer Strafe ausgeliefert werden.

Artikel 36

Der um Auslieferung ersuchende Vertragspartner informiert den ersuchten Vertragspartner vom Ergebnis des Strafverfahrens gegen die ausgelieferte Person. Wird die ausgelieferte Person verurteilt, so ist auch eine Abschrift des rechtskräftigen Urteils zu übermitteln.

Artikel 37

(1) Der ersuchte Vertragspartner, welcher der Auslieferung zustimmt, unterrichtet den anderen Vertragspartner über Ort und Zeit der Auslieferung der Person.

(2) Eine Person, deren Auslieferung stattgegeben wurde, wird auf freien Fuß gesetzt, wenn der ersuchende Vertragspartner innerhalb einer Frist von 20 Tagen, gerechnet vom Tage an, der als Tag der Übergabe festgesetzt wurde, diese Person nicht übernimmt.

Artikel 38

(1) Die Vertragspartner gestatten einander auf Ersuchen die Durchleitung solcher Personen durch ihr Territorium, die einem der Vertragspartner von einem Drittstaat ausgeliefert werden. Der ersuchte Vertragspartner ist nicht verpflichtet, die Durchleitung zu gestatten, wenn nach diesem Vertrag keine Auslieferung vorgesehen ist.

(2) Ein Ersuchen um Durchleitung ist wie ein Auslieferungsersuchen zu stellen und zu behandeln.

Artikel 39

Jeder Vertragspartner trägt die Auslieferungs- und Durchleitungskosten, die auf seinem Territorium entstanden sind.

Teil VI

Austausch von Informationen über Rechtsfragen

Artikel 40

Die Ministerien der Justiz der Vertragspartner erteilen einander auf Wunsch Auskunft über das Recht und die Rechtspraxis ihrer Staaten. Sie informieren sich wechselseitig über wichtige Gesetzgebungsakte auf dem Gebiet der Rechtspflege und tauschen ihre Erfahrungen bei der Vorbereitung von Gesetzen aus. Neben Gesetzestexten und Kommentaren werden auch entsprechende andere Materialien zu Fragen des Rechts und der Rechtspflege ausgetauscht.

Teil VII

Schlußbestimmungen

Artikel 41

Alle Fragen, die mit der Auslegung oder Anwendung dieses Vertrages zusammenhängen, werden von den Ministern der Justiz der Vertragspartner geklärt oder durch Protokoll vereinbart.

Artikel 42

Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation durch die zuständigen Organe beider Vertragspartner in Übereinstimmung mit ihren Verfassungen. Der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt in Berlin.

Artikel 43

(1) Der Vertrag tritt dreißig Tage nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er gilt für die Dauer von fünf Jahren.

(2) Wenn nicht einer der Vertragspartner mindestens sechs Monate vor Ablauf dieser Frist den Vertrag schriftlich kündigt, bleibt der Vertrag jeweils weitere fünf Jahre in Kraft.

Ausgefertigt in Bagdad, am 22. Dezember 1970, in zwei Originalen, jedes in deutscher, in arabischer und in englischer Sprache, wobei alle drei Texte die gleiche Gültigkeit besitzen.

In Zweifelsfällen bei der Auslegung der Bestimmungen des Vertrages gilt der englische Text.

Zum Beweis dessen haben die Bevollmächtigten der Vertragspartner diesen Vertrag unterzeichnet und gesiegelt.

Für die
Deutsche Demokratische
Republik

gez.: Dr. Wünsche

Für die
Republik Irak

gez.: Sharif

معاهدة تعاون قضائي

بين جمهورية ألمانيا الديمقراطية وجمهورية العراق

ان جمهورية ألمانيا الديمقراطية وجمهورية العراق ، اد تسرعان في تقوية علائق الصداقة القائمة بين دولتهما ودعم تعاونهما المشتركين ايجابين القضائي والقانوني ، قد قررتا عقد هذه المعاهدة وبهذا تبدأ السيادة متدوين مفوضين عنهما هما :-

عن رئيس جمهورية ألمانيا الديمقراطية -

اميند كورت هينشه ،

نائب رئيس الوزراء وزير العدل

عن رئيس الجمهورية العراقية -

سيادة عزيز شريف ،

وزير العدل

التيين بعد ان قدم كل منهما اوراق تفويضه التي الاخر ووجدتها صحيحة وسليمة من دون اي تعارضات ما يأتي :-

المادة الاولى

الحمائية القانونية والمعونة القانونية

المادة الاولى

(1) يتفق مواظنا كل من الطرفين اجتهاديين في اقليم المظسرى اعترافا اخرنا معاملة ذاتها الحق يتفق بها المواعين المحليون فيما يختصا بحماية القانونية والسفالية لاشخاصهم وممتلكاتهم والاعفاء من الرسوم السفالية ودفع الكفاية عن الرسوم السفالية وسفيا لتقوايين الساندة .

(2) تكمن احكام الفقرة (1) من هذه المادة الا شخصرا معنوية

ايضا .

إعادة التأسيس

- (١) في حالة تقديم طلب بالمساعدة القانونية والاعفاء من الرسوم تقوم السلطة المختصة للطرف المتعاقد الذي يقيم في إقليمه مقدم الطلب بإصدار شهادة عن مركزه الأساسي .
- (٢) إذا لم يكن مقدم الطلب مقيما في إقليم أحد الطرفين المتعاقدين يكفي بشهادة يصدرها الممثل الدبلوماسي أو القنصلي للطرف المتعاقد الذي يكون مقدم الطلب أحد مواطنيه .
- (٣) تكون الشهادة بلفظ الطرف المتعاقد المطلوب منه أو باللفظ الإنكليزية .

الفصل الثاني

تبليغ الأوراق القضائية وتفيد طلبات الانابة
القضائية في الأمور المدنية والتجارية وأمور
الأحوال الشخصية

أحكام عامة

إعادة التأسيس

- (١) يتعهد الطرفان المتعاقدان بأن يكون هناك تعاون قضائي بين سلطاتهما القانونية في الأمور المدنية والتجارية وأمور الأحوال الشخصية وفقا للشروط المنصوص عليها في هذه المعاهدة .
- (٢) يتضمن التعاون القضائي تبليغ الأوراق القضائية وتفيد طلبات الانابة القضائية الخاصة بجمع الشهود والمتقاضين ، والخبراء ، والشهادات مع اليمين ، وما شابه ذلك .
- (٣) يتم تبليغ الأوراق القضائية وتفيد طلبات الانابة القضائية ونفسا قوانين الطرف المتعاقد المسؤول عنها .

- (٤) للحكمة المطلوب اليها تهيئة لطلب المحكمة ، ان تميرق القضية ،
بما في ذلك الناحية الاجرائية ، بالطريقة المطلوب اتباعها في الطلب ،
شرطه ألا يخالف ذلك قوانين الطرف المتعاقد المطلوب اليه .
- (٥) يجب ان ترفق جميع الوثائق المرسله بخصوص التعاون القضائي بترجمة
مصدقه بنفحة الطرف المتعاقد المطلوب اليه ايا لغة الانكليزية .
- (٦) تختم جميع الوراق المتعلقة بالتعاون القضائي بختم المحكمة وتصدق
من وزارة العدل فقط .
- (٧) يتم ارسال جميع الوراق المتعلقة بالتعاون القضائي بين السلطات اسفانوية
للطرفين المتعاقدين بالطريق الدبلوماسي .

امادة الرابعة

يتحصر الطرفان المتعاقدان جميع المصاريف والرسوم الناشئة
عن تعاون القضاة كرفي اقليه .

امادة الخامسة

يجوز رفض التعاون القضائي اذا كان منحه يخالف مبادئ التشريع
الاساسية او انظام العام للطرف المتعاقد المطلوب اليه .

٢- تبليغ الوراق القضائية

امادة السادسة

- (١) يجب ان يتضمن طلب تبليغ الوراق القضائية :
اسم المحكمة المطالبة والا* مع الكامل لتحميل وجنميته ونسوانه واسم وتنوان
السوكين اسفانوي وتفاصيل الطلب .
- (٢) يؤيد التبليغ بروس يتضمن تاريخ التبليغ وتوقيع المتمم واسفانم
بالتبليغ وكذلك ختم المحكمة ، او بشهادة رسمية من المحكمة تبين كيفية
وتاريخ التبليغ .
- (٣) اذا لم تتمكن المحكمة المطلوب ايجها من الا* مستجابة لطلب تبليغ

السورقة القضائية فعليها ان تبلغ المحكمة الطالبة بهذه الحقيقة
مبينة الا* مطالبات حاست دون التبليغ *

امادة السابعة

يحق لكل من اطرفين المتعاقدين تبليغ الا* وراق لمواطنيه الذين يقيمون
في اقليم الطرف المتعاقد الآخر ، عن طريق مثليه اندبهما ميين والقنصلون *

٣- طلبات الا* نابة القضائية

امادة الثامنة

- (١) على المحكمة المطلوب ايها تنفيذ طلبات الانابة القضائية ابلاغ
المحكمة الطالبة في اوقات اساس ودين تأخير ، بزمان وكان تنفيذ الطلب
بغية تمكين الطرف المعنى او وكيله من الحضور *
- (٢) تنطبق بصورة عامة احكام امادة السادسة من هذه المعاهدة
على طلبات الا* نابة القضائية ايضا *

امادة التاسعة

يكون للا* وراق المبنية وطلبات الا* نابة القضائية المتخذة وفقا للقوانين
المتبادلة والثامنة من هذه المعاهدة الاثر القانوني ذاته الذي يكون
لذا* وراق المبنية او طلبات الا* نابة القضائية المتخذة في اقليم اطرف المتعاقد
المطالب *

امادة العاشرة

- (١) لا يجوز ان يحاكم او يعاقب اشاعدا وانخير مهما كانت جنسيته* السدي
يشتر امام محكمة اطرف المتعاقد المطلوب اليه ، بناء على ورقة تبليغ
من قيس محكمة الطرف المتعاقد المطالب ولا ان ينسقى القيس عليه عن غير
يعاقب عليه مرتكب من قبله قيس دخوله اقليم الطرف المتعاقد المطالب ،

(٢) يفقد اشهاد او الخبير الحماية المنصوص عليها في الفقرة (١) من هذه المادة اذا لم يفاد اقليم اطراف التعاقد ابطاناً خلال خمسة عشر يوماً من تاريخ اشعاره بان وجوده لم يعد ضرورياً رغم توفروها من مفاد رته الاقليم المذكور .

(٢) يجوز للشخص المحتجز في اقليم اطراف التعاقد ابطاناً اليه واستدعى من قيس احدى محاكم اطراف التعاقد الآخر كشاهد او خبير ، اذا لم تكن دون ذلك أسباب اخرى ، ان ينقل موثقاً لهذا الغرض شريطة اعادة نقله حالما يصبح وجوده غير ضروري وينتج الشخص المنقول بصورة موثقة بالحماية المنوحة في الفقرتين (١) و (٢) من هذه المادة .

الفصل الثالث

الإعتراف بالأحكام وتنفيذها

المادة الحادية عشرة

على الطرفين المتعاقدين ان يعترفا وينفذا ، وفقاً للأحكام المنصوص عليها في هذه المعاهدة ، كل في اقليمه الأحكام واتسويات النهائية القابلة لتنفيذ في الامور المدنية او التجارية او الاحوار الشخصية المتعلقة بالطلبات المالية وكذلك الأحكام في الامور الجزائية المقررة للتعويض ، التي تصدر في اقليم اطراف التعاقد الآخر بعد دخول هذه المعاهدة حيز التنفيذ .

المادة الثانية عشرة

يجوز رفض الاعتراف بالأحكام وتنفيذها في الاحوار التالية :
 أ- اذا لم يكن لمحكمة اطراف التعاقد ، الذي صدر في اقليمه الحكم ، اختصاص اقليم في الدعوى بموجب قوانين اقليم اطراف التعاقد ابطاناً في اقليم الاعتراف وتنفيذ .

ب- إذا لم يكن الطرف الخامس الذي لم يحضر المرافعة قد امتدع وفقاً للقوانين الطرف المتعاقد الذي صدر في اقله الحكم في الوقت المناسب ولم يتم تمثيله بصورة قانونية في حالة عدم اهليته لتراجع .

ج- إذا سبق وأن اصدرت إحدى المحاكم حكماً نهائياً في الدعوى ذاتها بين الشخص أنفسهم في اقليم الطرف المتعاقد المقدم اليه طلب التنفيذ ، أو سبق وأن شرع في النظر في الدعوى امام محكمة هذا الطرف المتعاقد .

د- اذا كان الاعتراف بالحكم وتنفيذه يخالفان اسنادى الامامية للتشريع أو النظام العام للطرف المتعاقد المقدم اليه طلب التنفيذ .

المادة الثالثة عشرة

(١) يجوز تقديم طلب تنفيذ الحكم لدى المحكمة المختصة للطرف المتعاقد المقدم اليه طلب التنفيذ ، أو لدى المحكمة التي اصدرت الحكم ، ابتداءً من شريطة ان يتفق هذا الطلب على المحكمة المختصة للطرف المتعاقد الاخر بالكتابة المنصوص عنها في الفقرة (٧) من المادة الثالثة عشرة من هذه الماهدة .

(٢) يجب ان يرفق الطلب بما يلي :

أ- النسخة الاصلية أو المصدقة من الحكم مع تأييد كونه حتمياً نهائياً وقابلاً للتنفيذ ، باسم يكتن ذلك ظاهراً من الحكم نفسه .

ب- مذكرة تبين ان الطرف الخامس ، ابدى لم يحضر المرافعة ، وقد امتدع وفقاً للقوانين وفي الوقت المناسب ، وفي حالة عدم اهليته لتراجع كان مشلاً بصورة قانونية .

ج- الترجمة المصدقة للوثائق المشار اليها في الفقرتين الفرعيتين (٢) و (ب) ، خلفاً للطرف المتعاقد المقدم اليه طلب الاعتراف والتنفيذ ، او باللغة الانكليزية .

(٣) يجب ختم الوثائق المذكورة في الفقرة (٢) من هذه المادة بختم المحكمة وتصديقها من وزارة العدل فقط .

المادة الرابعة عشرة

- (١) على محكمة الطرف المتعاقد المقدم إليه طلب التنفيذ ان تقوم بالتنفيذ وفقا لقوانين دولة الطرف المتعاقد المذكور .
- (٢) على المحكمة ان تتخذ قرارا بشأن طلب التنفيذ ان تقيد حصرا بالثبوت مما اذا كانت الشروط المنصوص عليها في احدى اثني عشرة والثلاثين عشرة قد استوفيت .
- (٣) للطرف المحكوم عليه ان يقدم اي اعتراض على الحكم على النحو المنصوص عليه في قوانين الطرف المقدم اليه طلب التنفيذ .

الفصل الرابع

تتموية امور الشركات

المادة الخامسة عشرة

يكون النشئ الدبلوماسي او القنصلي لكل من الطرفين المتعاقدين مخولا بان يمثل دون اية وكالة خاصة مواطنيه في امور الشركات بما في ذلك دعاوى الاثر ما لم يكونوا حاضرين شخصيا او يعينوا ممثلا مخولا عنهم امام المحاكم او السلطات المختصة الاخرى التابعة للطرف المتعاقد الآخر .

المادة السادسة عشرة

(١) اذا توفي احد مواطني اي من الطرفين المتعاقدين في انفسهم اطرف المتعاقد الآخر فعلى السلطة المعنية ان تقوم مباشرة وببدون تأخير بإبلاغ هذه السلطة بسبعسة ابدبلوماسي او القنصلي التابعة للطرف الآخر .

ولها فضلا عن ذلك ان تقدم معلومات عما يعرف عن الوراثة
المتولين وحمل اقامتهم او مكناهم وطبيعة الشركة ، وكذلك عما اذا كانت
هناك وصية . واذا كان معلوما لدى السلطة ان الشخص المتوفى
قد ترك اموالا في دولة اخرى ، فعليها ان تبين ذلك ايضا .

(٢) اذا تأكد للسلطة اثناء اجراءات تصوية امور الشركة ان الوراثة هم
من مواطني الطرف المتعاقد الاخر ، فعليها ان تشعر البعثة
الدبلوماسية او القنصلية للطرف المتعاقد المذكور بهذه الحقيقة .

(٣) اذا علمت البعثة الدبلوماسية او القنصلية بالوفاة اولا فعليها
ان تبلغ السلطة المختصة لغرض تحرير الشركة .

المادة السابعة عشرة

اذا توفى احد مواطني اي من الطرفين المتعاقدين اثناء اقامته
بصورة مؤقتة في اقليم الطرف المتعاقد الاخر تطلب الامة التي كانت
معها مع قائمة بالامة المذكورة ، دون اجراءات اخرى ، الى البعثة
الدبلوماسية او القنصلية التابعة للطرف المتعاقد الذي كان المتوفى
احد مواطنيه .

الفصل الخامس

التعاون القضائي في الامور الجزائية وتلميم الجرمين

١- التعاون القضائي

المادة الثامنة عشرة

(١) يتعهد الطرفان المتعاقدان بان يمنح كل منهما للاخر تماثلا
قضائيا في الامور الجزائية مع مراعاة الشروط المنصوص عليها
في هذه المعاهدة .

(٢) يتضمن التعاون القضائي في الامور الجزائية تبليغ الاوراق القضائية
والبيانات وتنفيذ طلبات الانابة القضائية المتعلقة باستجواب الجرمين وسامع
الشهود او الخبراء وتحري السجلات والاشخاص بالتحقيق والاقا والقهر والحجز .

المادة التاسعة عشرة

- (١) يتم الاتصاف بين وزارة العدل او المدعي العام في جمهورية
المانيا الديمقراطية ووزارة العدل في الجمهورية العراقية بالطريق الدبلوماسي
في حالة منح التعاون القضائي .
- (٢) تطبق بصورة عامة احكام المواد الثالثة حتى العاشرة من هذه
المعاهدة على منح التعاون القضائي في الامور الجزائية ايضا .

المادة العشرون

- لا يمنح التعاون القضائي في الامور الجزائية ، اضافة الى العائلات
المبينة في المادة الخامسة من هذه المعاهدة ، اذا كان اشخاص القضائي مطلوبها
بسبب فعل غير معاقب عليه بموجب قوانين الطرف المتعاقد المطلوب اليه
او اذا كان التعاون القضائي مطلوبها عن فعل معاقب عليه في غير خاضع
للتعليق .

المادة الحادية والعشرون

- (١) يتعهد الطرفان المتعاقدان بان يشعركن منهما الآخر في بداية كل سنة
بالاحكام النهائية التي اصدرتها محاكمه على مواطني الطرف المتعاقد الآخر
اشاء المنة السابقة .
- (٢) يقوم ، بناء على طلب باي من الطرفين المتعاقدين ، الطرف المتعاقد
الآخر بتزويد معلومات عن جميع الاحكام الاخرى (بما في ذلك الاحكام التي
لم تكتب بالدرجة النهائية) التي اصدرتها محاكمه على مواطني الطرف
المتعاقد طالب .

المادة الثانية والعشرون

- (١) يتعهد الطرفان المتعاقدان بان يتخذا ، وفقا لقوانين كل منهما ونسأ

على طلب الطرف المتعاقد الآخر، التعقيبات الجزائية بحق مواطني
الطرف المتعاقد المطلوب اليه الذين ارتكبوا فعلا معاقبا عليه، في اقليم
الطرف المتعاقد الآخر، منصوصا عليه في المادة الرابعة والعشرين
من هذه المعاهدة.

(٢) يتم اكمال طلب اتخاذ التعقيبات الجزائية بنتائج التحقيق والسداد
الثبوتية الأخرى التمسرة بشأن الفعل المعاقب عليه.

(٣) على الطرف المتعاقد المطلوب اليه ان يشعر الطرف المتعاقد
الأخرى بنتيجة التعقيبات الجزائية. واذ كان قد صدر الحكم فيجب ان ترفق
صورة من القرار النهائي.

٢- تمثيل الجرمين

المادة الثالثة والعشرون

يتعهد الطرفان المتعاقدان، وفقا لـ"حكام التالية في هذه
المعاهدة، ان يسمي كل منهما اى الآخر، ان طلب اليه ذلك، الاشخاص
الذين يقيمون في اقليمه والقرارات اتخاذ تعقيبات جزائية او تنفيذ عقوبات بحقهم.

المادة الرابعة والعشرون

(١) يشمل التسميم لغرض اتخاذ التعقيبات الجزائية فقط الاعمال المعاقب
عليها، بموجب قوانين كلا الطرفين المتعاقدين، بالحبس
لاكثر من سنة واحدة.

(٢) يشمل التسميم لغرض تنفيذ العقوبات فقط الاعمال المعاقب عليها
بموجب قوانين كلا الطرفين المتعاقدين واذ كان الشخص المعنى قد
حكم عليه بالحبس لاكثر من سنة واحدة.

المادة الخامسة والعشرون

(١) يرفق التسميم في الحالات التالية:

أما إذا كان الشخص المطلوب تسميه أحد مواطني الطرف المتعاقد المطلوب إليه التسليم ،

فإذا كان الفعل المعاقب عليه قد ارتكب في إقليم الطرف المتعاقد المطلوب إليه التسليم ونسب يقدم طلب باتخاذ التعقيبات الجزائية وفقا للفقرة (1) من المادة الثانية والعشرين من هذه المعاهدة ،

فإذا كان اتخاذ التعقيبات الجزائية متعمدا بموجب قوانين الطرف المتعاقد المطلوب إليه التسليم أو إذا كان الحكم يتعمد تنفيذه بحسب التقادم أو لى سبب قانوني آخر .

وإذا كان التسليم غير جائز بموجب قوانين الطرف المتعاقد المطلوب إليه التسليم .

وإذا كان قد سبق إصدار حكم نهائي متعلق بالفعل المعاقب عليه ذاته على الشخص المطلوب تسميه في إقليم الطرف المتعاقد المطلوب إليه التسليم أو إذا كانت التعقيبات قد تم غنقها بصورة نهائية .

(٢) إذا لم يتم التسليم فعلى الطرف المتعاقد المطلوب إليه التسليم أن يبلغ الطرف المتعاقد طابعا التسليم بذلك مبينا أسباب رفض التسليم .

المادة السادسة والعشرون

(١) إذا اتخذت التعقيبات الجزائية ضد شخص طلب تسليمه أو إذا كان قد حكم عليه بحسب فعل آخر يعاقب عليه في إقليم الطرف المتعاقد المطلوب إليه التسليم ، يجوز تأجيل التسليم لحين الانتهاء من التعقيبات الجزائية أو تنفيذ العقوبة .

(٢) إذا كان تأجيل التسليم يؤدي إلى سقوط التعقيبات الجزائية بمرور الزمن أو بولد صعوبات في اتخاذ التعقيبات الجزائية ضد شخص مطلوب تسميه فسيان طلبا مؤجدا من جانب أي طرف متعاقد بالتسليم الموقت يجوز منحه لاتخاذ التعقيبات الجزائية . ويتطلب على الطرف المتعاقد طابعا التسليم أن يعيد الشخص المسلم فورا بعد انتهاء التعقيبات وفي تنفيذ العقوبة .

المادة السابعة والعشرون

يتم الاتصاف في الا* مسورا الخاصة بالتعقيبات الجزائية او تسليم
المجرمين بين وزارة العدل او السدي العام في جمهورية ألمانيا الديمقراطية
ووزارة العدل في الجمهورية العراقية بالطريق الدبلوماسي *

المادة الثامنة والعشرون

- (1) ترفق الا* وراقا ثاوية بطلب تسليم لغرض اتخاذ التعقيبات
الجزائية :
امراقا القبض ، ووصف للفعل المعاقب عليه وقائمة البيئات ، ومن
امادة القانونية التي بنى عليها طلب تسليم ، وادا كان قد نشأ ضرر
مادي عن الفعل المعاقب عليه فيجب بيان قيمة الضرر *
- (2) يجب ان ترفق بطلب تسليم لغرض تنفيذ العقوبة صورة معتددة من
الحكم النهائي ومن امادة القانونية التي بنى عليها الحكم ، وادا كان
الشخص المحكوم قد سبق وان نفذ عليه جز* من العقوبة فيجب ايراد
البيانات المناسبة *
- (3) يجب ان يتضمن طلب التسليم ، ان أمكن ، اوصاف الشخص المطلوب
تسليمه وصورته وكذلك معلومات عن جنسيته وحق اقامته ، الا اذا كان يمكن
الحصول على هذه المعلومات من امراقا القبض والحكم *
- (4) يجب ان تختم الوثائق المذكورة في الفقرات (1) الى (3) من هذه
المادة من قبل السلطات القانونية المختصة وتصدق بانابة عن جمهورية
ألمانيا الديمقراطية من قبل وزارة العدل او السدي العام فقط وبانابة عن
الجمهورية العراقية من قبل وزارة العدل فقط ، ويجب ان تترجم هذه
الوثائق الى لغة الطرف المتعاقد اسطلوبا يسهل تسليم او التسليم
اللغة الانكليزية *

المادة التاسعة والعشرون

- (1) اذا تم تسليم وفقا للمادة الرابعة والعشرون من هذه المعاهدة فعلى

الطرف المتعاقد اذى طلب اليه التمسيم ان يسلم الى الطرف المتعاقد طالب التمسيم الاشياء التي اتمعملها المجرم في ارتكاب الجرم او حصل عنها نتيجة لارتكاب المجرم المعاقب عليه . ويتم تسليم هذه الاشياء حتى في حالة وفاة او هرب الشخص الذي تمت الموافقة على تسليمه في الحالات الناجمة عن اسباب اخرى .

(٢) يحق للطرف المتعاقد المطلب اليه التمسيم ان يحتفظ مؤقتا بالاشياء المذكورة في الفقرة (١) من هذه المادة ، اذا كانت الحاجة تدعو اليها لتعقيبات جزائية اخرى في اقليمه .

(٣) لا تتأثر اية حقوق لاشخاص ثالثة فيما يتعلق بالاشياء المذكورة في الفقرة (١) من هذه المادة ، وعلى الطرف المتعاقد الذي سلمت اليه هذه الاشياء ان يعيدها ، في موعد اخر انتهيها التعقيبات الجزائية ، الى الطرف المتعاقد المطلب اليه التمسيم بغية تسليمها الى اصحابها الشرعيين ، ان وجدوا .

المادة اثلاثون

اذا كان طلب التمسيم تقتضيه المعلومات الضرورية فيحق للطرف المتعاقد المطلب اليه التمسيم ان يطلب اكمال هذه المعلومات وان يضع حدا زمنيا يتوجب خلاله تقديم هذه المعلومات التكميلية . ويجوز تمديد هذا الحد الزمني عند طلب ذلك .

المادة احدى عشرة والثلاثون

يستعد تسليم طلب التمسيم وفي حالة الموافقة على التمسيم ، على الطرف المتعاقد المطلب اليه التمسيم ان يتخذ الاجراءات الضرورية للمشور على الشخص المطلب تسليمه وكذلك ، ان اقتضت الضرورة ، الامر بالقبض عليه .

المادة اثنتان والثلاثون

(١) عند تقديم استمساك بذلك ، يجوز السفا القبس على شخص قبل تسليم

طلب التمسليم اذا اشارت المصلحة المختصة التابعة للطرف
 المتعاقد طالب التمسليم انى أمر بالقبض او الى حكم نهائى ،
 معذنة فى الوقت نفسه عن طلب التمسليم . ويجوز ارمان هذا
 الالتئاس برقىيا او بآية طريقة مشابهة . وعلى الطرف المتعاقد
 طالب التمسليم ان يقدم جميع الاوراق اللازمة لتمسليم النصوص
 عليها فى المادة الثامنة والعشرين من هذه المعاهدة فى امسح
 وقت ممكن .

(٢) للمصطات المختصة لاهى من الطرفين المتعاقدين ان تلقى القبض
 على شخص يقيم فى اقليمها ، حتى بدون طلب وفقا للمفقرة (١)
 من هذه المادة اذا كان معروفنا ان الشخص المذكور قد ارتكب فى اقليم
 الطرف المتعاقد الاخر فعلا معاقبا عليه يكون التمسليم فيه جائزا وفقا
 للمادة الرابعة والعشرين من هذه المعاهدة .

(٣) يجب اشعار الطرف المتعاقد الآخر فوراً بالقبض الذى يتم بموجب
 احكام الفقرتين (١) و (٢) من هذه المادة .

امادة الثاشنة واثلاثين

(١) على الطرف المتعاقد المطلوب اليه التمسليم ان يخلق اجراءات التمسليم
 ويطلق مصراح الشخص الملقى القبض عليه اذا لم تقدم المعلومات
 التكميلية المطلوبة ضمن الحد الزمنى المقرر وفقا للمادة اثلاثين
 من هذه المعاهدة .

(٢) يطلق مصراح الشخص الذى القى عليه القبض وفق احكام المادة الثانية
 واثلاثين من هذه المعاهدة اذا لم يصل الطلب خلال شهرين من اليوم
 الذى اشعر فيه الطرف المتعاقد الآخر بالقبض على الشخص المذكور .

المادة الرابعة واثلاثين

فى حالة تقديم طلبات من عدة دون يتمسليم شخص

بسبب فممن معين معاقب عليه أو ائتمال معاقب عليها مختلفة ،
على الطرف المتعاقد المطلوب اليه التسليم ان يقرر أهيا ممن
هذه الطلبات يجب ضمه ، اخذا بنظر الاعتبار جنسية الشخص
المطلوب تسليمه وكذلك مكان ارتكاب الفعل المعاقب عليه وخطورته .

المادة الخامسة والثلاثون

لا يجوز اتخاذ التعقيبات الجزائية ضد الشخص الذي تم تسليمه
ولا اجباره على ان يمضى عقوبة ولا تملوه الى دولة ثالثة لفرض التعقيب
الجزائى او تنفيذ عقوبة بسبب فممن معين معاقب عليه آخر ارتكب قبل
التسليم .

المادة السادسة والثلاثون

على الطرف المتعاقد طالب التسليم ان يشمر الطرف المتعاقد
المطلوب منه التسليم بنتيجة التعقيبات الجزائية المتخذة ضد الشخص الذي
تم تسليمه . وفى حالة الحكم على الشخص الذي تم تسليمه فيجب ايضا
ارسال صورة من الحكم .

المادة السابعة والثلاثون

- (1) على الطرف المتعاقد الذى يمنح اتمتيم ان يشمر الطرف المتعاقد
طالب التسليم بمكان ووقت تسليم الشخص المطلوب تسليمه .
- (2) يجب اطلاق سراح الشخص الذى منح تسليمه اذا لم يتم تسليمه الطرف المتعاقد
طالب التسليم خلال عشرين يوما من التاريخ الذى حدد لتسليمه .

المادة الثامنة والثلاثون

- (1) يسمح كل من الطرفين المتعاقدين لآخره عند الطلب ، بان يقرر
فى اقلية الاشخاص المملين له من قبل دولة ثالثة . ولا يكون الطرف المتعاقد
المطلوب انه منزما بالسماح بالسرور اذا لم يكن اتمتيم منوحا وفقا لاحكام هذه المعاهدة .

(٢) يقدم طلب المرور ويتم بنفس الكيفية استى يقدم ويتم بها طلب التخليص .

المادة الثامنة والثلاثون

يستحصل كل من الطرفين المتعاقدين انصارى المسترتبة على انتميم او المرور داخل اقليمه .

الفصل السادس

تبادل المعلومات حول الامور القانونية

المادة الا ربعمون

تزود وزارتنا المدن للطرفين المتعاقدين ، كل منهما الاخرى ، بطلبها ، بمعلومات عن القوانين واتعمال القانونى فى دولتهما . كما تحيط كل منهما الاخرى علما بالقوانين التشريعية المهمة فى مجالات اقامة العدالة وتبادلان تجاربهما فى تدوين القوانين . وبغلا عن نصوم القوانين ، يتم بين اهلدين تبادل الشرح والا ديبات الاخرى فيما يتعلق بالتشريعات واقامة العدالة .

احكام ختامية

المادة الحادية والارعمون

تم تسمية جميع القضايا الناشئة عن تفسير وتطبيق هذه المعاهدة بين وزيرى مدن الطرفين المتعاقدين ، او تفرق عليها عن طريق عقد بروتوكول .

المادة الثانية والارعمون

تكون هذه المعاهدة خاضعة للتصديق من قبل السلطات المختصة للطرفين المتعاقدين وفقا ل دستورهما . ويتم تبادل وثائق الابرام فى برلين .

إعادة التأسيس والا* رمون

(1) تدخل هذه المعاهدة حيز التنفيذ بعد ثلاثين يوماً من تاريخ تبادل وثائق الا* برام . وتنتهي نافذة لمدة خمس سنوات .

(2) ما لم يتقدم احد الطرفين المتعاقدين اشعاراً خطياً بانتهاء المعاهدة قبل ستة أشهر عدسى الا* قمر من انتهاء هذه المدة تظل المعاهدة نافذة لمدة اخرى تبلغ كس منها خمس سنوات .

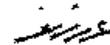
ومصادقا لذلك فان المندوبين المفوضين للطرفين المتعاقدين قد وقع على هذه المعاهدة وختمهاها بختميهما .

حسب نص بغداد في اليوم الثالث والعشرين من شهر كانون الا* ول سنة سبعين وتسعمائة بعد الا* لف بنمختين اصليتين باللغات الالمانية والعربية والانكليزية . وتكون لكل النصوص قوة قانونية وفي حالة نشوء شك بخصوص تفسير المعاهدة يكون النص الانكليزي هو المعمول عليه .

عن حكومة جمهورية ألمانيا
الديمقراطية



عن حكومة الجمهورية العراقية



**Treaty
between the German Democratic Republic
and the Republic of Iraq on Judicial Cooperation**

The German Democratic Republic and the Republic of Iraq, being desirous of strengthening the friendly relations existing between their respective States and promoting their fruitful cooperation in the judicial and legal fields, have resolved to conclude the present Treaty, and have to this end appointed as their Plenipotentiaries:

The Chairman of the Council of State of the German Democratic Republic:

Herr Dr. Kurt Wuensche,
Deputy Chairman of the Council of Ministers
and Minister of Justice;

The President of the Republic of Iraq:

Mr. Aziz Sharif,
Minister of Justice;

WHO, after exchanging their full powers, found to be in good and due form, have agreed as follows:

Chapter I

Legal Protection and Legal Aid

Article 1

1. Citizens of one of the Contracting Parties in the territory of the other shall enjoy the same treatment as citizens as regards the legal and judicial protection of their persons and property and exemption from judicial fees and payment of security for court fees in accordance with the laws in force.

2. The provisions of paragraph 1 of this article shall apply likewise to juristic persons.

Article 2

1. In case a request is made for legal aid and exemption from fees the competent authority of the Contracting Party in the territory of which the applicant is resident shall issue a certificate on his financial status.

2. In case the applicant is not resident in the territory of one of the Contracting Parties a certificate issued by the diplomatic or consular agent of the Contracting Party of which he is a citizen shall be considered sufficient.

3. The certificate shall be in the language of the requested Party or in English.

Chapter II

Service of Judicial Papers and Execution of Letters Rogatory in Respect of Civil, Commercial and Personal Status Matters

1. General Provisions

Article 3

1. The Contracting Parties undertake that there shall be judicial cooperation between their respective legal authorities in civil, commercial and personal status matters under the conditions laid down in this Treaty.

2. Judicial cooperation comprises the serving of judicial papers and the execution of letters rogatory concerning the hearing of witnesses, litigants, experts, testimony under oath and the like.

3. The serving of judicial documents and execution of letters rogatory shall take place in accordance with the laws of the requested Contracting Party.

4. The requested court may, in compliance with the court's request, proceed in the matter as well as procedurally in the manner requested in the application, provided that this shall not contravene the laws of the requested Contracting Party.

5. All documents to be transmitted in the course of judicial cooperation shall be accompanied by a certified translation in the language of the requested Contracting Party or in English.

6. The seal of the competent court shall be affixed to all papers to be transmitted for the purpose of judicial cooperation. They shall be legalized only by the Ministry of Justice.

7. All papers pertaining to judicial cooperation shall be communicated between the legal authorities of the two Contracting Parties through the diplomatic channel.

Article 4

The two Contracting Parties shall bear the expenses and fees arising from judicial cooperation each in its own territory.

Article 5

Judicial cooperation may be refused if its granting would contravene the basic principles of the legislation or public order of the requested Contracting Party.

2. Service of Judicial Papers

Article 6

1. A request for serving papers has to contain: The designation of the requesting court and the full name, occupation, citizenship and address of the recipient, name and address of the legal representative and details of the request.

2. Service is proved by a receipt which contains the date of service, the signature of the recipient and the writ-server as well as the seal of the court, or by an official court certificate which shows in which way and at what time the paper concerned has been served.

3. If the requested court is unable to comply with the request to serve the paper, it shall notify the requesting court of this fact stating the reasons which have prevented service.

Article 7

The Contracting Parties are entitled to serve documents on their own citizens, who stay on the territory of the other Contracting Party, through their diplomatic or consular agents.

3. Letters Rogatory

Article 8

1. In executing letters rogatory, the requested court shall notify on demand the requesting court in time and without delay of the time and place of the carrying out of the request in order to enable the interested Party or his representative to attend.

2. In general the provisions of article 6 of this Treaty shall likewise apply to letters rogatory.

Article 9

The papers served or the letters rogatory executed in accordance with articles 6 and 8 of this Treaty shall have the same legal effect as those served or executed on the territory of the requesting Contracting Party.

Article 10

1. A witness or expert of whatever citizenship, who appears before a court of the requested Party upon a summons served on him by a court of the requesting Party, may not be prosecuted or punished nor be arrested for a punishable act committed by him prior to his entering the territory of the requesting Party, nor may he be punished for a previous court sentence.

2. A witness or expert loses the protection stipulated in par. (1) of this article if he has not left the territory of the requesting Contracting Party within 15 days from the day of his being notified that his presence is no longer necessary despite the availability of the means of leaving that territory.

3. A person who is in custody on the territory of the requested Contracting Party and is summoned by a court of the other Contracting Party as a witness or expert, may, if no other reasons prevent this, be temporarily transferred for this purpose with the proviso of immediate re-transfer as soon as his presence is no longer required. A person temporarily transferred enjoys the protection granted in pars. (1) and (2) of this article.

Chapter III

Recognition and Execution of Judgements

Article 11

The Contracting Parties shall recognise and execute, in accordance with the provisions laid down in this Treaty, on their respective territories final and executory judgements and settlements in civil or commercial matters or matters of personal status concerning financial claims as well as judgements in criminal matters deciding indemnity which have been pronounced on the territory of the other Contracting Party after this Treaty has come into force.

Article 12

Recognition and execution of judgements may be refused if

- a) the court of the Contracting Party, on whose territory the judgement has been issued, had no jurisdiction to hear the case according to the laws of the Contracting Party on whose territory the recognition and execution is requested;
- b) the losing Party, that has not participated in the proceedings has, according to the laws of the Contracting Party, on whose territory the judgement was issued, not been summoned according to the laws in time and, in case of its incapacity to plead, was not legally represented;
- c) a court has previously pronounced a final judgement in the same litigation between the same litigants on the territory of the Contracting Party, to which application for execution is made, or, if

a litigation had been initiated previously in this matter before the court of this Contracting Party;

- d) recognition and execution of the judgement contravenes the basic principles of the legislation or public order of the Contracting Party to which application for recognition and execution is made.

Article 13

1. An application for the execution of judgement may be filed with the competent court of the Contracting Party to which application for execution is made, or with the court which pronounced judgement in first instance with the proviso that such an application is transmitted to the competent court of the other Contracting Party in the manner provided for in article (3) par. (7) of this Treaty.

2. The application must be accompanied by

- a) the original or legalised copy of the judgement with the confirmation of its finality and enforceability, unless this is evident from the judgement itself;
- b) a note that the losing Party, which failed to take part in the proceedings, was summoned according to the law and in time, and in case of incapacity to plead, was legally represented;
- c) the legalised translation of the documents referred to in sub-paragraphs (a) and (b) in the language of the Contracting Party to which application for recognition and execution is made, or in English.

3. The documents mentioned in paragraph 2 of this article must be sealed by the court and legalised only by the Ministry of Justice.

Article 14

1. The court of the Contracting Party to which application for execution is made shall effect execution in accordance with the laws of its State.

2. The court which decides on the application for execution shall confine itself exclusively to ascertaining whether the conditions stipulated in articles 12 and 13 of this Treaty are met.

3. The judgement debtor may raise any objection against the judgement provided by the laws of the Contracting Party to which application for execution is made.

Chapter IV

Settlement of Estate Matters

Article 15

In estate matters including inheritance litigations, the diplomatic or consular agent of either Contracting Party is authorized to represent, without special power of attorney, his citizens, unless they are present in person or have appointed authorized representatives before the courts or other competent authorities of the other Contracting Party.

Article 16

1. If a citizen of either Contracting Party dies on the territory of the other Contracting Party the relevant authority shall directly and without delay notify this fact to the diplomatic or consular mission of the other Contracting Party.

In addition, it shall provide information as to what is known about possible heirs, their domicile or abode and the nature of the estate, as well as about the existence of a will. If it is known to the authority that the deceased person has left property in another State, it shall indicate this, too.

2. If an authority ascertains in probate proceedings that the heirs are citizens of the other Contracting Party, it is obliged to notify the diplomatic or consular mission of this Contracting Party of this fact.

3. If the diplomatic or consular mission obtains knowledge of the death first it has to notify the competent authority for the purpose of securing the estate.

Article 17

If a citizen of either Contracting Party dies during a temporary stay on the territory of the other Contracting Party the effects he had with him, together with a list of those effects, shall be handed over without further procedure to the diplomatic or consular mission of the Contracting Party whose citizen the deceased person was.

Chapter V

Judicial Cooperation in Criminal Matters and Extradition

1. Judicial Cooperation

Article 18

1. The Contracting Parties undertake to grant each other judicial cooperation in criminal matters subject to conditions laid down in this Treaty.

2. Judicial cooperation in criminal matters comprises the serving of papers and evidence and the execution of letters rogatory concerning interrogation of offenders, hearing of witnesses or experts, searching of homes and persons, investigation, arrest, and seizure.

Article 19

1. In granting judicial cooperation, the Ministry of Justice or the Procurator General of the German Democratic Republic and the Ministry of Justice of the Republic of Iraq shall communicate with each other through the diplomatic channel.

2. In general, the provisions of articles 3 to 10 of this Treaty shall apply likewise to the granting of judicial cooperation in criminal matters.

Article 20

Judicial cooperation in criminal matters apart from the cases listed in article 5 of this Treaty shall not be granted either if judicial cooperation is requested on account of an act which is not punishable according to the laws of the requested Contracting Party or if judicial cooperation is requested in respect of a punishable act which is not subject to extradition.

Article 21

1. The Contracting Parties undertake to notify each other at the beginning of each year of final sentences pronounced by their courts against citizens of the other Contracting Party in the course of the preceding year.

2. At the request of either Contracting Party the other Contracting Party shall provide information about

all other sentences (including sentences which have not yet become final) which have been passed by its courts against citizens of the requesting Contracting Party.

Article 22

1. The Contracting Parties undertake to institute, in conformity with their respective laws at the request by the other Contracting Party, criminal proceedings against the citizens of the requested Party who have committed a punishable act on the territory of the other Contracting Party mentioned in article 24 of this Treaty.

2. The request for instituting criminal proceedings is to be supplemented by the result of investigations as well as further evidential material which are available regarding the punishable act.

3. The requested Contracting Party shall notify the other Contracting Party of the result of the criminal proceedings. If a sentence has been pronounced a copy of the final decision is to be attached.

2. Extradition

Article 23

The Contracting Parties undertake, in accordance with the following provisions of this Treaty, to extradite, if requested, to each other such persons who stay on their territory and against whom criminal proceedings are to be instituted or penalties to be executed.

Article 24

1. Extradition for the purpose of instituting criminal proceedings applies only to such acts which are, according to the laws of both Contracting Parties, punishable with imprisonment of more than one year.

2. Extradition for the purpose of executing penalties applies only to such acts which are punishable according to the laws of both Contracting Parties and if the person concerned has been sentenced to imprisonment for more than one year.

Article 25

1. Extradition shall be refused if

- a) the person whose extradition is requested is a citizen of the requested Contracting Party;
- b) the punishable act was committed on the territory of the requested Contracting Party and no request for criminal prosecution is made according to article 22 par. 1. of this Treaty;
- c) criminal proceedings cannot be instituted according to the laws of the requested Contracting Party or a sentence cannot be executed because of statutory limitation or for any other legal reason;
- d) extradition is inadmissible according to the laws of the requested Contracting Party;
- e) a final sentence relating to the same punishable act has already been pronounced against the person whose extradition is requested on the territory of the requested Contracting Party or if proceedings have finally been closed.

2. If extradition does not take place, the requested party shall notify the requesting Party of the fact by stating the reasons for the refusal of extradition.

Article 26

1. If criminal proceedings are instituted against a person whose extradition is requested or if he has been sentenced on account of another punishable act on the territory of the requested Contracting Party, extradition may be stayed until the termination of criminal proceedings or the execution of the penalty.

2. Should a stay of extradition lead to a prescription of criminal prosecution or engender difficulties in instituting criminal proceedings against a person whose extradition is requested, a substantiated request by either Contracting Party for a temporary extradition may be granted for instituting criminal proceedings. The requesting Party is obliged to return the extradited person immediately after the termination of proceedings and prior to the execution of the penalty.

Article 27

In matters of taking over of criminal prosecution or extradition, communication takes place between the Ministry of Justice or the Procurator General of the German Democratic Republic and the Ministry of Justice of the Republic of Iraq through the diplomatic channel.

Article 28

1. The following papers shall be attached to the requisition for extradition for the purpose of instituting criminal proceedings: the warrant of arrest, a description of the punishable act, a list of evidence, the text of the article of the law on which the requisition for extradition is based. If material damage had resulted from a punishable act, its value is to be indicated.

2. To a requisition for extradition for the purpose of executing a penalty an authentic copy of the final sentence and the text of the article of the law on which the sentence is based, are to be attached. If the convicted person has already served part of his penalty relevant indications have also to be made.

3. The requisition for extradition should, if possible, contain a description and a photograph of the person to be extradited as well as data on his citizenship and domicile, unless these data can be gathered from the warrant of arrest or the sentence.

4. The documents mentioned in paragraphs 1 to 3 of this article shall be sealed by the competent legal authorities and legalised on behalf of the German Democratic Republic only by the Ministry of Justice or by the Procurator General and on behalf of the Republic of Iraq only by the Ministry of Justice. These documents shall be translated into the language of the requested Party or into English.

Article 29

1. The requested Contracting Party shall surrender to the requesting Contracting Party, if extradition takes place in accordance with article 24 of this Treaty, the objects which the offender has used for commission or obtained possession thereof through the commission of the punishable act. These objects shall be handed over even in case of death or escape of the person whose extradition has been granted or for other reasons.

2. The requested Contracting Party shall be entitled to retain temporarily the objects mentioned in par. 1.

of this article, if they are required for other criminal proceedings in its own territory.

3. Any rights of third parties regarding objects which are covered by par. 1. of this article shall not be affected. At the latest after the termination of criminal proceedings, the Contracting Party to whom the objects have been handed over, shall return them to the requested Contracting Party for handing over to their rightful owners, if any.

Article 30

If the requisition for extradition lacks the necessary data the requested Contracting Party is entitled to demand its completion and to set a time limit within which the supplementary data are to be provided. This time limit may be extended on application.

Article 31

After receipt of the requisition for extradition and in case the extradition had been granted the requested Contracting Party shall take immediate measures for finding the person whose extradition is requested and, if necessary, order his arrest.

Article 32

1. On application, a person may be arrested prior to receipt of a requisition for extradition if the competent authority of the requesting Party refers to a warrant of arrest or a final sentence, at the same time announcing the requisition for extradition. This application may be sent by cable, or in any other similar way. The requesting Party must provide all necessary papers for extradition mentioned in article 28 of this Treaty as soon as possible.

2. The competent authorities of either Contracting Party may arrest a person who stays on its territory, even without application according to par. 1. of this article if such a person is known to have committed a punishable act in respect of which extradition may be granted in accordance with article 24 of this Treaty, on the territory of the other Contracting Party.

3. The other Contracting Party shall be immediately notified of an arrest under the provisions of par. 1. and 2. of this article.

Article 33

1. The requested Contracting Party shall close proceedings on extradition and release the arrested person if the required supplementary data have not been provided within the time limit to be determined according to article 30 of this Treaty.

2. A person who was arrested according to the provisions of article 32 of this Treaty, shall be released if the request has not arrived within two months from the day on which the other Contracting Party was notified of the arrest of this person.

Article 34

In case of requests made by several States for the extradition of a person on account of a definite punishable act or of different punishable acts, the requested Contracting Party shall decide which of the requests should be granted, taking into consideration the citizenship of the person whose extradition is requested as well as the place and the seriousness of the punishable act.

Article 35

An extradited person may not be prosecuted nor forced to serve a penalty nor be extradited to a third State for the purpose of criminal prosecution or execution of a penalty on account of another punishable act committed prior to extradition.

Article 36

The requesting Contracting Party shall notify the requested Contracting Party of the result of the criminal proceedings against the extradited person. If the extradited person is convicted a copy of the sentence is also to be transmitted.

Article 37

1. The requested Party granting the extradition, shall notify the requesting Party of the place and time of the surrender of that person.

2. A person whose extradition has been granted, shall be released if the requesting Contracting Party fails to receive the person within a period of twenty days from the day which was fixed as the day of surrendering him.

Article 38

1. The Contracting Parties shall permit each other, on request, the transit through their territory of such person who are extradited to either Contracting Party by a third State. The requested Contracting Party shall not be obliged to permit transit if extradition is not granted in accordance with the provisions of this Treaty.

2. A request for transit shall be made and dealt with in the same way as a requisition for extradition.

Article 39

Each of the Contracting Parties shall bear the costs occasioned by extradition or transit within its own territory.

Chapter VI

Exchange of Information on Legal Matters

Article 40

The Ministries of Justice of the Contracting Parties shall supply each other, on request, with information on laws and legal practice in their respective States.

They shall inform each other on important legislative acts in the fields of the administration of justice and shall exchange their experience in the drafting of laws.

Apart from texts of laws, comments and other literature on legislation and administration of justice shall be exchanged between the two Ministries.

Chapter VII

Final Provisions

Article 41

All questions arising from the interpretation and application of this Treaty shall be settled by the Ministers of Justice of the Contracting Parties or agreed upon through the conclusion of a Protocol.

Article 42

This Treaty shall be subject to ratification by the competent authorities of the two Contracting Parties in accordance with their respective constitutions. The exchange of the instruments of ratification shall be effected at Berlin.

Article 43

1. This Treaty shall enter into force 30 days after the exchange of the instruments of ratification. It shall remain in force for a period of five years.

2. Unless either of the Contracting Parties gives notice in writing of the termination of the Treaty not later than six months before the end of this period, the Treaty shall continue to be in force for further periods of five years each.

Done at Baghdad on the twenty second day of December in the year one thousand nine hundred and seventy in two originals, each in the German, Arabic and English languages, all three texts being equally authentic. In case of doubt in the interpretation of the provisions of this Treaty, the English text shall prevail.

IN WITNESS WHEREOF the Plenipotentiaries of the Contracting Parties have signed and sealed this Treaty.

For the
German
Democratic Republic:

s./Dr. Wünsche

For the
Republic of Iraq:

s./Sharif

Herausgeber: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 35 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 1538 — Verlag: (610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 109 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 209 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 1,20 M, Teil II 1,80 M und Teil III 0,75 M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr

Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 581 Erfurt, Postschließfach 636. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 1054 Berlin, Schwedter Straße 263, Telefon: 42 46 41

Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollensetdruck)

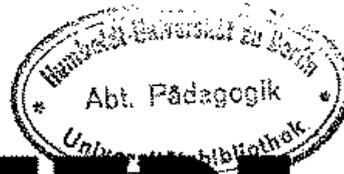
Index 31 816

BIBLIOTHEK
Pädag. Fakultät

0 A

70

91816



GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

1971	Berlin, den 13. August 1971	Teil I Nr. 5
------	-----------------------------	--------------

Tag	Inhalt	Seite
30. 6. 71	Beschluß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik über die Wahlkreise und die Zahl der in den einzelnen Wahlkreisen zu wählenden Abgeordneten für die Wahlen zur Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik im Jahre 1971 ..	129

**Beschluß
des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
über die Wahlkreise und die Zahl der in den
einzelnen Wahlkreisen zu wählenden Abgeordneten
für die Wahlen zur Volkskammer der Deutschen
Demokratischen Republik im Jahre 1971**

vom 30. Juni 1971

Entsprechend § 9 des Gesetzes vom 31. Juli 1963 über die Wahlen zu den Volksvertretungen der Deutschen Demokratischen Republik (Wahlgesetz) (GBl. I S. 97) beschließt der Staatsrat folgende Wahlkreise und die Zahl der in den einzelnen Wahlkreisen zu wählenden Abgeordneten zu den Wahlen zur Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik:

Bezirk Rostock

Wahlkreis 1 8 Abgeordnete
Die Kreise Rostock-Stadt
Wismar-Stadt
Stralsund-Stadt

Wahlkreis 2 8 Abgeordnete
Die Kreise Wolgast
Greifswald
Rügen
Grimmen
Stralsund-Land

Wahlkreis 3 7 Abgeordnete
Die Kreise Ribnitz-Damgarten
Rostock-Land
Bad Doberan
Wismar-Land
Grevesmühlen

Bezirk Schwerin

Wahlkreis 4 5 Abgeordnete
Die Kreise Schwerin-Stadt
Schwerin-Land
Gadebusch
Sternberg

Wahlkreis 5 6 Abgeordnete
Die Kreise Hagenow
Ludwigslust
Perleberg

Wahlkreis 6 5 Abgeordnete
Die Kreise Parchim
Bützow
Güstrow
Lübz

Bezirk Neubrandenburg

Wahlkreis 7 5 Abgeordnete
Die Kreise Neustrelitz
Röbel/Müritz
Waren
Neubrandenburg-Stadt
Neubrandenburg-Land

Wahlkreis 8 6 Abgeordnete
Die Kreise Templin
Prenzlau
Strasburg
Pasewalk
Ueckermünde

Wahlkreis 9 6 Abgeordnete
Die Kreise Anklam
Demmin
Malchin
Teterow
Altentreptow

Bezirk Potsdam

Wahlkreis 10 6 Abgeordnete
Die Kreise Potsdam-Stadt
Potsdam-Land

Wahlkreis 11 6 Abgeordnete
Die Kreise Brandenburg-Stadt
Brandenburg-Land
Rathenow
Belzig

Wahlkreis 12	7 Abgeordnete	Wahlkreis 22	5 Abgeordnete
Die Kreise Jüterbog Luckenwalde Zossen Königs Wusterhausen		Die Kreise Saizwedel Osterburg Kalbe/Milde Klötze Gardelegen	
Wahlkreis 13	6 Abgeordnete	Wahlkreis 23	5 Abgeordnete
Die Kreise Nauen Oranienburg		Die Kreise Stendal Tangerhütte Havelberg Genthin	
Wahlkreis 14	6 Abgeordnete	Wahlkreis 24	6 Abgeordnete
Die Kreise Gransee Neuruppin Kyritz Wittstock Pritzwalk		Die Kreise Haldensleben Wolmirstedt Wanzleben Oschersleben	
Bezirk Frankfurt/Oder		Wahlkreis 25	3 Abgeordnete
Wahlkreis 15	5 Abgeordnete	Die Kreise Staffurt Schönebeck Zerbst Burg	
Die Kreise Frankfurt/Oder-Stadt Schwedt Eisenhüttenstadt		Wahlkreis 26	6 Abgeordnete
Die Städte Fürstenwalde Eberswalde		Die Kreise Halberstadt Wernigerode	
Wahlkreis 16	6 Abgeordnete	Bezirk Halle	
Die Kreise Angermünde Eberswalde-Land Bad Freienwalde Seelow Eisenhüttenstadt-Land		Wahlkreis 27	7 Abgeordnete
Wahlkreis 17	7 Abgeordnete	Die Kreise Halle-Stadt Halle-Neustadt	
Die Kreise Bernau Strausberg Fürstenwalde-Land Beeskow		Wahlkreis 28	4 Abgeordnete
Bezirk Cottbus		Kreis Merseburg	
Wahlkreis 18	8 Abgeordnete	Wahlkreis 29	3 Abgeordnete
Die Kreise Cottbus-Stadt Cottbus-Land Wilhelm-Pieck-Stadt Guben Forst Spremberg Calau		Die Kreise Bitterfeld Gräfenhainichen Wittenberg	
Wahlkreis 19	7 Abgeordnete	Wahlkreis 30	6 Abgeordnete
Die Kreise Weißwasser Hoyerswerda Senftenberg		Die Kreise Dessau Roßlau Köthen	
Wahlkreis 20	7 Abgeordnete	Wahlkreis 31	7 Abgeordnete
Die Kreise Bad Liebenwerda Herzberg Jessen Finsterwalde Luckau Lübben		Die Kreise Bernburg Aschersleben Quedlinburg	
Bezirk Magdeburg		Wahlkreis 32	6 Abgeordnete
Wahlkreis 21	7 Abgeordnete	Die Kreise Nebra Artern Querfurt Saalkreis	
Kreis Magdeburg-Stadt		Wahlkreis 33	7 Abgeordnete
		Die Kreise Hettstedt Eisleben Sangerhausen	

Wahlkreis 34	8 Abgeordnete	Wahlkreis 45	9 Abgeordnete
Die Kreise Naumburg Weißenfels Hohenmölsen Zeitz		Die Kreise Neuhaus am Rennweg Bad Salzungen Meiningen Hildburghausen Sonneberg	
Bezirk Erfurt		Bezirk Dresden	
Wahlkreis 35	7 Abgeordnete	Wahlkreis 46	7 Abgeordnete
Die Kreise Erfurt-Stadt Weimar-Stadt		Dresden Stadtbezirk Nord Stadtbezirk Ost	
Wahlkreis 36	6 Abgeordnete	Wahlkreis 47	6 Abgeordnete
Die Kreise Heiligenstadt Worbis Mühlhausen		Dresden Stadtbezirk Süd Stadtbezirk West Stadtbezirk Mitte	
Wahlkreis 37	7 Abgeordnete	Wahlkreis 48	6 Abgeordnete
Die Kreise Eisenach Gotha		Die Kreise Dresden-Land Freital	
Wahlkreis 38	4 Abgeordnete	Wahlkreis 49	6 Abgeordnete
Die Kreise Arnstadt Weimar-Land Apolda		Die Kreise Dippoldiswalde Pirna Sebnitz	
Wahlkreis 39	5 Abgeordnete	Wahlkreis 50	6 Abgeordnete
Die Kreise Sondershausen Nordhausen		Die Kreise Meißen Riesa	
Wahlkreis 40	5 Abgeordnete	Wahlkreis 51	5 Abgeordnete
Die Kreise Langensalza Erfurt-Land Sömmerda		Die Kreise Großenhain Kamenz Bischofswerda	
Bezirk Gera		Wahlkreis 52	7 Abgeordnete
Wahlkreis 41	8 Abgeordnete	Die Kreise Görlitz-Stadt Görlitz-Land Zittau	
Die Kreise Gera-Stadt Gera-Land Jena-Stadt Jena-Land		Wahlkreis 53	8 Abgeordnete
Wahlkreis 42	5 Abgeordnete	Die Kreise Löbau Bautzen Niesky	
Die Kreise Greiz Zeulenroda Schleiz Lobenstein		Bezirk Leipzig	
Wahlkreis 43	7 Abgeordnete	Wahlkreis 54	8 Abgeordnete
Die Kreise Saalfeld Pößneck Rudolstadt Stadtroda Eisenberg		Leipzig Stadtbezirk Südwest Stadtbezirk West Stadtbezirk Nord Stadtbezirk Nordost	
Bezirk Suhl		Wahlkreis 55	8 Abgeordnete
Wahlkreis 44	6 Abgeordnete	Leipzig Stadtbezirk Mitte Stadtbezirk Südost Stadtbezirk Süd	
Die Kreise Suhl-Stadt Suhl-Land Schmalkalden Ilmenau		Wahlkreis 56	5 Abgeordnete
		Kreis Leipzig-Land	
		Wahlkreis 57	8 Abgeordnete
		Die Kreise Borna Altenburg Schmöln Geithain	

Wahlkreis 58	8 Abgeordnete	Wahlkreis 64	6 Abgeordnete
Die Kreise Delitzsch Eilenburg Torgau Wurzen		Die Kreise Aue Stollberg	
Wahlkreis 59	6 Abgeordnete	Wahlkreis 65	8 Abgeordnete
Die Kreise Döbeln Grimma Oschatz		Die Kreise Reichenbach Werdau Glauchau Hohenstein-Ernstthal	
Bezirk Karl-Marx-Stadt		Wahlkreis 66	8 Abgeordnete
Wahlkreis 60	8 Abgeordnete	Die Kreise Klingenthal Oelsnitz Plauen-Stadt Plauen-Land Auerbach	
Kreis Karl-Marx-Stadt		Wahlkreis 67	6 Abgeordnete
Wahlkreis 61	7 Abgeordnete	Die Kreise Zwickau-Stadt Zwickau-Land	
Die Kreise Karl-Marx-Stadt-Land Rochlitz Hainichen			
Wahlkreis 62	7 Abgeordnete	Berlin, den 30. Juni 1971	
Die Kreise Flöha Freiberg Brand-Erbisdorf Zschopau		Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik	
Wahlkreis 63	6 Abgeordnete	W. Uibrich	
Die Kreise Marienberg Annaberg Schwarzenberg		Der Sekretär des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik	
		O. Gotsche	

Herausgeber: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 30 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 1538 — Verlag: (610/82) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 209 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 1,20 M, Teil II 1,80 M und Teil III 0,75 M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr

Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschließfach 656. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 1034 Berlin, Schwedter Straße 263, Telefon: 42 46 41

Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollenoffsetdruck)

Index 31 816



GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik



1971	Berlin, den 30. August 1971	Teil I Nr. 6
------	-----------------------------	--------------

Tag	Inhalt	Seite
27. 8. 71	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Vertrages vom 27. April 1970 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Syrischen Arabischen Republik über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen	133
26. 7. 71	Bekanntmachung über das Madrider Abkommen über die internationale Registrierung von Marken vom 14. April 1891, revidiert in Brüssel am 14. Dezember 1900, in Washington am 2. Juni 1911, im Haag am 6. November 1925, in London am 2. Juni 1934 in Nizza am 15. Juni 1957 und in Stockholm am 14. Juli 1967	133

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Vertrages
vom 27. April 1970 zwischen der Deutschen
Demokratischen Republik und der Syrischen
Arabischen Republik über den Rechtsverkehr
in Zivil-, Familien- und Strafsachen**

vom 27. August 1971

Entsprechend § 2 des Gesetzes vom 16. September 1970 über den Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Syrischen Arabischen Republik vom 27. April 1970 über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen (GBI. I S. 299) wird hiermit bekanntgemacht, daß der Vertrag nach dem am 27. Juli 1971 in Berlin erfolgten Austausch der Ratifikationsurkunden gemäß seinem Artikel 66 am 26. August 1971 in Kraft getreten ist.

Berlin, den 27. August 1971

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

O. Gotsche

**Bekanntmachung
über das Madrider Abkommen
über die internationale Registrierung von Marken
vom 14. April 1891,
revidiert in Brüssel am 14. Dezember 1900,
in Washington am 2. Juni 1911,
im Haag am 6. November 1925,
in London am 2. Juni 1934,
in Nizza am 15. Juni 1957 und
in Stockholm am 14. Juli 1967**

vom 26. Juli 1971

Nachstehend wird das Madrider Abkommen über die internationale Registrierung von Marken vom 14. April 1891, revidiert in Brüssel am 14. Dezember 1900, in Washington am 2. Juni 1911, im Haag am 6. November 1925, in London am 2. Juni 1934, in Nizza am 15. Juni 1957 und in Stockholm am 14. Juli 1967, dem die Deutsche Demokratische Republik mit Wirkung vom 20. Juni 1968 beigetreten ist, sowie dessen offizielle deutsche Übersetzung bekanntgemacht.

Das Abkommen ist gemäß Artikel 14 Abs. 4 a nach Hinterlegung der 5. Ratifikations- oder Beitrittsurkunde am 19. September 1970 in Kraft getreten.

Berlin, den 26. Juli 1971

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

O. Gotsche

**Madriider Abkommen
über die internationale Registrierung
von Marken
vom 14. April 1891,
revidiert in BRÜSSEL am 14. Dezember 1900,
in WASHINGTON am 2. Juni 1911,
im HAAG am 6. November 1925,
in LONDON am 2. Juni 1934,
in NIZZA am 15. Juni 1957
und in STOCKHOLM am 14. Juli 1967**

Artikel 1

(1) Die Länder, auf die dieses Abkommen Anwendung findet, bilden einen besonderen Verband für die internationale Registrierung von Marken.

(2) Die Angehörigen eines jeden der Vertragsländer können sich in allen übrigen Vertragsländern dieses Abkommens den Schutz ihrer im Ursprungsland für Waren oder Dienstleistungen eingetragenen Marken dadurch sichern, daß sie diese Marken durch Vermittlung der Behörde des Ursprungslandes bei dem im Übereinkommen zur Errichtung der Weltorganisation für geistiges Eigentum (im folgenden als „die Organisation“ bezeichnet) vorgesehenen Internationalen Büro für geistiges Eigentum (im folgenden als „das Internationale Büro“ bezeichnet) hinterlegen.

(3) Als Ursprungsland wird das Land des besonderen Verbandes angesehen, in dem der Hinterleger eine tatsächliche und nicht nur zum Schein bestehende gewerbliche oder Handelsniederlassung hat; wenn er eine solche Niederlassung in einem Land des besonderen Verbandes nicht hat, das Land des besonderen Verbandes, in dem er seinen Wohnsitz hat; wenn er keinen Wohnsitz innerhalb des besonderen Verbandes hat, das Land seiner Staatsangehörigkeit, sofern er Angehöriger eines Landes des besonderen Verbandes ist.

Artikel 2

Den Angehörigen der Vertragsländer sind gleichgestellt die Angehörigen der diesem Abkommen nicht beigetretenen Länder, die im Gebiet des durch dieses Abkommen gebildeten besonderen Verbandes den durch Artikel 3 der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums festgesetzten Bedingungen genügen.

Artikel 3

(1) Jedes Gesuch um internationale Registrierung ist auf dem von der Ausführungsordnung vorgeschriebenen Formular einzureichen; die Behörde des Ursprungslandes der Marke bescheinigt, daß die Angaben in diesem Gesuch denen des nationalen Registers entsprechen, und gibt die Daten und Nummern der Hinterlegung und der Eintragung der Marke im Ursprungsland sowie das Datum des Gesuchs um internationale Registrierung an.

(2) Der Hinterleger hat die Waren oder Dienstleistungen, für die der Schutz der Marke beansprucht wird, anzugeben sowie, wenn möglich, die Klasse oder die Klassen entsprechend der Klassifikation, die durch das Abkommen von Nizza über die Internationale Klassifikation von Waren und Dienstleistungen für die Eintragung von Marken festgelegt worden ist. Macht der Hinterleger diese Angabe nicht, so ordnet das Internationale Büro die Waren oder Dienstleistungen in die ent-

sprechenden Klassen der erwähnten Klassifikation ein. Die vom Hinterleger angegebene Einordnung unterliegt der Prüfung durch das Internationale Büro, das hierbei im Einvernehmen mit der nationalen Behörde vorgeht. Im Fall einer Meinungsverschiedenheit zwischen der nationalen Behörde und dem Internationalen Büro ist die Ansicht des letzteren maßgebend.

(3) Beansprucht der Hinterleger die Farbe als unterscheidendes Merkmal seiner Marke, so ist er verpflichtet:

1. dies ausdrücklich zu erklären und seiner Hinterlegung einen Vermerk beizufügen, der die beanspruchte Farbe oder Farbenzusammenstellung angibt;
2. seinem Gesuch farbige Darstellungen der Marke beizulegen, die den Mitteilungen des Internationalen Büros beigelegt werden. Die Anzahl dieser Darstellungen wird durch die Ausführungsordnung bestimmt.

(4) Das Internationale Büro trägt die gemäß Artikel 1 hinterlegten Marken sogleich in ein Register ein. Die Registrierung erhält das Datum des Gesuchs um internationale Registrierung im Ursprungsland, sofern das Gesuch beim Internationalen Büro innerhalb von zwei Monaten nach diesem Zeitpunkt eingegangen ist. Ist das Gesuch nicht innerhalb dieser Frist eingegangen, so trägt das Internationale Büro es mit dem Datum ein, an dem es bei ihm eingegangen ist. Das Internationale Büro zeigt diese Registrierung unverzüglich den beteiligten Behörden an. Die registrierten Marken werden in einem regelmäßig erscheinenden, vom Internationalen Büro herausgegebenen Blatt unter Verwendung der in dem Registrierungsgesuch enthaltenen Angaben veröffentlicht. Hinsichtlich der Marken, die einen bildlichen Bestandteil oder eine besondere Schriftform enthalten, bestimmt die Ausführungsordnung, ob der Hinterleger einen Druckstock einzureichen hat.

(5) Um die registrierten Marken in den Vertragsländern zur allgemeinen Kenntnis zu bringen, erhält jede Behörde vom Internationalen Büro eine Anzahl von Stücken der genannten Veröffentlichung unentgeltlich sowie eine Anzahl von Stücken zu ermäßigtem Preis im Verhältnis zur Zahl der in Artikel 16 Absatz (4) Buchstabe a) der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums genannten Einheiten und zu den von der Ausführungsordnung festgelegten Bedingungen. Diese Bekanntgabe ist in allen Vertragsländern als vollkommen ausreichend anzusehen; eine weitere darf vom Hinterleger nicht gefordert werden.

Artikel 3bis

(1) Jedes Vertragsland kann jederzeit dem Generaldirektor der Organisation (im folgenden als „der Generaldirektor“ bezeichnet) schriftlich notifizieren, daß sich der Schutz aus der internationalen Registrierung auf dieses Land nur dann erstreckt, wenn der Inhaber der Marke es ausdrücklich beantragt.

(2) Diese Notifikation wird erst sechs Monate nach dem Zeitpunkt ihrer Mitteilung durch den Generaldirektor an die anderen Vertragsländer wirksam.

Artikel 3ter

(1) Das Gesuch um Ausdehnung des Schutzes aus der internationalen Registrierung auf ein Land, das von der durch Artikel 3bis geschaffenen Befugnis Gebrauch

gemacht hat, ist in dem in Artikel 3 Absatz (1) vorgesehenen Gesuch besonders zu erwähnen.

(2) Das erst nach der internationalen Registrierung gestellte Gesuch um Ausdehnung des Schutzes ist durch Vermittlung der Behörde des Ursprungslandes auf einem von der Ausführungsordnung vorgeschriebenen Formular einzureichen. Das Internationale Büro trägt es sogleich in das Register ein und teilt es unverzüglich der oder den beteiligten Behörden mit. Das Gesuch wird in dem regelmäßig erscheinenden, vom Internationalen Büro herausgegebenen Blatt veröffentlicht. Diese Ausdehnung des Schutzes wird zu dem Zeitpunkt wirksam, zu dem sie im internationalen Register eingetragen wird; sie verliert ihre Wirkung mit dem Erlöschen der internationalen Registrierung der Marke, auf die sie sich bezieht.

Artikel 4

(1) Vom Zeitpunkt der im Internationalen Büro nach den Bestimmungen der Artikel 3 und 3ter vollzogenen Registrierung an ist die Marke in jedem der beteiligten Vertragsländer ebenso geschützt, wie wenn sie dort unmittelbar hinterlegt worden wäre. Die in Artikel 3 vorgesehene Einordnung der Waren oder Dienstleistungen bindet die Vertragsländer nicht hinsichtlich der Beurteilung des Schutzzumfangs der Marke.

(2) Jede Marke, die Gegenstand einer internationalen Registrierung gewesen ist, genießt das durch Artikel 4 der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums festgelegte Prioritätsrecht, ohne daß es erforderlich ist, die unter Buchstabe D jenes Artikels vorgesehenen Förmlichkeiten zu erfüllen.

Artikel 4bis

(1) Ist eine in einem oder mehreren der Vertragsländer bereits hinterlegte Marke später vom Internationalen Büro auf den Namen desselben Inhabers oder seines Rechtsnachfolgers registriert worden, so ist die internationale Registrierung als an die Stelle der früheren nationalen Eintragungen getreten anzusehen, unbeschadet der durch die letzteren erworbenen Rechte.

(2) Die nationale Behörde hat auf Antrag die internationale Registrierung in ihren Registern zu vermerken.

Artikel 5

(1) Die Behörden, denen das Internationale Büro die Registrierung einer Marke oder das gemäß Artikel 3ter gestellte Gesuch um Ausdehnung des Schutzes mitteilt, sind in den Ländern, deren Rechtsvorschriften sie dazu ermächtigen, zu der Erklärung befugt, daß dieser Marke der Schutz in ihrem Hoheitsgebiet nicht gewährt werden kann. Eine solche Schutzverweigerung ist jedoch nur unter den Bedingungen zulässig, die nach der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums auf eine zur nationalen Eintragung hinterlegte Marke anwendbar wären. Der Schutz darf jedoch weder ganz noch teilweise allein deshalb verweigert werden, weil die innerstaatlichen Rechtsvorschriften die Eintragung nur für eine beschränkte Anzahl von Klassen oder für eine beschränkte Anzahl von Waren oder Dienstleistungen zulassen.

(2) Die Behörden, die von dieser Befugnis Gebrauch machen wollen, haben ihre Schutzverweigerung unter Angabe aller Gründe dem Internationalen Büro innerhalb der von ihrem Landesgesetz vorgesehenen Frist, spätestens aber vor Ablauf eines Jahres nach der inter-

nationalen Registrierung der Marke oder nach dem gemäß Artikel 3ter gestellten Gesuch um Ausdehnung des Schutzes, mitzuteilen.

(3) Das Internationale Büro übermittelt unverzüglich eines der Stücke der in dieser Weise mitgeteilten Schutzverweigerungserklärung der Behörde des Ursprungslandes und dem Inhaber der Marke oder seinem Vertreter, falls dieser dem Büro von der genannten Behörde angegeben worden ist. Der Beteiligte hat dieselben Rechtsmittel, wie wenn er die Marke unmittelbar in dem Land hinterlegt hätte, in dem der Schutz verweigert wird.

(4) Das Internationale Büro hat den Beteiligten auf Antrag die Gründe der Schutzverweigerung mitzuteilen.

(5) Die Behörden, die innerhalb der genannten Höchstfrist von einem Jahr dem Internationalen Büro hinsichtlich der Registrierung einer Marke oder eines Gesuchs um Ausdehnung des Schutzes keine vorläufige oder endgültige Schutzverweigerung mitgeteilt haben, verlieren hinsichtlich der betreffenden Marke die Vergünstigung der in Absatz (1) vorgesehenen Befugnis.

(6) Die zuständigen Behörden dürfen eine internationale Marke nicht für ungültig erklären, ohne dem Inhaber der Marke Gelegenheit gegeben zu haben, seine Rechte rechtzeitig geltend zu machen. Die Ungültigkeitserklärung ist dem Internationalen Büro mitzuteilen.

Artikel 5bis

Die Belege für die Rechtmäßigkeit des Gebrauchs gewisser Markenbestandteile — wie Wappen, Wappenschilder, Bildnisse, Auszeichnungen, Titel, Handels- oder Personennamen, die anders lauten als der des Hinterlegers, oder andere Inschriften ähnlicher Art —, die von den Behörden der Vertragsländer etwa angefordert werden, sind von jeder Beglaubigung sowie von jeder anderen Bestätigung als der der Behörde des Ursprungslandes befreit.

Artikel 5ter

(1) Das Internationale Büro übermittelt auf Antrag jedermann gegen eine durch die Ausführungsordnung festgesetzte Gebühr eine Abschrift der im Register eingetragenen Angaben über eine bestimmte Marke.

(2) Das Internationale Büro kann gegen Entgelt auch Nachforschungen nach älteren Registrierungen internationaler Marken übernehmen.

(3) Die zur Vorlage in einem der Vertragsländer beantragten Auszüge aus dem internationalen Register sind von jeder Beglaubigung befreit.

Artikel 6

(1) Die Registrierung einer Marke beim Internationalen Büro erfolgt für zwanzig Jahre mit der Möglichkeit der Erneuerung unter den in Artikel 7 festgesetzten Bedingungen.

(2) Mit dem Ablauf einer Frist von fünf Jahren vom Zeitpunkt der internationalen Registrierung an wird diese, vorbehaltlich der folgenden Bestimmungen, von der vorher im Ursprungsland eingetragenen nationalen Marke unabhängig.

(3) Der durch die internationale Registrierung erlangte Schutz, gleichgültig ob die Registrierung Gegenstand einer Übertragung gewesen ist oder nicht, kann, ganz oder teilweise, nicht mehr in Anspruch genommen wer-

den, wenn innerhalb von fünf Jahren vom Zeitpunkt der internationalen Registrierung an die vorher im Ursprungsland im Sinn des Artikels 1 eingetragene nationale Marke in diesem Land den gesetzlichen Schutz ganz oder teilweise nicht mehr genießt. Das gleiche gilt, wenn dieser gesetzliche Schutz später infolge einer vor Ablauf der Frist von fünf Jahren erhobenen Klage erlischt.

(4) Wird die Marke freiwillig oder von Amtes wegen gelöscht, so ersucht die Behörde des Ursprungslandes das Internationale Büro um die Löschung der Marke, das daraufhin die Löschung vornimmt. Im Fall eines gerichtlichen Verfahrens übermittelt die genannte Behörde von Amtes wegen oder auf Verlangen des Klägers dem Internationalen Büro eine Abschrift der Klageschrift oder einer anderen die Klageerhebung nachweisenden Urkunde, ebenso eine Abschrift des rechtskräftigen Urteils; das Büro vermerkt dies im internationalen Register.

Artikel 7

(1) Die Registrierung kann immer wieder für einen Zeitabschnitt von zwanzig Jahren, gerechnet vom Ablauf des vorhergehenden Zeitabschnitts an, durch einfache Zahlung der in Artikel 8 Absatz (2) vorgesehenen Grundgebühr und gegebenenfalls der Zusatz- und Ergänzungsgebühren erneuert werden.

(2) Die Erneuerung darf gegenüber dem letzten Stand der vorhergehenden Registrierung keine Änderung enthalten.

(3) Bei der ersten nach den Bestimmungen der Nizzaer Fassung vom 15. Juni 1957 oder dieser Fassung des Abkommens vorgenommenen Erneuerung sind die Klassen der internationalen Klassifikation anzugeben, auf die sich die Registrierung bezieht.

(4) Sechs Monate vor Ablauf der Schutzfrist erinnert das Internationale Büro den Inhaber der Marke und seinen Vertreter durch Zusendung einer offiziellen Mitteilung an den genauen Zeitpunkt dieses Ablaufs.

(5) Gegen Zahlung einer von der Ausführungsordnung festgesetzten Zuschlagsgebühr wird eine Nachfrist von sechs Monaten für die Erneuerung der internationalen Registrierung gewährt.

Artikel 8

(1) Die Behörde des Ursprungslandes ist befugt, nach ihrem Ermessen eine nationale Gebühr festzusetzen und zu ihren Gunsten vom Inhaber der Marke, deren internationale Registrierung oder Erneuerung beantragt wird, zu erheben.

(2) Vor der Registrierung einer Marke beim Internationalen Büro ist eine internationale Gebühr zu entrichten, die sich zusammensetzt aus:

- a) einer Grundgebühr;
- b) einer Zusatzgebühr für jede die dritte Klasse übersteigende Klasse der internationalen Klassifikation, in welche die Waren oder Dienstleistungen eingeordnet werden, auf die sich die Marke bezieht;
- c) einer Ergänzungsgebühr für jedes Gesuch um Ausdehnung des Schutzes gemäß Artikel 3ter.

(3) Die in Absatz (2) Buchstabe b) geregelte Zusatzgebühr kann jedoch, ohne daß sich dies auf den Zeitpunkt der Registrierung auswirkt, innerhalb einer von der Ausführungsordnung festzusetzenden Frist entrich-

tet werden, wenn die Zahl der Klassen der Waren oder Dienstleistungen vom Internationalen Büro festgesetzt oder bestritten worden ist. Ist bei Ablauf der genannten Frist die Zusatzgebühr nicht entrichtet oder das Verzeichnis der Waren oder Dienstleistungen vom Hinterleger nicht in dem erforderlichen Ausmaß eingeschränkt worden, so gilt das Gesuch um internationale Registrierung als zurückgenommen.

(4) Der jährliche Gesamtbetrag der verschiedenen Einnahmen aus der internationalen Registrierung wird mit Ausnahme der in Absatz (2) Buchstaben b) und c) vorgesehenen Einnahmen nach Abzug der durch die Ausführung dieser Fassung des Abkommens verursachten Kosten und Aufwendungen vom Internationalen Büro zu gleichen Teilen unter die Vertragsländer dieser Fassung des Abkommens verteilt. Wenn ein Land im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Fassung des Abkommens diese noch nicht ratifiziert hat oder ihr noch nicht beigetreten ist, hat es bis zu dem Zeitpunkt, zu dem seine Ratifikation oder sein Beitritt wirksam wird, Anspruch auf eine Verteilung des Einnahmenüberschusses, der auf der Grundlage der früheren Fassung des Abkommens, die für das Land gilt, errechnet wird.

(5) Die sich aus den Zusatzgebühren gemäß Absatz (2) Buchstabe b) ergebenden Beträge werden nach Ablauf jedes Jahres unter die Vertragsländer dieser Fassung des Abkommens oder der Nizzaer Fassung vom 15. Juni 1957 im Verhältnis zur Zahl der Marken verteilt, für die während des abgelaufenen Jahres in jedem dieser Länder der Schutz beantragt worden ist; soweit es sich um Länder mit Vorprüfung handelt, wird diese Zahl mit einem Koeffizienten vervielfacht, der in der Ausführungsordnung festgesetzt wird. Wenn ein Land im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Fassung des Abkommens diese noch nicht ratifiziert hat oder ihr noch nicht beigetreten ist, hat es bis zu dem Zeitpunkt, zu dem seine Ratifikation oder sein Beitritt wirksam wird, Anspruch auf eine Verteilung der auf der Grundlage der Nizzaer Fassung errechneten Beträge.

(6) Die sich aus den Ergänzungsgebühren gemäß Absatz (2) Buchstabe c) ergebenden Beträge werden nach den Regeln des Absatzes (5) unter die Länder verteilt, die von der in Artikel 3bis vorgesehenen Befugnis Gebrauch gemacht haben. Wenn ein Land im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Fassung des Abkommens diese noch nicht ratifiziert hat oder ihr noch nicht beigetreten ist, hat es bis zu dem Zeitpunkt, zu dem seine Ratifikation oder sein Beitritt wirksam wird, Anspruch auf eine Verteilung der auf der Grundlage der Nizzaer Fassung errechneten Beträge.

Artikel 8bis

Der Inhaber der internationalen Registrierung kann jederzeit durch eine an die Behörde seines Landes gerichtete Erklärung auf den Schutz in einem oder in mehreren der Vertragsländer verzichten; die Erklärung wird dem Internationalen Büro mitgeteilt und von diesem den Ländern, auf die sich der Verzicht bezieht, zur Kenntnis gebracht. Der Verzicht ist gebührenfrei.

Artikel 9

(1) Ebenso teilt die Behörde des Landes des Inhabers dem Internationalen Büro die bei der eingetragenen Marke im nationalen Register vermerkten Nichtigkeits-erklärungen, Löschungen, Verzichte, Übertragungen und anderen Änderungen mit, wenn diese Änderungen auch die internationale Registrierung betreffen.

(2) Das Büro trägt diese Änderungen in das internationale Register ein, teilt sie seinerseits den Behörden der Vertragsländer mit und veröffentlicht sie in seinem Blatt.

(3) Ebenso wird verfahren, wenn der Inhaber der internationalen Registrierung beantragt, das Verzeichnis der Waren oder Dienstleistungen einzuschränken, auf die sich die Registrierung bezieht.

(4) Für diese Amtshandlungen kann eine Gebühr erhoben werden, die durch die Ausführungsordnung festgesetzt wird.

(5) Die nachträgliche Erweiterung des Verzeichnisses um eine neue Ware oder Dienstleistung kann nur durch eine neue Hinterlegung nach den Bestimmungen des Artikels 3 vorgenommen werden.

(6) Der Erweiterung steht der Austausch einer Ware oder Dienstleistung durch eine andere gleich.

Artikel 9bis

(1) Wird eine im internationalen Register eingetragene Marke auf eine Person übertragen, die in einem anderen Vertragsland als dem Land des Inhabers der internationalen Registrierung ansässig ist, so ist die Übertragung durch die Behörde dieses Landes dem Internationalen Büro mitzuteilen. Das Internationale Büro trägt die Übertragung in das Register ein, teilt sie den anderen Behörden mit und veröffentlicht sie in seinem Blatt. Wird die Übertragung vor Ablauf der Frist von fünf Jahren seit der internationalen Registrierung vorgenommen, so holt das Internationale Büro die Zustimmung der Behörde des Landes des neuen Inhabers ein und veröffentlicht, wenn möglich, das Datum und die Nummer der Registrierung der Marke in dem Land des neuen Inhabers.

(2) Die Übertragung einer im internationalen Register eingetragenen Marke auf eine Person, die zur Hinterlegung einer internationalen Marke nicht berechtigt ist, wird im Register nicht eingetragen.

(3) Konnte eine Übertragung im internationalen Register nicht eingetragen werden, weil das Land des neuen Inhabers seine Zustimmung versagt hat oder weil die Übertragung zugunsten einer Person vorgenommen worden ist, die zur Einreichung eines Gesuchs um internationale Registrierung nicht berechtigt ist, so hat die Behörde des Landes des früheren Inhabers das Recht, vom Internationalen Büro die Löschung der Marke in dessen Register zu verlangen.

Artikel 9ter

(1) Wird die Übertragung einer internationalen Marke nur für einen Teil der eingetragenen Waren oder Dienstleistungen dem Internationalen Büro mitgeteilt, so trägt dieses die Übertragung in sein Register ein. Jedes der Vertragsländer ist befugt, die Gültigkeit dieser Übertragung nicht anzuerkennen, wenn die Waren oder Dienstleistungen des auf diese Weise übertragenen Teils mit denen gleichartig sind, für welche die Marke zugunsten des Übertragenden eingetragen bleibt.

(2) Das Internationale Büro trägt auch Übertragungen der internationalen Marke ein, die sich nur auf eines oder auf mehrere der Vertragsländer beziehen.

(3) Tritt in den vorgenannten Fällen ein Wechsel des Landes des Inhabers ein, so hat die für den neuen Inhaber zuständige Behörde die nach Artikel 9bis erforderliche Zustimmung zu erteilen, wenn die internationale

Marke vor Ablauf der Frist von fünf Jahren seit der internationalen Registrierung übertragen worden ist.

(4) Die Bestimmungen der vorhergehenden Absätze finden nur unter dem Vorbehalt des Artikels 9quater der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums Anwendung.

Artikel 9quater

(1) Kommen mehrere Länder des besonderen Verbandes überein, ihre Landesgesetze auf dem Gebiet des Markenrechts zu vereinheitlichen, so können sie dem Generaldirektor notifizieren:

- a) daß eine gemeinsame Behörde an die Stelle der nationalen Behörde jedes dieser Länder tritt und
- b) daß die Gesamtheit ihrer Hoheitsgebiete für die vollständige oder teilweise Anwendung der diesem Artikel vorhergehenden Bestimmungen als ein Land anzusehen ist.

(2) Diese Notifikation wird erst wirksam sechs Monate nach dem Zeitpunkt der Mitteilung, welche der Generaldirektor den anderen Vertragsländern darüber zugehen läßt.

Artikel 10

- (1) a) Der besondere Verband hat eine Versammlung, die sich aus den Ländern zusammensetzt, die diese Fassung des Abkommens ratifiziert haben oder ihr beigetreten sind.
- b) Die Regierung jedes Landes wird durch einen Delegierten vertreten, der von Stellvertretern, Beratern und Sachverständigen unterstützt werden kann.
- c) Die Kosten jeder Delegation werden von der Regierung getragen, die sie entsandt hat, mit Ausnahme der Reisekosten und der Aufenthaltsentschädigung für einen Delegierten jedes Mitgliedlandes, die zu Lasten des besonderen Verbandes gehen.

(2) a) Die Versammlung

- i) behandelt alle Fragen betreffend die Erhaltung und die Entwicklung des besonderen Verbandes sowie die Anwendung dieses Abkommens;
- ii) erteilt dem Internationalen Büro Weisungen für die Vorbereitung der Revisionskonferenzen unter gebührender Berücksichtigung der Stellungnahmen der Länder des besonderen Verbandes, die diese Fassung des Abkommens weder ratifiziert haben noch ihr beigetreten sind;
- iii) ändert die Ausführungsordnung und setzt die Höhe der in Artikel 8 Absatz (2) genannten Gebühren und der anderen Gebühren für die internationale Registrierung fest;
- iv) prüft und billigt die Berichte und die Tätigkeit des Generaldirektors betreffend den besonderen Verband und erteilt ihm alle zweckdienlichen Weisungen in Fragen, die in die Zuständigkeit des besonderen Verbandes fallen;
- v) legt das Programm fest, beschließt den Dreijahres-Haushaltsplan des besonderen Verbandes und billigt seine Rechnungsabschlüsse;

- vi) beschließt die Finanzvorschriften des besonderen Verbandes;
 - vii) bildet die Sachverständigenausschüsse und Arbeitsgruppen, die sie zur Verwirklichung der Ziele des besonderen Verbandes für zweckdienlich hält;
 - viii) bestimmt, welche Nichtmitgliedländer des besonderen Verbandes, welche zwischenstaatlichen und welche internationalen nichtstaatlichen Organisationen zu ihren Sitzungen als Beobachter zugelassen werden;
 - ix) beschließt Änderungen der Artikel 10 bis 13;
 - x) nimmt jede andere Handlung vor, die zur Erreichung der Ziele des besonderen Verbandes geeignet ist;
 - xi) nimmt alle anderen Aufgaben wahr, die sich aus diesem Abkommen ergeben.
- b) Über Fragen, die auch für andere von der Organisation verwaltete Verbände von Interesse sind, entscheidet die Versammlung nach Anhörung des Koordinierungsausschusses der Organisation.
- (3) a) Jedes Mitgliedland der Versammlung verfügt über eine Stimme.
- b) Die Hälfte der Mitgliedländer der Versammlung bildet das Quorum (die für die Beschlussfähigkeit erforderliche Mindestzahl).
- c) Ungeachtet des Buchstaben b) kann die Versammlung Beschlüsse fassen, wenn während einer Tagung die Zahl der vertretenen Länder zwar weniger als die Hälfte, aber mindestens ein Drittel der Mitgliedländer der Versammlung beträgt; jedoch werden diese Beschlüsse mit Ausnahme der Beschlüsse über das Verfahren der Versammlung nur dann wirksam, wenn die folgenden Bedingungen erfüllt sind: Das Internationale Büro teilt diese Beschlüsse den Mitgliedländern der Versammlung mit, die nicht vertreten waren, und lädt sie ein, innerhalb einer Frist von drei Monaten vom Zeitpunkt der Mitteilung an schriftlich ihre Stimme oder Stimmenthaltung bekanntzugeben. Entspricht nach Ablauf der Frist die Zahl der Länder, die auf diese Weise ihre Stimme oder Stimmenthaltung bekanntgegeben haben, mindestens der Zahl der Länder, die für die Erreichung des Quorums während der Tagung gefehlt hatte, so werden die Beschlüsse wirksam, sofern gleichzeitig die erforderliche Mehrheit noch vorhanden ist.
- d) Vorbehaltlich des Artikels 13 Absatz (2) faßt die Versammlung ihre Beschlüsse mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen.
- e) Stimmenthaltung gilt nicht als Stimmabgabe.
- f) Ein Delegierter kann nur ein Land vertreten und nur in dessen Namen abstimmen.
- g) Die Länder des besonderen Verbandes, die nicht Mitglied der Versammlung sind, werden zu den Sitzungen der Versammlung als Beobachter zugelassen.
- (4) a) Die Versammlung tritt nach Einberufung durch den Generaldirektor alle drei Jahre einmal zu

einer ordentlichen Tagung zusammen; und zwar, abgesehen von außergewöhnlichen Fällen, zu derselben Zeit und an demselben Ort wie die Generalversammlung der Organisation.

- b) Die Versammlung tritt nach Einberufung durch den Generaldirektor zu einer außerordentlichen Tagung zusammen, wenn ein Viertel der Mitgliedländer der Versammlung es verlangt.
- c) Die Tagesordnung jeder Tagung wird vom Generaldirektor vorbereitet.

(5) Die Versammlung gibt sich eine Geschäftsordnung.

Artikel 11

- (1) a) Die Aufgaben hinsichtlich der internationalen Registrierung sowie die anderen Verwaltungsaufgaben des besonderen Verbandes werden vom Internationalen Büro wahrgenommen.
- b) Das Internationale Büro bereitet insbesondere die Sitzungen der Versammlung sowie der etwa von ihr gebildeten Sachverständigenausschüsse und Arbeitsgruppen vor und besorgt das Sekretariat dieser Organe.
- c) Der Generaldirektor ist der höchste Beamte des besonderen Verbandes und vertritt diesen Verband.
- (2) Der Generaldirektor und die von ihm bestimmten Mitglieder des Personals nehmen ohne Stimmrecht an allen Sitzungen der Versammlung und aller etwa von ihr gebildeten Sachverständigenausschüsse oder Arbeitsgruppen teil. Der Generaldirektor oder ein von ihm bestimmtes Mitglied des Personals ist von Amts wegen Sekretär dieser Organe.
- (3) a) Das Internationale Büro bereitet nach den Weisungen der Versammlung die Konferenzen zur Revision der Bestimmungen des Abkommens mit Ausnahme der Artikel 10 bis 13 vor.
- b) Das Internationale Büro kann bei der Vorbereitung der Revisionskonferenzen zwischenstaatliche sowie internationale nichtstaatliche Organisationen konsultieren.
- c) Der Generaldirektor und die von ihm bestimmten Personen nehmen ohne Stimmrecht an den Beratungen dieser Konferenzen teil.
- (4) Das Internationale Büro nimmt alle anderen Aufgaben wahr, die ihm übertragen werden.

Artikel 12

- (1) a) Der besondere Verband hat einen Haushaltsplan.
- b) Der Haushaltsplan des besonderen Verbandes umfaßt die eigenen Einnahmen und Ausgaben des besonderen Verbandes, dessen Beitrag zum Haushaltsplan der gemeinsamen Ausgaben der Verbände sowie gegebenenfalls den dem Haushaltsplan der Konferenz der Organisation zur Verfügung gestellten Betrag.
- c) Als gemeinsame Ausgaben der Verbände gelten die Ausgaben, die nicht ausschließlich dem besonderen Verband, sondern auch einem oder mehreren anderen von der Organisation verwalteten Verbänden zuzurechnen sind. Der

Anteil des besonderen Verbandes an diesen gemeinsamen Ausgaben entspricht dem Interesse, das der besondere Verband an ihnen hat.

(2) Der Haushaltsplan des besonderen Verbandes wird unter Berücksichtigung der Notwendigkeit seiner Abstimmung mit den Haushaltsplänen der anderen von der Organisation verwalteten Verbände aufgestellt.

(3) Der Haushaltsplan des besonderen Verbandes umfaßt folgende Einnahmen:

- i) Gebühren für die internationale Registrierung sowie Gebühren und Beträge für andere Dienstleistungen des Internationalen Büros im Rahmen des besonderen Verbandes;
 - ii) Verkaufserlöse und andere Einkünfte aus Veröffentlichungen des Internationalen Büros, die den besonderen Verband betreffen;
 - iii) Schenkungen, Vermächtnisse und Zuwendungen;
 - iv) Mieten, Zinsen und andere verschiedene Einkünfte.
- (4) a) Die Höhe der in Artikel 8 Absatz (2) genannten Gebühren sowie der anderen Gebühren für die internationale Registrierung wird von der Versammlung auf Vorschlag des Generaldirektors festgesetzt.
- b) Diese Höhe wird in der Weise festgesetzt, daß die Einnahmen des besonderen Verbandes aus den Gebühren, soweit es sich nicht um die in Artikel 8 Absatz (2) Buchstaben b) und c) bezeichneten Zusatz- und Ergänzungsgebühren handelt, sowie aus den anderen Einkünften mindestens zur Deckung der Ausgaben des Internationalen Büros für den besonderen Verband ausreichen.
- c) Wird der Haushaltsplan nicht vor Beginn eines neuen Rechnungsjahres beschlossen, so wird der Haushaltsplan des Vorjahres nach Maßgabe der Finanzvorschriften übernommen.

(5) Vorbehaltlich des Absatzes (4) Buchstabe a) wird die Höhe der Gebühren und Beträge für andere Dienstleistungen des Internationalen Büros im Rahmen des besonderen Verbandes vom Generaldirektor festgesetzt, der der Versammlung darüber berichtet.

- (6) a) Der besondere Verband hat einen Betriebsmittelfonds, der durch eine einmalige Zahlung jedes Landes des besonderen Verbandes gebildet wird. Reicht der Fonds nicht mehr aus, so beschließt die Versammlung seine Erhöhung.
- b) Die Höhe der erstmaligen Zahlung jedes Landes zu diesem Fonds oder sein Anteil an dessen Erhöhung ist proportional zu dem Beitrag, den dieses Land als Mitglied des Pariser Verbandes zum Schutz des gewerblichen Eigentums zum Haushaltsplan dieses Verbandes für das Jahr leistet, in dem der Fonds gebildet oder die Erhöhung beschlossen wird.
- c) Dieses Verhältnis und die Zahlungsbedingungen werden von der Versammlung auf Vorschlag des Generaldirektors und nach Äußerung des Koordinierungsausschusses der Organisation festgesetzt.
- d) Solange die Versammlung gestattet, daß der Reservefonds des besonderen Verbandes als Betriebsmittelfonds benutzt wird, kann die Versammlung die Anwendung der Bestimmungen der Buchstaben a), b) und c) aussetzen.

(7) a) Das Abkommen über den Sitz, das mit dem Land geschlossen wird, in dessen Hoheitsgebiet die Organisation ihren Sitz hat, sieht vor, daß dieses Land Vorschüsse gewährt, wenn der Betriebsmittelfonds nicht ausreicht. Die Höhe dieser Vorschüsse und die Bedingungen, unter denen sie gewährt werden, sind in jedem Fall Gegenstand besonderer Vereinbarungen zwischen diesem Land und der Organisation.

b) Das unter Buchstabe a) bezeichnete Land und die Organisation sind berechtigt, die Verpflichtung zur Gewährung von Vorschüssen durch schriftliche Notifikation zu kündigen. Die Kündigung wird drei Jahre nach Ablauf des Jahres wirksam, in dem sie notifiziert worden ist.

(8) Die Rechnungsprüfung wird nach Maßgabe der Finanzvorschriften von einem oder mehreren Ländern des besonderen Verbandes oder von außenstehenden Rechnungsprüfern vorgenommen, die mit ihrer Zustimmung von der Versammlung bestimmt werden.

Artikel 13

(1) Vorschläge zur Änderung der Artikel 10, 11, 12 und dieses Artikels können von jedem Mitgliedland der Versammlung oder vom Generaldirektor vorgelegt werden. Diese Vorschläge werden vom Generaldirektor mindestens sechs Monate, bevor sie in der Versammlung beraten werden, den Mitgliedländern der Versammlung mitgeteilt.

(2) Jede Änderung der in Absatz (1) bezeichneten Artikel wird von der Versammlung beschlossen. Der Beschluß erfordert drei Viertel der abgegebenen Stimmen; jede Änderung des Artikels 10 und dieses Absatzes erfordert jedoch vier Fünftel der abgegebenen Stimmen.

(3) Jede Änderung der in Absatz (1) bezeichneten Artikel tritt einen Monat nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem die schriftlichen Notifikationen der verfassungsmäßig zustande gekommenen Annahme des Änderungsvorschlags von drei Vierteln der Länder, die im Zeitpunkt der Beschlussfassung über die Änderung Mitglied der Versammlung waren, beim Generaldirektor eingegangen sind. Jede auf diese Weise angenommene Änderung der genannten Artikel bindet alle Länder, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderung Mitglied der Versammlung sind oder später Mitglied werden.

Artikel 14

(1) Jedes Land des besonderen Verbandes kann diese Fassung des Abkommens ratifizieren, wenn es sie unterzeichnet hat, oder ihr beitreten, wenn es sie nicht unterzeichnet hat.

(2) a) Jedes dem besonderen Verband nicht angehörende Vertragsland der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums kann dieser Fassung des Abkommens beitreten und dadurch Mitglied des besonderen Verbandes werden.

b) Sobald das Internationale Büro davon in Kenntnis gesetzt worden ist, daß ein solches Land dieser Fassung des Abkommens beigetreten ist, übermittelt es der Behörde dieses Landes gemäß Artikel 3 eine Sammelanzeige aller Marken, die zu diesem Zeitpunkt den internationalen Schutz genießen.

- c) Diese Anzeige sichert als solche den genannten Marken die Vorteile der vorhergehenden Bestimmungen im Hoheitsgebiet dieses Landes und setzt die Jahresfrist in Lauf, während der die beteiligte Behörde die in Artikel 5 vorgesehene Erklärung abgeben kann.
- d) Jedoch kann ein solches Land bei seinem Beitritt zu dieser Fassung des Abkommens erklären, daß die Anwendung dieser Fassung auf diejenigen Marken beschränkt wird, die von dem Tag an registriert werden, an dem dieser Beitritt wirksam wird; dies gilt nicht für internationale Marken, die schon vorher in diesem Land Gegenstand einer gleichen, noch wirksamen nationalen Eintragung gewesen sind und die auf Antrag der Beteiligten ohne weiteres anzuerkennen sind.
- e) Diese Erklärung entbindet das Internationale Büro von der oben genannten Übermittlung der Sammelanzeige. Es beschränkt seine Anzeige auf die Marken, derentwegen ihm der Antrag auf Anwendung der unter Buchstabe d) vorgesehenen Ausnahme nebst den erforderlichen näheren Angaben innerhalb eines Jahres nach dem Beitritt des neuen Landes zugeht.
- f) Das Internationale Büro übermittelt solchen Ländern keine Sammelanzeige, wenn sie bei ihrem Beitritt zu dieser Fassung des Abkommens erklären, daß sie von der in Artikel 3 bis vorgesehenen Befugnis Gebrauch machen. Diese Länder können außerdem gleichzeitig erklären, daß die Anwendung dieser Fassung des Abkommens auf diejenigen Marken beschränkt wird, die von dem Tag an registriert werden, an dem ihr Beitritt wirksam wird; diese Einschränkung gilt jedoch nicht für die internationalen Marken, die in diesen Ländern schon vorher Gegenstand einer gleichen nationalen Eintragung waren und die Anlaß zu gemäß Artikel 3^{ter} und Artikel 8 Absatz (2) Buchstabe c) gestellten und mitgeteilten Gesuchen um Ausdehnung des Schutzes geben können.
- g) Die Markenregistrierungen, die den Gegenstand einer der in diesem Absatz vorgesehenen Anzeige gebildet haben, gelten als an die Stelle der Eintragungen getreten, die in dem neuen Vertragsland vor dem Zeitpunkt des Wirksamwerdens seines Beitritts unmittelbar bewirkt worden sind.

(3) Die Ratifikations- und Beitrittsurkunden werden beim Generaldirektor hinterlegt.

(4) a) Für die ersten fünf Länder, die ihre Ratifikations- oder Beitrittsurkunden hinterlegt haben, tritt diese Fassung des Abkommens drei Monate nach Hinterlegung der fünften solchen Urkunde in Kraft.

b) Für jedes andere Land tritt diese Fassung des Abkommens drei Monate nach dem Zeitpunkt der Notifizierung seiner Ratifikation oder seines Beitritts durch den Generaldirektor in Kraft, sofern in der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde nicht ein späterer Zeitpunkt angegeben ist. In diesem Fall tritt diese Fassung des Abkommens für dieses Land zu dem angegebenen Zeitpunkt in Kraft.

(5) Die Ratifikation oder der Beitritt bewirkt von Rechts wegen die Annahme aller Bestimmungen und die Zulassung zu allen Vorteilen dieser Fassung des Abkommens.

(6) Nach dem Inkrafttreten dieser Fassung des Abkommens kann ein Land der Nizzaer Fassung vom 15. Juni 1957 nur beitreten, wenn es gleichzeitig diese Fassung des Abkommens ratifiziert oder ihr beitrifft. Der Beitritt zu Fassungen des Abkommens, die älter sind als die Nizzaer Fassung, ist auch gleichzeitig mit der Ratifikation dieser Fassung oder dem Beitritt zu ihr nicht zulässig.

(7) Artikel 24 der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums ist auf dieses Abkommen anzuwenden.

Artikel 15

(1) Dieses Abkommen bleibt ohne zeitliche Begrenzung in Kraft.

(2) Jedes Land kann diese Fassung des Abkommens durch eine an den Generaldirektor gerichtete Notifikation kündigen. Diese Kündigung bewirkt zugleich die Kündigung aller früheren Fassungen und hat nur Wirkung für das Land, das sie erklärt hat; für die übrigen Länder des besonderen Verbandes bleibt das Abkommen in Kraft und wirksam.

(3) Die Kündigung wird ein Jahr nach dem Tag wirksam, an dem die Notifikation beim Generaldirektor eingegangen ist.

(4) Das in diesem Artikel vorgesehene Kündigungsrecht kann von einem Land nicht vor Ablauf von fünf Jahren nach dem Zeitpunkt ausgeübt werden, zu dem es Mitglied des besonderen Verbandes geworden ist.

(5) Die vor dem Zeitpunkt, an dem die Kündigung wirksam wird, international registrierten Marken, denen innerhalb der in Artikel 5 vorgesehenen Jahresfrist der Schutz nicht verweigert worden ist, genießen während der Dauer des internationalen Schutzes weiter denselben Schutz, wie wenn sie unmittelbar in diesem Land hinterlegt worden wären.

Artikel 16

(1) a) Diese Fassung des Abkommens ersetzt in den Beziehungen zwischen den Ländern des besonderen Verbandes, die sie ratifiziert haben oder ihr beigetreten sind, von dem Tag an, an dem sie für sie in Kraft tritt, das Madrider Abkommen von 1891 in seinen früheren Fassungen.

b) Jedoch bleibt jedes Land des besonderen Verbandes, das diese Fassung des Abkommens ratifiziert hat oder ihr beigetreten ist, in seinen Beziehungen zu den Ländern, die diese Fassung weder ratifiziert haben noch ihr beigetreten sind, an die früheren Fassungen gebunden, sofern es diese nicht gemäß Artikel 12 Absatz (4) der Nizzaer Fassung vom 15. Juni 1957 vorher gekündigt hat.

(2) Die dem besonderen Verband nicht angehörenden Länder, die Vertragspartei dieser Fassung des Abkommens werden, wenden sie auch auf die internationalen Registrierungen an, die beim Internationalen Büro durch Vermittlung der nationalen Behörde eines Landes des besonderen Verbandes, das nicht Vertragspartei dieser Fassung ist, vorgenommen worden sind, vorausgesetzt, daß die Registrierungen hinsichtlich dieser

Länder den Vorschriften dieser Fassung des Abkommens entsprechen. Die dem besonderen Verband nicht angehörenden Länder, die Vertragspartei dieser Fassung des Abkommens werden, lassen es zu, daß das vorgenannte Land hinsichtlich der durch Vermittlung ihrer nationalen Behörden beim Internationalen Büro vorgenommenen internationalen Registrierungen die Erfüllung der Vorschriften der jüngsten Fassung dieses Abkommens, der es angehört, verlangt.

Artikel 17

- (1) a) Diese Fassung des Abkommens wird in einer Urschrift in französischer Sprache unterzeichnet und bei der schwedischen Regierung hinterlegt.
- b) Amtliche Texte werden vom Generaldirektor nach Konsultierung der beteiligten Regierungen in anderen Sprachen hergestellt, die die Versammlung bestimmen kann.
- (2) Diese Fassung des Abkommens liegt bis zum 13. Januar 1968 in Stockholm zur Unterzeichnung auf.
- (3) Der Generaldirektor übermittelt zwei von der schwedischen Regierung beglaubigte Abschriften des unterzeichneten Textes dieser Fassung des Abkommens den Regierungen aller Länder des besonderen Verbandes und der Regierung jedes anderen Landes, die es verlangt.
- (4) Der Generaldirektor läßt diese Fassung des Abkommens beim Sekretariat der Vereinten Nationen registrieren.
- (5) Der Generaldirektor notifiziert den Regierungen aller Länder des besonderen Verbandes die Unterzeichnungen, die Hinterlegungen von Ratifikations- oder Beitrittsurkunden sowie die in diesen Urkunden enthaltenen Erklärungen, das Inkrafttreten aller Bestimmungen dieser Fassung des Abkommens, die Notifikationen von Kündigungen und die Notifikationen gemäß den Artikeln 3bis, 9quater, 13, 14 Absatz (7) und Artikel 15 Absatz (2).

Artikel 18

- (1) Bis zur Amtsübernahme durch den ersten Generaldirektor gelten Bezugnahmen in dieser Fassung des Abkommens auf das Internationale Büro der Organisation oder den Generaldirektor als Bezugnahmen auf das Büro des durch die Pariser Verbandsvereinbarung zum Schutz des gewerblichen Eigentums errichteten Verbandes oder seinen Direktor.
- (2) Die Länder des besonderen Verbandes, die diese Fassung des Abkommens weder ratifiziert haben noch ihr beigetreten sind, können, wenn sie dies wünschen, während eines Zeitraums von fünf Jahren, gerechnet vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des Übereinkommens zur Errichtung der Organisation an, die in den Artikeln 10 bis 13 dieser Fassung des Abkommens vorgesehenen Rechte so ausüben, als wären sie durch diese Artikel gebunden. Jedes Land, das diese Rechte ausüben wünscht, hinterlegt zu diesem Zweck beim Generaldirektor eine schriftliche Notifikation, die im Zeitpunkt ihres Eingangs wirksam wird. Solche Länder gelten bis zum Ablauf der genannten Frist als Mitglied der Versammlung.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu gehörig bevollmächtigten Unterzeichneten diese Fassung des Abkommens unterschrieben.

GESCHEHEN zu Stockholm am 14. Juli 1967.

ARRANGEMENT DE MADRID CONCERNANT L'ENREGISTREMENT INTERNATIONAL DES MARQUES DU 14 AVRIL 1891 REVISÉ À

BRUXELLES LE 14 DÉCEMBRE 1900,
À WASHINGTON LE 2 JUIN 1911,
À LA HAYE LE 6 NOVEMBRE 1925,
À LONDRES LE 2 JUIN 1934,
À NICE LE 15 JUIN 1957
ET À STOCKHOLM LE 14 JUILLET 1967

ARTICLE 1

1) Les pays auxquels s'applique le présent Arrangement sont constitués à l'Etat d'Union particulière pour l'enregistrement international des marques.

2) Les ressortissants de chacun des pays contractants pourront s'assurer, dans tous les autres pays parties au présent Arrangement, la protection de leurs marques applicables aux produits ou services enregistrés dans le pays d'origine, moyennant le dépôt desdites marques au Bureau international de la propriété intellectuelle (ci-après dénommé « Le Bureau international ») visé dans la Convention instituant l'Organisation Mondiale de la Propriété Intellectuelle (ci-après dénommée « l'Organisation »), fait par l'entremise de l'Administration dudit pays d'origine.

3) Sera considéré comme pays d'origine le pays de l'Union particulière où le déposant a un établissement industriel ou commercial effectif et sérieux; s'il n'a pas un tel établissement dans un pays de l'Union particulière, le pays de l'Union particulière où il a son domicile; s'il n'a pas de domicile dans l'Union particulière, le pays de sa nationalité s'il est ressortissant d'un pays de l'Union particulière.

ARTICLE 2

Sont assimilés aux ressortissants des pays contractants les ressortissants des pays n'ayant pas adhéré au présent Arrangement qui, sur le territoire de l'Union particulière constituée par ce dernier, satisfont aux conditions établies par l'article 3 de la Convention de Paris pour la protection de la propriété industrielle.

ARTICLE 3

1) Toute demande d'enregistrement international devra être présentée sur le formulaire prescrit par le Règlement d'exécution; l'Administration du pays d'origine de la marque certifiera que les indications qui figurent sur cette demande correspondent à celles du registre national et mentionnera les dates et les numéros du dépôt et de l'enregistrement de la marque au pays d'origine ainsi que la date de la demande d'enregistrement international.

2) Le déposant devra indiquer les produits ou les services pour lesquels la protection de la marque est revendiquée, ainsi que, si possible, la ou les classes correspondantes, d'après la classification établie par l'Arrangement de Nice concernant la classification internationale des produits et services aux fins de l'enregistrement des marques. Si le déposant ne donne pas cette indication, le Bureau international classera

les produits ou les services dans les classes correspondantes de ladite classification. Le classement indiqué par le déposant sera soumis au contrôle du Bureau international, qui l'exercera en liaison avec l'Administration nationale. En cas de désaccord entre l'Administration nationale et le Bureau international, l'avis de ce dernier sera déterminant.

3) Si le déposant revendique la couleur à titre d'élément distinctif de sa marque, il sera tenu:

1^o de le déclarer et d'accompagner son dépôt d'une mention indiquant la couleur ou la combinaison de couleurs revendiquée;

2^o de joindre à sa demande des exemplaires en couleur de ladite marque, qui seront annexés aux notifications faites par le Bureau international. Le nombre de ces exemplaires sera fixé par le Règlement d'exécution.

4) Le Bureau international enregistrera immédiatement les marques déposées conformément à l'article 1er. L'enregistrement portera la date de la demande d'enregistrement international au pays d'origine pourvu que la demande ait été reçue par le Bureau international dans le délai de deux mois à compter de cette date. Si la demande n'a pas été reçue dans ce délai, le Bureau international l'inscrira à la date à laquelle il l'a reçue. Le Bureau international notifiera cet enregistrement sans retard aux Administrations intéressées. Les marques enregistrées seront publiées dans une feuille périodique éditée par le Bureau international, au moyen des indications contenues dans la demande d'enregistrement. En ce qui concerne les marques comportant un élément figuratif ou un graphisme spécial, le Règlement d'exécution déterminera si un cliché doit être fourni par le déposant.

5) En vue de la publicité à donner dans les pays contractants aux marques enregistrées, chaque Administration recevra du Bureau international un nombre d'exemplaires gratuits et un nombre d'exemplaires à prix réduit de la susdite publication proportionnels au nombre d'unités mentionnées à l'article 16.4)a) de la Convention de Paris pour la protection de la propriété industrielle dans les conditions fixées par le Règlement d'exécution. Cette publicité sera considérée dans tous les pays contractants comme pleinement suffisante et aucune autre ne pourra être exigée du déposant.

ARTICLE 3bis

1) Chaque pays contractant peut, en tout temps, notifier par écrit au Directeur général de l'Organisation (ci-après dénommé «le Directeur général») que la protection résultant de l'enregistrement international ne s'étendra à ce pays que si le titulaire de la marque le demande expressément.

2) Cette notification ne prendra effet que six mois après la date de la communication qui en sera faite par le Directeur général aux autres pays contractants.

ARTICLE 3ter

1) La demande d'extension à un pays ayant fait usage de la faculté ouverte par l'article 3bis de la protection résultant de l'enregistrement international devra faire l'objet d'une mention spéciale dans la demande visée à l'article 3, alinéa 1).

2) La demande d'extension territoriale formulée postérieurement à l'enregistrement international devra être présentée par l'entremise de l'Administration du

pays d'origine sur un formulaire prescrit par le Règlement d'exécution. Elle sera immédiatement enregistrée par le Bureau international qui la notifiera sans retard à la ou aux Administrations intéressées. Elle sera publiée dans la feuille périodique éditée par le Bureau international. Cette extension territoriale produira ses effets à partir de la date à laquelle elle aura été inscrite sur le Registre international; elle cessera d'être valable à l'échéance de l'enregistrement international de la marque à laquelle elle se rapporte.

ARTICLE 4

1) A partir de l'enregistrement ainsi fait au Bureau international selon les dispositions des articles 3 et 3ter, la protection de la marque dans chacun des pays contractants intéressés sera la même que si cette marque y avait été directement déposée. Le classement des produits ou des services prévu à l'article 3 ne lie pas les pays contractants quant à l'appréciation de l'étendue de la protection de la marque.

2) Toute marque qui a été l'objet d'un enregistrement international jouira du droit de priorité établi par l'article 4 de la Convention de Paris pour la protection de la propriété industrielle sans qu'il soit nécessaire d'accomplir les formalités prévues dans la lettre D de cet article.

ARTICLE 4bis

1) Lorsqu'une marque, déjà déposée dans un ou plusieurs des pays contractants, a été postérieurement enregistrée par le Bureau international au nom du même titulaire ou de son ayant cause, l'enregistrement international sera considéré comme substitué aux enregistrements nationaux antérieurs, sans préjudice des droits acquis par le fait de ces derniers.

2) L'Administration nationale est, sur demande, tenue de prendre acte, dans ses registres, de l'enregistrement international.

ARTICLE 5

1) Dans les pays où leur législation les y autorise, les Administrations auxquelles le Bureau international notifiera l'enregistrement d'une marque, ou la demande d'extension de protection formulée conformément à l'article 3ter, auront la faculté de déclarer que la protection ne peut être accordée à cette marque sur leur territoire. Un tel refus ne pourra être opposé que dans les conditions qui s'appliqueraient, en vertu de la Convention de Paris pour la protection de la propriété industrielle, à une marque déposée à l'enregistrement national. Toutefois la protection ne pourra être refusée, même partiellement, pour le seul motif que la législation nationale n'autoriserait l'enregistrement que dans un nombre limité de classes ou pour un nombre limité de produits ou de services.

2) Les Administrations qui voudront exercer cette faculté devront notifier leur refus avec indication de tous les motifs, au Bureau international, dans le délai prévu par leur loi nationale et, au plus tard, avant la fin d'une année comptée à partir de l'enregistrement international de la marque ou de la demande d'extension de protection formulée conformément à l'article 3ter.

3) Le Bureau international transmettra sans retard à l'Administration du pays d'origine et au titulaire de la marque ou à son mandataire, si celui-ci a été indiqué au Bureau par ladite Administration, un des

exemplaires de la déclaration de refus ainsi notifiée. L'intéressé aura les mêmes moyens de recours que si la marque avait été par lui directement déposée dans le pays où la protection est refusée.

4) Les motifs de refus d'une marque devront être communiqués par le Bureau international aux intéressés qui lui en feront la demande.

5) Les Administrations qui, dans le délai maximum susindiqué d'un an, n'auront communiqué au sujet d'un enregistrement de marque ou d'une demande d'extension de protection aucune décision de refus provisoire ou définitif au Bureau international, perdront le bénéfice de la faculté prévue à l'alinéa 1) du présent article concernant la marque en cause.

6) L'invalidation d'une marque internationale ne pourra être prononcée par les autorités compétentes sans que le titulaire de la marque ait été mis en mesure de faire valoir ses droits en temps utile. Elle sera notifiée au Bureau international.

ARTICLE 5bis

Les pièces justificatives de la légitimité d'usage de certains éléments contenus dans les marques, tels que armoiries, écussons, portraits, distinctions honorifiques, titres, noms commerciaux ou noms de personnes autres que celui du déposant, ou autres inscriptions analogues, qui pourraient être réclamées par les Administrations des pays contractants, seront dispensées de toute légalisation, ainsi que de toute certification autre que celle de l'Administration du pays d'origine.

ARTICLE 5ter

1) Le Bureau international délivrera à toute personne qui en fera la demande, moyennant une taxe fixée par le Règlement d'exécution, une copie des mentions inscrites dans le Registre relativement à une marque déterminée.

2) Le Bureau international pourra aussi, contre rémunération, se charger de faire des recherches d'antériorité parmi les marques internationales.

3) Les extraits du Registre international demandés en vue de leur production dans un des pays contractants seront dispensés de toute légalisation.

ARTICLE 6

1) L'enregistrement d'une marque au Bureau international est effectué pour vingt ans, avec possibilité de renouvellement dans les conditions fixées à l'article 7.

2) A l'expiration d'un délai de cinq ans à dater de l'enregistrement international, celui-ci devient indépendant de la marque nationale préalablement enregistrée au pays d'origine, sous réserve des dispositions suivantes.

3) La protection résultant de l'enregistrement international, ayant ou non fait l'objet d'une transmission, ne pourra plus être invoquée en tout ou partie lorsque, dans les cinq ans de la date de l'enregistrement international, la marque nationale, préalablement enregistrée au pays d'origine selon l'article 1^{er}, ne jouira plus en tout ou partie de la protection légale dans ce pays. Il en sera de même lorsque cette protection légale aura cessé ultérieurement par suite d'une action introduite avant l'expiration du délai de cinq ans.

4) En cas de radiation volontaire ou d'office, l'Administration du pays d'origine demandera la radiation de la marque au Bureau international, lequel procédera à cette opération. En cas d'action judiciaire, l'Administration susdite communiquera au Bureau international, d'office ou à la requête du demandeur, copie de l'acte d'introduction de l'instance ou de tout autre document justifiant cette introduction, ainsi que du jugement définitif; le Bureau en fera mention au Registre international.

ARTICLE 7

1) L'enregistrement pourra toujours être renouvelé pour une période de vingt ans, à compter de l'expiration de la période précédente, par le simple versement de l'émolument de base et, le cas échéant, des émoluments supplémentaires et des compléments d'émoluments prévus par l'article 8, alinéa 2).

2) Le renouvellement ne pourra comporter aucune modification par rapport au précédent enregistrement en son dernier état.

3) Le premier renouvellement effectué conformément aux dispositions de l'Acte de Nice du 15 juin 1957 ou du présent Acte devra comporter l'indication des classes de la classification internationale auxquelles se rapporte l'enregistrement.

4) Six mois avant l'expiration du terme de protection, le Bureau international rappellera au titulaire de la marque et à son mandataire, par l'envoi d'un avis officieux, la date exacte de cette expiration.

5) Moyennant le versement d'une surtaxe fixée par le Règlement d'exécution, un délai de grâce de six mois sera accordé pour le renouvellement de l'enregistrement international.

ARTICLE 8

1) L'Administration du pays d'origine aura la faculté de fixer à son gré et de percevoir à son profit une taxe nationale qu'elle réclamera du titulaire de la marque dont l'enregistrement international ou le renouvellement est demandé.

2) L'enregistrement d'une marque au Bureau international sera soumis au règlement préalable d'un émolument international qui comprendra:

- a) un émolument de base;
- b) un émolument supplémentaire pour toute classe de la classification internationale en sus de la troisième dans laquelle seront rangés les produits ou services auxquels s'applique la marque;
- c) un complément d'émolument pour toute demande d'extension de protection conformément à l'article 3^{ter}.

3) Toutefois, l'émolument supplémentaire spécifié à l'alinéa 2), lettre b), pourra être réglé dans un délai à fixer par le Règlement d'exécution, si le nombre des classes de produits ou services a été fixé ou contesté par le Bureau international et sans qu'il soit porté préjudice à la date de l'enregistrement. Si, à l'expiration du délai susdit, l'émolument supplémentaire n'a pas été payé ou si la liste des produits ou services n'a pas été réduite par le déposant dans la mesure nécessaire, la demande d'enregistrement international sera considérée comme abandonnée.

4) Le produit annuel des diverses recettes de l'enregistrement international, à l'exception de celles prévues sous b) et c) de l'alinéa 2), sera réparti par parts égales entre le pays parties au présent Acte par les soins du Bureau international, après déduction des frais et charges nécessités par l'exécution dudit Acte. Si, au moment de l'entrée en vigueur du présent Acte, un pays ne l'a pas encore ratifié ou n'y a pas encore adhéré, il aura droit, jusqu'à la date d'effet de sa ratification ou de son adhésion, à une répartition de l'excédent de recettes calculé sur la base de l'Acte antérieur qui lui est applicable.

5) Les sommes provenant des émoluments supplémentaires visés à l'alinéa 2), lettre b), seront réparties à l'expiration de chaque année entre les pays parties au présent Acte ou à l'Acte de Nice du 15 juin 1957 proportionnellement au nombre de marques pour lesquelles la protection aura été demandée dans chacun d'eux durant l'année écoulée, ce nombre étant affecté, en ce qui concerne les pays à examen préalable, d'un coefficient qui sera déterminé par le Règlement d'exécution. Si, au moment de l'entrée en vigueur du présent Acte, un pays ne l'a pas encore ratifié ou n'y a pas encore adhéré, il aura droit, jusqu'à la date d'effet de sa ratification ou de son adhésion à une répartition des sommes calculées sur la base de l'Acte de Nice.

6) Les sommes provenant des compléments d'émoluments visés à l'alinéa 2), lettre c), seront réparties selon les règles de l'alinéa 5) entre les pays ayant fait usage de la faculté prévue à l'article 3bis. Si, au moment de l'entrée en vigueur du présent Acte, un pays ne l'a pas encore ratifié ou n'y a pas encore adhéré, il aura droit, jusqu'à la date d'effet de sa ratification ou de son adhésion, à une répartition des sommes calculées sur la base de l'Acte de Nice.

ARTICLE 8bis

Le titulaire de l'enregistrement international peut toujours renoncer à la protection dans un ou plusieurs des pays contractants, au moyen d'une déclaration remise à l'Administration de son pays, pour être communiquée au Bureau international, qui la notifiera aux pays que cette renonciation concerne. Celle-ci n'est soumise à aucune taxe.

ARTICLE 9

1) L'Administration du pays du titulaire notifiera également au Bureau international les annulations, radiations, renonciations, transmissions et autres changements apportés à l'inscription de la marque dans le registre national, si ces changements affectent aussi l'enregistrement international.

2) Le Bureau inscrira ces changements dans le Registre international, les notifiera à son tour aux Administrations des pays contractants et les publiera dans son journal.

3) On procédera de même lorsque le titulaire de l'enregistrement international demandera à réduire la liste des produits ou services auxquels il s'applique.

4) Ces opérations peuvent être soumises à une taxe qui sera fixée par le Règlement d'exécution.

5) L'addition ultérieure d'un nouveau produits ou service à la liste ne peut être obtenue que par un nouveau dépôt effectué conformément aux prescriptions de l'article 3.

6) A l'addition est assimilée la substitution d'un produit ou service à un autre.

ARTICLE 9bis

1) Lorsqu'une marque inscrite dans le Registre international sera transmise à une personne établie dans un pays contractant autre que le pays du titulaire de l'enregistrement international, la transmission sera notifiée au Bureau international par l'Administration de ce même pays. Le Bureau international enregistra la transmission, la notifiera aux autres Administrations et la publiera dans son journal. Si la transmission a été effectuée avant l'expiration du délai de cinq ans à compter de l'enregistrement international, le Bureau international demandera l'assentiment de l'Administration du pays du nouveau titulaire et publiera, si possible, la date et le numéro d'enregistrement de la marque dans le pays du nouveau titulaire.

2) Nulle transmission de marque inscrite dans le Registre international faite au profit d'une personne non admise à déposer une marque internationale ne sera enregistrée.

3) Lorsqu'une transmission n'aura pu être inscrite dans le Registre international, soit par suite du refus d'assentiment du pays du nouveau titulaire, soit parce qu'elle a été faite au profit d'une personne non admise à demander un enregistrement international l'Administration du pays de l'ancien titulaire aura le droit de demander au Bureau international de procéder à la radiation de la marque sur son Registre.

ARTICLE 9ter

1) Si la cession d'une marque internationale pour une partie seulement des produits ou services enregistrés est notifiée au Bureau international, celui-ci l'inscrira dans son Registre. Chacun des pays contractants aura la faculté de ne pas admettre la validité de cette cession si les produits ou services compris dans la partie ainsi cédée sont similaires à ceux pour lesquels la marque reste enregistrée au profit du cédant.

2) Le Bureau international inscrira également une cession de la marque internationale pour un ou plusieurs des pays contractants seulement.

3) Si, dans les cas précédents, il intervient un changement du pays du titulaire, l'Administration à laquelle ressortit le nouveau titulaire devra, si la marque internationale a été transmise avant l'expiration du délai de cinq ans à compter de l'enregistrement international, donner l'assentiment requis conformément à l'article 9bis.

4) Les dispositions des alinéas précédents ne sont applicables que sous la réserve de l'article 6quater de la Convention de Paris pour la protection de la propriété industrielle.

ARTICLE 9quater

1) Si plusieurs pays de l'Union particulière conviennent de réaliser l'unification de leurs lois nationales en matière de marques, ils pourront notifier au Directeur général:

a) qu'une Administration commune se substituera à l'Administration nationale de chacun d'eux, et

b) que l'ensemble de leurs territoires respectifs devra être considéré comme un seul pays pour l'application de tout ou partie des dispositions qui précèdent le présent article.

2) Cette notification ne prendra effet que six mois après la date de la communication qui en sera faite par le Directeur général aux autres pays contractants.

ARTICLE 10

1) a) L'Union particulière a une Assemblée composée des pays qui ont ratifié le présent Acte ou y ont adhéré.

b) Le Gouvernement de chaque pays est représenté par un délégué, qui peut être assisté de suppléants, de conseillers et d'experts.

c) Les dépenses de chaque délégation sont supportées par le Gouvernement qui l'a désignée, à l'exception de frais de voyage et des indemnités de séjour pour un délégué de chaque pays membre qui sont à la charge de l'Union particulière.

2) a) L'Assemblée:

i) traite de toutes les questions concernant le maintien et le développement de l'Union particulière et l'application du présent Arrangement;

ii) donne au Bureau international des directives concernant la préparation des conférences de révision, compte étant dûment tenu des observations des pays de l'Union particulière qui n'ont pas ratifié le présent Acte ou n'y ont pas adhéré;

iii) modifie le Règlement d'exécution et fixe le montant des émoluments mentionnés à l'article 8.2) et des autres taxes relatives à l'enregistrement international;

iv) examine et approuve les rapports et les activités du Directeur général relatifs à l'Union particulière et lui donne toutes directives utiles concernant les questions de la compétence de l'Union particulière;

v) arrête le programme, adopte le budget triennal de l'Union particulière et approuve ses comptes de clôture;

vi) adopte le Règlement financier de l'Union particulière;

vii) crée les comités d'experts et groupes de travail qu'elle juge utiles à la réalisation des objectifs de l'Union particulière;

viii) décide quels sont les pays non membres de l'Union particulière et quelles sont les organisations intergouvernementales et internationales non gouvernementales qui peuvent être admis à ses réunions en qualité d'observateurs;

ix) adopte les modifications des articles 10 à 13;

x) entreprend toute autre action appropriée en vue d'atteindre les objectifs de l'Union particulière;

xi) s'acquitte de toutes autres tâches qu'implique le présent Arrangement.

b) Sur les questions qui intéressent également d'autres Unions administrées par l'Organisation, l'Assemblée statue connaissance prise de l'avis du Comité de coordination de l'Organisation.

3) a) Chaque pays membre de l'Assemblée dispose d'une voix.

b) La moitié des pays membres de l'Assemblée constitue le quorum.

c) Nonobstant les dispositions du sous-alinéa b) si, lors d'une session, le nombre des pays représentés est inférieur à la moitié mais égal ou supérieur au tiers des pays membres de l'Assemblée celle-ci peut prendre des décisions; toutefois, les décisions de l'Assemblée, à l'exception de celles qui concernent sa procédure, ne deviennent exécutoires que lorsque les conditions énoncées ci-après sont remplies. Le Bureau international communique lesdites décisions aux pays membres de l'Assemblée qui n'étaient pas représentés, en les invitant à exprimer par écrit, dans un délai de trois mois à compter de la date de ladite communication, leur vote ou leur abstention. Si, à l'expiration de ce délai, le nombre des pays ayant ainsi exprimé leur vote ou leur abstention est au moins égal au nombre de pays qui faisait défaut pour que le quorum fût atteint lors de la session, lesdites décisions deviennent exécutoires, pourvu qu'en même temps la majorité nécessaire reste acquise.

d) Sous réserve des dispositions de l'article 13.2), les décisions de l'Assemblée sont prises à la majorité des deux tiers des votes exprimés.

e) L'abstention n'est pas considérée comme un vote.

f) Un délégué ne peut représenter qu'un seul pays et ne peut voter qu'au nom de celui-ci.

g) Les pays de l'Union particulière qui ne sont pas membres de l'Assemblée sont admis à ses réunions en qualité d'observateurs.

4) a) L'Assemblée se réunit une fois tous les trois ans en session ordinaire sur convocation du Directeur général et, sauf cas exceptionnels, pendant la même période et au même lieu que l'Assemblée générale de l'Organisation.

b) L'Assemblée se réunit en session extraordinaire sur convocation adressée par le Directeur général, à la demande d'un quart des pays membres de l'Assemblée.

c) L'ordre du jour de chaque session est préparé par le Directeur général.

5) L'Assemblée adopte son règlement intérieur.

ARTICLE 11

1) a) Les tâches relatives à l'enregistrement international ainsi que les autres tâches administratives incombant à l'Union particulière sont assurées par le Bureau international.

b) En particulier, le Bureau international prépare les réunions et assure le secrétariat de l'Assemblée et des comités d'experts et groupes de travail qu'elle peut créer.

c) Le Directeur général est le plus haut fonctionnaire de l'Union particulière et la représente.

2) Le Directeur général et tout membre du personnel désigné par lui prennent part, sans droit de vote, à toutes les réunions de l'Assemblée et de tout comité d'experts ou groupe de travail qu'elle peut créer. Le Directeur général ou un membre du personnel désigné par lui est d'office secrétaire de ces organes.

3) a) Le Bureau international, selon les directives de l'Assemblée, prépare les conférences de révision des dispositions de l'Arrangement autres que les articles 10 à 13.

b) Le Bureau international peut consulter des organisations intergouvernementales et internationales non gouvernementales sur la préparation des conférences de révision.

c) Le Directeur général et les personnes désignées par lui prennent part, sans droit de vote, aux délibérations dans ces conférences.

4) Le Bureau international exécute toutes autres tâches qui lui sont attribuées.

ARTICLE 12

1) a) L'Union particulière a un budget.

b) Le budget de l'Union particulière comprend les recettes et les dépenses propres à l'Union particulière, sa contribution au budget des dépenses communes aux Unions, ainsi que, le cas échéant, la somme mise à la disposition du budget de la Conférence de l'Organisation.

c) Sont considérées comme dépenses communes aux Unions les dépenses qui ne sont pas attribuées exclusivement à l'Union particulière mais également à une ou plusieurs autres Unions administrées par l'Organisation. La part de l'Union particulière dans ces dépenses communes est proportionnelle à l'intérêt que ces dépenses présentent pour elle.

2) Le budget de l'Union particulière est arrêté compte tenu des exigences de coordination avec les budgets des autres Unions administrées par l'Organisation.

3) Le budget de l'Union particulière est financé par les ressources suivantes:

i) les émoluments et autres taxes relatifs à l'enregistrement international et les taxes et sommes dues pour les autres services rendus par le Bureau international au titre de l'Union particulière;

ii) le produit de la vente des publications du Bureau international concernant l'Union particulière et les droits afférents à ces publications;

iii) les dons, legs et subventions;

iv) les loyers, intérêts et autres revenus divers.

4) a) Le montant des émoluments mentionnés à l'article 8.2) et des autres taxes relatives à l'enregistrement international est fixé par l'Assemblée, sur proposition du Directeur général.

b) Ce montant est fixé de manière à ce que les recettes de l'Union particulière provenant des émoluments, autres que les émoluments supplémentaires et les compléments d'émoluments visés à l'article 8.2) b) et c), des taxes et des autres sources de revenus permettent au moins de couvrir les dépenses du Bureau international intéressant l'Union particulière.

c) Dans le cas où le budget n'est pas adopté avant le début d'un nouvel exercice, le budget de l'année précédente est reconduit selon les modalités prévues par le règlement financier.

5) Sous réserve des dispositions de l'alinéa 4) a), le montant des taxes et sommes dues pour les autres services rendus par le Bureau international au titre de l'Union particulière est fixé par le Directeur général, qui fait rapport à l'Assemblée.

6) a) L'Union particulière possède un fonds de roulement constitué par un versement unique effectué par chaque pays de l'Union particulière. Si le fonds devient insuffisant, l'Assemblée décide de son augmentation.

b) Le montant du versement initial de chaque pays au fonds précité ou de sa participation à l'augmentation de celui-ci est proportionnel à la contribution de ce pays, en tant que membre de l'Union de Paris pour la protection de la propriété industrielle, au budget de ladite Union pour l'année au cours de laquelle le fonds est constitué ou l'augmentation décidée.

c) La proportion et les modalités de versement sont arrêtées par l'Assemblée, sur proposition du Directeur général et après avis du Comité de coordination de l'Organisation.

d) Aussi longtemps que l'Assemblée autorise que le fonds de réserve de l'Union particulière soit utilisé en tant que fonds de roulement, l'Assemblée peut suspendre l'application des dispositions des sous-alinéas a), b), et c).

7) a) L'Accord de siège conclu avec le pays sur le territoire duquel l'Organisation a son siège prévoit que, si le fonds de roulement est insuffisant, ce pays accorde des avances. Le montant de ces avances et les conditions dans lesquelles elles sont accordées font l'objet, dans chaque cas, d'accords séparés entre le pays en cause et l'Organisation.

b) Le pays visé au sous-alinéa a) et l'Organisation ont chacun le droit de dénoncer l'engagement d'accorder des avances moyennant notification par écrit. La dénonciation prend effet trois ans après la fin de l'année au cours de laquelle elle a été notifiée.

8) La vérification des comptes est assurée, selon les modalités prévues par le règlement financier, par un ou plusieurs pays de l'Union particulière ou par des contrôleurs extérieurs, qui sont, avec leur consentement, désignés par l'Assemblée.

ARTICLE 13

1) Des propositions de modification des articles 10, 11, 12 et du présent article peuvent être présentées par tout pays membre de l'Assemblée ou par le Directeur général. Ces propositions sont communiquées par ce

dernier aux pays membres d l'Assemblée six mois au moins avant d'être soumises à l'examen de l'Assemblée.

2) Toute modification des articles visés à l'alinéa 1) est adoptée par l'Assemblée. L'adoption requiert les trois quarts des votes exprimés; toutefois, toute modification de l'article 10 et du présent alinéa requiert les quatre cinquièmes des votes exprimés.

3) Toute modification des articles visés à l'alinéa 1) entre en vigueur un mois après la réception par le Directeur général des notifications écrites d'acceptation, effectuée en conformité avec leurs règles constitutionnelles respectives, de la part des trois quarts des pays qui étaient membres de l'Assemblée au moment où la modification a été adoptée. Toute modification desdits articles ainsi acceptée lie tous les pays qui sont membres de l'Assemblée au moment où la modification entre en vigueur ou qui en deviennent membres à une date ultérieure.

ARTICLE 14

1) Chacun des pays de l'Union particulière qui a signé le présent Acte peut le ratifier et, s'il ne l'a pas signé, peut y adhérer.

2) a) Tous pays étranger à l'Union particulière, partie à la Convention de Paris pour la protection de la propriété industrielle, peut adhérer au présent Acte et devenir, de ce fait, membre de l'Union particulière.

b) Dès que le Bureau international est informé qu'un tel pays a adhéré au présent Acte, il adresse à l'Administration de ce pays, conformément à l'article 3, une notification collective des marques qui, à ce moment, jouissent de la protection internationale.

c) Cette notification assure, par elle-même, auxdites marques, le bénéfice des précédentes dispositions sur le territoire dudit pays et fait courir le délai d'un an pendant lequel l'Administration intéressée peut faire la déclaration prévue par l'article 5.

d) Toutefois, un tel pays, en adhérant au présent Acte, peut déclarer que, sauf en ce qui concerne les marques internationales ayant déjà fait antérieurement dans ce pays l'objet d'un enregistrement national identique encore en vigueur et qui sont immédiatement reconnues sur la demande des intéressés, l'application de cet Acte est limitée aux marques qui sont enregistrées à partir du jour où cette adhésion devient effective.

e) Cette déclaration dispense le Bureau international de faire la notification collective susindiquée. Il se borne à notifier les marques en faveur desquelles la demande d'être mis au bénéfice de l'exception prévue au sous-alinéa d) lui parvient, avec les précisions nécessaires, dans le délai d'une année à partir de l'accession du nouveau pays.

f) Le Bureau international ne fait pas de notification collective à de tels pays qui, en adhérant au présent Acte, déclarent user de la faculté prévue à l'article 3bis. Ces pays peuvent en outre déclarer simultanément que l'application de cet Acte est limitée aux mar-

ques qui sont enregistrées à partir du jour où leur adhésion devient effective; cette limitation n'atteint toutefois pas les marques internationales ayant déjà fait antérieurement, dans ce pays, l'objet d'un enregistrement national identique et qui peuvent donner lieu à des demandes d'extension de protection formulées et notifiées conformément aux articles 3ter et 8.2) c).

g) Les enregistrements de marques qui ont fait l'objet d'une des notifications prévues par cet alinéa sont considérés comme substitués aux enregistrements effectués directement dans le nouveau pays contractant avant la date effective de son adhésion.

3). Les instruments de ratification et d'adhésion sont déposés auprès du Directeur général.

4) a) A l'égard des cinq pays qui ont, les premiers, déposé leurs instruments de ratification ou d'adhésion, le présent Acte entre en vigueur trois mois après le dépôt du cinquième de ces instruments.

b) A l'égard de tout autre pays, le présent Acte entre en vigueur trois mois après la date à laquelle sa ratification ou son adhésion a été notifiée par le Directeur général, à moins qu'une date postérieure n'ait été indiquée dans l'instrument de ratification ou d'adhésion. Dans ce dernier cas, le présent Acte entre en vigueur, à l'égard de ce pays, à la date ainsi indiquée.

5) La ratification ou l'adhésion emporte de plein droit accession à toutes les clauses et admission à tous les avantages stipulés par le présent Acte.

6) Après l'entrée en vigueur du présent Acte, un pays ne peut adhérer à l'Acte de Nice du 15 juin 1957 que conjointement avec la ratification du présent Acte ou l'adhésion à celui-ci. L'adhésion à des Actes antérieurs à l'Acte de Nice n'est pas admise, même conjointement avec la ratification du présent Acte ou l'adhésion à celui-ci.

7) Les dispositions de l'article 24 de la Convention de Paris pour la protection de la propriété industrielle s'appliquent au présent Arrangement.

ARTICLE 15

1) Le présent Arrangement demeure en vigueur sans limitation de durée.

2) Tout pays peut dénoncer le présent Acte par notification adressée au Directeur général. Cette dénonciation emporte aussi dénonciation de tous les Actes antérieurs et ne produit son effet qu'à l'égard du pays qui l'a faite, l'Arrangement restant en vigueur et exécutoire à l'égard des autres pays de l'Union particulière.

3) La dénonciation prend effet un an après le jour où le Directeur général a reçu la notification.

4) La faculté de dénonciation prévue par le présent article ne peut être exercée par un pays avant l'expiration d'un délai de cinq ans à compter de la date à laquelle il est devenu membre de l'Union particulière.

5) Les marques internationales enregistrées avant la date à laquelle la dénonciation devient effective, et non refusées dans l'année prévue à l'article 5, continuent, pendant la durée de la protection internationale, à bénéficier de la même protection que si elles avaient été directement déposées dans ce pays.

ARTICLE 16

1) a) Le présent Acte remplace, dans les rapports entre les pays de l'Union particulière au nom desquels il a été ratifié ou qui y ont adhéré, à partir du jour où il entre en vigueur à leur égard, l'Arrangement de Madrid de 1891, dans ses textes antérieurs au présent Acte.

b) Toutefois, chaque pays de l'Union particulière qui a ratifié le présent Acte ou qui y a adhéré, reste soumis aux textes antérieurs qu'il n'a pas antérieurement dénoncés en vertu de l'article 12.4) de l'Acte de Nice du 15 juin 1957 dans ses rapports avec les pays qui n'ont pas ratifié le présent Acte ou qui n'y ont pas adhéré.

2) Les pays étrangers à l'Union particulière qui deviennent parties au présent Acte l'appliquent aux enregistrements internationaux effectués au Bureau international par l'entremise de l'Administration nationale de tout pays de l'Union particulière qui n'est pas partie au présent Acte pourvu que ces enregistrements satisfassent, quant auxdits pays, aux conditions prescrites par le présent Acte. Quant aux enregistrements internationaux effectués au Bureau international par l'entremise des Administrations nationales desdits pays étrangers à l'Union particulière qui deviennent parties au présent Acte, ceux-ci admettent que le pays visé ci-dessus exige l'accomplissement des conditions prescrites par l'Acte le plus récent auquel il est partie.

ARTICLE 17

1) a) Le présent Acte est signé en un seul exemplaire en langue française et déposé auprès du Gouvernement de la Suède.

b) Des textes officiels sont établis par le Directeur général, après consultation des Gouvernements intéressés, dans les autres langues que l'Assemblée pourra indiquer.

2) Le présent Acte reste ouvert à la signature, à Stockholm, jusqu'au 13 janvier 1968.

3) Le Directeur général transmet deux copies, certifiées conformes par le Gouvernement de la Suède, du texte signé du présent Acte aux Gouvernements de tous les pays de l'Union particulière et, sur demande, au Gouvernement de tout autre pays.

4) Le Directeur général fait enregistrer le présent Acte auprès du Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies.

5) Le Directeur général notifie aux Gouvernements de tous les pays de l'Union particulière les signatures, les dépôts d'instruments de ratification ou d'adhésion et de déclarations comprises dans ces instruments, l'entrée en vigueur de toutes dispositions du présent Acte, les notifications de dénonciation et les notifications faites en application des articles 3bis, 9quater, 13, 14.7) et 15.2).

ARTICLE 18

1) Jusqu'à l'entrée en fonctions du premier Directeur général, les références, dans le présent Acte, au Bureau international de l'Organisation ou au Directeur général sont considérées comme se rapportant respectivement au Bureau de l'Union établie par la Convention de Paris pour la protection de la propriété industrielle ou à son Directeur.

2) Les pays de l'Union particulière qui n'ont pas ratifié le présent Acte ou n'y ont pas adhéré peuvent, pendant cinq ans après l'entrée en vigueur de la Convention instituant l'Organisation, exercer, s'ils le désirent, les droits prévus par les articles 10 à 13 du présent Acte, comme s'ils étaient liés par ces articles. Tout pays qui désire exercer lesdits droits dépose à cette fin auprès du Directeur général une notification écrite qui prend effet à la date de sa réception. De tels pays sont réputés être membres de l'Assemblée jusqu'à l'expiration de ladite période.

EN FOI DE QUOI, les soussignés,
dûment autorisés à cet effet,
ont signé le présent Acte.

FAIT à Stockholm, le 14 juillet 1967.

Herausgeber: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 26 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 1538 — Verlag: (610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 209 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 1,20 M, Teil II 1,30 M und Teil III 0,75 M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr

Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschloßbach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 1054 Berlin, Schwedter Straße 263, Telefon: 42 46 41

Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollendruck)

Index 31 816



GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik



1971

Berlin, den 3. September 1971

Teil I Nr. 7

Tag	Inhalt	Seite
18. 8. 71	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Vertrages vom 21. Dezember 1970 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Verkehrswesens und über die Grenz-, Zoll- und sonstige Kontrolle beim Grenzübertritt	149

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Vertrages
vom 21. Dezember 1970 zwischen der
Deutschen Demokratischen Republik und der
Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik
über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet
des Verkehrswesens und über die
Grenz-, Zoll- und sonstige Kontrolle
beim Grenzübertritt**

vom 18. August 1971

Der Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Verkehrswesens und über die Grenz-, Zoll- und sonstige Kontrolle beim Grenzübertritt wurde am 21. Dezember 1970 in Prag unterzeichnet.

Der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgte am 5. August 1971 in Berlin.

Der Vertrag trat entsprechend seinem Artikel 19 am 5. August 1971 in Kraft.

Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 18. August 1971

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

O. Gotsche

Vertrag
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Tschechoslowakischen Sozialistischen
Republik über die Zusammenarbeit auf dem
Gebiet des Verkehrswesens und über die
Grenz-, Zoll- und sonstige Kontrolle
beim Grenzübertritt

Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik und der Präsident der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik

haben,

geleitet von dem Wunsch, die Zusammenarbeit beider Staaten im Bereich des Verkehrswesens in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Zusammenarbeit der Mitgliedsländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe zu erweitern und zu vertiefen, in dem Bestreben, die Beförderung von Personen und den Transport von Gütern im Wechsel- und Transitverkehr leistungsfähiger und wirtschaftlicher zu gestalten,

mit dem Ziel, eine engere Zusammenarbeit bei der Gewährung von Dienstleistungen und gegenseitiger Hilfe herbeizuführen, die komplexe Entwicklung und rationelle Ausnutzung der Transportmittel und Verkehrseinrichtungen beider Staaten zu erreichen,

beschlossen,

den vorliegenden Vertrag zu schließen und zu diesem Zwecke zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik

den Minister für Auswärtige Angelegenheiten,
Herrn Otto Winzer,

der Präsident der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik

den Minister für Auswärtige Angelegenheiten,
Herrn Ing. Ján Marko,

die folgendes vereinbart haben:

Abschnitt I

Grundsätze für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet
des Verkehrswesens

Artikel 1

(1) Die Vertragspartner kommen überein, die Zusammenarbeit auf den Gebieten des Eisenbahnverkehrs, des Kraftverkehrs, der Zivilen Luftfahrt, der Seeschifffahrt, der Binnenschifffahrt sowie hinsichtlich der Seehäfen weiter zu entwickeln und sich dabei gegenseitige Unterstützung zu gewähren.

(2) An dem Verkehr zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik sowie an dem Transitverkehr beider Vertragspartner können sich alle für die Personenbeförderung und den Gütertransport auf dem Hoheitsgebiet eines der Vertragspartner zugelassenen Transportmittel beteiligen. Transportmittel, die in ei-

nem dritten Staat zugelassen sind und von einem der Vertragspartner genutzt werden, können sich an diesem Verkehr beteiligen, soweit die Rechtsvorschriften des anderen Vertragspartners dies gestatten.

(3) Der Umfang und die Bedingungen des Wechsel- und Transitverkehrs werden durch die zuständigen Organe der Vertragspartner vereinbart.

Artikel 2

(1) Die Vertragspartner werden sich gegenseitig die größtmöglichen Erleichterungen bei der Durchführung des Transitverkehrs von und nach Drittstaaten, einschließlich von und nach den See- und Flughäfen gewähren und die entsprechenden Voraussetzungen für die Förderung des Transitverkehrs schaffen.

(2) Die Vertragspartner betrachten Westberlin als eine selbständige politische Einheit und werden sich bei der Durchführung des Verkehrs von diesem Grundsatz leiten lassen.

Artikel 3

Die Vertragspartner werden bei der Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen auf dem Gebiet des Verkehrswesens vornehmlich

- a) die Zusammenarbeit erweitern und vertiefen, besonders durch Spezialisierung und Arbeitsteilung;
- b) einen hohen ökonomischen Nutzeffekt durch Benutzung der für beide Staaten effektivsten Transportarten und rationellsten Verkehrswege im Wechsel- und Transitverkehr ermöglichen, wobei sie besondere Aufmerksamkeit der Haupttrichtung der technischen Entwicklung des Verkehrswesens widmen;
- c) im Interesse der weiteren Entwicklung des Verkehrs weitgehende Erleichterungen und Vereinfachungen im grenzüberschreitenden Verkehr treffen;
- d) den Ausbau der Verkehrseinrichtungen zur Erfüllung der sich aus den Transportplänen ergebenden Aufgaben koordinieren.

Artikel 4

Die Vertragspartner lassen sich gegenseitig bei der Durchführung des Verkehrs einschließlich des Verkehrs von und nach den See- und Flughäfen von dem Grundsatz der Meistbegünstigung leiten.

Artikel 5

(1) Jeder Vertragspartner behält sich das Recht des Transports von Personen und Gütern vor, wenn der Transport ausschließlich auf seinem Hoheitsgebiet durchgeführt wird.

(2) Jeder Vertragspartner behält sich das Recht des Transports von Personen und Gütern vor, wenn der Transport auf seinem Hoheitsgebiet beginnt, durch das Hoheitsgebiet des anderen Vertragspartners führt und auf seinem eigenen Hoheitsgebiet endet.

(3) Im gegenseitigen Einverständnis können die zuständigen Organe der Vertragspartner den Einsatz von Transportmitteln und anderen Verkehrseinrichtungen des einen Vertragspartners für die Durchführung von Transporten und für damit zusammenhängende Verkehrsleistungen auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragspartners vereinbaren.

Artikel 6

Die Vertragspartner gewähren sich auf der Basis der Gegenseitigkeit das Recht zur Einrichtung und zum Unterhalt von Vertretungen der einzelnen Verkehrsträger beziehungsweise anderer am Transport beteiligter Institutionen auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragspartners auf der Grundlage der Rechtsvorschriften des Empfangsstaates.

Abschnitt II

Zusammenarbeit bei der Ausübung der Kontrolle von Personen, Waren und Transportmitteln, die die Staatsgrenze im Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsverkehr überschreiten

Artikel 7

(1) Die Grenz- und Zollkontrolle von Personen, Waren und Transportmitteln sowie die Veterinär- und phytosanitäre Kontrolle an der Staatsgrenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik im Eisenbahnverkehr, im Straßenverkehr und in der Binnenschifffahrt — im weiteren als „Kontrolle“ bezeichnet — wird von den entsprechenden Organen beider Vertragspartner nach den Festlegungen dieses Vertrages gemeinsam ausgeübt.

(2) Die Kontrolle im Eisenbahnverkehr erfolgt auf den festgelegten Stationen, die sich auf dem Hoheitsgebiet eines Vertragspartners befinden, oder während der Fahrt des Zuges auf den festgelegten Abschnitten von Eisenbahnstrecken auf dem Hoheitsgebiet beider Vertragspartner.

(3) Die Kontrolle im Straßenverkehr erfolgt an festgelegten Stellen auf dem Hoheitsgebiet eines oder beider Vertragspartner.

(4) Die Kontrolle in der Binnenschifffahrt erfolgt an den festgelegten Anlegestellen eines Vertragspartners oder auf den Abschnitten der Wasserwege eines oder beider Vertragspartner.

Artikel 8

(1) Die Organe eines Vertragspartners üben die Kontrolle auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragspartners entsprechend den Rechtsvorschriften ihres Staates mit den gleichen Rechtsfolgen aus, die bei der Ausübung dieser Tätigkeit auf dem Hoheitsgebiet ihres Staates entstehen.

(2) Jeder Vertragspartner, auf dessen Hoheitsgebiet die Kontrolle durchgeführt wird, gewährleistet den Organen des anderen Vertragspartners freie Ausübung

dieser Tätigkeit und den gleichen Rechtsschutz wie den eigenen Organen.

(3) Die Angehörigen der Organe eines Vertragspartners, die sich zur Ausübung der Kontrolle auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragspartners aufhalten, sind verpflichtet, die Rechtsvorschriften des Vertragspartners einzuhalten, soweit dieser Vertrag nichts anderes regelt.

Artikel 9

(1) Als erste üben die Organe desjenigen Vertragspartners die Kontrolle aus, dessen Hoheitsgebiet die Personen, Waren und Transportmittel verlassen. Die Wirksamkeit der Rechtsvorschriften dieses Vertragspartners, die mit der Ausübung der Kontrolle zusammenhängen, endet mit dem Zeitpunkt, zu dem seine Organe die Kontrolle für beendet erklären, sofern nicht aus besonderen Gründen eine erneute Kontrolle erforderlich ist.

(2) Die Veterinär- und phytosanitäre Kontrolle kann von den entsprechenden Organen der Vertragspartner gleichzeitig ausgeübt werden.

(3) Wenn die Organe des einen Vertragspartners eingeführte Waren, Zahlungsmittel oder andere Devisenwerte feststellen, die Gegenstand einer den Rechtsvorschriften des anderen Vertragspartners widersprechenden Handlung sind, so benachrichtigen sie die zuständigen Organe des anderen Vertragspartners und ermöglichen ihnen die Durchführung der gesetzlich festgelegten Maßnahmen, sofern nicht nach den Rechtsvorschriften des Vertragspartners, dessen Organe die Waren, Zahlungsmittel oder Devisenwerte festgestellt haben, die Beschlagnahme der Waren, Zahlungsmittel oder Devisenwerte vorgesehen ist.

Artikel 10

(1) Die Organe eines Vertragspartners, die die Kontrolle auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragspartners ausüben, können auf der Grundlage der Rechtsvorschriften ihres Staates die Reise einer Person, die die Staatsgrenze überschreitet, unterbrechen, diese zurückweisen beziehungsweise zurückführen.

(2) Die Rückweisung beziehungsweise Rückführung eines Bürgers des Staates, auf dessen Hoheitsgebiet die Kontrolle ausgeübt wird, ist nur mit dem Einverständnis seiner Paßkontrollorgane zulässig. Das Einverständnis ist nicht erforderlich, wenn der Bürger nicht berechtigt ist, die Grenze zu überschreiten beziehungsweise eine Gesetzesverletzung begangen hat, für die Freiheitsentzug angedroht ist.

(3) Im Falle der Unterbrechung der Reise, Rückweisung oder Rückführung von Personen, der Beschlagnahme von Gegenständen und Sicherung von Beweismitteln gewähren die Organe des einen Vertragspartners den Organen des anderen Vertragspartners die erforderliche Hilfe.

Artikel 11

Die hinterlegten Waren, Zahlungsmittel oder anderen Devisenwerte und die durch die Organe eines Vertragspartners auf dem Hoheitsgebiet des anderen Ver-

tragspartners sichergestellten oder beschlagnahmten Waren, Zahlungsmittel oder Devisenwerte sowie die durch diese Organe erhobenen Zoll- und anderen Gebühren können aus diesem Hoheitsgebiet ohne Genehmigung und Beschränkung sowie ohne Zollgebühren und Zollkontrolle ausgeführt werden.

Artikel 12

(1) Der Vertragspartner, auf dessen Hoheitsgebiet die Kontrolle ausgeübt wird, sichert für den Bedarf der Organe des anderen Vertragspartners die Nachrichtenverbindungen zur Staatsgrenze und unterhält sie in betriebsfähigem Zustand. Der Bau und die Unterhaltung der Fernmelde-Endeinrichtungen wird von dem Vertragspartner durchgeführt, von dessen Organen diese Anlagen genutzt werden.

(2) Die Organe des Vertragspartners, die die Kontrolle auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragspartners ausüben, können auf der Grundlage von Vereinbarungen der zuständigen Organe der Vertragspartner solche Nachrichtennetze einsetzen, die sie bei der Ausübung ihrer Tätigkeit auf dem Hoheitsgebiet ihres Staates benutzen.

Artikel 13

(1) Die Angehörigen der Organe eines Vertragspartners, die die Kontrolle auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragspartners ausüben, können Uniform oder Dienstabzeichen tragen. Sie sind weiterhin berechtigt, entsprechend den Bestimmungen ihres Staates Dienstwaffen zu tragen, deren Gebrauch nur im Falle der Notwehr erfolgen darf.

(2) Die Angehörigen der Organe, die die Staatsgrenze zur Ausübung der Kontrolle überschreiten, sind von Zoll- und anderen Gebühren in bezug auf die zur Ausübung dieser Tätigkeit bestimmten Transportmittel und Gegenstände sowie die persönlichen Ge- und Verbrauchsgegenstände befreit. Sie sind weiterhin von Steuern, anderen Gebühren sowie von persönlichen und sachlichen Leistungen befreit. Die Dokumente der Kontrollorgane sind unantastbar.

Artikel 14

Die Angehörigen der Organe eines Vertragspartners, die auf der Grundlage dieses Vertrages die Kontrolle auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragspartners ausüben, weisen sich beim Überschreiten der Staatsgrenze mit Dokumenten aus, deren Muster zwischen den zuständigen zentralen Organen der Vertragspartner ausgetauscht werden.

Artikel 15

Die Organe des einen Vertragspartners können Gebäude und Diensträume, die ihnen auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragspartners zur Verfügung gestellt werden, in ihrer Sprache beschriften sowie mit dem Staatswappen und den Flaggen ihres Staates ausstatten.

Artikel 16

(1) Die Voraussetzungen für die Durchführung der Kontrollen von Personen, Waren und Transportmitteln werden zwischen den Vertragspartnern auf der Basis der Gegenseitigkeit geschaffen.

(2) Die Vertragspartner tragen auf ihrem Hoheitsgebiet die Kosten für den Bau, den Ausbau, die Ausstattung und die Erhaltung der Gebäude, Anlagen und Einrichtungen, die für die Kontrolle von Personen, Waren und Transportmitteln bestimmt sind.

(3) Erbringt ein Vertragspartner insgesamt höhere materielle Leistungen entsprechend Absatz 1 und 2 als der andere Vertragspartner, so werden diese Mehrleistungen nach einem noch festzulegenden Verfahren ausgeglichen.

Artikel 17

Die Bestimmungen der Artikel 8, 9 Absatz 2, Artikel 10 Absatz 3, Artikel 11, 12, 13, 14 und 15 dieses Vertrages finden auf die Organe und Beschäftigten des Vertragspartners, die ihre Tätigkeit im Zusammenhang mit der Abfertigung von Personen, Waren und Transportmitteln, die die Staatsgrenze passieren, auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragspartners ausüben und keine Tätigkeit gemäß Artikel 7 Absatz 1 durchführen, entsprechende Anwendung.

Abschnitt III

Schlußbestimmungen

Artikel 18

Unter Beachtung der in diesem Vertrag enthaltenen Festlegungen werden die zuständigen Organe der Vertragspartner alle in ihren Bereichen bestehenden Abkommen überprüfen und, soweit erforderlich, erneuern oder zur Durchführung dieses Vertrages weitere Abkommen abschließen.

Artikel 19

Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation und tritt am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden, der in Berlin stattfindet, in Kraft.

Artikel 20

Der vorliegende Vertrag wird, gerechnet von dem Tage seines Inkrafttretens, für die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen. Wenn der Vertrag nicht von einem der Vertragspartner spätestens ein Jahr vor Ablauf der angegebenen Frist gekündigt wird, bleibt er für jeweils weitere fünf Jahre in Kraft.

Ausgefertigt in Prag am 21. Dezember 1970 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und tschechischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Zur Bestätigung dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet und gesiegelt.

Für den Staatsrat
der Deutschen
Demokratischen Republik

Für den Präsidenten
der Tschechoslowakischen
Sozialistischen Republik

Otto Winzer

Marko

Smlouva

Článek 3

mezi Německou demokratickou republikou a Československou socialistickou republikou o spolupráci v oblasti dopravy a o pasové, celní a jiné kontrole při přestupu státních hranic

Státní rada Německé demokratické republiky a prezident Československé socialistické republiky

vedení přáním rozšířit a prohloubit spolupráci obou států v oblasti dopravy v souladu se zásadami spolupráce členůvých zemí Rady vzájemné hospodářské pomoci, ve snaze výkonněji a hospodárněji dopravovat osoby a náklady ve vzájemné a tranzitní dopravě,

s cílem dosáhnout užší spolupráce při poskytování služeb a vzájemné pomoci a dosáhnout komplexního rozvoje a racionálního využití dopravních prostředků a zařízení obou států,

rozhodli se

uzavřít tuto smlouvu a za tím účelem jmenovali svými zmocněnci

Státní rada Německé demokratické republiky
Otto Winzera, ministra zahraničních věcí,

prezident Československé socialistické republiky
Ing. Jāna Marko, ministra zahraničních věcí,

kteří se dohodli takto:

Oddíl I

Zásady spolupráce v oblasti dopravy

Článek 1

1. Smluvní strany se dohodly, že budou dále rozvíjet spolupráci v oblasti železniční, silniční, civilní letecké, námořní a vnitrozemské vodní dopravy, jakož i spolupráci v oblasti dopravy přes námořní přístavy, a že si přitom budou poskytovat vzájemnou podporu.

2. Na dopravě mezi Německou demokratickou republikou a Československou socialistickou republikou, jakož i na tranzitní dopravě obou smluvních stran se mohou podílet všechny dopravní prostředky připuštěné pro dopravu osob a nákladů na území jedné ze smluvních stran. Dopravní prostředky připuštěné pro dopravu na území třetího státu a použité jednou ze smluvních stran, mohou se podílet na této dopravě pokud to dovoluji právní předpisy druhé smluvní strany.

3. Rozsah a podmínky vzájemné a tranzitní dopravy budou sjednávat příslušné orgány smluvních stran.

Článek 2

1. Smluvní strany si budou vzájemně poskytovat nejvyšší možné úlevy při provádění tranzitní dopravy z třetích a do třetích států, jakož i z námořních a říčních přístavů a do námořních a říčních přístavů a vytvářet odpovídající podmínky k podpoře tranzitní dopravy.

2. Smluvní strany považují Západní Berlín za samostatnou politickou jednotku a touto zásadou se budou řídit při provádění dopravy.

Smluvní strany budou při rozvíjení vzájemných styků v oblasti dopravy zejména:

a/ rozšiřovat a prohlubovat spolupráci, zvláště specializací a dělbu práce;

b/ umožňovat dosažení vysoké hospodárnosti používáním pro oba státy nejefektivnějších druhů dopravy a nejrationálnějších dopravních cest ve vzájemné a tranzitní dopravě, přičemž budou věnovat zvláštní pozornost hlavnímu směru technického rozvoje dopravy;

c/ v zájmu dalšího rozvoje dopravy podstatně ulehčovat a zjednodušovat dopravu přes státní hranice;

d/ koordinovat výstavbu dopravních zařízení k plnění úkolů vyplývajících z dopravních plánů.

Článek 4

Smluvní strany při provádění dopravy, včetně dopravy z námořních a říčních přístavů, jakož i do námořních a říčních přístavů, se budou vzájemně řídit zásadou nejvyšších výhod.

Článek 5

1. Každá smluvní strana si vyhrazuje právo dopravy osob a nákladů, je-li doprava prováděna výhradně na jejím území.

2. Každá smluvní strana si vyhrazuje právo dopravy osob a nákladů, jestliže doprava na jejím území začíná, vede územím druhé smluvní strany a na vlastním území končí.

3. Příslušné orgány smluvních stran mohou v zájemně dohodnout použití dopravních prostředků a jiných dopravních zařízení pro provádění dopravy a s ní související dopravní výkony jedné smluvní strany na území druhé smluvní strany.

Článek 6

Smluvní strany si poskytují na zásadě vzájemnosti a na základě právních předpisů přijímajícího státu právo zřizovat a udržovat na území druhé smluvní strany zastoupení jednotlivých dopravců, případně jiných na dopravě se podílejících organizací.

Oddíl II

Spolupráce při výkonu kontroly osob, zboží a dopravních prostředků, přestupujících státní hranice v železniční, silniční a říční dopravě

Článek 7

1. Pasovou a celní kontrolu osob, zboží a dopravních prostředků, jakož i veterinární a fytokarantenní kontrolu na státních hranicích mezi Německou demokratickou republikou a Československou socialistickou republikou v železniční, silniční a říční dopravě — dále jen "kontrola" — vykonávají příslušné orgány obou smluvních stran podle ustanovení této smlouvy společně.

2. Kontrola v železniční dopravě se vykonává v určených železničních stanicích na území jedné ze smluvních stran nebo během jízdy

vlaků v určených úsecích železničních tratí na území obou smluvních stran.

3. Kontrola v silniční dopravě se vykonává na určených místech na území jedné nebo obou smluvních stran.

4. Kontrola v říční dopravě se vykonává v určených přístavištních jedné ze smluvních stran nebo na úsecích vodních cest jedné nebo obou smluvních stran.

Článek 8

1. Orgány jedné smluvní strany vykonávají kontrolu na území druhé smluvní strany podle právních předpisů svého státu se stejnými právními důsledky jako při výkonu této činnosti na území svého státu.

2. Každá smluvní strana, na jejímž území je prováděna kontrola, zaručuje orgánům druhé smluvní strany nerušený výkon této jejich činnosti a stejnou právní ochranu jako orgánům vlastním.

3. Pokud tato smlouva nestanoví jinak, jsou příslušníci orgánů jedné smluvní strany, kteří za účelem kontroly pobývají na území druhé smluvní strany, povinni zachovávat právní předpisy této druhé smluvní strany.

Článek 9

1. Jako první vykonávají kontrolu orgány té smluvní strany, z jejíhož území osoby, zboží a dopravní prostředky vystupují. Působnost právních předpisů této smluvní strany souvisejících s výkonem kontroly končí okamžikem, kdy její orgány prohlásí kontrolu za skončenou, pokud není ze zvláštních důvodů nutná kontrola nová.

2. Veterinární a fytokarantenní kontrola může být příslušnými orgány smluvních stran prováděna souběžně.

3. Jestliže orgány jedné smluvní strany zjistí zboží, platební prostředky nebo jiné devizové hodnoty, přivážené na její území v rozporu s právními předpisy druhé smluvní strany, uvědomí o tom její příslušné orgány a umožní jim použít jejich právních předpisů, pokud toto zboží, platební prostředky nebo jiné devizové hodnoty nepodléhají odejmutí na základě právních předpisů smluvní strany, jejíž orgány, zboží, platební prostředky a jiné devizové hodnoty zjistily.

Článek 10

1. Orgány jedné smluvní strany, které vykonávají kontrolu na území druhé smluvní strany, mohou v souladu s právními předpisy svého státu cestu osoby, která přestupuje státní hranice přerušit a vrátit případně doprovodit ji na území státu, z něhož vystupuje.

2. Vracení případně zpětný doprovod občana toho státu, na jehož území je kontrola prováděna, je přípustné jen se souhlasným stanoviskem orgánu pasové kontroly téhož státu. Souhlasného stanoviska není třeba, jestliže občan není oprávněn překročit státní hranice, případně jestliže se dopustil porušení zákona, za něž hrozí trest odnětí svobody.

3. Při přerušení cesty, vracení nebo zpětném doprovodu osob, odejmutí věcí a zajištění doličných předmětů, poskytují orgány jedné smluvní strany orgánům druhé smluvní strany potřebnou pomoc.

Článek 11

Zboží a platební prostředky nebo jiné devizové hodnoty, které byly orgány jedné smluvní strany zajištěny nebo odejmuty na území druhé smluvní strany nebo tam uloženy, jakož i celní a jiné poplatky těmito orgány vybrané, mohou být z tohoto území vyvezeny bez povolení a omezení, jakož i bez celních poplatků a celní kontroly.

Článek 12

1. Smluvní strana, na jejímž území se vykonává kontrola, zajišťuje pro potřebu orgánů druhé smluvní strany spojení ke státním hranicím a udržuje ho ve stavu schopném provozu. Výstavbu a údržbu koncového spojovacího zařízení provádí ta smluvní strana, jejíž orgány ho používají.

2. Orgány smluvní strany, které vykonávají kontrolu na území druhé smluvní strany, mohou na podkladě dohod sjednaných příslušnými orgány smluvních stran použít takových spojovacích prostředků, jakých používají při výkonu své činnosti na území svého státu.

Článek 13

1. Příslušníci orgánů smluvní strany vykonávající kontrolu na území druhé smluvní strany mohou nosit služební stejnokroj nebo služební označení. Dále jsou oprávněni nosit podle předpisů svého státu služební zbraň, které smí být použito jen v případě nutně obrany.

2. Příslušníci orgánů přestupující státní hranice za účelem výkonu kontroly jsou osvobozeni od celních a jiných poplatků, pokud jde o dopravní prostředky a předměty určené k výkonu této činnosti, jakož i pokud jde o předměty osobního používání a předměty osobní potřeby. Jsou dále osvobozeni od daní a jiných poplatků, jakož i od osobních a věcných plnění. Služební písemnosti kontrolních orgánů jsou nedotknutelné.

Článek 14

Příslušníci orgánů smluvní strany, kteří podle této smlouvy vykonávají kontrolu na území druhé smluvní strany, se prokazují při přestupu státních hranic doklady, jejichž vzory si vymění příslušné ústřední orgány smluvních stran.

Článek 15

Orgány jedné smluvní strany mohou označovat budovy a služební místnosti, které jim budou poskytnuty na území druhé smluvní strany, nápisy ve svém jazyku, jakož i státním znakem, státní vlajkou a prapory používanými ve svém státě.

Článek 16

1. Předpoklady pro provádění kontroly osob, zboží a dopravních prostředků budou mezi smluvními stranami vytvořeny na základě vzájemnosti.

2. Smluvní strany nesou na svém území náklady na výstavbu, přestavbu, vybavení a údržbu budov, přilehlých pozemků a zařízení, určených pro provádění kontroly osob, zboží a dopravních prostředků.

3. Vynaloží-li ve smyslu odstavce 1 a 2 jedna smluvní strana celkově vyšší hmotné prostředky než druhá smluvní strana, budou tyto vyšší náklady vyrovnány způsobem, který bude ještě stanoven.

Článek 17

Ustanovení článků 8, 9 odstavce 2, článku 10 odstavce 3 a článků 11, 12, 13, 14 a 15 této smlouvy platí přiměřeně pro orgány a zaměstnance smluvní strany, kteří vykonávají činnost v souvislosti s odbavováním osob, zboží a dopravních prostředků přestupujících státní hranice na území druhé smluvní strany a nevykonávají činnost podle článku 7 odstavce 1.

Oddíl III

Závěrečná ustanovení

Článek 18

Podle ustanovení obsažených v této smlouvě přezkoumají příslušné orgány smluvních stran v oblasti své působnosti všechny platné dohody, a pokud bude žádoucí, tyto dohody novelizují nebo k provedení této smlouvy sjednají dohody nové.

Článek 19

Tato smlouva podléhá ratifikaci a vstoupí v platnost dnem výměny ratifikačních listin, která bude provedena v Berlíně.

Článek 20

Tato smlouva se uzavírá na dobu pěti let počínaje dnem, kdy vstoupí v platnost. Nevypoví-li jedna ze smluvních stran smlouvu nejpozději jeden rok před uplynutím této lhůty, zůstává v platnosti vždy dalších pět let.

Dáno v Praze dne 21. prosince 1970 ve dvou vyhotoveních, každé v jazyce německém a českém, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Na důkaz toho zmocněnci tuto smlouvu podepsali a opatřili pečeti.

Za Státní radu
Německé demokratické republiky

Otto Winzer

Za presidenta
Československé socialistické
republiky

Marko

Herausgeber: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 - Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 38 22 - Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 1538 - Verlag: (610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 109 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 209 45 01 - Erscheint nach Bedarf - Fortlaufender Bezug nur durch die Post - Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 1,20 M, Teil II 1,80 M und Teil III 0,75 M - Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr

Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschließfach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 1034 Berlin, Schwedter Straße 263, Telefon: 42 46 41

Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollensetdruck)

Index 31 816



GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik



1971

Berlin, den 20. September 1971

Teil I Nr. 8

Tag	Inhalt	Seite
13. 9. 71	Beschluß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik über die Bildung der Wahlkommission der Republik	157

Beschluß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik über die Bildung der Wahlkommission der Republik

vom 13. September 1971

Auf Grund des §11 des Gesetzes vom 31. Juli 1963 über die Wahlen zu den Volksvertretungen der Deutschen Demokratischen Republik (Wahlgesetz) in der Neufassung vom 17. Dezember 1969 (GBl. I 1970 S. 2) und des § 2 der Wahlordnung vom 31. Juli 1963 in der Fassung vom 2. Juli 1965 (GBl. I S. 144) wird auf Vorschlag der Parteien und Massenorganisationen sowie von Versammlungen in Betrieben, Genossenschaften, Institutionen und militärischen Verbänden die Wahlkommission der Republik in folgender Zusammensetzung gebildet:

Vorsitzender der Wahlkommission der Republik

Friedrich Ebert

Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED
Stellvertreter des Präsidenten der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik

Mitglied des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik

vorgeschlagen von Werktätigen des VEB Werk für Bauelemente der Nachrichtentechnik „Carl von Ossietzky“ Teltow

Werner Lamberz

Mitglied des Politbüros und
Sekretär des Zentralkomitees der SED

vorgeschlagen von Werktätigen des VEB Stahl- und Walzwerk „Wilhelm Florin“ Hennigsdorf

Horst Dohlius

Mitglied des Sekretariats des Zentralkomitees der SED
Abteilungsleiter im Zentralkomitee der SED

vorgeschlagen von der Vertrauensleute-Vollversammlung des Kombinates „Schwarze Pumpe“

Prof. Dr. Johanna Töpfer
Mitglied des Zentralkomitees der SED
Stellvertreter des Vorsitzenden des Bundesvorstandes des FDGB

vorgeschlagen in einer Beratung mit Gewerkschaftsfunktionären in Dresden

Waldemar Verner

Mitglied des Zentralkomitees der SED
Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung
Chef der Politischen Hauptverwaltung der NVA

vorgeschlagen von Soldaten, Unteroffizieren und Offizieren einer Einheit der NVA

Werner Kirchhoff

Kandidat des Zentralkomitees der SED
Vizepräsident des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland

vorgeschlagen von Teilnehmern einer Einwohnerversammlung in Eggersdorf

Herbert Grünstein

(Stellvertreter des Vorsitzenden
der Wahlkommission der Republik)
Staatssekretär und Stellvertreter des Ministers des Innern

vorgeschlagen von Angehörigen der Hochschule der Deutschen Volkspolizei

Vera Buder

Meister im VEB Elektrophysikalische Werke Neuruppin
vorgeschlagen von Werktätigen des VEB Elektrophysikalische Werke Neuruppin

Dr. Herbert Graf

(Sekretär der Wahlkommission der Republik)
Abteilungsleiter im Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik

vorgeschlagen vom Ortsausschuß der Nationalen Front der Gemeinde Eichwalde

Hilde Hesse

Anlagenfahrerin im VEB Chemische Werke Buna
vorgeschlagen von Werktätigen des VEB Chemische Werke Buna

Hans-Joachim Heusinger
Mitglied des Politischen Ausschusses und
Sekretär des Zentralvorstandes der LDPD
vorgeschlagen von Teilnehmern einer LDPD-Versamm-
lung in Berlin-Köpenick

Wolfgang Heyl
Stellvertretender Vorsitzender der CDU
vorgeschlagen auf einer Versammlung der Mitarbeiter
der Tageszeitung „Neue Zeit“

Prof. Dr. Lothar Kolditz
Direktor der Sektion Chemie der Humboldt-Universi-
tät Berlin
vorgeschlagen von der Vollversammlung der Sektion
Chemie der Humboldt-Universität Berlin

Ingrid Mantow
Genossenschaftsbäuerin in der LPG Bobitz
vorgeschlagen von Genossenschaftsbäuerinnen und
-bauern der LPG Bobitz

Martha Pätzke
Sekretär des Bundesvorstandes des DFD
vorgeschlagen in einer Beratung der Vorsitzenden der
Bezirks- und Kreisvorstände des DFD in Brandenburg

Johannes Rech
Sekretär des Zentralrates der FDJ
vorgeschlagen von Werktätigen des VEB Geräte- und
Reglerwerk Teltow

Dr. Rudi Rost
Staatssekretär, Leiter des Büros des Ministerrates der
Deutschen Demokratischen Republik
vorgeschlagen von Werktätigen des VEB Vereinigte
Grobwoll-Werke Kirschau

Gustav Siemon
Mitglied des Parteivorstandes und
Sekretär des Hauptausschusses der NDPD
vorgeschlagen auf einer Tagung des Kreis Ausschusses
der NDPD Fürstenwalde

Annerose Schmidt
Konzertpianistin
Nationalpreisträgerin
vorgeschlagen vom Präsidium des Deutschen Kultur-
bundes

Irma Uschkamp
Vorsitzende des Rates des Bezirkes Cottbus
vorgeschlagen von Werktätigen des Kraftwerkes Lüb-
benau

Anneliese Zienert
Genossenschaftsbäuerin in der LPG „Weltfrieden“
Tucheim

vorgeschlagen von Genossenschaftsbäuerinnen und
-bauern der LPG „Weltfrieden“ Tucheim

Edith Ziesch
Oberlehrerin
vorgeschlagen durch die Mitglieder des Pädagogischen
Rates der Sorbischen Polytechnischen Oberschule Baut-
zen

Erika Zuchold
Lehrerin
Verdienter Meister des Sports
vorgeschlagen auf einer Zusammenkunft von Sportlern
in Leipzig

Stephan Zagrodnik
Mitglied des Präsidiums und
Sekretär des Parteivorstandes der DBD
vorgeschlagen auf einer Mitgliederversammlung der
DBD der Ortsgruppe Herwigsdorf

Berlin, den 13. September 1971

**Der Vorsitzende des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

W. Ulbricht

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

O. Gotsche

Herausgeber: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 36 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 1538 — Verlag: (810/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 105 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 209 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 1,20 M, Teil II 1,80 M und Teil III 0,75 M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr

Einzelbestellungen beim Zentral-Versand, Erfurt, 501 Erfurt, Postschloßfach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 1052 Berlin, Schwedter Straße 263, Telefon: 42 46 41

Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollensetdruck)

Index 31 816



GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

1971

Berlin, den 1. Dezember 1971

Teil I Nr. 9

Tag	Inhalt	Seite
15. 11. 71	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Konvention über die Bekämpfung der rechtswidrigen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen	159

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten der Konvention
über die Bekämpfung der rechtswidrigen
Inbesitznahme von Luftfahrzeugen**

vom 15. November 1971

Die Konvention über die Bekämpfung der rechtswidrigen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen vom 16. Dezember 1970 wurde durch die Deutsche Demokratische Republik am 4. Januar 1971 in Moskau unterzeichnet.

Die Hinterlegung der Ratifikationsurkunde durch die Deutsche Demokratische Republik erfolgte am 3. Juni 1971 bei der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. In die Ratifikationsurkunde wurde der Vorbehalt aufgenommen, daß Artikel 12 Absatz 1 der Konvention für die Deutsche Demokratische Republik nicht verbindlich ist.

Die Konvention trat entsprechend ihrem Artikel 13 am 14. Oktober 1971 in Kraft.

Die Konvention wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 15. November 1971

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

O. Gotsche

**Konvention
über die Bekämpfung der rechtswidrigen
Inbesitznahme von Luftfahrzeugen**

PRÄAMBEL

DIE VERTRAGSSTAATEN DIESER KONVENTION haben

IN DER ERWÄGUNG, daß rechtswidrige Handlungen der Inbesitznahme oder der Ausübung der Kontrolle von Luftfahrzeugen im Fluge die Sicherheit von Personen und Eigentum gefährden, die Durchführung des internationalen Linienverkehrs ernsthaft beeinträchtigen und das Vertrauen der Völker der Welt in die Sicherheit der zivilen Luftfahrt untergraben:

IN DER ERWÄGUNG, daß das Auftreten solcher Handlungen Anlaß zu ernster Besorgnis gibt:

IN DER ERWÄGUNG, daß es zur Abschreckung vor solchen Handlungen dringend notwendig ist, geeignete Maßnahmen für die Bestrafung der Täter vorzusehen,

FOLGENDES VEREINBART:

Artikel 1

Wer an Bord eines im Fluge befindlichen Luftfahrzeuges

- a) rechtswidrig durch Gewalt oder Drohung mit Gewalt oder durch irgendeine andere Form der Einschüchterung das Luftfahrzeug in Besitz nimmt oder die Kontrolle darüber ausübt oder versucht, eine derartige Handlung zu begehen, oder

- b) Mittäter desjenigen ist, der eine derartige Handlung begeht oder zu begehen versucht,

begeht eine Straftat (nachstehend als „Straftat“ bezeichnet).

Artikel 2

Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich, die Straftat unter schwere Strafe zu stellen.

Artikel 3

1. Ein Luftfahrzeug gilt im Sinne dieser Konvention als im Fluge befindlich von dem Augenblick an, da alle seine Außentüren nach dem Einsteigen oder Beladen geschlossen werden, bis zu dem Augenblick, da eine dieser Türen zum Aussteigen oder Entladen geöffnet wird. Im Falle einer Notlandung ist der Flug solange als fortgesetzt zu betrachten, bis die zuständigen Behörden die Verantwortung für das Luftfahrzeug und für die Personen und das Eigentum, die sich an Bord befinden, übernehmen.
2. Diese Konvention ist nicht auf Luftfahrzeuge anwendbar, die im Militär-, Zoll- oder Polizeidienst verwendet werden.
3. Diese Konvention gilt nur, wenn der Start- oder der tatsächliche Landeort des Luftfahrzeuges, in welchem die Straftat begangen wird, außerhalb

des Hoheitsgebiets des Eintragsstaates dieses Luftfahrzeuges liegt. Dabei ist es unwesentlich, ob das Luftfahrzeug sich auf einem internationalen oder einem Inlandsflug befindet.

4. In den im Artikel 5 erwähnten Fällen gilt diese Konvention nicht, wenn Start- und tatsächlicher Landeort des Luftfahrzeuges, in welchem die Straftat begangen wird, innerhalb des Hoheitsgebiets des gleichen Staates liegen, sofern dieser Staat einer der in jenem Artikel erwähnten ist.
5. Ungeachtet der Absätze 3 und 4 dieses Artikels gelten die Artikel 6, 7, 8 und 10 ohne Rücksicht auf den Start- oder tatsächlichen Landeort des Luftfahrzeuges, wenn der Täter oder der Verdächtige im Hoheitsgebiet eines Staates ermittelt wird, der nicht der Eintragsstaat dieses Luftfahrzeuges ist.

Artikel 4

1. Jeder Vertragsstaat wird die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um seine Gerichtsbarkeit für die Straftat und für jeden anderen Gewaltakt gegenüber Fluggästen oder der Besatzung, der von dem Verdächtigen im Zusammenhang mit der Straftat begangen wird, zu errichten,
 - a) wenn die Straftat an Bord eines Luftfahrzeuges begangen wird, das in diesem Staat eingetragen ist;
 - b) wenn das Luftfahrzeug, in welchem die Straftat begangen wird, in seinem Hoheitsgebiet landet und sich der Verdächtige noch an Bord befindet;
 - c) wenn die Straftat an Bord eines Luftfahrzeuges begangen wird, das ohne Besatzung vermietet wurde, und der Mieter seinen Hauptgeschäftssitz oder, wenn er keinen solchen Geschäftssitz hat, seinen ständigen Wohnsitz in diesem Staat hat.
2. Ebenso wird jeder Vertragsstaat die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um seine Gerichtsbarkeit für die Straftat in dem Falle zu errichten, wenn sich der Verdächtige in seinem Hoheitsgebiet aufhält und er ihn nicht gemäß Artikel 8 an einen der im Absatz 1 dieses Artikels genannten Staaten ausliefert.

3. Diese Konvention schließt eine gemäß nationalem Recht ausgeübte Strafgerichtsbarkeit nicht aus.

Artikel 5

Die Vertragsstaaten, die gemeinsame Luftverkehrs-betriebsorganisationen oder internationale Betriebsstellen schaffen, welche Luftfahrzeuge mit einer gemeinsamen oder internationalen Eintragung betreiben, werden in geeigneter Weise für jedes Luftfahrzeug den Staat benennen, der im Sinne dieser Konvention die Gerichtsbarkeit ausüben und die Aufgaben des Eintragsstaates übernehmen soll. Davon werden sie die Internationale Zivilluftfahrtorganisation benachrichtigen. Diese unterrichtet ihrerseits alle Vertragsstaaten dieser Konvention.

Artikel 6

1. Jeder Vertragsstaat, in dessen Hoheitsgebiet sich der Täter oder der Verdächtige aufhält, hat diesen,

sofern es die Umstände nach seiner Überzeugung rechtfertigen, in Gewahrsam zu nehmen oder sonstige Maßnahmen zu ergreifen, die seine Anwesenheit gewährleisten. Der Gewahrsam und die sonstigen Maßnahmen richten sich nach den Rechtsvorschriften dieses Staates; sie dürfen jedoch nur solange fortgesetzt werden, wie es erforderlich ist, um die Einleitung von Straf- oder Auslieferungsverfahren zu ermöglichen.

2. Dieser Staat hat unverzüglich eine vorläufige Untersuchung der Tatsachen vorzunehmen.
3. Der gemäß Absatz 1 dieses Artikels in Gewahrsam befindlichen Person ist die unverzügliche Aufnahme der Verbindung mit dem nächsten geeigneten Vertreter des Staates, dem sie angehört, zu ermöglichen.
4. Hat ein Staat gemäß diesem Artikel eine Person in Gewahrsam genommen, benachrichtigt er unverzüglich den Eintragungsstaat des Luftfahrzeuges, den im Artikel 4 Absatz 1 c) genannten Staat, den Staat, dem die festgehaltene Person angehört, und, falls er es für ratsam hält, alle anderen interessierten Staaten von der Tatsache, daß sich diese Person in Gewahrsam befindet, sowie von den Umständen, die ihre Haft rechtfertigen. Der Staat, der gemäß Absatz 2 dieses Artikels eine vorläufige Untersuchung vornimmt, teilt seine Ermittlungen sofort den genannten Staaten mit und gibt an, ob er seine Gerichtsbarkeit ausüben wird.

Artikel 7

Der Vertragsstaat, in dessen Hoheitsgebiet der Verdächtige ermittelt wird, ist, wenn er ihn nicht ausliefert, verpflichtet, den Fall ausnahmslos und ohne Rücksicht darauf, ob die Straftat in seinem Hoheitsgebiet begangen wurde oder nicht, seinen zuständigen Behörden zur gerichtlichen Verfolgung zu unterbreiten. Die Behörden treffen ihre Entscheidung nach den Rechtsvorschriften dieses Staates in der gleichen Weise wie bei einer gewöhnlichen Straftat schwerwiegender Art.

Artikel 8

1. Die Straftat gilt als eine der Auslieferung unterliegende Straftat nach jedem zwischen den Vertragsstaaten bestehenden Auslieferungsvertrag. Die Vertragsstaaten verpflichten sich, die Straftat als eine der Auslieferung unterliegende Straftat in jeden zwischen ihnen abzuschließenden Auslieferungsvertrag aufzunehmen.
2. Wird ein Vertragsstaat, der die Auslieferung von dem Bestehen eines Vertrages abhängig macht, von einem anderen Vertragsstaat, mit dem er keinen Auslieferungsvertrag abgeschlossen hat, um Auslieferung ersucht, so kann er bezüglich der Straftat diese Konvention nach seinem Ermessen als Rechtsgrundlage für die Auslieferung ansehen. Im übrigen unterliegt die Auslieferung den Bedingungen nach den Rechtsvorschriften des um die Auslieferung ersuchten Staates.
3. Die Vertragsstaaten, die die Auslieferung nicht von dem Bestehen eines Vertrages abhängig machen,

erkennen die Straftat untereinander als eine der Auslieferung unterliegende Straftat gemäß den Bedingungen des Rechts des um Auslieferung ersuchten Staates an.

4. Die Straftat gilt zum Zwecke der Auslieferung zwischen den Vertragsstaaten nicht nur als an dem Ort, an dem sie erfolgt ist, sondern auch als in den Hoheitsgebieten der Staaten begangen, die gemäß Artikel 4 Absatz 1 ihre Gerichtsbarkeit errichten müssen.

Artikel 9

1. Wurde eine Tat nach Artikel 1 a) begangen oder ist eine solche Tat im Begriff, begangen zu werden, so werden die Vertragsstaaten alle geeigneten Maßnahmen ergreifen, um die Kontrolle des Luftfahrzeuges an seinen rechtmäßigen Kommandanten zurückzugeben oder dessen Kontrolle über das Luftfahrzeug aufrechtzuerhalten.
2. In den Fällen des Absatzes 1 wird jeder Vertragsstaat, in welchem sich das Luftfahrzeug, dessen Fluggäste oder Besatzung aufhalten, die baldmögliche Fortsetzung der Reise von Fluggästen und Besatzung erleichtern und das Luftfahrzeug sowie dessen Fracht ohne Verzögerung an die rechtmäßigen Besitzer zurückgeben.

Artikel 10

1. Die Vertragsstaaten werden sich bei Strafverfahren, die wegen der in Artikel 4 genannten Straftaten und sonstigen Handlungen eingeleitet wurden, gegenseitig die größtmögliche Unterstützung leisten. In allen Fällen gelten die Rechtsvorschriften des ersuchten Staates.
2. Die Bestimmungen des Absatzes 1 dieses Artikels berühren nicht die Verpflichtungen, die sich aus einem anderen bilateralen oder multilateralen Vertrag ergeben, der insgesamt oder teilweise die gegenseitige Unterstützung in Strafsachen regelt oder regeln wird.

Artikel 11

Jeder Vertragsstaat wird in Übereinstimmung mit seiner nationalen Gesetzgebung dem Rat der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation so schnell wie möglich alle in seinem Besitz befindlichen zweckdienlichen Angaben machen über

- a) die Umstände der Straftat;
- b) die gemäß Artikel 9 eingeleiteten Maßnahmen;
- c) die in bezug auf den Täter oder Verdächtigen ergriffenen Maßnahmen, insbesondere die Ergebnisse von Auslieferungsverfahren oder anderen gerichtlichen Verfahren.

Artikel 12

1. Jede Meinungsverschiedenheit zwischen zwei oder mehr Vertragsstaaten hinsichtlich der Auslegung oder Anwendung dieser Konvention, die nicht durch Verhandlung beigelegt werden kann, wird auf Ersuchen eines dieser Vertragsstaaten der schieds-

richterlichen Entscheidung unterbreitet. Falls sich die Parteien nicht innerhalb von sechs Monaten nach dem Ersuchen um schiedsrichterliche Entscheidung über die Organisation des schiedsrichterlichen Verfahrens einigen können, kann jede Partei die Meinungsverschiedenheit dem Internationalen Gerichtshof durch Antrag entsprechend dem Statut des Gerichtshofes vorlegen.

2. Jeder Staat kann zum Zeitpunkt der Unterzeichnung oder Ratifizierung oder des Beitritts zu dieser Konvention erklären, daß er sich durch den vorhergehenden Absatz nicht gebunden fühlt. Die anderen Vertragsstaaten sind gegenüber einem Vertragsstaat, der einen solchen Vorbehalt erklärt hat, durch den vorhergehenden Absatz nicht gebunden.
3. Jeder Vertragsstaat, der gemäß vorhergehendem Absatz einen Vorbehalt erklärt hat, kann diesen jederzeit durch Mitteilung an die Depositarreregierungen zurückziehen.

Artikel 13

1. Diese Konvention steht am 16. Dezember 1970 in Den Haag den Staaten zur Unterzeichnung offen, die an der Internationalen Luftrechtskonferenz vom 1.–16. Dezember 1970 in Den Haag teilnehmen (nachstehend als die Haager Konferenz bezeichnet). Nach dem 31. Dezember 1970 steht die Konvention allen Staaten zur Unterzeichnung in Moskau, London und Washington offen. Jeder Staat, der diese Konvention nicht vor ihrem Inkrafttreten gemäß Absatz 3 dieses Artikels unterzeichnet, kann ihr jederzeit beitreten.
2. Diese Konvention bedarf der Ratifizierung durch die Signatarstaaten. Ratifizierungs- und Beitrittsurkunden sind bei den Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland sowie der Vereinigten Staaten von Amerika zu hinterlegen, die hiermit zu Depositarreregierungen ernannt werden.

3. Diese Konvention tritt 30 Tage nach dem Tage der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden von 10 Signatarstaaten dieser Konvention, die an der Haager Konferenz teilgenommen haben, in Kraft.
4. Für andere Staaten tritt diese Konvention mit dem Tage ihres Inkrafttretens gemäß Absatz 3 dieses Artikels oder 30 Tage nach der Hinterlegung ihrer Ratifizierungs- oder Beitrittsurkunde in Kraft, je nachdem, welcher Zeitpunkt der spätere ist.
5. Die Depositarreregierungen informieren unverzüglich alle Signatar- und beitretenden Staaten über das Datum jeder Unterzeichnung, über das Datum der Hinterlegung jeder Ratifizierungs- oder Beitrittsurkunde, über das Datum des Inkrafttretens dieser Konvention sowie über andere Mitteilungen.
6. Sobald diese Konvention in Kraft tritt, wird sie durch die Depositarreregierungen gemäß Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen und gemäß Artikel 83 des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt (Chicago, 1944) registriert.

Artikel 14

1. Jeder Vertragsstaat kann durch eine schriftliche Anzeige an die Depositarreregierungen diese Konvention kündigen.
2. Diese Kündigung tritt sechs Monate nach Eingang der Anzeige bei den Depositarreregierungen in Kraft.

URKUNDLICH DESSEN haben die unterzeichneten Bevollmächtigten, die von ihren Regierungen ordnungsgemäß dazu bevollmächtigt sind, diese Konvention unterzeichnet.

Ausgefertigt in Den Haag am sechzehnten Dezember eintausendneunhundertundsiebzig in drei Originalen, jedes mit vier authentischen Texten in englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache.

Convention for the suppression of unlawful seizure of aircraft

Preamble

THE STATES PARTIES TO THIS CONVENTION

CONSIDERING that unlawful acts of seizure or exercise of control of aircraft in flight jeopardize the safety of persons and property, seriously affect the operation of air services, and undermine the confidence of the peoples of the world in the safety of civil aviation;

CONSIDERING that the occurrence of such acts is a matter of grave concern;

CONSIDERING that, for the purpose of deterring such acts, there is an urgent need to provide appropriate measures for punishment of offenders;

HAVE AGREED AS FOLLOWS:

Article 1

Any person who on board an aircraft in flight:

(a) unlawfully, by force or threat thereof, or by any other form of intimidation, seizes, or exercises control of, that aircraft, or attempts to perform any such act, or

(b) is an accomplice of a person who performs or attempts to perform any such act

commits an offence (hereinafter referred to as "the offence").

Article 2

Each Contracting State undertakes to make the offence punishable by severe penalties.

Article 3

1. For the purposes of this Convention, an aircraft is considered to be in flight at any time from the moment when all its external doors are closed following embarkation until the moment when any such door is opened for disembarkation. In the case of a forced landing, the flight shall be deemed to continue until the competent authorities take over the responsibility for the aircraft and for persons and property on board.

2. This Convention shall not apply to aircraft used in military, customs or police services.

3. This Convention shall apply only if the place of take-off or the place of actual landing of the aircraft on board which the offence is committed is situated outside the territory of the State of registration of that aircraft; it shall be immaterial whether the aircraft is engaged in an international or domestic flight.

4. In the cases mentioned in Article 5, this Convention shall not apply if the place of take-off and the place of actual landing of the aircraft on board which the

offence is committed are situated within the territory of the same State where that State is one of those referred to in that Article.

5. Notwithstanding paragraphs 3 and 4 of this Article, Articles 6, 7, 8 and 10 shall apply whatever the place of take-off or the place of actual landing of the aircraft, if the offender or the alleged offender is found in the territory of a State other than the State of registration of that aircraft.

Article 4

1. Each Contracting State shall take such measures as may be necessary to establish its jurisdiction over the offence and any other act of violence against passengers or crew committed by the alleged offender in connection with the offence, in the following cases:

(a) when the offence is committed on board an aircraft registered in that State;

(b) when the aircraft on board which the offence is committed lands in its territory with the alleged offender still on board;

(c) when the offence is committed on board an aircraft leased without crew to a lessee who has his principal place of business or, if the lessee has no such place of business, his permanent residence, in that State.

2. Each Contracting State shall likewise take such measures as may be necessary to establish its jurisdiction over the offence in the case where the alleged offender is present in its territory and it does not extradite him pursuant to Article 8 to any of the States mentioned in paragraph 1 of this Article.

3. This Convention does not exclude any criminal jurisdiction exercised in accordance with national law.

Article 5

The Contracting States which establish joint air transport operating organizations or international operating agencies, which operate aircraft which are subject to joint or international registration shall, by appropriate means, designate for each aircraft the State among them which shall exercise the jurisdiction and have the attributes of the State of registration for the purpose of this Convention and shall give notice thereof to the International Civil Aviation Organization which shall communicate the notice to all States Parties to this Convention.

Article 6

1. Upon being satisfied that the circumstances so warrant, any Contracting State in the territory of which the offender or the alleged offender is present, shall take him into custody or take other measures to ensure his presence. The custody and other measures shall be as provided in the law of that State but may only be continued for such time as is necessary to enable any criminal or extradition proceedings to be instituted.

2. Such State shall immediately make a preliminary enquiry into the facts.

3. Any person in custody pursuant to paragraph 1 of this Article shall be assisted in communicating immediately with the nearest appropriate representative of the State of which he is a national.

4. When a State, pursuant to this Article, has taken a person into custody, it shall immediately notify the State of registration of the aircraft, the State mentioned in Article 4, paragraph 1(c), the State of nationality of the detained person and, if it considers it advisable, any other interested States of the fact that such person is in custody and of the circumstances which warrant his detention. The State which makes the preliminary enquiry contemplated in paragraph 2 of this Article shall promptly report its findings to the said States and shall indicate whether it intends to exercise jurisdiction.

Article 7

The Contracting State in the territory of which the alleged offender is found shall, if it does not extradite him, be obliged, without exception whatsoever and whether or not the offence was committed in its territory, to submit the case to its competent authorities for the purpose of prosecution. Those authorities shall take their decision in the same manner as in the case of any ordinary offence of a serious nature under the law of that State.

Article 8

1. The offence shall be deemed to be included as an extraditable offence in any extradition treaty existing between Contracting States. Contracting States undertake to include the offence as an extraditable offence in every extradition treaty to be concluded between them.

2. If a Contracting State which makes extradition conditional on the existence of a treaty receives a request for extradition from another Contracting State with which it has no extradition treaty, it may at its option consider this Convention as the legal basis for extradition in respect of the offence. Extradition shall be subject to the other conditions provided by the law of the requested State.

3. Contracting States which do not make extradition conditional on the existence of a treaty shall recognize the offence as an extraditable offence between themselves subject to the conditions provided by the law of the requested State.

4. The offence shall be treated, for the purpose of extradition between Contracting States, as if it had been committed not only in the place in which it occurred but also in the territories of the States required to establish their jurisdiction in accordance with Article 4, paragraph 1.

Article 9

1. When any of the acts mentioned in Article 1(a) has occurred or is about to occur, Contracting States shall take all appropriate measures to restore control of the aircraft to its lawful commander or to preserve his control of the aircraft.

2. In the cases contemplated by the preceding paragraph, any Contracting State in which the aircraft or its passengers or crew are present shall facilitate the continuation of the journey of the passengers and crew as soon as practicable, and shall without delay return the aircraft and its cargo to the persons lawfully entitled to possession.

Article 10

1. Contracting States shall afford one another the greatest measure of assistance in connection with criminal proceedings brought in respect of the offence and other acts mentioned in Article 4. The law of the State requested shall apply in all cases.

2. The provisions of paragraph 1 of this Article shall not affect obligations under any other treaty, bilateral or multilateral, which governs or will govern, in whole or in part, mutual assistance in criminal matters.

Article 11

Each Contracting State shall in accordance with its national law report to the Council of the International Civil Aviation Organization as promptly as possible any relevant information in its possession concerning:

- (a) the circumstances of the offence;
- (b) the action taken pursuant to Article 9;
- (c) the measures taken in relation to the offender or the alleged offender, and, in particular, the results of any extradition proceedings or other legal proceedings.

Article 12

1. Any dispute between two or more Contracting States concerning the interpretation or application of this Convention which cannot be settled through negotiation, shall, at the request of one of them, be submitted to arbitration. If within six months from the date of the request for arbitration the Parties are unable to agree on the organization of the arbitration, any one of those Parties may refer the dispute to the International Court of Justice by request in conformity with the Statute of the Court.

2. Each State may at the time of signature or ratification of this Convention or accession thereto, declare that it does not consider itself bound by the preceding paragraph. The other Contracting States shall not be bound by the preceding paragraph with respect to any Contracting State having made such a reservation.

3. Any Contracting State having made a reservation in accordance with the preceding paragraph may at any time withdraw this reservation by notification to the Depositary Governments.

Article 13

1. This Convention shall be open for signature at The Hague on 16 December 1970, by States participating in the International Conference on Air Law held at The Hague from 1 to 16 December 1970 (hereinafter

referred to as The Hague Conference). After 31 December 1970, the Convention shall be open to all States for signature in Moscow, London and Washington. Any State which does not sign this Convention before its entry into force in accordance with paragraph 3 of this Article may accede to it at any time.

2. This Convention shall be subject to ratification by the signatory States. Instruments of ratification and instruments of accession shall be deposited with the Governments of the Union of Soviet Socialist Republics, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, and the United States of America, which are hereby designated the Depositary Governments.

3. This Convention shall enter into force thirty days following the date of the deposit of instruments of ratification by ten States signatory to this Convention which participated in The Hague Conference.

4. For other States, this Convention shall enter into force on the date of entry into force of this Convention in accordance with paragraph 3 of this Article, or thirty days following the date of deposit of their instruments of ratification or accession, whichever is later.

5. The Depositary Governments shall promptly inform all signatory and acceding States of the date of each sig-

nature, the date of deposit of each instrument of ratification or accession, the date of entry into force of this Convention, and other notices.

6. As soon as this Convention comes into force, it shall be registered by the Depositary Governments pursuant to Article 102 of the Charter of the United Nations and pursuant to Article 83 of the Convention on International Civil Aviation (Chicago, 1944).

Article 14

1. Any Contracting State may denounce this Convention by written notification to the Depositary Governments.

2. Denunciation shall take effect six months following the date on which notification is received by the Depositary Governments.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned Plenipotentiaries, being duly authorised thereto by their Governments, have signed this Convention.

DONE at The Hague, this sixteenth day of December, one thousand nine hundred and seventy, in three originals, each being drawn up in four authentic texts in the English, French, Russian and Spanish languages.

Convention pour la répression de la capture illicite d'aéronefs

PREAMBULE

LES ETATS PARTIES A LA PRESENTE CONVENTION,

CONSIDERANT que les actes illicites de capture ou d'exercice du contrôle d'aéronefs en vol compromettent la sécurité des personnes et des biens, gênent sérieusement l'exploitation des services aériens et minent la confiance des peuples du monde dans la sécurité de l'aviation civile,

CONSIDERANT que de tels actes les préoccupent gravement,

CONSIDERANT que, dans le but de prévenir ces actes, il est urgent de prévoir des mesures appropriées en vue de la punition de leurs auteurs,

SONT CONVENUS DES DISPOSITIONS SUIVANTES:

Article 1er

Commets une infraction pénale (ci-après dénommée « l'infraction ») toute personne qui, à bord d'un aéronef en vol,

- a) illicitement et par violence ou menace de violence s'empare de cet aéronef ou en exerce le contrôle ou tente de commettre l'un de ces actes, ou
- b) est le complice d'une personne qui commet ou tente de commettre l'un de ces actes.

Article 2

Tout Etat contractant s'engage à réprimer l'infraction de peines sévères.

Article 3

1. Aux fins de la présente convention, un aéronef est considéré comme en vol depuis le moment où, l'embarquement étant terminé, toutes ses portes extérieures ont été fermées jusqu'au moment où l'une de ces portes est ouverte en vue du débarquement. En cas d'atterrissage forcé, le vol est censé se poursuivre jusqu'à ce que l'autorité compétente prenne en charge l'aéronef ainsi que les personnes et biens à bord.

2. La présente convention ne s'applique pas aux aéronefs utilisés à des fins militaires, de douane ou de police.

3. La présente convention ne s'applique que si le lieu de décollage ou le lieu d'atterrissage effectif de l'aéronef à bord duquel l'infraction est commise est situé hors du territoire de l'Etat d'immatriculation de cet aéronef, qu'il s'agisse d'un aéronef en vol international ou d'un aéronef en vol intérieur.

4. Dans les cas prévus à l'article 5, la présente convention ne s'applique pas si le lieu de décollage et le lieu

d'atterrissage effectif de l'aéronef à bord duquel l'infraction est commise sont situés sur le territoire d'un seul des Etats mentionnés audit article.

5. Nonobstant les dispositions des paragraphes 3 et 4 du présent article, les articles 6, 7, 8 et 10 sont applicables, quel que soit le lieu de décollage ou le lieu d'atterrissage effectif de l'aéronef, si l'auteur ou l'auteur présumé de l'infraction est découvert sur le territoire d'un Etat autre que l'Etat d'immatriculation dudit aéronef.

Article 4

1. Tout Etat contractant prend les mesures nécessaires pour établir sa compétence aux fins de connaître de l'infraction, ainsi que de tout autre acte de violence dirigé contre les passagers ou l'équipage et commis par l'auteur présumé de l'infraction en relation directe avec celle-ci, dans les cas suivants:

- a) si elle est commise à bord d'un aéronef immatriculé dans cet Etat;
- b) si l'aéronef à bord duquel l'infraction est commise atterrit sur son territoire avec l'auteur présumé de l'infraction se trouvant encore à bord;
- c) si l'infraction est commise à bord d'un aéronef donné en location sans équipage à une personne qui a le siège principal de son exploitation ou, à défaut, sa résidence permanente dans ledit Etat.

2. Tout Etat contractant prend également les mesures nécessaires pour établir sa compétence aux fins de connaître de l'infraction dans le cas où l'auteur présumé de celle-ci se trouve sur son territoire et où ledit Etat ne l'extradé pas conformément à l'article 8 vers l'un des Etats visés au paragraphe 1er du présent article.

3. La présente convention n'écarte aucune compétence pénale exercée conformément aux lois nationales.

Article 5

Les Etats contractants qui constituent pour le transport aérien des organisations d'exploitation en commun ou des organismes internationaux d'exploitation et qui exploitent des aéronefs faisant l'objet d'une immatriculation commune ou internationale désignent, pour chaque aéronef, suivant les modalités appropriées, l'Etat qui exerce la compétence et aura les attributions de l'Etat d'immatriculation aux fins de la présente convention. Ils aviseront de cette désignation l'Organisation de l'Aviation civile internationale, qui en informera tous les Etats Parties à la présente convention.

Article 6

1. S'il estime que les circonstances le justifient, tout Etat contractant sur le territoire duquel se trouve l'auteur ou l'auteur présumé de l'infraction assure la détention de cette personne ou prend toutes autres mesures nécessaires pour assurer sa présence. Cette détention et ces mesures doivent être conformes à la législation dudit Etat; elles ne peuvent être maintenues que pendant le délai nécessaire à l'engagement de poursuites pénales ou d'une procédure d'extradition.

2. Ledit Etat procède immédiatement à une enquête préliminaire en vue d'établir les faits.

3. Toute personne détenue en application du paragraphe 1er du présent article peut communiquer immédiatement avec le plus proche représentant qualifié de l'Etat dont elle a la nationalité; toutes facilités lui sont accordées à cette fin.

4. Lorsqu'un Etat a mis une personne en détention conformément aux dispositions du présent article, il avise immédiatement de cette détention, ainsi que des circonstances qui la justifient, l'Etat d'immatriculation de l'aéronef, l'Etat mentionné à l'article 4, paragraphe 1er, alinéa c, l'Etat dont la personne détenue a la nationalité et, s'il le juge opportun, tous autres Etats intéressés. L'Etat qui procède à l'enquête préliminaire visée au paragraphe 2 du présent article en communique rapidement les conclusions auxdits Etats et leur indique s'il entend exercer sa compétence.

Article 7

L'Etat contractant sur le territoire duquel l'auteur présumé de l'infraction est découvert, s'il n'extrade pas ce dernier, soumet l'affaire, sans aucune exception et que l'infraction ait ou non été commise sur son territoire, à ses autorités compétentes pour l'exercice de l'action pénale. Ces autorités prennent leur décision dans les mêmes conditions que pour toute infraction de droit commun de caractère grave conformément aux lois de cet Etat.

Article 8

1. L'infraction est de plein droit comprise comme cas d'extradition dans tout traité d'extradition conclu entre Etats contractants. Les Etats contractants s'engagent à comprendre l'infraction comme cas d'extradition dans tout traité d'extradition à conclure entre eux.

2. Si un Etat contractant qui subordonne l'extradition à l'existence d'un traité est saisi d'une demande d'extradition par un autre Etat contractant avec lequel il n'est pas lié par un traité d'extradition, il a la latitude de considérer la présente convention comme constituant la base juridique de l'extradition en ce qui concerne l'infraction. L'extradition est subordonnée aux autres conditions prévues par le droit de l'Etat requis.

3. Les Etats contractants qui ne subordonnent pas l'extradition à l'existence d'un traité reconnaissent l'infraction comme cas d'extradition entre eux dans les conditions prévues par le droit de l'Etat requis.

4. Entre Etats contractants, l'infraction est considérée aux fins d'extradition comme ayant été commise tant au lieu de sa perpétration que sur le territoire des Etats tenus d'établir leur compétence en vertu de l'article 4, paragraphe 1.

Article 9

1. Lorsque l'un des actes prévus à l'article 1er, alinéa a, est accompli ou sur le point d'être accompli, les Etats contractants prennent toutes mesures appropriées pour restituer ou conserver le contrôle de l'aéronef au commandant légitime.

2. Dans les cas visés au paragraphe précédent, tout Etat contractant sur le territoire duquel se trouvent l'aéronef, les passagers ou l'équipage facilite aux passagers et à l'équipage la poursuite de leur voyage aussitôt que possible. Il restitue sans retard l'aéronef et sa cargaison à ceux qui ont le droit de les détenir.

Article 10

1. Les Etats contractants s'accordent l'entraide judiciaire la plus large possible dans toute procédure pénale relative à l'infraction et aux autres actes visés à l'article 4. Dans tous les cas, la loi applicable pour l'exécution d'une demande d'entraide est celle de l'Etat requis.

2. Toutefois, les dispositions du paragraphe 1er du présent article n'affectent pas les obligations découlant des dispositions de tout autre traité de caractère bilatéral ou multilatéral qui régit ou régira, en tout ou en partie, le domaine de l'entraide judiciaire en matière pénale.

Article 11

Tout Etat contractant communique aussi rapidement que possible au Conseil de l'Organisation de l'Aviation civile internationale, en conformité avec les dispositions de sa législation nationale, tous renseignements utiles en sa possession relatifs:

a) aux circonstances de l'infraction;

b) aux mesures prises en application de l'article 9;

c) aux mesures prises à l'égard de l'auteur ou de l'auteur présumé de l'infraction et notamment au résultat de toute procédure d'extradition ou de toute autre procédure judiciaire.

Article 12

1. Tout différend entre des Etats contractants concernant l'interprétation ou l'application de la présente convention qui ne peut pas être réglé par voie de négociation est soumis à l'arbitrage, à la demande de l'un d'entre eux. Si, dans les six mois qui suivent la date de la demande d'arbitrage, les Parties ne parviennent pas à se mettre d'accord sur l'organisation de l'arbitrage, l'une quelconque d'entre elles peut soumettre le différend à la Cour internationale de Justice, en déposant une requête conformément au Statut de la Cour.

2. Chaque Etat pourra, au moment où il signera ou ratifiera la présente convention ou y adhèrera, déclarer qu'il ne se considère pas lié par les dispositions du paragraphe précédent. Les autres Etats contractants ne seront pas liés par lesdites dispositions envers tout Etat contractant qui aura formulé une telle réserve.

3. Tout Etat contractant qui aura formulé une réserve conformément aux dispositions du paragraphe précédent pourra à tout moment lever cette réserve par une notification adressée aux gouvernements dépositaires.

Article 13

1. La présente convention sera ouverte le 16 décembre 1970 à La Haye à la signature des Etats participant à la Conférence internationale de droit aérien tenue à

La Haye du 1er au 16 décembre 1970 (ci-après dénommée « la Conférence de La Haye »). Après le 31 décembre 1970, elle sera ouverte à la signature de tous les Etats à Washington, à Londres et à Moscou. Tout Etat qui n'aura pas signé la convention avant qu'elle soit entrée en vigueur conformément au paragraphe 3 du présent article pourra y adhérer à tout moment.

2. La présente convention est soumise à la ratification des Etats signataires. Les instruments de ratification ainsi que les instruments d'adhésion seront déposés auprès des gouvernements des Etats-Unis d'Amérique, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et de l'Union des Républiques socialistes soviétiques, qui sont désignés par les présentes comme gouvernements dépositaires.

3. La présente convention entrera en vigueur trente jours après la date du dépôt des instruments de ratification de dix Etats signataires qui ont participé à la Conférence de La Haye.

4. Pour les autres Etats, la présente convention entrera en vigueur à la date de son entrée en vigueur conformément au paragraphe 3 du présent article ou trente jours après la date du dépôt de leurs instruments de ratification ou d'adhésion, si cette seconde date est postérieure à la première.

5. Les gouvernements dépositaires informeront rapidement tous les Etats qui signeront la présente convention ou y adhéreront de la date de chaque signature,

de la date du dépôt de chaque instrument de ratification ou d'adhésion, de la date d'entrée en vigueur de la présente convention ainsi que de toutes autres communications.

6. Dès son entrée en vigueur, la présente convention sera enregistrée par les gouvernements dépositaires conformément aux dispositions de l'Article 102 de la Charte des Nations Unies et conformément aux dispositions de l'Article 83 de la Convention relative à l'Aviation civile internationale (Chicago, 1944).

Article 14

1. Tout Etat contractant peut dénoncer la présente convention par voie de notification écrite adressée aux gouvernements dépositaires.

2. La dénonciation prendra effet six mois après la date à laquelle la notification aura été reçue par les gouvernements dépositaires.

EN FOI DE QUOI les Plénipotentiaires soussignés, dûment autorisés, ont signé la présente convention.

FAIT à LA Haye, le seizième jour du mois de décembre de l'an mil neuf cent soixante-dix, en trois exemplaires originaux comprenant chacun quatre textes authentiques rédigés dans les langues française, anglaise, espagnole et russe.

Конвенция о борьбе с незаконным захватом воздушных судов

ГОСУДАРСТВА — УЧАСТНИКИ НАСТОЯЩЕЙ КОНВЕНЦИИ.

СЧИТАЯ, что акты незаконного захвата или осуществления контроля над воздушным судном, находящимся в полете, угрожают безопасности лиц и имущества, серьезно нарушают воздушное сообщение и подрывают веру народов мира в безопасность гражданской авиации.

СЧИТАЯ, что наличие таких актов вызывает серьезную озабоченность.

СЧИТАЯ, что в целях предотвращения таких актов имеется настоятельная необходимость обеспечить принятие соответствующих мер для наказания преступников.

СОГЛАСИЛИСЬ О НИЖЕСЛЕДУЮЩЕМ:

Статья 1

Любое лицо на борту воздушного судна, находящегося в полете, которое:

а) незаконно, путем насилия или угрозы применением насилия, или путем любой другой формы запугивания, захватывает это воздушное судно или осуществляет над ним контроль, либо пытается совершить любое такое действие, или

б) является соучастником лица, которое совершает или пытается совершить любое такое действие,

совершает преступление (в дальнейшем именуемое «преступление»).

Статья 2

Каждое Договаривающееся Государство обязуется применять в отношении такого преступления суровые меры наказания.

Статья 3

1. Для целей настоящей Конвенции воздушное судно считается находящимся в полете в любое время с момента закрытия всех его внешних дверей после погрузки до момента открытия любой из таких дверей для выгрузки. В случае вынужденной посадки считается, что полет происходит до тех пор, пока компетентные власти не примут на себя ответственность за воздушное судно и за лиц и имущество, находящихся на борту.

2. Настоящая Конвенция не применяется к воздушным судам, занятым на военной, таможенной и полицейской службах.

3. Настоящая Конвенция применяется только в том случае, если место взлета или место фактической посадки воздушного судна, на борту которого совершено преступление, находится вне пределов территории Государства регистрации такого воздушного судна; при этом не имеет значения, совершало ли воздушное судно международный полет или полет на внутренних авиалиниях.

4. Настоящая Конвенция не применяется в случаях, упомянутых в статье 5, если место взлета и место фактической посадки воздушного судна, на борту которого совершено преступление, находятся на территории одного и того же Государства, когда такое Государство является одним из тех Государств, которые упоминаются в указанной статье.

5. Несмотря на пункты 3 и 4 настоящей статьи, статьи 6, 7, 8 и 10 применяются независимо от места взлета или места фактической посадки воздушного судна, если преступник или предполагаемый преступник находится на территории иного Государства, чем Государство регистрации воздушного судна.

Статья 4

1. Каждое Договаривающееся Государство принимает такие меры, какие могут оказаться необходимыми, чтобы установить свою юрисдикцию над таким преступлением и любыми другими актами насилия в отношении пассажиров или экипажа, совершенных предполагаемым преступником в связи с таким преступлением, в следующих случаях:

а) когда преступление совершено на борту воздушного судна, зарегистрированного в данном Государстве;

б) когда воздушное судно, на борту которого совершено преступление, совершает посадку на его территории и предполагаемый преступник еще находится на борту;

в) когда преступление совершено на борту воздушного судна, сданного в аренду без экипажа арендатору, основное место деятельности которого или, если он не имеет места деятельности, постоянное местопребывание которого находится в этом Государстве.

2. Каждое Договаривающееся Государство принимает также такие меры, какие могут оказаться необходимыми, чтобы установить свою юрисдикцию над преступлением в случае, когда предполагаемый преступник находится на его территории и оно не выдает его в соответствии со статьей 8 одному из Государств, упомянутых в пункте 1 настоящей статьи.

3. Настоящая Конвенция не исключает осуществления любой уголовной юрисдикции в соответствии с национальным законодательством.

Статья 5

Договаривающиеся Государства, которые создают совместные воздушно-транспортные эксплуатационные организации или международные эксплуатационные агентства, эксплуатирующие воздушные суда, которые подлежат совместной или международной регистрации, надлежащим образом указывают в отношении каждого воздушного судна государство из своего числа, которое осуществляет юрисдикцию и выступает в качестве государства регистрации в целях настоящей Конвенции, и уведомляют об этом Международную организацию гражданской авиации, которая рассылает такое уведомление всем Государствам-участникам настоящей Конвенции.

Статья 6

1. Убедившись, что обстоятельства того требуют, любое Договаривающееся Государство, на территории которого находится преступник или предполагаемый преступник, заключает его под стражу или принимает другие меры, обеспечивающие его присутствие, Заключение под стражу и другие меры осуществляются в соответствии с законодательством такого Государства, но могут продолжаться только в течение времени, необходимого для того, чтобы предпринять уголовно-процессуальные действия или действия по выдаче.

2. Такое Государство немедленно производит предварительное расследование фактов.

3. Любому лицу, находящемуся под стражей согласно пункту 1 настоящей статьи, оказывается содействие в немедленном установлении контакта с ближайшим соответствующим представителем Государства, гражданином которого он является.

4. Когда Государство согласно настоящей статье заключает лицо под стражу, оно немедленно уведомляет Государство регистрации воздушного судна, Государство, упомянутое в пункте 1 (с) статьи 4, Государство гражданства задержанного лица и, если оно сочтет это целесообразным, любые другие заинтересованные Государства о факте нахождения такого лица под стражей и об обстоятельствах, послуживших основанием для его задержания. Государство, которое производит предварительное расследование, предусмотренное пунктом 2 настоящей статьи, незамедлительно сообщает о полученных им данных вышеупомянутым Государствам и указывает, намерено ли оно осуществить юрисдикцию.

Статья 7

Договаривающееся Государство, на территории которого оказывается предполагаемый преступник, если оно не выдает его, обязано, без каких-либо исключений и независимо от того, совершено ли преступление на его территории, передать дело своим компетентным органам для целей уголовного преследования. Эти органы принимают решение таким же образом, как и в случае любого обычного преступления серьезного характера, в соответствии с законодательством этого Государства.

Статья 8

1. Преступление считается подлежащим включению в качестве преступления, влекущего выдачу, в любой договор о выдаче, заключенный между Договаривающимися Государствами. Договаривающиеся Государства обязуются включать такое преступление в качестве преступления, влекущего выдачу, в любой договор о выдаче, заключаемый между ними.

2. Если Договаривающееся Государство, которое обуславливает выдачу наличием договора, получает просьбу о выдаче от другого Договаривающегося Государства, с которым оно не имеет договора о выдаче, оно может по своему усмотрению рассматривать настоящую Конвенцию в отношении такого преступления в качестве юридического основания для выдачи. Выдача производится в соответствии с другими условиями, предусмотренными законодательством Государства, к которому обращена просьба о выдаче.

3. Договаривающиеся Государства, не обуславливающие выдачу наличием договора, рассматривают в отношениях между собой такое преступление в качестве преступления, влекущего выдачу, в соответствии с условиями, предусмотренными законодательством Государства, к которому обращена просьба о выдаче.

4. Преступление рассматривается Договаривающимися Государствами для целей выдачи, как если бы оно было совершено не только в месте его совершения, но также и на территории Государства, которые обязаны установить свою юрисдикцию в соответствии с пунктом 1 статьи 4.

Статья 9

1. Когда любое из действий, упомянутых в статье 1 (а), совершено или близко к совершению, Договаривающиеся Государства принимают все надлежащие меры для восстановления контроля законного командира над воздушным судном или для сохранения за ним контроля над воздушным судном.

2. В случаях, предусмотренных предыдущим пунктом, любое Договаривающееся Государство, в котором находятся воздушное судно, его пассажиры или экипаж, содействует его пассажирам и экипажу в продолжении их следования так скоро, насколько это возможно, и без задержки возвращает воздушное судно и его груз законным владельцам.

Статья 10

1. Договаривающиеся Государства оказывают друг другу наиболее полную правовую помощь в связи с уголовно-процессуальными действиями, предпринятыми в отношении такого преступления и других актов, упомянутых в статье 4. Во всех случаях применяется законодательство Государства, к которому обращена просьба.

2. Положения пункта 1 настоящей статьи не влияют на обязательства по любому другому договору, двустороннему или многостороннему, который регулирует или будет регулировать, полностью или частично, взаимную правовую помощь по уголовным делам.

Статья 11

Каждое Договаривающееся Государство в соответствии со своим национальным законодательством сообщает Совету Международной организации гражданской авиации так скоро, как это возможно, любую имеющуюся у него соответствующую информацию относительно:

- а) обстоятельств преступления;
- б) действий, предпринятых в соответствии со статьей 9;
- в) мер, принятых в отношении преступника или предполагаемого преступника, и, в частности, результатов любых действий по выдаче или других правовых действий.

Статья 12

1. Любой спор между двумя или более Договаривающимися Государствами, касающийся толкования или применения настоящей Конвенции, который не может

быть урегулирован путем переговоров, по просьбе одного из них будет передаваться на арбитраж. Если в течение шести месяцев со дня просьбы об арбитраже Стороны не в состоянии прийти к соглашению по вопросу об организации арбитража, по просьбе любой из этих Сторон спор может быть передан в Международный Суд в соответствии со Статутом Суда.

2. Каждое государство может при подписании или ратификации настоящей Конвенции или при присоединении к ней сделать заявление о том, что оно не считает себя связанным положениями предыдущего пункта. Другие Договаривающиеся Государства не будут связаны положениями предыдущего пункта во взаимоотношениях с любым Договаривающимся Государством, сделавшим такую оговорку.

3. Любое Договаривающееся Государство, сделавшее оговорку в соответствии с предыдущим пунктом, может в любое время снять эту оговорку путем нотификации правительств-депозитариев.

Статья 13

1. Настоящая Конвенция будет открыта для подписания в Гааге 16 декабря 1970 года государствами, участвующими в Международной конференции по воздушному праву, состоявшейся в Гааге с 1 по 16 декабря 1970 года (в дальнейшем именуемой Гагская конференция). После 31 декабря 1970 года Конвенция будет открыта для подписания всеми государствами в Москве, Лондоне и Вашингтоне. Любое государство, которое не подпишет настоящую Конвенцию до ее вступления в силу в соответствии с пунктом 3 настоящей статьи, может присоединиться к ней в любое время.

2. Настоящая Конвенция подлежит ратификации подписавшими ее Государствами. Ратификационные грамоты и документы о присоединении сдаются на хранение правительствам Союза Советских Социалистических Республик, Соединенного Королевства Великобритании и Северной Ирландии и Соединенных Штатов Америки, которые настоящим назначаются в качестве правительств-депозитариев.

3. Настоящая Конвенция вступит в силу через тридцать дней после даты сдачи на хранение ратификационных грамот десятью Государствами, подписав-

шими настоящую Конвенцию, которые принимали участие в Гагской конференции.

4. Для других государств настоящая Конвенция вступает в силу в день вступления в силу настоящей Конвенции в соответствии с пунктом 3 настоящей статьи или через тридцать дней после даты сдачи на хранение их ратификационных грамот или документов о присоединении, в зависимости от того, что наступает позднее.

5. Правительства-депозитарии незамедлительно уведомляют все подписавшие и присоединившиеся Государства о дате каждого подписания, дате сдачи на хранение каждой ратификационной грамоты или документа о присоединении, дате вступления в силу настоящей Конвенции, а также о других уведомлениях.

6. После вступления настоящей Конвенции в силу она должна быть зарегистрирована правительствами-депозитариями в соответствии со статьей 102 Устава Организации Объединенных Наций и в соответствии со статьей 83 Конвенции о международной гражданской авиации (Чикаго, 1944 г.).

Статья 14

1. Любое Договаривающееся Государство может отказаться от участия в настоящей Конвенции путем письменного уведомления об этом правительств-депозитариев.

2. Отказ от участия в Конвенции вступает в силу через шесть месяцев со дня получения такого уведомления правительствами-депозитариями.

В УДОСТОВЕРЕНИЕ ЧЕГО нижеподписавшиеся представители, должным образом уполномоченные своими Правительствами, подписали настоящую Конвенцию.

СОВЕРШЕНО в Гааге шестнадцатого декабря одна тысяча девятьсот семидесятого года в трех подлинных экземплярах, каждый на русском, английском, испанском и французском языках, причем все тексты являются аутентичными.

CONVENIO PARA LA REPRESION DEL APODERAMIENTO Ilicito DE AERONAVES

PREAMBULO

LOS ESTADOS PARTES EN EL PRESENTE CONVENIO

CONSIDERANDO que los actos ilícitos de apoderamiento o ejercicio del control de aeronaves en vuelo ponen en peligro la seguridad de las personas y los bienes, afectan gravemente a la explotación de los servicios aéreos y socavan la confianza de los pueblos del mundo en la seguridad de la aviación civil;

CONSIDERANDO que la realización de tales actos les preocupa gravemente;

CONSIDERANDO que, a fin de prevenir tales actos, es urgente prever las medidas adecuadas para sancionar a sus autores,

HAN CONVENIDO LO SIGUIENTE:

Artículo 1

Comete un delito (que en adelante se denominará «el delito») toda persona que, a bordo de una aeronave en vuelo,

a) ilícitamente, mediante violencia, amenaza de violencia o cualquier otra forma de intimidación, se apodere de tal aeronave, ejerza el control de la misma, o intente cometer cualquiera de tales actos.

b) sea cómplice de la persona que cometa o intente cometer cualquier de tales actos.

Artículo 2

Los Estados Contratantes se obligan a establecer para el delito penas severas.

Artículo 3

1. A los fines del presente Convenio, se considerará que una aeronave se encuentra en vuelo desde el momento en que se cierran todas las puertas externas después del embarque hasta el momento en que se abra cualquiera de dichas puertas para el desembarque. En caso de aterrizaje forzoso, se considerará que el vuelo continúa hasta que las autoridades competentes se hagan cargo de la aeronave y de las personas y bienes a bordo.

2. El presente Convenio no se aplicará a las aeronaves utilizadas en servicios militares, de aduanas o de policía.

3. El presente Convenio se aplicará solamente si el lugar de despegue o el de aterrizaje real de la aeronave, a bordo de la cual se cometa el delito, está situado fuera del territorio del Estado de su matrícula, ya se trate de una aeronave en vuelo internacional, ya en vuelo interno.

4. En los casos previstos en el artículo 5, no se aplicará el presente Convenio si el lugar de despegue y el de aterrizaje real de la aeronave, a bordo de la cual se cometa el delito, están situados en el territorio de uno solo de los Estados referidos en dicho Artículo.

5. No obstante lo dispuesto en los párrafos 3 y 4 del presente artículo, se aplicarán los artículos 6, 7, 8 y 10, cualquiera que sea el lugar de despegue o de aterrizaje real de la aeronave, si el delincuente o el presunto delincuente es hallado en el territorio de un Estado distinto del de matrícula de dicha aeronave.

Artículo 4

1. Cada Estado Contratante tomará las medidas necesarias para establecer su jurisdicción sobre el delito y sobre cualquier acto de violencia cometido por el presunto delincuente contra los pasajeros o la tripulación, en relación directa con el delito, en los casos siguientes:

a) si el delito se comete a bordo de una aeronave matriculada en tal Estado;

b) si la aeronave, a bordo de la cual se comete el delito, aterriza en su territorio con el presunto delincuente todavía a bordo;

c) si el delito se comete a bordo de una aeronave dada en arrendamiento sin tripulación a una persona que en tal Estado tenga su oficina principal o, de no tener tal oficina, su residencia permanente.

2. Asimismo, cada Estado Contratante tomará las medidas necesarias para establecer su jurisdicción sobre el delito en el caso de que el presunto delincuente se halle en su territorio y dicho Estado no conceda la extradición, conforme al artículo 8, a los Estados previstos en el párrafo 1 del presente artículo.

3. El presente Convenio no excluye ninguna jurisdicción penal ejercida de acuerdo con las leyes nacionales.

Artículo 5

Los Estados Contratantes que constituyan organizaciones de explotación en común del transporte aéreo u organismos internacionales de explotación que utilicen aeronaves que sean objeto de una matrícula común o internacional, designarán, con respecto a cada aeronave, según las circunstancias del caso, el Estado de entre ellos que ejercerá la jurisdicción y tendrá las atribuciones del Estado de matrícula de acuerdo con el presente Convenio, y lo comunicarán a la Organización de Aviación Civil Internacional, que lo notificará a todos los Estados Partes en el presente Convenio.

Artículo 6

1. Todo Estado Contratante en cuyo territorio se encuentre el delincuente o el presunto delincuente, si considera que las circunstancias lo justifican, procederá a la detención o tomará otras medidas para asegurar su presencia. La detención y demás medidas se llevarán a cabo de acuerdo con las leyes de tal Estado,

y se mantendrán solamente por el período que sea necesario a fin de permitir la iniciación de un procedimiento penal o de extradición.

2. Tal Estado procederá inmediatamente a una investigación preliminar de los hechos.

3. La persona detenida de acuerdo con el párrafo 1 del presente artículo tendrá toda clase de facilidades para comunicarse inmediatamente con el representante correspondiente del Estado de su nacionalidad que se encuentre más próximo.

4. Cuando un Estado, en virtud de este artículo, detenga a una persona, notificará inmediatamente tal detención y las circunstancias que la justifican, al Estado de matrícula de la aeronave, al Estado mencionado en el artículo 4, párrafo 1 c), al Estado del que sea nacional el detenido y, si lo considera conveniente, a todos los demás Estados interesados. El Estado que proceda a la investigación preliminar prevista en el párrafo 2 del presente artículo, comunicará sin dilación sus resultados a los Estados antes mencionados e indicará si se propone ejercer su jurisdicción.

Artículo 7

El Estado Contratante en cuyo territorio sea hallado el presunto delincuente, si no procede a la extradición del mismo, someterá el caso a sus autoridades competentes a efectos de enjuiciamiento, sin excepción alguna y con independencia de que el delito haya sido o no cometido en su territorio. Dichas autoridades tomarán su decisión en las mismas condiciones que las aplicables a los delitos comunes de carácter grave, de acuerdo con la legislación de tal Estado.

Artículo 8

1. El delito se considerará incluido entre los delitos que den lugar a extradición en todo tratado de extradición celebrado entre Estados Contratantes. Los Estados Contratantes se comprometen a incluir el delito como caso de extradición en todo tratado de extradición que celebren entre sí en el futuro.

2. Si un Estado Contratante, que subordine la extradición a la existencia de un tratado, recibe de otro Estado Contratante, con el que no tiene tratado, una solicitud de extradición, podrá discrecionalmente considerar el presente Convenio como la base jurídica necesaria para la extradición referente al delito. La extradición estará sujeta a las demás condiciones exigidas por el derecho del Estado requerido.

3. Los Estados Contratantes que no subordinen la extradición a la existencia de un tratado reconocerán el delito como caso de extradición entre ellos, sujeto a las condiciones exigidas por el derecho del Estado requerido.

4. A los fines de la extradición entre Estados Contratantes, se considerará que el delito se ha cometido, no solamente en el lugar donde ocurrió, sino también en el territorio de los Estados obligados a establecer su jurisdicción de acuerdo con el artículo 4, párrafo 1.

Artículo 9

1. Cuando se realice cualquier acto de los mencionados en el artículo 1 a) o sea inminente su realización, los

Estados Contratantes tomarán todas las medidas apropiadas a fin de que el legítimo comandante de la aeronave recobre o mantenga su control.

2. En los casos previstos en el párrafo anterior, cada Estado Contratante en cuyo territorio se encuentren la aeronave, o los pasajeros o la tripulación, facilitará a los pasajeros y a la tripulación la continuación del viaje lo antes posible y devolverá sin demora la aeronave y su carga a sus legítimos poseedores.

Artículo 10

1. Los Estados Contratantes se prestarán la mayor ayuda posible por lo que respecta a todo proceso penal relativo al delito y a los demás actos mencionados en el artículo 4. En todos los casos, la ley aplicable para la ejecución de una petición de ayuda será la del Estado requerido.

2. Sin embargo, lo dispuesto en el párrafo precedente no afectará a las obligaciones derivadas de cualquier tratado bilateral o multilateral que regule, en todo o en parte, lo relativo a la ayuda mutua en materia penal.

Artículo 11

Cada Estado Contratante notificará lo antes posible al Consejo de la Organización de Aviación Civil Internacional, de conformidad con su legislación nacional, cualquier información pertinente que tenga en su poder referente a:

- a) las circunstancias del delito;
- b) las medidas tomadas en aplicación del artículo 9;
- c) las medidas tomadas en relación con el delincuente o el presunto delincuente y, especialmente, el resultado de todo procedimiento de extradición u otro procedimiento judicial.

Artículo 12

1. Las controversias que surjan entre dos o más Estados Contratantes con respecto a la interpretación o aplicación de este Convenio, que no puedan resolverse mediante negociaciones, se someterán a arbitraje, a petición de uno de ellos. Si en el plazo de seis meses contados a partir de la fecha de presentación de la solicitud de arbitraje las Partes no consiguen ponerse de acuerdo sobre la forma del mismo, cualquiera de las Partes podrá someter la controversia a la Corte Internacional de Justicia, mediante una solicitud presentada de conformidad con el Estatuto de la Corte.

2. Todo Estado, en el momento de la firma o ratificación de este Convenio o de su adhesión al mismo, podrá declarar que no se considera obligado por el párrafo anterior. Los demás Estados Contratantes no estarán obligados por el párrafo anterior ante ningún Estado que haya formulado dicha reserva.

3. Todo Estado Contratante que haya formulado la reserva prevista en el párrafo anterior podrá retirarla en cualquier momento notificándolo a los Gobiernos depositarios.

Artículo 13

1. El presente Convenio estará abierto a la firma de los Estados participantes en la Conferencia Internacional de Derecho Aéreo celebrada en La Haya del 1º al 16 de diciembre de 1970 (llamada en adelante «la Conferencia de la Haya»), a partir del 16 de diciembre de 1970, en dicha ciudad. Después del 31 de diciembre de 1970, el Convenio estará abierto a la firma de todos los Estados en Washington, Londres y Moscú. Todo Estado que no firmare el presente Convenio antes de su entrada en vigor de conformidad con el párrafo 3 de este artículo, podrá adherirse a él en cualquier momento.

2. El presente Convenio estará sujeto a ratificación por los Estados signatarios. Los instrumentos de ratificación y los instrumentos de adhesión se depositarán en los archivos de los Gobiernos de los Estados Unidos de América, el Reino Unido de Gran Bretaña e Irlanda del Norte y la Unión de Repúblicas Socialistas Soviéticas, a los que por el presente se designa como Gobiernos depositarios.

3. El presente Convenio entrará en vigor treinta días después de la fecha en que diez Estados signatarios de este Convenio, participantes en la Conferencia de La Haya hayan depositado sus instrumentos de ratificación.

4. Para los demás Estados, el presente Convenio entrará en vigor en la fecha que resulte de la aplicación del párrafo 3 de este Artículo, o treinta días después de la fecha de depósito de sus instrumentos de ratificación o adhesión, si esta última fecha fuese posterior a la primera.

5. Los Gobiernos depositarios informarán sin tardanza a todos los Estados signatarios y a todos los Estados que se hayan adherido a este Convenio de la fecha de cada firma, de la fecha de depósito de cada instrumento de ratificación o adhesión, de la fecha de su entrada en vigor y de cualquier otra notificación.

6. Tan pronto como el presente Convenio entre en vigor, los Gobiernos depositarios lo registrarán de conformidad con el artículo 102 de la Carta de las Naciones Unidas y de conformidad con el Artículo 83 del Convenio sobre Aviación Civil Internacional (Chicago, 1944).

Artículo 14

1. Todo Estado Contratante podrá denunciar el presente Convenio mediante notificación por escrito dirigida a los Gobiernos depositarios.

2. La denuncia surtirá efecto seis meses después de la fecha en que los Gobiernos depositarios reciban la notificación.

EN TESTIMONIO DE LO CUAL los Plenipotenciarios infrascritos, debidamente autorizados por sus Gobiernos para hacerlo, firman el presente Convenio.

HECHO en La Haya el día dieciseis de diciembre de mil novecientos setenta en tres originales, cada uno de ellos integrado por cuatro textos auténticos en los idiomas español, francés, inglés y ruso.

Herausgeber: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 - Redaktion: 103 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 36 22 - Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 1538 - Verlag: (510/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17. Telefon: 209 45 01 - Erscheint nach Bedarf - Fortlaufender Bezug nur durch die Post - Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 1,20 M, Teil II 1,80 M und Teil III 0,75 M - Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr

Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschließfach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 1054 Berlin, Schwedter Straße 263, Telefon: 42 46 41

Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollensetdruck)

Index 31 816



GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

1971

Berlin, den 24. Dezember 1971

Teil I Nr. 10

Tag	Inhalt	Seite
20. 12. 71	Gesetz über den Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1971-1975	175

**Gesetz
über den Fünfjahrplan
für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR
1971-1975
vom 20. Dezember 1971**

Entsprechend den Beschlüssen des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in Verwirklichung der Direktive des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR beschließt die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik:

I.

1. Der Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1971-1975 dient der politischen, ökonomischen, kulturellen und militärischen Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik.

Die **Hauptaufgabe des Fünfjahrplanes besteht in der weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität.**

Die Ziele des Fünfjahrplanes sind darauf gerichtet, durch die immer bessere Nutzung der Vorzüge der sozialistischen Gesellschaftsordnung das Volkseigentum zu mehren und die materiell-technische Basis des Sozialismus als Grundlage für die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerung zu stärken.

Der Fünfjahrplan dient dem Wohle der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes. Seine Verwirklichung ist untrennbar verbunden mit der allseitigen Entwicklung der Fähigkeiten und Talente der Arbeiterklasse und aller Werktätigen, der Entfaltung ihrer schöpferischen Aktivität und der tätigen Mitarbeit sowie dem initiativreichen Einsatz eines jeden.

Die Erfüllung des Fünfjahrplanes erfordert die stabile und kontinuierliche Entwicklung des Nationaleinkommens und seine effektivste Verwendung. Je Einheit materiellen und finanziellen Aufwandes ist eine ständige Vergrößerung des Produktionsvolumens und des Nationaleinkommens zu erreichen. Durch die Ausnutzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus, insbesondere durch die ständig bessere Sicherung der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft, sind die Stabilität und Kontinuität der Produktion als wichtige Voraussetzung zur Verbesserung der Effektivität weiter zu erhöhen.

Ein fester Bestandteil der Ziele des Fünfjahrplanes 1971-1975 ist die Vertiefung der sozialistischen ökonomischen Integration der Mitgliedsländer des RGW entsprechend den Zielen des auf der XXV. Tagung des RGW beschlossenen Komplexprogramms. Ins-

besondere sind die Zusammenarbeit, die Produktions- und Wissenschaftskooperation mit der UdSSR systematisch weiterzuentwickeln.

Für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR im Zeitraum 1971-1975 werden folgende **Hauptkennziffern** festgelegt:

1970 = 100 - in % -	1971	1972	1973	1974	1975
Produziertes National- einkommen	104,5	109,3	114,8	120,4	127,0
Industrielle Waren- produktion	105,4	111,2	118,3	126,1	134,0
Arbeitsproduktivität in der Industrie	104,5	109,8	117,4	125,7	135,0
Konsumtion	104,6	109,3	113,7	118,3	123,0

- Das Produktionsvolumen der **Landwirtschaft** ist in den Jahren 1971-1975 auf 112,5 % gegenüber dem vorhergehenden Jahrfünft zu steigern.

- Die **Investitionen der Volkswirtschaft** insgesamt sind in den Jahren 1971-1975 auf 129 % gegenüber dem vorhergehenden Jahrfünft zu steigern.

- Die **Bau- und Montageproduktion** des Ministeriums für Bauwesen ist im Zeitraum bis 1975 gegenüber 1970 auf 127 % zu erhöhen.

Zur Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Arbeiterklasse und der gesamten Bevölkerung werden folgende Ziele festgelegt:

- Durch **Steigerung der Konsumgüterproduktion** in Industrie und Landwirtschaft in hoher Qualität und sortimentsgerecht ist eine stabile Versorgung der Bevölkerung vor allem mit Waren des Grundbedarfs zu gewährleisten und der **Warenfonds zur Versorgung der Bevölkerung** durchschnittlich jährlich um 4,1 % auf 122 % 1975 gegenüber 1970 zu erhöhen.

Im Zeitraum des Fünfjahrplanes dürfen keine Preiserhöhungen bei Verbraucherpreisen für Konsumgüter erfolgen. Das Angebot in den niedrigen Preisgruppen ist entsprechend dem Bedarf zu sichern.

- Im Zeitraum 1971-1975 sind **500 000 Wohnungen** zu schaffen.

Insbesondere sind die Wohnverhältnisse der Arbeiterklasse in den Zentren der industriellen Entwicklung zu verbessern. Neubauten von Wohnhäusern sind vorwiegend fünf- bzw. sechsgeschossig zu errichten. In den neuen Wohngebieten sind gleichzeitig mit den Wohnungen Schulen, Kindergärten, Kinderkrippen, Räume für kulturelle Betätigung sowie Gesundheits- und Handelseinrichtungen zu schaffen.

- Die **Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung** sind in Übereinstimmung mit der geplanten Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Leistungen durchschnittlich jährlich um 4 % auf 121,5 % 1975 gegenüber 1970 zu erhöhen.

Entsprechend dem entscheidenden Beitrag der Arbeiterklasse zur Schaffung des Nationalreichtums ist ihr Anteil an der Verwendung des Nationaleinkommens zu vergrößern. Das **Arbeits-einkommen der Arbeiter und Angestellten** ist durchschnittlich jährlich um 4,3 % auf 123,5 % 1975 gegenüber 1970 zu erhöhen.

Durch die Erhöhung der Mindestlöhne, die differenzierte Anhebung der unteren Einkommen, die Lohnerhöhung für Beschäftigtengruppen des Gesundheitswesens, des Verkehrswesens, des Post- und Fernmeldewesens, der Volksbildungseinrichtungen sowie durch die Lohnmaßnahmen für Werktätige in der Kohle- und Energiewirtschaft wurden 1971 wichtige Schritte zur weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen für mehr als 2 Millionen Werktätige verwirklicht, die einer wachsenden Zahl von Werktätigen im Zeitraum des Fünfjahresplanes zugute kommen.

Für bestimmte Berufs- und Beschäftigtengruppen sind weitere differenzierte lohnpolitische Maßnahmen durchzuführen, die zur Steigerung der Arbeitsleistungen beitragen sowie die unterschiedlichen Arbeitsbedingungen und den erreichten Stand der Entlohnung berücksichtigen.

Für die Verbesserung der sozialen Bedingungen der Rentner sind die im Jahre 1971 erfolgten Erhöhungen der Mindestrenten sowie die Möglichkeiten, die mit der freiwilligen Zusatzrentenversicherung geschaffen wurden, auch in den nächsten Jahren bedeutungsvoll.

Es sind die Voraussetzungen zu schaffen, im Jahre 1973 eine weitere Verbesserung der Renten durchzuführen, in dem die vor dem 1. 7. 1968 festgesetzten Renten und die Mindestrenten erhöht werden, um damit weitere Schritte zur Verbesserung der Lebensbedingungen eines bedeutenden Teils der älteren Menschen zu tun.

- Als eine wichtige Form der Verbesserung der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen sind die **Leistungen und Zuwendungen des Staates aus den gesellschaftlichen Fonds für die Bevölkerung** im Zeitraum 1971—1975 auf 148 Mrd. M zu erhöhen. Das ist eine Steigerung durchschnittlich jährlich um 6,2 % auf 135 % 1975 gegenüber 1970. Die Mittel sind einzusetzen für die Entwicklung des Bildungswesens, des Gesundheits- und Sozialwesens, des Umweltschutzes, für die Erholung, die Entwicklung von Kultur und Sport. Zum Wohle der Bevölkerung, besonders der Arbeiterklasse, werden auch weiterhin bestimmte Preise für Waren des Grundbedarfs und für Personenbeförderungsleistungen gestützt sowie bedeutende Zuschüsse für die Wohnungswirtschaft eingesetzt.

Die Leistungen und Zuwendungen des Staates aus gesellschaftlichen Fonds (berechnet auf 1 Familie mit 4 Personen) werden damit im Jahre 1975 monatlich etwa 465 Mark betragen.

- Die **Dienstleistungen und Reparaturen** als wichtiger Bereich der gesellschaftlichen Produktion sind zur Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung, vor allem zur Erleichterung der Hausarbeit für die berufstätigen Frauen, schrittweise weiter auszubauen. Ihre materielle Basis ist planmäßig zu stärken, indem zunehmend moderne Technologien und Verfahren sowie moderne Formen der Produktions- und Dienstleistungsorganisation angewandt werden.

Die Leistungen der industriellen Wäschereien und Chemischreinigungen für die Bevölkerung sind mindestens auf 130 % 1975 gegenüber 1970 zu erhöhen.

- Auf der Grundlage der weiteren Durchsetzung der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation sind solche **Arbeitsbedingungen** zu schaffen, die hohe Leistungen ermöglichen und die körperliche und geistige Entwicklung der Werktätigen fördern. Insbesondere sind die körperlich schweren Arbeiten durch Rationalisierungsmaßnahmen zu vermindern. Als wichtige Elemente der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation sind das Arbeitsstudium, die wissenschaftliche Arbeitsgestaltung und die Arbeitsnormung anzuwenden; die Arbeitskultur ist weiter zu verbessern.

- Das einheitliche sozialistische **Bildungswesen** ist kontinuierlich weiterzuentwickeln und die in der Verfassung der DDR festgelegte 10klassige Oberschulbildung bis 1975 im wesentlichen zu verwirklichen.

Durch den Neubau von mindestens 16 000 Unterrichtsräumen und 500 Turnhallen sind bessere Unterrichtsbedingungen zu schaffen.

Durch die Erhöhung der Anzahl der Kinderkrippenplätze auf 300 je 1 000 Kinder im Alter bis zu 3 Jahren, der Kindergartenplätze auf 750 je 1 000 Kinder im Vorschulalter und 660 Hortplätze je 1 000 Schüler der Klassen 1—4 im Jahre 1975 sind die Bildungs- und Erziehungsmöglichkeiten sowie die Bedingungen für die Berufstätigkeit der Frauen weiter zu verbessern.

An den Hoch- und Fachschulen sind im Fünfjahresplanzeitraum im Direktstudium 290 000 Studenten neu zu immatrikulieren.

Die **Aus- und Weiterbildung** der Arbeiter, Genossenschaftsbauern, der Intelligenz, der Frauen und Jugendlichen sowie aller anderen Werktätigen ist als ein untrennbarer Bestandteil der gesellschaftlichen Entwicklung und der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen der Bevölkerung zu vervollkommen. Sie ist darauf zu richten, das sozialistische Bewußtsein aller Werktätigen weiter zu festigen, ihre Fähigkeiten zu erhöhen, ihr Fach zu meistern und ständig wachsende Leistungen zu vollbringen. Durch die Berufsausbildung sind im Fünfjahresplanzeitraum 900 000 Schulabgänger zu hochqualifizierten sozialistischen Facharbeitern auszubilden.

- Auf dem Gebiet des **Gesundheitswesens** sind vorbeugende Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und Gesunderhaltung sowie zur Bekämpfung verbreiteter Krankheiten zu verwirklichen. Die Einrichtungen des Gesundheitswesens sind verstärkt zu rekonstruieren und zu modernisieren.

Die Bedingungen für die sportliche und touristische Betätigung breiter Kreise der Bevölkerung sind zu erweitern. Das Erholungswesen ist auszubauen. Durch den Feriendienst der Gewerkschaften und die Erholungsheime der Betriebe stehen im Jahre 1975 den Werktätigen 1,9 Millionen Urlaubsreisen zur Verfügung.

Zur Sicherung des kontinuierlichen Wachstums der Volkswirtschaft und zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Bürger sind planmäßig weitere Maßnahmen zur sinnvollen und rationalen Nutzung sowie zur Erhaltung und zum Schutz der Natur und der Umwelt durchzuführen und ihre Verwirklichung streng zu kontrollieren.

- Die **sozialistische Kultur und Kunst** haben einen bedeutenden Beitrag zur Vertiefung des sozialistischen Bewußtseins der Werktätigen und der gesamten Bevölkerung sowie zur weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft zu leisten.

Die Tätigkeit der kulturellen Einrichtungen ist auf die bessere Befriedigung der geistig-kultu-

rellen Bedürfnisse der Arbeiterklasse und der gesamten Bevölkerung zu richten.

In der Periode des Fünfjahresplanes 1971—1975 wird sich das bewährte Bündnis der sozialen und politischen Kräfte der sozialistischen Gesellschaft in der DDR, der Parteien und demokratischen Massenorganisationen, die in der Nationalen Front zusammengeschlossen sind, unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei weiter festigen. Auf dieser Grundlage wird den Interessen der Arbeiterklasse, der Klasse der Genossenschaftsbauern, der sozialistischen Intelligenz und der anderen werktätigen Schichten sowie aller Bürger unseres sozialistischen Staates immer besser entsprochen.

Mit der Weiterentwicklung der sozialistischen Gesellschaft wächst die Rolle der Gewerkschaften als Schule der Wirtschaftsführung und als Schule des Sozialismus. Mit ihrer Hilfe nimmt die Arbeiterklasse entscheidenden Einfluß auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung, lernen alle Arbeiter mit dem Volkseigentum gut zu wirtschaften und die Macht im Bündnis mit der Klasse der Genossenschaftsbauern und allen Schichten des werktätigen Volkes immer besser auszuüben. Alle Bürger unseres sozialistischen Staates, die Mitglieder der demokratischen Massenorganisationen, der Freien Deutschen Jugend, des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands, des Deutschen Kulturbundes und alle anderen Massenorganisationen, wie die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, die Kammer der Technik, die Konsumgenossenschaften, sind aufgerufen, alle ihre schöpferischen Kräfte und Fähigkeiten einzusetzen, um die Beschlüsse des VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur weiteren Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR im Zeitraum 1971—1975 zum Wohle des ganzen Volkes zu verwirklichen. *

2. Der Hauptweg zur weiteren Entwicklung der Volkswirtschaft und zur Erhöhung ihrer Effektivität besteht in der **Intensivierung der gesellschaftlichen Produktion**, insbesondere durch sozialistische Rationalisierung als eine erstrangige politische Aufgabe. Die sozialistische Rationalisierung ist eng mit der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen zu verbinden.

Die sozialistische Rationalisierung ist auf die produktive Nutzung und Erhöhung der Leistungsfähigkeit der vorhandenen Grundfonds und die rationelle Ausnutzung der Produktionsflächen und -räume, vor allem durch Erweiterung der Mehrschichtarbeit, zu richten. Sie ist in Form der Modernisierung der vorhandenen Technik, der Mechanisierung und Teilautomatisierung der Produktionsprozesse und Verfahren sowie der Automatisierung ausgewählter volkswirtschaftlich bedeutsamer Vorhaben durchzuführen.

Es sind alle Möglichkeiten und Reserven für die sozialistische Rationalisierung zu erschließen, indem die staatlichen Organe und wissenschaftlichen Einrichtungen, die Rationalisierungsbüros der VVB, Kombinate und Betriebe in enger Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen Organisationen, darunter der Kammer der Technik, auf solche Rationalisierungsaufgaben konzentriert werden, die zu einer schnellen Erhöhung der Produktion, der Qualität und Gebrauchseigenschaften der Erzeugnisse, der Arbeitsproduktivität und der Effektivität führen.

Durch die Betriebe und Kombinate ist verstärkt die Eigenproduktion von Rationalisierungsmitteln zu entwickeln. Die besten Erfahrungen sind zu verallgemeinern.

Bei der Durchführung von Investitionen sind kürzeste Bauzeiten zu sichern und der gesellschaftliche Aufwand so niedrig wie möglich zu halten. Es ist die schnelle Fertigstellung und frühestmögliche Produktionswirksamkeit der in Durchführung befindlichen Vorhaben zu sichern.

Das gesellschaftliche Arbeitsvermögen ist bei gleichzeitiger Verbesserung der Arbeitsbedingungen rationell zu nutzen. Durch Sicherung eines kontinuierlichen Produktionsprozesses, rationelle Arbeitsorganisation, volle Ausnutzung der gesetzlichen Arbeitszeit, die Einhaltung der Ordnung und Sicherheit sowie die Wahrung einer hohen Disziplin ist der Arbeits- und Zeitaufwand für die festgelegten Aufgaben und Leistungen weiter zu senken.

Es dürfen keine neuen Arbeitsplätze geschaffen werden, wenn nicht im gleichen Maße nachweisbar durch Rationalisierung Arbeitskräfte zur Verfügung stehen bzw. die Arbeitskräftezuführung bilanziert ist.

Zur Stärkung der materiellen Produktion ist der Anteil der Produktionsarbeiter zu erhöhen und der rationelle Einsatz der Arbeitskräfte zu gewährleisten.

Die Neuerer und Rationalisatoren, die Brigadiere, Meister, Technologen, Ingenieure sowie alle Werktätigen sind aufgerufen, die große Aufgabe der Entwicklung der Volkswirtschaft hauptsächlich auf dem Wege der Intensivierung und Rationalisierung bei höchstmöglicher Nutzung der vorhandenen Fonds und Möglichkeiten unmittelbar in der Produktion, an jedem Arbeitsplatz durch kluge Ideen, aktives Mitdenken und Mitgestalten zu verwirklichen und für jede Aufgabe die beste und ökonomischste Lösung zu finden.

Dazu sind die sozialistische Gemeinschaftsarbeit, die Neuerer- und Rationalisatorbewegung und die Initiative der Jugend, besonders im Rahmen der „Messe der Meister von morgen“, weiterzuentwickeln und allseitig zu unterstützen.

3. In allen Bereichen der Volkswirtschaft ist der **wissenschaftlich-technische Fortschritt** zu beschleunigen und insbesondere durch ein hohes Niveau der Forschungs-, Entwicklungs-, Konstruktions- und Projektierungsleistungen sowie durch die rasche Einführung ihrer Ergebnisse in die Produktion eine hohe Effektivität der gesellschaftlichen Arbeit zu gewährleisten. Die Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution sind organisch mit den Vorzügen des sozialistischen Wirtschaftens zu verbinden.

Unter Ausnutzung der Vorzüge des sozialistischen Wirtschaftssystems sind wirksamere Formen des Zusammenschlusses der Wissenschaft mit der Produktion — angefangen bei der Grundlagenforschung über die angewandte Forschung und Entwicklung bis zur Konstruktion und technologischen Vorbereitung — zu entwickeln, um noch gründlicher die Früchte wissenschaftlicher Forschung im Interesse der gesamten Gesellschaft zu nutzen.

Durch die Leiter der Betriebe, Direktoren der Kombinate und VVB sowie durch die Minister sind für die wissenschaftlich-technische Arbeit solche Aufgaben und Ziele vorzugeben, die die Konzentration der Kräfte und Mittel auf die Intensivierung der gesellschaftlichen Produktion, die Durchführung der sozialistischen Rationalisierung, die Erhöhung des Niveaus der Produktion und der Qualität von Konsumgütern und Dienstleistungen sowie der medizinischen Betreuung der Bevölkerung und auf die Schaffung des wissenschaftlichen Vorlaufes für volkswirtschaftlich entscheidende Gebiete gewährleisten.

Auf dieser Grundlage sind in den Forschungs- und Entwicklungsstellen der Industrie, der Akademien und des Hochschulwesens weitere Bedingungen für die rationelle Durchführung der wissenschaftlich-technischen Arbeiten zu schaffen. Die Effektivität der geistig-schöpferischen Arbeit ist zu erhöhen.

Von besonderer Bedeutung ist die Beteiligung aller Werktätigen, die Förderung ihrer schöpferischen Aktivität bei der umfassenden Anwendung neuer und vorhandener wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse in der Produktion.

Ausgehend von den Erfordernissen für die Entwicklung der Volkswirtschaft und der sozialistischen Gesellschaft in der DDR ist die **Grundlagenforschung** weiterzuentwickeln. Dabei hat die Deutsche Akademie der Wissenschaften als Forschungsakademie der sozialistischen Gesellschaft in der DDR bedeutende wissenschaftliche Beiträge zu leisten. Durch hervorragende Forschungsergebnisse der Grundlagenforschung ist ihre Wirksamkeit für die Sicherung einer stabilen und kontinuierlichen Entwicklung der Volkswirtschaft und als wichtiger Beitrag zur Festigung der DDR und ihres Ansehens in der Welt zu erhöhen.

Dazu ist in enger sozialistischer Wissenschaftskooperation, insbesondere mit der UdSSR und den anderen Mitgliedsländern des RGW, der erforderliche wissenschaftliche Vorlauf zu schaffen. In Übereinstimmung mit dem Plan sind anwendungsreife Zwischenergebnisse mit hohem Niveau in die Produktion überzuführen.

Den marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften ist die Aufgabe gestellt, einen wirksamen Beitrag zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und zur Klassenauseinandersetzung mit dem Imperialismus zu leisten.

Die Leitungen und alle Angehörigen der Akademien, der Hochschulen und Universitäten, die Wissenschaftler, Ingenieure und alle in der Forschung und Entwicklung Beschäftigten tragen eine hohe Verantwortung dafür, daß alle geistigen und materiellen Möglichkeiten genutzt werden, um eine hohe Qualität und Intensität in der Forschungsarbeit und bei der Umsetzung ihrer Ergebnisse in die Produktion und im gesellschaftlichen Leben zu verwirklichen.

Das Forschungspotential ist in Übereinstimmung mit den volkswirtschaftlichen Erfordernissen und Möglichkeiten so zu entwickeln, daß weiterhin das notwendige Wachstum von Wissenschaft und Technik gewährleistet wird.

4. Die Verwirklichung einer strengen **Sparsamkeit als Prinzip des sozialistischen Wirtschaftens** verlangt, den Reproduktionsprozeß in allen seinen Teilen und an jedem Arbeitsplatz so zu planen und durchzuführen, daß der gesellschaftliche Reichtum mit höchstem Effekt genutzt und ständig vergrößert wird. Die notwendige Senkung des Aufwandes an Material, Maschinen, Ausrüstungen, Arbeitszeit und die Erhöhung der Qualität sind durch die umfassende Anwendung technisch-ökonomischer Normative und Kennziffern zu unterstützen.

Der sorgsame Umgang mit allen gesellschaftlichen Fonds und ihr effektivster Einsatz, die Erhöhung der Verantwortung aller Werktätigen und jedes Bürgers für das ihm anvertraute Volksvermögen, sein Schutz, seine Erhaltung und ständige Mehrung sind eine hohe gesellschaftliche Pflicht und eine entscheidende Voraussetzung für die weitere Stärkung des Sozialismus und die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerung. Bei jeder Aufgabe sind Aufwand und Nutzen zu berechnen. Der Verwaltungsaufwand in den staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, in den

Betrieben und Kombinatens sowie auf anderen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens ist durch Rationalisierung und Anwendung moderner Methoden der Arbeitsorganisation konsequent einzuschränken.

In allen Bereichen der gesellschaftlichen Produktion ist die **Materialökonomie** als eine entscheidende Quelle zur Erhöhung des Nationaleinkommens umfassend zu nutzen.

Im Zeitraum des Fünfjahresplanes sind der spezifische Verbrauch von Gebrauchsenergie in der Industrie um mindestens 4% jährlich und der Aufwand an volkswirtschaftlich wichtigen Roh- und Werkstoffen, berechnet auf eine Einheit industrieller Warenproduktion, um durchschnittlich jährlich 2% zu senken.

Der volkswirtschaftlich begründete Bedarf ist auf der Grundlage bestätigter Normative und Kennziffern des Verbrauchs von Energie, Roh- und Werkstoffen sowie der Anwendung von Vorratsnormen, die dem erreichten Stand von Wissenschaft und Technik entsprechen, exakt zu ermitteln.

Die bestehenden Materialeinsatznormen und staatlichen Standards sind entsprechend den fortschreitenden wissenschaftlich-technischen sowie ökonomischen Erfordernissen ständig anzupassen und zu präzisieren.

In größerem Maße und durch vorausschauende systematische Arbeit sind materialsparende Konstruktionen, Technologien und Verfahren bei gleichzeitiger Verbesserung der Gebrauchseigenschaften der Erzeugnisse anzuwenden. Dabei sind insbesondere die Gebrauchswert-Kosten-Analyse, das Informationssystem für Werkstoffkennwerte, andere wissenschaftliche Erkenntnisse sowie der ökonomische Leichtbau stärker auszunutzen. Eine entscheidende Bedeutung kommt der Berücksichtigung dieser Prinzipien in der produktionsvorbereitenden Phase zu.

Von grundlegender Bedeutung für die Sicherung der Material- und Rohstoffbasis der Volkswirtschaft ist die effektivere Gewinnung und Verarbeitung einheimischer Rohstoffe, wie Braunkohle, Glassande, bestimmte Buntmetalle, Tone, Salze, Erdgas u. a. Zur Stärkung der Material- und Rohstoffbasis der Volkswirtschaft und ihrer weiteren Ökonomisierung sind die Maßnahmen zur schrittweisen Anwendung industriemäßiger Methoden der Erfassung, Aufbereitung und Wiederverwendung und zur verstärkten Nutzung solcher Sekundärrohstoffe, wie metallischer Schrott, Altpapier, Thermoplastabfälle, Kautschuk, Alttextilien, Rücklauf-Verpackungsglas und Industrieaschen, konsequent durchzusetzen.

Zur Sicherung einer kontinuierlichen, plan- und vertragsgerechten Produktion sind die Richtsatztage für Bestände systematisch zu optimieren; die Vorrats- und Lagerwirtschaft ist so zu entwickeln, daß die Bestände und Reserven mit hoher Effektivität für die Lösung der Aufgaben des Planes wirksam werden.

5. Die Aufgaben zur allseitigen ökonomischen Sicherstellung der **Landesverteidigung und der inneren Sicherheit und Ordnung** sind integrierter Bestandteil der Wirtschaftspolitik des sozialistischen Staates.

Damit leistet die DDR zugleich einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Verteidigungskraft und des militärischen Schutzes der sozialistischen Staatengemeinschaft sowie zur Sicherung des Friedens.

Die staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe haben die sich daraus ergebenden Aufgaben als festen Bestandteil in die Leitung und Planung einzubeziehen.

6. Ausgehend von der grundsätzlichen Übereinstimmung der Interessen und Ziele der Mitgliedsländer des RGW ist die Vertiefung der sozialistischen öko-

nomischen Integration mit diesen Ländern, insbesondere mit der UdSSR, grundlegender Bestandteil der Ziele des Fünfjahresplanes und der Wege zu seiner Verwirklichung.

Die Vorzüge der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung sind für die Entwicklung der Volkswirtschaft und die Erhöhung ihrer Effektivität allseitig zu nutzen. Das entspricht zutiefst den Lebensinteressen der DDR, dient ihrer Stärkung und trägt zur erfolgreichen politischen und ökonomischen Entwicklung der sozialistischen Staatengemeinschaft bei.

Die wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit sowie der Warenaustausch mit den Mitgliedsländern des RGW sind entsprechend dem vom Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe beschlossenen Komplexprogramm zu gestalten. Bei der planmäßigen Entwicklung von Wissenschaft und Technik, der materiellen Produktion und des Außenhandels ist von den Erfordernissen der sozialistischen ökonomischen Integration auszugehen und insbesondere die Produktions- und Wissenschaftskooperation mit der UdSSR systematisch weiterzuentwickeln.

7. Ausgehend von den abgeschlossenen langfristigen Abkommen und Vereinbarungen und der wachsenden Arbeitsteilung und Kooperation in Wissenschaft und Technik sowie in der materiellen Produktion sind die Außenwirtschaftsbeziehungen mit den Mitgliedsländern des RGW, insbesondere der UdSSR, als entscheidende Grundlage für die gesamten Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR, im Zeitraum des Fünfjahresplanes vorrangig weiterzuentwickeln.

Durch die Kombinate, Betriebe und Außenhandelsorgane sind die Verpflichtungen aus den langfristigen Handelsabkommen und Jahresprotokollen gegenüber der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern in hoher Qualität zu erfüllen.

Die wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen der DDR zu den Entwicklungsländern sind planmäßig zu erweitern.

Ausgehend von den Interessen der DDR und auf der Basis der Gleichberechtigung ist der Außenhandel mit den europäischen und außereuropäischen kapitalistischen Ländern weiterzuentwickeln.

Die Leiter der zentralen Staatsorgane, der VVB, Kombinate, Industrie- und Landwirtschaftsbetriebe sowie der Außenhandelsorgane haben sich zur Erfüllung der Außenwirtschaftsaufgaben auf die exakte Einhaltung der Exportpläne, auf die Qualifizierung der Marktarbeit, die qualitäts- und termingerechte Realisierung der Verträge sowie auf die sparsamste Verwendung der Importe zu konzentrieren und die Initiative der Werktätigen für die Lösung dieser Aufgaben allseitig zu fördern.

Im Fünfjahrplan ist die Aufgabe an alle Werktätigen gestellt, durch Erfüllung der Außenwirtschaftsaufgaben in hoher Qualität zur Lösung der volkswirtschaftlichen Aufgaben und damit zur weiteren Festigung des internationalen Ansehens der DDR aktiv beizutragen.

II.

Zur Entwicklung der materiellen Produktion sind folgende Aufgaben zu lösen:

1. Auf dem Gebiet der Energiewirtschaft besteht die entscheidende Aufgabe darin, die energetische Basis durch Steigerung der Erzeugung von Elektroenergie, Erhöhung der Effektivität der Energieerzeugung und -anwendung sowie durch eine wachsende Bereitstellung von Energieträgern bei schrittweiser Verringerung der Energiedefizite in Übereinstimmung mit den Aufgaben der Volkswirtschaft zu gewährleisten.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Elektroenergie ist mindestens auf 145 % mit Stadtgas auf etwa 130 % und mit Fernwärme auf 170 % zu erhöhen. Die bedarfsgerechte Versorgung mit Braunkohlebriketts ist zu gewährleisten. Es ist zu sichern, daß etwa 70 % der Wohnungsneubauten und -ausbauten mit modernen Heizungen ausgestattet werden.

Die Anstrengungen der Werktätigen der Energiewirtschaft und des Kraftwerksanlagenbaues sind darauf zu richten, in allen Kraftwerken eine stabile Fahrweise, die Durchsetzung eines vorbeugenden Instandhaltungsregimes mit rationalen Reparaturtechnologien sowie eine hohe Verfügbarkeit der Elektroenergieerzeugung und ihre effektive Nutzung zu gewährleisten.

Zur Erhöhung und Stabilisierung der Elektroenergieerzeugung sind die Kraftwerke Boxberg I und II mit 2520 MW, das Kernkraftwerk Nord (erste Ausbaustufe) mit 880 MW und der erste 500 MW-Block im Kraftwerk Hagenwerder III in gemeinsamer Arbeit mit der UdSSR fertigzustellen und planmäßig in Betrieb zu nehmen. Der Aufbau eines Kernkraftwerkes im Bezirk Magdeburg und des Kohlekraftwerkes Jänschwalde ist zu beginnen. Weitere Kapazitätzugänge sind im Kombinat Schwarze Pumpe und durch Errichtung von Gasturbinenanlagen sowie in Industrie- und Heizkraftwerken zu erreichen.

Der spezifische Wärmeverbrauch in den Kraftwerken ist im Fünfjahrplanzeitraum um mindestens 7 % zu senken.

In der Braunkohlenindustrie sind durch Rationalisierung in bestehenden Tagebauen, insbesondere durch höhere Auslastung der Großgeräte in den Zug- und Bandbetrieben, und durch Einsatz von Abraumförderbrücken die Förderleistungen zu erhöhen. Mit diesen Maßnahmen und durch Aufschluß neuer Tagebaue ist eine Förderkapazität von mindestens 255 Mt Rohbraunkohle im Jahre 1975 zu erreichen.

Für den Einsatz des wachsenden Aufkommens von Erdgas aus Eigenförderung und ab 1973 aus der UdSSR sind der Bau der Erdgasleitungen und die termingemäße Nutzung, besonders in der chemischen Industrie, der Metallurgie, im Bauwesen, der Glas- und keramischen Industrie und der Energiewirtschaft, zu gewährleisten. Zur Vertiefung der sozialistischen ökonomischen Integration mit der UdSSR und der CSSR sind die von der DDR übernommenen Verpflichtungen für den Bau der Erdgastransitleitungen termingemäß zu erfüllen.

In allen Bereichen der Volkswirtschaft ist die rationelle Energieanwendung planmäßig zu verbessern. Der spezifische Einsatz in der Industrie an Gebrauchsenegie ist um mindestens 4 %, darunter an Elektroenergie um mindestens 2 % pro Jahr zu senken.

In der geologischen Industrie sind die Kräfte in Forschung, Suche und Erkundung auf die Schaffung von Voraussetzungen für eine stabile Entwicklung der Erdgasförderung mit möglichst hohem Methangehalt zu konzentrieren. Durch Auswertung der Erfahrungen der Neuerer und Rationalisatoren, durch Senkung der Erkundungsnormative, des Aufwandes, insbesondere des Materialeinsatzes, sowie durch Rationalisierung der Förder- und Fortleitungsprozesse ist eine hohe volkswirtschaftliche Effektivität zu erreichen.

Die Erkundung von festen mineralischen Rohstoffen und von Grundwasser zur planmäßigen Versorgung der Volkswirtschaft und zur Deckung des künftigen Bedarfs ist in enger Zusammenarbeit mit den Nutzern an ausgewählten Standorten durchzuführen. Auf der Grundlage einer langfristigen Konzeption ist bei wichtigen einheimischen Rohstoffen ein Vorratsvorlauf, insbesondere für die Bauwirtschaft,

die Glas- und keramische Industrie und bestimmte Bereiche der Metallurgie, zu erreichen.

Zur planmäßigen Versorgung der Volkswirtschaft mit Grundwasser sind jährlich Grundwasserressourcen in Höhe von 80–100 Mio m³ zu erkunden.

2. Vor den Werktätigen der chemischen Industrie steht die Aufgabe, weitere Voraussetzungen zur Stärkung der Rohstoffbasis der Volkswirtschaft, zur Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit industriellen Konsumgütern und zur Erhöhung des Exportes zu schaffen.

Zur besseren Versorgung der Volkswirtschaft ist die Produktion von Plasten auf 188 % und von synthetischen Faserstoffen auf 213 % zu erhöhen. Die Qualität der Erzeugnisse ist zu verbessern; es sind neue Erzeugnisse zu entwickeln und zu produzieren.

Die Bereitstellung von Erzeugnissen für die Bevölkerung aus den Betrieben der chemischen Industrie ist auf 138 % zu steigern, besonders bei solchen Erzeugnissen wie Vollwaschmitteln, Reifen, Schläuchen und Anstrichstoffen.

Bei Arzneimitteln ist eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung zu sichern. Die Produktion besonders hochwertiger Präparate gegen Herz- und Kreislauferkrankungen sowie gegen die Zuckerkrankheit ist wesentlich zu steigern.

Zur weiteren Erhöhung der Leistungsfähigkeit der chemischen Industrie sind die Investitionen auf die Fertigstellung der im Bau befindlichen Investitions- und Rationalisierungsvorhaben zu konzentrieren, wie auf den VEB Synthesewerk Schwarzheide zur Produktion von Polyurethanen, VEB Chemiefaserwerk Premnitz zur Produktion von Polyesterfasern, VEB Chemiefaserwerk Guben zur Produktion von Polyesterseide und VEB Filmfabrik Wolfen zur Produktion von Magnetband. Zur intensiven Nutzung vorhandener Anlagen und für deren Rationalisierung sind entsprechende Investitionsfonds einzusetzen.

Die Rohstoffbasis der chemischen Industrie ist durch die Verarbeitung von sowjetischem Erdgas in den neu zu errichtenden Produktionslinien für Ammoniak und Stickstoffdüngemittel im VEB Düngemittelkombinat Piesteritz, durch stufenweise Umstellung der Synthesegaserzeugung im VEB Leunawerke auf Erdgas und durch den Aufbau einer Benzinyrolyse zur Herstellung von Äthylen und anderen petrochemischen Grundstoffen im VEB Erdölverarbeitungskombinat Böhlen zu erweitern.

Die Olefinproduktion ist auf der Grundlage einer langfristigen Produktionskooperation mit der CSSR zu entwickeln.

3. Die Anstrengungen der Werktätigen in der Metallurgie sind darauf zu richten, in enger Forschungs- und Produktionskooperation mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern die Produktion metallurgischer Erzeugnisse, besonders der hochwertigen Sortimente, weiterzuentwickeln und die Volkswirtschaft planmäßig zu versorgen.

Dazu ist die Produktion von Walzstahl insgesamt auf mindestens 128 % im Jahre 1975 gegenüber 1970 zu erhöhen. Bedeutende Anstrengungen sind zur Sicherung der Produktion von Buntmetallen, insbesondere der Primärkupferproduktion aus einheimischen Rohstoffen, zu unternehmen.

Die Kapazitäten für die Produktion von Betonstahl, von oberflächenveredelten Konstruktionsstahleisen, von kaltgewalzten Feinblechen und von Rohren und Edelstahlröhren sowie von Werkstoffen mit besonderen physikalischen Eigenschaften und von Aluminiumhalbzeug sind im Zeitraum bis 1975 zu erweitern bzw. neue in Betrieb zu nehmen. Die erste Baustufe im VEB Leichtmetallhalbzeugwerk Nachterstedt ist fertigzustellen.

Durch Rationalisierung, besonders des Stahlwerkes in Brandenburg und des Stahl- und Walzwerkes in der Maxhütte, sind die Proportionen zwischen den technologischen Stufen zu verbessern, die Kapazität der vorhandenen Anlagen zu erweitern und die Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern.

Das wissenschaftlich-technische Potential ist auf die Vervollkommnung und Neuentwicklung von Verfahren der Schmelz-, Gieß- und Verarbeitungstechnik, wie Plasmaschmelzen, Stranggießen von Rohrhälbzeugen, Bandgießen von Aluminium und Verfahren der Pulvermetallurgie, zu konzentrieren.

Zur maximalen Erfassung, Aufbereitung und Verarbeitung metallurgischer Sekundärrohstoffe sind industrielle Methoden zu entwickeln und etappenweise zu realisieren.

Die **Kaliindustrie** ist entsprechend ihrer Bedeutung als wichtiger Rohstofflieferant kontinuierlich weiterzuentwickeln. Die Kräfte und Mittel sind darauf zu konzentrieren, die Produktion auf mindestens 2900 kt K₂O im Jahre 1975 zu steigern und die Qualität zu verbessern. Der Aufbau des volkseigenen Kaliwerkes Zielitz ist zielstrebig fortzuführen; ab 1973 sind Produktionskapazitäten stufenweise in Betrieb zu nehmen.

4. Auf dem Gebiet der **Elektrotechnik/Elektronik** ist ein hohes Entwicklungstempo der Produktion an Zuliefererzeugnissen zur Sicherung der Proportionen innerhalb des Zweiges und für den Maschinenbau sowie an elektrotechnischen Ausrüstungen und Anlagen, insbesondere für die Rationalisierung und Kapazitätserweiterung in der Energiewirtschaft, der chemischen Industrie und in der Leichtindustrie, zu gewährleisten.

Die Bereitstellung von elektrotechnischen und elektronischen Konsumgütern ist bei Verbesserung des Angebotes in Qualität und Sortiment auf 145 % zu erhöhen. Der Reparaturdienst ist weiter zu verbessern.

Durch Rekonstruktion und Erweiterung der Kapazitäten im Elektromaschinenbau, besonders in den Elektromotorenwerken Sachsenwerk Dresden, Thurm und Großenhain, sowie auf der Grundlage der Arbeitsteilung mit sozialistischen Ländern ist die Bereitstellung von Elektromaschinen für das Inland auf mindestens 145 % zu erhöhen. Die Produktion von Meß-, Steuer- und Regelungsgeräten ist auf 200 % zu steigern.

Durch Einführung hochproduktiver Technologien und gezielter Rationalisierungsmaßnahmen, vor allem zur Erhöhung der Ausbeute und Qualität sowie zur Senkung der Kosten, ist ein hohes Niveau in der Bereitstellung von Erzeugnissen der Halbleitertechnik und Mikroelektronik zu sichern.

Im Starkstromanlagenbau ist auf der Grundlage der sozialistischen Rationalisierung und durch Erweiterung der Kapazitäten eine Steigerung der Produktion von Starkstromanlagen auf mindestens 158 % zu erreichen.

Die auf den Gebieten der **Datenverarbeitungstechnik** und des wissenschaftlichen Gerätebaues geschaffenen Kapazitäten sind rationell und mit hoher Effektivität für die Rationalisierung und Automatisierung in der Volkswirtschaft sowie für eine wesentliche Steigerung des Exportes zu nutzen.

Der Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung in der Volkswirtschaft ist von den wirtschaftsleitenden Organen zielstrebig auf effektive Anwendungsbereiche, insbesondere zur Rationalisierung und Optimierung von Produktions- und Transportprozessen sowie zur Rationalisierung der Leitungs- und Planungsprozesse, zu richten. Die vorhandenen und neu zu installierenden Anlagen sind mehrschichtig aus-

zulasten und damit ein wesentlicher Beitrag zur Steigerung der Produktivität und Effektivität zu leisten.

Durch Erhöhung des wissenschaftlich-technischen Niveaus der Produktion, Senkung der Kosten und Verbesserung der Exportstruktur ist der Export der Elektrotechnik/Elektronik bis 1975 weiter zu steigern und insbesondere in den Zweigen Zentronik und Nachrichten- und Meßtechnik bedeutend zu erhöhen.

5. Im Maschinenbau sind die zur Verfügung stehenden Kräfte und Mittel bei Sicherung der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Zulieferindustrie darauf zu konzentrieren, solche Maschinen, Ausrüstungen und Erzeugnisse bereitzustellen, die besonders für die Entwicklung der Energiewirtschaft, des Exportes, des Arbeitsschutzes, der Sicherheitstechnik und für den Bevölkerungsbedarf entscheidend sind. Zur materiellen Sicherung der sozialistischen Rationalisierung sind produktive Rationalisierungsmittel zu entwickeln und bereitzustellen.

Die Produktion wichtiger Zuliefererzeugnisse ist bei Wälzlager auf 165 %, Erzeugnissen der Hydraulik auf 200 %, Pumpen auf 155 % und Verdichtern auf 138 % zu erhöhen. Die Produktion der Armaturenindustrie ist auf 160 % und des Kupplungs- und Getriebebaues auf 155 % zu steigern.

Die Bereitstellung von Konsumgütern ist im Bereich des Ministeriums für Verarbeitungsmaschinen- und Fahrzeugbau auf etwa 140 % zu erhöhen. Es sind Voraussetzungen für eine bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit Ersatz- und Zubehörteilen durch entsprechende Produktionsprogramme zu schaffen.

Der Hauptweg zur Erhöhung der Produktion der Zulieferindustrie besteht in der intensiven Nutzung der vorhandenen Produktionskapazitäten durch die sozialistische Rationalisierung. Auf dieser Grundlage sowie durch die Schaffung neuer Kapazitäten ist die Leistungsfähigkeit der Zulieferindustrie zur Verbesserung der inneren Verflechtung der metallverarbeitenden Industrie bedeutend zu erhöhen.

Die Produktion von Gießereierzeugnissen ist in allen Aufkommensbereichen der Volkswirtschaft durch Rationalisierung der Gießereibetriebe und -abteilungen und Einführung moderner Gießverfahren, verbunden mit der wirksamen Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen, insbesondere durch die Erleichterung der körperlich schweren Arbeit, so zu entwickeln, daß der technisch-ökonomisch begründete Bedarf bei überdurchschnittlicher Produktionsentwicklung hochwertiger Gußwerkstoffe gedeckt wird. Zur Sicherung der Versorgung mit Gießereierzeugnissen ist der spezifische Gußverbrauch durch Anwendung fortschrittlicher Konstruktionen, Technologien und Verbrauchsnormen zu senken.

Die Stahlgießerei Rothensee mit einer Kapazität von 40 kt/a Stahlguß und die Genaugießerei Meuselwitz mit einer Kapazität von 45 kt/a Grauguß sind in Betrieb zu nehmen. Mit der Rekonstruktion der Gießerei Rudolf Harlaß, Karl-Marx-Stadt, ist 1973 zu beginnen.

Zur Verbesserung der Versorgung der Volkswirtschaft sind die Kapazitäten für technische Federn und Feinschmiedeteile zu erweitern und termingerecht wirksam zu machen. Eine hohe Auslastung dieser Kapazitäten ist zu gewährleisten.

Die Investitionen des Maschinenbaus sind auf Vorhaben der Rationalisierung und Rekonstruktion zur Steigerung der Produktion von Konsumgütern, Gießereierzeugnissen, Armaturen, Hydraulikerzeugnissen, Wälzlager, Dieselmotoren sowie Pumpen und Verdichtern zu konzentrieren.

Zur Sicherung der Entwicklung der Energiewirtschaft hat der Kraftwerksanlagenbau die industrielle Warenproduktion auf 140 % zu steigern und in Zusammenarbeit mit der UdSSR den Übergang von 210 MW- auf 500 MW-Blockeinheiten bei Einsatz von Dampferzeugern mit einer Leistung von 815 t/h auf Rohbraunkohlebasis zu gewährleisten. Dabei ist die Produktion von kompletten Anlagen zur Erzeugung von Elektroenergie auf das Doppelte zu erhöhen.

Der Maschinenbau hat bei weiterer Vertiefung der Wissenschaftskooperation mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern durch die Konzentration des Forschungspotentials auf die anwenderorientierte Entwicklung und Weiterentwicklung von Maschinen und Ausrüstungen für die Rationalisierung entscheidender Bereiche der Volkswirtschaft und die kurzfristige Überführung der Erzeugnisse in die Produktion die Voraussetzungen für die Produktionsentwicklung folgender ausgewählter Erzeugnisse zu schaffen:

Spanabhebende Werkzeugmaschinen	auf	175 %
Umformende Werkzeugmaschinen		150 %
Maschinen und Ausrüstungen für die Warm- und Kaltverformung (Walzwerkzeugausrüstungen)		132 %
Plast- und Elastverarbeitungsmaschinen		205 %
Kabel- und Verseilmaschinen		205 %
Baumaschinen		138 %
Maschinen und Ausrüstungen für Textil-, Bekleidungs- und Lederindustrie		146 %
Maschinen und Ausrüstungen für die polygraphische und papierverarbeitende Industrie		165 %

Zur Verbesserung der Effektivität im Maschinenbau ist die sozialistische Rationalisierung mit der Einführung moderner Technologien, insbesondere der Umformtechnik, zu verbinden. Im Jahre 1972 ist mit der Erweiterung der Kapazitäten auf dem Gebiet der Umformtechnik zu beginnen.

Zur Bereitstellung von modernen Spritzgießautomaten und Extrusionsanlagen sowie Verschäumungsmaschinen für die plastverarbeitenden Industriezweige der DDR und den Export hat der Plast- und Elastverarbeitungsmaschinenbau seine Produktion bedeutend zu steigern und in einem auf der Basis moderner Technologien neu errichteten Betrieb stufenweise die Produktion aufzunehmen.

Zur weiteren Intensivierung der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft und für den Export sind durch den Landmaschinenbau hochproduktive Maschinen und Ausrüstungen bereitzustellen. Dazu ist die Produktion von Landmaschinen auf 170 % und von Verpackungsmaschinen auf 145 % zu steigern.

6. In der Glas- und Keramikindustrie ist auf der Basis einheimischer Rohstoffe die Produktion qualitativ hochwertiger Erzeugnisse bedeutend zu erhöhen.

Durch Rationalisierungsmaßnahmen sowie durch die Inbetriebnahme des neuen Porzellanwerkes in Ilmenau im Jahre 1973 ist die Produktion von Haushalt- und Hotelporzellan auf etwa 180 % zu steigern. Die Produktion von Tafelglas ist auf etwa 122 % und von Walzglas auf etwa 243 % zu erhöhen.

Zur Versorgung der Plasteindustrie, der Elektrotechnik/Elektronik, des Schiffbaues und des Bauwesens ist die Produktion von Glasseide und Glasseiden-erzeugnissen bedeutend zu entwickeln.

Die Produktion von optischem Glas ist insbesondere für den wissenschaftlichen Gerätebau auf 230 % zu steigern. Dabei ist ein qualitativer Wandel im Produktionsprofil durch Übergang zur kontinuierlichen Herstellung optischer Halbzeuge zu erreichen.

Die planmäßige Inbetriebnahme des Werkes für technisches Glas in Ilmenau ist zu sichern. Das Forschungspotential der Glasindustrie ist auf die Sicherung des wissenschaftlich-technischen Vorlaufes für die Rationalisierungsvorhaben und die neu zu errichtenden Produktionskapazitäten zu konzentrieren.

Durch Rationalisierungsvorhaben in der Behälterglas- und Beleuchtungsglasindustrie sowie in der Sanitärkeramik ist die Produktion beträchtlich zu erhöhen. Durch Produktionssteigerung in der Sanitärkeramik ist der Bedarf des Wohnungsbaues, der Modernisierung von Wohnraum und für Reparaturen zu decken.

In der Bauglasindustrie ist durch die Rationalisierung eine bedarfsgerechte Versorgung mit Bauglas zu gewährleisten. Die Schwerpunkte zur Leistungssteigerung sind die Einführung der elektrischen Zusatzbeheizung und die Umstellung auf den Energieträger Erdgas in den Werken Torgau und Uhmannsdorf.

Die Produktion der Feuerfestindustrie ist vorrangig bei solchen Erzeugnissen zu steigern, die höhere Standzeiten gewährleisten und zu einer Rationalisierung im Industrieofenbau beitragen.

Durch Neuaufschlüsse silikatischer Rohstoffvorkommen und die Rationalisierung der Rohstoffaufbereitung, insbesondere für Glassande, Kaolin für die Keramik- und Papierproduktion sowie schadstoffarme Feldspate, ist die Basis für die schnelle Entwicklung der Glas- und Keramikindustrie weiter auszubauen.

7. In der Leichtindustrie ist die Produktion von Konsumgütern auf mindestens 132% zu steigern, die Qualität bedeutend zu erhöhen und das Angebot mit dem Bedarf ständig besser in Übereinstimmung zu bringen. Die Erzeugnisentwicklung ist auf die Bereitstellung eines erweiterten vielgestaltigen Sortiments an Waren zu richten, die in ihren Gebrauchseigenschaften und der Formgestaltung den steigenden und sich verändernden Bedürfnissen der Werktätigen entsprechen.

Durch Erhöhung der Kapazitäten ist die Produktion von Obertrikotagen, Untertrikotagen, Strumpfwaren, Oberbekleidung, Teppichen und Gardinen weiter zu steigern. Dazu sind das Textilkombinat Cottbus, das Thüringer Obertrikotagenwerk Apolda und die Texturkapazität in der Baumwollspinnerei Leinefelde fertigzustellen.

Zur Entwicklung der Textil- und Bekleidungsindustrie ist der Anteil synthetischer Faserstoffe an der Rohstoffbasis von 17% 1970 auf 27% 1975 zu erhöhen.

Die wissenschaftlich-technische Entwicklung ist auf die Verarbeitung hochpolymerer Stoffe zu Textil- und Bekleidungszeugnissen zu konzentrieren.

Durch den zweckmäßigen Einsatz der Fonds an traditionellen Faserstoffen wie Baumwolle, Wolle und Regeneratfaserstoffen in günstigen Mischungen und Kombinationen mit Synthefaserstoffen sind in Verbindung mit der Textilveredlung pflegeleichte Bekleidungszeugnisse mit guten Trageigenschaften herzustellen. Das Angebot von Waren der unteren und mittleren Preisgruppen ist planmäßig zu sichern.

In Übereinstimmung mit den Interessen beider Länder ist auf der Grundlage bestehender Vereinbarungen in der Volksrepublik Polen gemeinsam eine Baumwollspinnerei zu errichten.

Die Produktion von Möbeln ist zur besseren Versorgung der Bevölkerung und zur Sicherung des Exportes auf 137% zu erhöhen. Die vorhandenen Kapazitäten sind verstärkt zu rationalisieren. In

Kooperation mit der Plattenindustrie, besonders dem Volkseigenen Betrieb Faserplattenwerk Ribnitz, ist die Herstellung eines variationsreichen Sortiments auf der Basis standardisierter, kombinations- und anbaufähiger Grundtypen aus vorgefertigten Teilen zu gewährleisten.

Die systematische Verbesserung der Qualität und die Steigerung der Produktion bei Straßenschuhen sind vor allem durch die sozialistische Rationalisierung bei gleichzeitigem verstärktem Einsatz neuer Synthesewerkstoffe zu erreichen. Dazu sind von der Leder- und Kunstlederindustrie die entsprechenden Werkstoffe, insbesondere auf der Basis von Polyurethanen, zu produzieren.

Die Produktion der Musikinstrumenten-, Spielwaren- und Sportartikelindustrie ist weiter zu erhöhen. Dabei ist die Sortimentsstruktur noch mehr auf die Bereitstellung von Erzeugnissen zur sinnvollen Freizeitgestaltung sowie zur kulturellen, sportlichen und touristischen Betätigung der Werktätigen auszurichten.

In der Zellstoff- und Papierindustrie ist durch die sozialistische Rationalisierung und maximale Nutzung eigener Rohstoffressourcen die Produktion von Zellstoff, Papier und Karton zu erhöhen. Die Rekonstruktions- und Erweiterungsmaßnahmen im VEB Zellstoff- und Papierfabrik Rosenthal und anderen Zellstoff- und Papierfabriken sind auf die Intensivierung der Produktion zu konzentrieren. In der Zellstoff- und Papierindustrie sind die Arbeits- und Lebensbedingungen, besonders in den Werken und Produktionsabteilungen mit durchgängigem Schichtbetrieb, weiter zu verbessern.

Die Spezialisierungs- und Kooperationsvereinbarungen mit der UdSSR und anderen Mitgliedsländern des RGW auf dem Gebiet der Zellstoff- und Papierindustrie sind im Rahmen der sozialistischen ökonomischen Integration planmäßig zu realisieren.

In den Betrieben und Kombinat der Leichtindustrie ist die Produktion für den Export weiter zu erhöhen, um einen wesentlichen Beitrag für den Import notwendiger Rohstoffe und Materialien zu leisten.

8. Die Produktion der Betriebe der bezirksgeleiteten Industrie ist auf mindestens 129% und die Arbeitsproduktivität auf 137% zu erhöhen. Im Mittelpunkt steht dabei die Produktion industrieller Konsumgüter.

Schwerpunkte sind die Steigerung der Produktion von Möbeln, Polsterwaren, Oberbekleidung, Trikotagen, Fußbodenbelag, Kultur- und Spielwaren, Haushaltswäsche, Miederwaren, Herden für feste Brennstoffe sowie Feuerlösch- und Ölheizgeräten.

In den volkseigenen bezirksgeleiteten Betrieben sind die Potenzen zur Erhöhung der Effektivität und der Leistung, insbesondere durch Rationalisierung und Steigerung der Eigenproduktion von Rationalisierungsmitteln, umfassend zu nutzen. Durch einen rationalen Einsatz der Rohstoffe und Materialien ist eine hohe Materialökonomie zu verwirklichen.

Die Räte der Bezirke und Kreise unterstützen die bezirksgeleiteten Betriebe bei der Durchführung von Rationalisierungsaufgaben, der Nutzung territorialer Reserven und bei der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Sie kontrollieren die Sicherung der plan- und sortimentsgerechten Produktion von Konsumgütern zur Versorgung der Bevölkerung.

Die vorhandenen Kapazitäten der Betriebe mit staatlicher Beteiligung, Produktionsgenossenschaften des Handwerks und Privatbetriebe sind entsprechend den volkswirtschaftlichen Erfordernissen besonders für die Herstellung von Konsumgütern sowie von Exporterzeugnissen und Zulieferungen besser zu nut-

zen. Die sozialistische Zusammenarbeit mit volkseigenen Kombinat und Betrieben ist zu festigen.

9. Das Bauwesen hat zur kontinuierlichen Erhöhung seiner Leistungsfähigkeit und Effektivität vor allem die bewährtesten technologischen und konstruktiven Lösungen in breitem Umfang anzuwenden, um in kürzerer Zeit und guter Qualität den Wohnungsbau, den Industrie- und Landwirtschaftsbau sowie die Baumaßnahmen für das Bildungswesen und die Einrichtungen zur Betreuung der Kinder durchzuführen. Die Bauarbeiter, Konstrukteure, Projektanten und alle anderen Beteiligten am Investitions-geschehen werden aufgerufen, im sozialistischen Wettbewerb um höchste Effektivität zu ringen.

Zur Erfüllung der Hauptaufgabe des Fünfjahrplanes sind die Bauleistungen im komplexen Wohnungsbau bis 1975 gegenüber 1970 auf 160 % zu erhöhen. Die Werterhaltungsmaßnahmen an Wohngebäuden, Kindereinrichtungen und Schulen sind planmäßig zu erweitern.

Zur Sicherung des Baubedarfs der Industrie, besonders für die Baumaßnahmen zur Gewährleistung der intensiv erweiterten Reproduktion, sind die Leistungen der zentralgeleiteten Bau- und Montagekombinate auf mindestens 136 % zu steigern. Die dazu erforderliche Erhöhung der Arbeitsproduktivität ist durch weitere Industrialisierung des Bauens und Anwendung progressiver technologischer Verfahren zu erreichen.

Zur Senkung des Bauaufwandes ist die Arbeitszeit, verbunden mit der mehrschichtigen Auslastung der Grundmittel, besser auszunutzen. Dazu ist der zeitlich gestaffelte Bauablauf mit der kontinuierlichen Kapazitätsausnutzung und Materialversorgung in Übereinstimmung zu bringen.

Zur verstärkten Rationalisierung und Rekonstruktion in den Betrieben und Kombinat des Bauwesens sind die Kräfte und Mittel zu konzentrieren auf

- die intensive Steigerung der Produktion und die Erhöhung der Effektivität in den Plattenwerken des Wohnungsbaus,
- die Anwendung effektiver Technologien und Erhöhung des Mechanisierungsgrades der Tiefbaukapazitäten zur Durchführung der komplexen Erschließungsarbeiten für Wohn- und Industriegebäude, insbesondere in den Bezirken Karl-Marx-Stadt, Dresden, Leipzig und Halle,
- die Produktion standardisierter Baukonstruktionen und -elemente für die Modernisierung, den Umbau und Ausbau von Wohngebäuden,
- die strukturgerechte Profilierung und intensive Erweiterung der Industriebaukapazitäten, insbesondere für den Kraftwerksbau und die Baumaßnahmen der chemischen Industrie.

Zur bedarfsgerechten Versorgung der Volkswirtschaft und der Bevölkerung, insbesondere zur Förderung ihrer Eigenleistungen, ist die Produktion von Baumaterialien unter effektiver Nutzung einheimischer Rohstoffe wesentlich zu erhöhen. Die Kapazitäten in den Zement-, Silikatheton- und Kalkwerken sind zu erweitern. Die Produktion von Zement ist bis 1975 gegenüber 1970 auf 140 % zu steigern. Auch in anderen Zweigen der Volkswirtschaft wie der Kohle und Energie, der Metallurgie und der chemischen Industrie sind die Anstrengungen darauf zu richten, die Produktion und Bereitstellung von Baumaterialien planmäßig zu erhöhen.

10. In den Jahren 1971—1975 sind weitere Schritte zu gehen, um die sozialistische Landwirtschaft so zu entwickeln, daß sie ihrer Rolle für eine stabile Versorgung, für die Hebung des Lebensniveaus des Volkes und für die planmäßige proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft gerecht wird. Das erfordert

von allen Genossenschaftsbäuerinnen und Genossenschaftsbauern, den Arbeitern der volkseigenen Betriebe der Landwirtschaft und den Arbeitern, Ingenieuren und Wissenschaftlern in der chemischen Industrie, dem Landmaschinenbau und anderen Zweigen der Industrie große Anstrengungen.

Bei wichtigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen ist folgendes staatliches Aufkommen zu erreichen:

		1970	1975
Schlachtvieh	1000 t	1851	1900
Milch	1000 t	6492	7200
Eier	Mio Stück	3505	3800
Gemüse	1000 t	1033	1200

Die Genossenschaftsmitglieder und Landarbeiter konzentrieren ihre Kräfte auf die weitere sozialistische Intensivierung der Produktion, um die Nahrungsgüter mit ständig steigender Effektivität und mit sinkenden Kosten zu produzieren. Die Intensivierung in der Landwirtschaft, vor allem durch Chemisierung, durch komplexe Mechanisierung der Pflanzen- und Tierproduktion sowie durch Meliorationen, ist eine wesentliche Seite der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft. Entsprechend den Beschlüssen des VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ist der bewährte Weg, unsere Landwirtschaft planmäßig mit mehr und besseren Produktionsmitteln zu versorgen, weiter zu beschreiten.

Zur effektiven Produktion führt nur die Kooperation zwischen den LPG, GPG und VEG sowie zwischen den sozialistischen Landwirtschaftsbetrieben, den Verarbeitungs- und Handelsbetrieben in Kooperationsverbänden. Die Herausbildung größerer spezialisierter Produktionseinheiten und die Einführung industrieller Produktionsmethoden ist ein langfristiger Prozeß, bei dem jeder Schritt gut vorbereitet, in den Genossenschaften beraten und ökonomisch begründet sein muß.

Die Zielsetzung jeder Kooperation muß im weiteren Wachstum der Produktion, in der Erhöhung der Effektivität und der Steigerung der Arbeitsproduktivität liegen.

Der Landwirtschaft sind zur Verfügung zu stellen:

		1970	1975
Stickstoff (N)	1000 t	529	800
Phosphorsäure (P ₂ O ₅)	1000 t	442	523
Kali (K ₂ O)	1000 t	614	710

Unter Nutzung der internationalen Arbeitsteilung ist die Bereitstellung von Pflanzenschutzmitteln, darunter bei Herbiziden mindestens um das Dreifache, zu erhöhen.

Ausgehend vom Bedarf der Landwirtschaft sind bei rationeller Ausnutzung der vorhandenen Technik Schwerpunkte der weiteren Mechanisierung die Bereitstellung von Traktoren, Mähreschern, Hochdrucksammelpressen, selbstfahrenden Schwadmähern, Exakthäckslern, Maschinensystemen für die Kartoffel- und Rübenernte, Lkw, Mobilkranen und Universalladern entsprechend den volkswirtschaftlichen Möglichkeiten. Bis 1975 sind die Voraussetzungen zu schaffen, daß die Ernte vollständig mit dem Mährescher E 512 durchgeführt werden kann.

Es sind Voraussetzungen zu schaffen, daß die neue Futtertechnologie ab 1971/72 und die neue Rübentechnologie ab 1972/73 schrittweise in die Produktion eingeführt werden können.

Durch effektiven Einsatz und rationelle Nutzung der Produktionsfonds sowie durch weitere Erschließung von Produktionsreserven, insbesondere durch Meliorationen, sind hohe stabile Erträge in der Pflanzenproduktion zu sichern.

dt/ha	Ø 1966/70	Ø 1971/75	1975	$\frac{1975}{1966/70}$ %
Getreide	29,8	34,3	35—36	119
Ölfrüchte	18,0	20,9	22—23	118
Kartoffeln	184,0	195,8	210—230	120
Zuckerrüben	312,6	332,6	350—370	115

Damit ist ein Ertragsniveau in der Pflanzenproduktion 1975 im Durchschnitt von 44 dt GE/ha LN zu sichern.

Den Be- und Entwässerungsmaßnahmen ist größte Bedeutung zu schenken. Dafür sind alle vorhandenen Reserven auszuschöpfen. Für Meliorationsmaßnahmen sollen im Zeitraum des Fünfjahrplanes etwa 4 Mrd. M eingesetzt werden.

Für die Jahre 1973—75 soll das staatliche Einkommen bei Getreide mit 2 350 kt, bei Kartoffeln mit 2 700 kt und Zuckerrüben mit 6 000 kt konstant bleiben und der Zuwachs für die Steigerung der Tierproduktion eingesetzt werden.

Die Genossenschaftsmitglieder und Werktätigen der volkseigenen Landwirtschaft leisten durch gewissenhafte Erfüllung ihrer Exportaufgaben, insbesondere gegenüber der UdSSR, in Menge, Qualität und Rentabilität einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der planmäßigen Importe an wichtigen Produktionsmitteln. Alle Importfonds sind rationell einzusetzen.

Für die sozialistische Rationalisierung, Rekonstruktion vorhandener Grundfonds und für die Intensivierung sind von den Gesamtinvestitionen der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft in Höhe von 26,5 Mrd. M etwa 19,5 Mrd. M für die Lösung der wichtigsten gesellschaftlichen Entwicklungsprobleme — besonders in den LPG Typ I — für die Pflanzenproduktion und für den schrittweisen Übergang zur industriemäßigen Produktion auf der Grundlage der Kooperation zu verwenden.

Der größere Anteil der Investitionen ist zur Entwicklung der Pflanzenproduktion, zur Konservierung und Lagerung, zur Sicherung einer hohen Ackerkultur und zur Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit sowie zur Durchführung großflächiger Meliorationsvorhaben einzusetzen.

Großanlagen der Tierproduktion durch Neuinvestitionen sind entsprechend den Festlegungen im Plan zu errichten.

Die Genossenschaftsmitglieder erhöhen den Effekt des Einsatzes der Investitionen besonders dadurch, daß sie vorrangig gemeinsame Investitionen zur Entwicklung und Festigung der Kooperation und zur schrittweisen Entwicklung industriemäßiger Produktionsmethoden durchführen.

Zur Sicherung der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse in den volkseigenen Betrieben der Nahrungsgüterwirtschaft sind 4,5 Mrd. M zu investieren.

Die ökonomischen Regelungen sind so zu gestalten, daß sie die vorgesehene Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, die Maßnahmen der weiteren Intensivierung, die Kooperation und die Lösung anderer gesellschaftlicher Entwicklungsprobleme positiv beeinflussen.

In der Agrarforschung ist auf entscheidenden Gebieten der Pflanzen- und Tierproduktion wissenschaftlicher Vorlauf zu erreichen. Es sind ertragreiche Pflanzensorten mit hohem Eiweißgehalt sowie leistungsfähige Tierrassen zu züchten, die den industriellen Methoden der Produktion zunehmend gerecht werden. Die agrarökonomische Forschung ist auf die sozialistische Betriebswirtschaft sowie auf die Gestaltung der Ökonomik der sozialistischen Landwirtschaft im einheitlichen Reproduktionsprozeß der Volkswirtschaft zu konzentrieren.

Auf der Grundlage der sich entwickelnden Kooperation, der industriemäßigen Produktion, der steigenden Arbeitsproduktivität, der Senkung der Kosten und einer höheren Akkumulation sind die Arbeits- und Lebensbedingungen der Landarbeiter, Genossenschaftsbauerinnen und Genossenschaftsbauern weiter zu verbessern.

Durch den Einsatz landwirtschaftlicher Baukapazitäten im Zeitraum 1971 bis 1975 sind 25 000 Wohnungen durch Um- und Ausbau sowie Neubau für die Landarbeiter in den volkseigenen Gütern und die Mitglieder der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und gärtnerischen Produktionsgenossenschaften zu schaffen und damit die Wohnverhältnisse weiter zu verbessern.

Die Erfüllung dieser Aufgaben zur Entwicklung der Landwirtschaft erfordert von den Genossenschaftsmitgliedern und den Werktätigen der volkseigenen Landwirtschaft eine hohe politische Bildung, ein festes sozialistisches Bewußtsein sowie die Fähigkeit, die landwirtschaftliche Produktion industriemäßig zu organisieren und landwirtschaftliche Produkte mit hoher Effektivität zu erzeugen.

Dazu sind alle Möglichkeiten der Aus- und Weiterbildung besonders in den Kooperationsakademien zu nutzen. Der Anteil der Werktätigen mit abgeschlossener Berufsausbildung in der sozialistischen Landwirtschaft soll sich bis 1975 auf 75—78 % erhöhen.

Die Werktätigen der Nahrungsgüterwirtschaft sichern durch die Entwicklung der Kooperations- und Vertragsbeziehungen zu den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, gärtnerischen Produktionsgenossenschaften und den volkseigenen Gütern eine effektive Verwertung der landwirtschaftlichen Rohstoffe für eine stabile Versorgung der Bevölkerung in hoher Qualität. Durch die mehrschichtige Auslastung der Verarbeitungskapazitäten, durch die Rekonstruktion und die sozialistische Rationalisierung ist die Produktion bei gleichzeitiger Steigerung der Arbeitsproduktivität, Erhöhung der Materialökonomie und sinkenden Kosten entsprechend den volkswirtschaftlichen Erfordernissen zu entwickeln. In der Fleischindustrie und in der Milchwirtschaft sind die Schlachtung, die Abnahme und die Verarbeitungs- und Kühlkapazitäten entsprechend der steigenden landwirtschaftlichen Produktion zu rationalisieren und unter Berücksichtigung der territorial günstigen Standorte planmäßig zu erweitern.

Die Aufgabe der Werktätigen der getreideverarbeitenden Industrie besteht darin, das ihnen übergebene Getreide qualitäts- und sortimentsgerecht zu verarbeiten und alle für Futterzwecke geeigneten Verarbeitungsrückstände voll der Landwirtschaft zuzuführen.

In der Zuckerindustrie ist die Rationalisierung so durchzuführen, daß bei vorrangiger Sicherung der Produktion von Zucker die Effektivität in der Verarbeitung erhöht und die Produktion von Futtermitteln maximal gesteigert wird.

Bei der Gemüse- und Obstproduktion ist die Spezialisierung und Konzentration der Produktion schrittweise fortzusetzen, die Gewächshaus- und Folienflächen sowie die Kühl- und Lagerflächen und die Verarbeitungskapazitäten sind planmäßig zu erweitern.

Vom Maschinenbau und der chemischen Industrie sind die erforderlichen Produktionsmittel unter Nutzung der internationalen Arbeitsteilung bereitzustellen.

Von den Werktätigen der Forstwirtschaft sind im Zeitraum 1971—1975 38,5 Mio fm Rohholz und 63 kt Rohharz bereitzustellen, bei gleichzeitiger Erhöhung der Produktivität und der landeskulturellen Wirkung der Wälder.

Durch die Erschließung vorhandener Reserven ist die Produktion von Konsumgütern und Baustoffen wesentlich zu erhöhen.

Dazu sind die Mittel auf die Rationalisierung der Produktionsprozesse zu konzentrieren, die zu einer hohen Steigerung der Arbeitsproduktivität und Effektivität führen und den Anteil schwerer körperlicher Arbeit spürbar vermindern.

11. Die Werkstätigen in der **Lebensmittelindustrie** haben die Aufgabe, die Produktion von Erzeugnissen für die Versorgung der Bevölkerung auf 118,0 % zu steigern.

Bei solchen Waren des Grundbedarfs wie Brot und Backwaren, Nahrungsmittel, Teigwaren, Margarine, Pflanzenöl, alkoholfreien Erfrischungsgetränken und Bier, Röstkaffee, Tee, Wein, Zigaretten ist eine stabile und kontinuierliche Versorgung zu sichern.

Als Beitrag zur Förderung einer gesunden Lebensweise sind geschmacklich hochwertige Erzeugnisse mit reduziertem Kaloriengehalt zu produzieren. Dazu gehören besonders Spezialbrote, Margarine und Backwaren, Diätgetränke, Konditorei- und Zuckerwaren.

Die Produktion von Erzeugnissen für Diabetiker ist entsprechend den Erfordernissen zu gestalten.

Durch Steigerung der Produktion und Erweiterung des Sortiments an küchen- und kochfertigen Gerichten ist die Hausarbeit zu erleichtern.

Große Anstrengungen sind von den Besatzungen der Fischereiflotte notwendig, um jährlich die vorgeesehenen Ziele des Fischfangs zu sichern. Die Fangergebnisse sind maximal für die Versorgung nutzbar zu machen. Die Fischfangflotte ist weiter zu modernisieren, in der Fischverarbeitungsindustrie sind variable Technologien einzuführen. Der Fischhandel ist so zu entwickeln, daß die Erzeugnisse der Fischverarbeitungsindustrie mit hohem Niveau versorgungswirksam werden.

Bis 1975 sind weitere Backwarenbetriebe zu errichten. In der Getränkeindustrie sind die Kapazitäten durch mehrschichtige Auslastung vorhandener Produktionsanlagen sowie durch Weiterführung der Rekonstruktion der Betriebe zu erweitern.

Die Öl- und Margarineindustrie ist so zu rekonstruieren, daß das steigende eigene Aufkommen der Ölsaaten verarbeitet werden kann.

Zur Erreichung der Produktionsziele ist die Arbeitsproduktivität in allen Bereichen der Lebensmittelindustrie weiter zu steigern. Dazu sind die sozialistische Rationalisierung einschließlich der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen sowie die Neuerer- und Rationalisatorienbewegung konsequent auf die bessere Ausnutzung der vorhandenen Kapazitäten, die Verbesserung der Qualität der Produkte, die Erhöhung der Materialökonomie und die Senkung der Kosten zu richten. Die Rohstoffe aus dem Eigenaufkommen und aus Importen sind zielgerichtet und rationell einzusetzen.

Zur Sicherung der vorgesehenen Entwicklung der Lebensmittelindustrie hat der Nahrungs- und Genussmittelmaschinenbau und die Verpackungsmittelindustrie durch Erhöhung der eigenen Produktionsleistungen sowie durch breitere Nutzung der sozialistischen internationalen Arbeitsteilung die erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen.

12. Vor den Werkstätigen des **Verkehrswesens** steht die Aufgabe, die steigenden Transportleistungen im Güterverkehr und im Personenverkehr mit hoher Qualität zu erfüllen.

Entsprechend den wachsenden Ansprüchen der Werkstätigen sind die Leistungen im Personenverkehr auf 110 % zu erhöhen. Dabei ist die bedarfsgerechte und pünktliche Durchführung des Berufsverkehrs in den

Mittepunkt zu stellen. Die im Plan festgelegten Mittel zur Entwicklung des städtischen Nahverkehrs sind auf die Hauptstadt Berlin, auf Halle, Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt, Magdeburg und Rostock zu konzentrieren. Zur weiteren Verbesserung der Personenbeförderung sind neben technisch-organisatorischen Maßnahmen neue Reisezugwagen, Straßenbahnwagen und Kraftomnibusse einzusetzen.

Zur Steigerung der Gütertransportleistungen auf 123 % sind die Kräfte und Mittel besonders auf die Deutsche Reichsbahn zu konzentrieren. Für die Erhöhung der Streckendurchlaßfähigkeit und der Reisegeschwindigkeit sind 850–700 km zweite Gleise neu zu verlegen sowie die Rekonstruktion der wichtigsten Hauptstrecken weiterzuführen. Der Anteil der modernen Traktionen ist durch den Import leistungsstarker Diesellokomotiven aus der UdSSR auf mindestens 83 % zu erhöhen.

Im Kraftverkehr sind durch den planmäßigen Einsatz des Werkverkehrs Leistungsreserven, insbesondere für Spitzenzeiten, zu erschließen.

Zur Senkung der Transport-, Umschlags-, Lager- und Verpackungskosten bei gleichzeitiger Verringerung der schweren körperlichen Arbeit im Umschlagsprozeß sind weitere mechanisierte Transportketten in enger Zusammenarbeit zwischen dem Verkehrswesen und den anderen Zweigen der Volkswirtschaft zu entwickeln sowie der Containertransport entsprechend den nationalen und internationalen Erfordernissen weiter auszubauen.

Die Maßnahmen im Straßenwesen sind auf die Erhöhung der Durchlaßfähigkeit und Sicherheit im Fernverkehrsstraßennetz zu konzentrieren. Der Autobahnneubau Berlin–Rostock ist planmäßig weiterzuführen.

Durch sozialistische Rationalisierung und die planmäßige Einführung neuer Technologien ist die Arbeitsproduktivität im Verkehrswesen auf 118 % zu steigern.

Im **Post- und Fernmeldewesen** sind die Leistungen auf etwa 126 % zu erhöhen. Durch Einsatz moderner technischer Mittel und Sicherung der intensiv erweiterten Reproduktion sind die Nachrichtenverkehrsbedürfnisse des Staates, der Wirtschaft und der Bevölkerung zunehmend besser zu befriedigen. Die Anzahl der Fernsprechnauptanschlüsse ist zu erhöhen. Die Automatisierung des internationalen Fernsprechverkehrs ist fortzuführen. Im Selbstwählfernverkehr in der DDR ist der Anteil der Automatisierung auf 90 % zu erhöhen.

Die postalische Versorgung der Bevölkerung ist durch Rationalisierungsmaßnahmen weiter zu verbessern.

Die Qualität der Übertragung von Fernseh- und Rundfunksendungen ist schrittweise zu erhöhen. Die Empfangsmöglichkeiten für das 2. Fernsehprogramm sind um etwa 50 % zu erweitern.

13. Der **Umweltschutz** ist auf eine rationelle Nutzung der natürlichen Ressourcen und auf die Erhaltung und Verbesserung der natürlichen Lebens- und Produktionsgrundlagen der Gesellschaft zu konzentrieren.

Mit der Durchführung der zwischen den Wasserutzern und der Wasserwirtschaft abgestimmten Maßnahmen der Abwasserreinigung ist die Qualität des bereitzustellenden Wassers schrittweise zu verbessern.

Mit den planmäßig vorgesehenen Maßnahmen zur Reinhaltung der Luft ist in den am stärksten belasteten Territorien eine spürbare Senkung der Luftverunreinigung zu erzielen. Durch zunehmende geordnete Ablagerung von Siedlungsmüll, schadlose Beseitigung der Verwertung industrieller Abprodukte und Maßnahmen zur Lärmverminderung sind

die Umweltbedingungen ständig zu verbessern. Mindestens 9700 ha vom Bergbau in Anspruch genommene Flächen sind durch Wiederurbarmachung der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung zuzuführen.

In der Wasserwirtschaft sind die Anstrengungen auf die stabile Versorgung mit Trink- und Brauchwasser durch rationelle Bewirtschaftung des Wasserhaushaltes bei minimalem gesellschaftlichem Aufwand und effektivem Einsatz der wasserwirtschaftlichen Anlagen aller Bereiche der Volkswirtschaft zu richten. Dabei ist vorrangig die Erschließung für den Wohnungsbau zu sichern. Die Versorgung mit Wasser sowie die Ableitung und Behandlung der Abwässer sind besonders in den Wohnzentren der Industriegebiete durch Erweiterung und Rekonstruktion der vorhandenen sowie durch Schaffung neuer Kapazitäten weiter zu verbessern. Der Anteil der zentral mit Wasser versorgten Einwohner ist bis 1975 auf 84 % zu erhöhen.

Die Speicherkapazitäten zur Bereitstellung von Trink- und Brauchwasser und für den Hochwasserschutz sind bis 1975 um etwa 250 Mio m³ in Schwerpunktfußgebieten zu erweitern. Die Talsperren Gottleuba, Lichtenberg, Zeulenroda, Schönbrunn, Quitzdorf, Bautzen und Lohsa sind fertigzustellen. Die wasserwirtschaftlichen Vorleistungen für die Melioration sind in Abstimmung mit den Organen der Landwirtschaft so durchzuführen, daß ein hoher Effekt für die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion erreicht wird.

III.

In Verwirklichung der Hauptaufgabe des Fünfjahresplanes 1971—1975 sind zur Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes folgende Aufgaben zu lösen:

1. Durch die mit der Leistungssteigerung wachsenden Arbeitseinkommen und die Erhöhung der gesellschaftlichen Fonds ist im Fünfjahresplanzeitraum das Realeinkommen der Bevölkerung auf 122 % zu erhöhen.

Entsprechend der Rolle der Arbeiterklasse in der Produktion und im gesellschaftlichen Leben ist in Übereinstimmung mit der Verwirklichung der Produktions- und Effektivitätsziele eine weitere Erhöhung der Löhne und Leistungsprämien der Arbeiter und Angestellten zu gewährleisten. In Fortführung der im Jahre 1971 eingeleiteten Maßnahmen für bestimmte Berufs- und Beschäftigtengruppen und der Erhöhung der Mindestlöhne sind weitere lohnpolitische Maßnahmen auf die Lösung besonders wichtiger volkswirtschaftlicher Aufgaben zu konzentrieren. Dabei sind die unterschiedlichen Arbeitsbedingungen und der erreichte Stand der Entlohnung zu berücksichtigen. Die im Jahre 1971 begonnenen Maßnahmen zur Erhöhung der Löhne und Prämien für Werktätige in der Kohle- und Energiewirtschaft sowie in Gießereien sind 1972 und in den folgenden Jahren voll wirksam zu machen.

In allen Industriezweigen sowie in den anderen Bereichen der Volkswirtschaft ist die im Jahre 1971 begonnene Erhöhung der leistungsabhängigen Gehaltsprämien für Meister durchzuführen. In Verbindung mit der weiteren Entwicklung der produktivitätsfördernden Lohngestaltung ist das materielle Interesse der Werktätigen in der Produktion und der mittleren Leitungskader an höheren Leistungen stärker zu fördern.

Die Arbeitsbedingungen für die Arbeiter und alle anderen Werktätigen sind in Übereinstimmung mit der weiteren Entwicklung der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation und sozialistischen Arbeitskultur so zu verbessern, daß sie zur Erhöhung der Leistung

und zur allseitigen Entwicklung der Fähigkeiten und der schöpferischen Aktivität der Arbeiterklasse, der Genossenschaftsbauern und anderen Werktätigen beitragen. Die Leiter der Betriebe und Kombinate haben zu gewährleisten, daß die Entwicklung der materiellen Produktion und die Gestaltung sozialistischer Arbeits- und Lebensbedingungen als einheitlicher Prozeß geplant und realisiert wird. Dabei ist den Anforderungen an den Arbeitsschutz und die technische Sicherheit zu entsprechen. Die Bedingungen für die Teilnahme der Frauen am Arbeitsprozeß sind ständig weiter zu verbessern.

Die Leistungen und Zuwendungen des Staates aus gesellschaftlichen Fonds, darunter für das Bildungswesen, das Gesundheits- und Sozialwesen, für Kultur, Sport, Erholung und für die Sozialversicherung, sowie die Stützungen bestimmter Preise für Waren des Grundbedarfs und der Grundversorgung sind im Zeitraum 1971—1975 auf 148 Mrd. M zu erhöhen. Das ist eine Steigerung durchschnittlich jährlich um 6,2 % auf 135 % 1975 gegenüber 1970.

Zur Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern ist der Warenfonds durchschnittlich jährlich um 4,1 % zu erhöhen.

Das Hauptziel ist die Sicherung des stabilen und kontinuierlichen Angebots insbesondere der Waren des Grundbedarfs, wie Grundnahrungsmittel, Erzeugnisse des Kinderbedarfs sowie Ersatz- und Zubehörteile. Bei solchen Erzeugnissen wie qualitativ hochwertige und moderne Wohnungseinrichtungen, Polstermöbel und Schuhe ist eine bedeutende Erhöhung der Produktion und des Angebots für die Bevölkerung zu erreichen und das Versorgungsniveau spürbar zu verbessern.

Der Bedarf der Bevölkerung, besonders der Frauen und Jugendlichen, an modischer, pflegeleichter und praktischer Bekleidung und anderen Textilerzeugnissen ist vor allem durch Erhöhung des Angebots, Erweiterung des Sortiments und Verbesserung der Qualität immer besser zu befriedigen.

Durch ein entsprechendes Angebot ist zu sichern, daß sich die Ausstattung der Haushalte mit Kühlschränken und Fernsehgeräten auf 75 bis 80 % und mit Waschmaschinen auf 65 bis 70 % erhöhen kann.

Die VVB, Kombinate und Betriebe der Elektroindustrie und des Maschinenbaus haben in zunehmendem Maße die Bereitstellung von modernen, leistungsfähigen Erzeugnissen mit hoher Gebrauchstüchtigkeit und langer Lebensdauer, die der Erleichterung und Verringerung der Hausarbeit dienen, zu sichern und den Reparaturdienst zu gewährleisten.

Auf dem Gebiet des Konsumgüterbinnenhandels sind alle Anstrengungen darauf zu konzentrieren, daß in den Verkaufsstellen, Kaufhallen und Warenhäusern sowie Gaststätten sichtbare Veränderungen bei der Versorgung der Bevölkerung erreicht werden.

Durch die sozialistische Gemeinschaftsarbeit und Weiterentwicklung der Kooperation mit der Industrie und Landwirtschaft ist eine planmäßige und vertragsgerechte Produktion und Lieferung an Konsumgütern sortiments-, qualitäts- und termingerecht in Übereinstimmung mit den Versorgungsaufgaben zu sichern.

Zur Verbesserung der Versorgung hat der Handel die von der Produktion bereitgestellten Waren auf kürzestem Wege, bei rationeller Bestands- und Lagerwirtschaft, der Bevölkerung anzubieten.

Zur besseren Ausnutzung der Grundfonds sind die Investitionen und Rationalisierungsmittel vor allem für die Lagerwirtschaft und den Transport sowie für Maßnahmen zur weiteren Erleichterung des Einkaufs im bestehenden Handelsnetz einzusetzen.

Die im Jahre 1971 beschlossenen ökonomischen Maßnahmen zur Sicherung einer bedarfsgerechten

Produktion und Versorgung der Bevölkerung durch die Herstellung der notwendigen Beweglichkeit bei der Plandurchführung sind auszuwerten, weiter zu qualifizieren und voll wirksam zu machen. Mit den Fonds für Handelsrisiko und den Fonds für kleine Preiskorrekturen des Handels ist eine bedarfsge- rechte Versorgung der Bevölkerung zu unterstützen. Der Bestelldienst und andere Einkaufserleichterungen sowie zeitsparende Einkaufsmethoden sind entsprechend den bezirklich unterschiedlichen Bedingungen weiterzuentwickeln; die mit dem Wareneinkauf verbundenen Kundendienste und Dienstleistungen sind planmäßig zu erweitern.

Die vielfältigen Initiativen der Bevölkerung, insbesondere bei der Mitarbeit in den Kundenbeiräten und Verkaufsstellenausschüssen, sind stärker zu nutzen. Die Hinweise und Anregungen der Bevölkerung sind als eine wichtige Form der demokratischen Mitarbeit und als wesentliche Grundlage zur Verbesserung der Handelstätigkeit sorgsam auszuwerten und zu berücksichtigen.

Die Mitarbeiter in den Verkaufsstellen, Kaufhallen und Warenhäusern sowie die Leiter der Handelseinrichtungen und Betriebe sind aufgerufen, an einem wichtigen Abschnitt der Volkswirtschaft einen bedeutenden Beitrag zur Verbesserung der Versorgung, der Effektivität der Handelstätigkeit, zur Verbesserung der mit dem Wareneinkauf verbundenen Kundendienste und damit zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerung zu leisten.

Zur Verbesserung der Wohnbedingungen für die Bevölkerung sind 500 000 Wohnungen durch Neubau, Modernisierung, Um- und Ausbau zu schaffen und mindestens 8,5 Mrd. M für Baureparaturen an Wohngebäuden sowie an Schulen, Kindereinrichtungen und Gesundheitseinrichtungen in Wohngebieten einzusetzen. Der Anteil der Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften am Wohnungsneubau ist 1975 auf mindestens 45 % zu erhöhen. Der individuelle Wohnungsbau, vor allem für Arbeiter und kinderreiche Familien, ist stärker zu fördern.

Der komplexe Wohnungsneubau ist vorwiegend auf die Zentren der industriellen Entwicklung zu konzentrieren, um vor allem die Wohnverhältnisse der Arbeiterklasse, insbesondere der Familien mit Kindern, zu verbessern. Unter Einbeziehung kreisgeleiteter und landwirtschaftlicher Bankkapazitäten in Städten, Arbeitersiedlungen und Gemeinden ist durch Instandhaltung, Modernisierung und Erweiterung des Wohnungsbestandes eine Verbesserung der Wohnbedingungen und der Wohnraumversorgung der Bevölkerung zu erreichen.

Die Baukosten sind durch rechtzeitige und sorgfältige Investitionsvorbereitung, Auswahl der günstigsten Standorte sowie Anwendung der rationellsten Bebauungspläne und Projekte zu senken.

Mindestens 75 % der Neubauwohnungen sind in Gebäuden bis zu 6 Geschossen zu errichten. Im Durchschnitt ist eine Wohnungsgröße von 58 m² einzuhalten. Die Bereitschaft der Bürger, sich mit eigenen Leistungen und finanziellen Mitteln an der Verbesserung der Wohnbedingungen zu beteiligen, ist zu fördern und durch die erhöhte Bereitstellung von Baumaterialien zu unterstützen. Die Wohnraumlösung zur Nutzung unterbelegter Wohnungen und zur Versorgung kinderreicher Familien mit ausreichendem Wohnraum ist weiter zu verbessern.

Zur besseren Versorgung der Bevölkerung sind die Dienstleistungen und Reparaturen als wichtiger Bereich der gesellschaftlichen Produktion schrittweise weiter auszubauen mit dem Ziel, vor allem für die berufstätigen Frauen eine weitere Erleichterung der Hausarbeit zu gewährleisten. Durch den Ausbau des Netzes der Annahmestellen ist auch in den kleineren Städten und Landgemeinden der Bedarf an

Dienstleistungen und Reparaturen besser zu befriedigen.

Die Leistungen der industriellen Wäschereien an Fertigwäsche und Chemischreinigung für die Bevölkerung sind auf mindestens 130 % zu erhöhen; der Anteil der Hausbelieferung ist auf 50 % zu steigern. Die Versorgung mit Reparaturen an technischen Konsumgütern ist weiter zu verbessern. Großgeräte, wie Fernsehapparate, Waschmaschinen und Kühlschränke, sind zunehmend in der Wohnung der Kunden zu reparieren. Die Produzenten technischer Konsumgüter haben durch hohe Qualität den Reparaturaufwand für ihre Erzeugnisse zu verringern. Die volkseigenen Dienstleistungs- und Kundendienstbetriebe haben in Zusammenarbeit mit den Betrieben mit staatlicher Beteiligung, den Produktionsgenossenschaften des Handwerks und Privatbetrieben in den Versorgungsgruppen die Rationalisierung und Spezialisierung im Interesse einer spürbaren Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung zu verwirklichen.

Zur Verbesserung von Sauberkeit und Hygiene in den Wohngebieten sind die Leistungen der Stadtwirtschaft planmäßig zu erhöhen.

2. Das einheitliche sozialistische Bildungswesen ist kontinuierlich weiterzuentwickeln. Sein Ziel, insbesondere die Jugendlichen zu sozialistischen Persönlichkeiten heranzubilden, ist durch weitere Erhöhung der Qualität der Aus- und Weiterbildung und der klassenmäßigen Erziehung anzustreben.

Die junge Generation, insbesondere die Arbeiterjugend, ist zu verantwortungsbewußten Staatsbürgern zu erziehen, die eine hohe Bildung besitzen, den politischen Standpunkt der Arbeiterklasse vertreten und eine gute Qualifikation mit hoher Leistungsbereitschaft im Beruf verbinden.

Die Erziehung muß noch stärker dazu beitragen, die Wirksamkeit der Erziehungsprozesse, die Fähigkeiten und die Bereitschaft zur fehlerfreien Arbeit, zur bewußten Teilnahme an der Neuerer- und Rationalisatorienbewegung und an der Leitung und Planung gesellschaftlicher, staatlicher und ökonomischer Prozesse zu entwickeln und zu fördern.

Auf dem Gebiet der Volksbildung ist die zehnklassige Oberschulbildung im wesentlichen abzuschließen. Dazu sind 1975 90 % der Schüler mit Abschluß der 8. Klasse in die 9. Klasse der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule aufzunehmen.

Dabei ist das Niveau des Unterrichts in den allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen und der außerunterrichtlichen Bildung und Erziehung zu erhöhen. Der Einfluß der Arbeiterklasse auf die Bewußtseinsentwicklung der Schüler ist zu verstärken.

Durch den Neubau von mindestens 16 000 Unterrichtsräumen und 500 Turnhallen sind die Unterrichtsbedingungen zu verbessern.

Beim Einsatz von Investitions- und Instandhaltungsmitteln durch die örtlichen Staatsorgane sind stärker Einrichtungen des Sonderschulwesens, der Jugendhilfe und Heimerziehung zu berücksichtigen.

Die Instandhaltungsmittel sind auf die Erhaltung und Modernisierung der Altbausubstanz zu konzentrieren.

Die Ausbildung in den zur Hochschulreife führenden Bildungseinrichtungen hat in Übereinstimmung mit der Entwicklung des Hochschulstudiums zu erfolgen.

Durch die Erhöhung des Bestandes auf 750 Kindergartenplätze je 1 000 Vorschulkinder und auf 660 Hortplätze je 1 000 Schüler der Klassen 1–4 im Jahre 1975 sind die Bildungs- und Erziehungsmöglichkeiten sowie die Bedingungen für die Berufstätigkeit der Frauen zu verbessern. Die neuen Kapazitäten für Kindereinrichtungen sind vor allem in Industriezentren zu schaffen.

Die Aus- und Weiterbildung der Werktätigen ist als Bestandteil des Reproduktionsprozesses zu planen und als Einheit von politisch-ideologischer und beruflich-fachlicher Bildung und Erziehung zu verwirklichen. Sie hat den Erfordernissen der planmäßigen Entwicklung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens durch die richtige Herausbildung der Berufs- und Qualifikationsstruktur zu entsprechen und ist insbesondere auf die Lösung der betrieblichen Aufgaben zu richten. Die ständige Weiterbildung erfolgt vorrangig im Prozeß der Arbeit. Besondere Aufmerksamkeit ist der Aus- und Weiterbildung der Arbeiterinnen in den Produktionsbetrieben zu widmen.

In der Berufsausbildung ist die klassenmäßige Erziehung und die produktionswirksame Ausbildung auf der Grundlage der staatlichen Lehrpläne zu verstärken. Die Neuaufnahme von Schulabgängern für eine Berufsausbildung nach Bereichen und Berufen hat entsprechend den volkswirtschaftlichen Erfordernissen zu erfolgen.

Die Berufsberatung ist mit dem Ziel zu verbessern, insbesondere für die volkswirtschaftlich entscheidenden Bereiche, darunter für die der Versorgung der Bevölkerung dienenden Bereiche, den notwendigen Facharbeiternachwuchs zu gewinnen. Durch die örtlichen Staatsorgane, die Betriebe und Kombinate sind die für die Ausbildung der Lehrlinge notwendigen Kapazitäten in den kommunalen und betrieblichen Berufsschulen zu entwickeln. Insgesamt sind etwa 900 000 Schulabgänger zu Facharbeitern heranzubilden.

Die Entwicklung der Hoch- und Fachschulen und die Ausbildung von Hoch- und Fachschulkadern sind entsprechend den Erfordernissen der gesellschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Entwicklung zu gestalten.

In der Ausbildung der Studenten muß die Einheit von klassenmäßiger sozialistischer Erziehung und hohem Bildungsniveau gesichert werden. Gleichzeitig ist die erforderliche Disponibilität entsprechend den Erfordernissen der Volkswirtschaft zu gewährleisten. Die schöpferischen Potenzen der Studenten sind durch wissenschaftlich-produktives Studium in immer stärkerem Maße zu nutzen.

An den Hoch- und Fachschulen sind 290 000 Studenten im Direktstudium zu immatrikulieren. Es sind vor allem solche Ausbildungsrichtungen zu berücksichtigen, die für die Lösung der Hauptaufgabe des Fünfjahrplanes, vor allem für die weitere Intensivierung und Rationalisierung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses von Bedeutung sind. Die Leiter der zentralen staatlichen Organe, denen Fachschulen unterstehen, haben dafür zu sorgen, daß die Ausbildungskapazitäten zur Erfüllung dieser Aufgabe maximal genutzt werden.

Bis 1975 sind etwa 225 000 Hoch- und Fachschulabsolventen des Direktstudiums in allen Bereichen der Volkswirtschaft einzusetzen. Durch die Leiter der staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe sind die erforderlichen Bedingungen für eine schnelle Wirksamkeit dieser Fachkräfte zu schaffen. Der Einsatz von Absolventen naturwissenschaftlich-technischer und ökonomischer Disziplinen hat vorwiegend für die Lösung von Produktionsaufgaben und die Überleitung wissenschaftlicher Ergebnisse in die Produktion zu erfolgen.

Zur weiteren Verbesserung der Studien- und Lebensbedingungen sind an den Hoch- und Fachschulen mindestens 22 000 Arbeits-, Seminar- und Hörsaalplätze zu schaffen und die Anzahl der Plätze in Internaten und Mensen planmäßig weiter zu erhöhen.

3. Durch das Gesundheitswesen ist die medizinische und soziale Betreuung der Bevölkerung zu verbes-

sern. Schwerpunkte sind dabei das Vorbeugen und Bekämpfen verbreiteter und besonders gefährlicher Krankheiten, der Ausbau des Gesundheitsschutzes für Kinder, Jugendliche und Mütter und die Ausdehnung der arbeitsmedizinischen Betreuung der Werktätigen in den Betrieben. In zunehmendem Maße sind allen Bürgern die Errungenschaften der modernen Medizin zugänglich zu machen. Die medizinische Forschung hat mit ihren Ergebnissen hierzu einen wirksamen Beitrag zu leisten. Fortschritte in der gesunden Ernährung sind durch die Verbesserung der gesellschaftlichen Speisewirtschaft, vor allem für Schichtarbeiter, Kinder und Jugendliche, zu erreichen.

Besonders ist die medizinisch-prophylaktische Betreuung der Produktionsarbeiter, die im Schichtbetrieb, bzw. der Werktätigen, die unter komplizierten Produktionsbedingungen arbeiten, zu gewährleisten.

Zur Verbesserung der medizinischen Betreuung wurden im Jahre 1971 die Löhne für Krankenschwestern und weitere Mitarbeiter des Gesundheits- und Sozialwesens erhöht. Es sind Maßnahmen zur weiteren Entwicklung der Leistungen in der zahnmedizinischen Versorgung der Bevölkerung, einschließlich der Erhöhung der Einkommen für Zahntechniker, durchzuführen.

Die Zahl der Ärzte und Zahnärzte in der ambulanten Betreuung ist zu erhöhen. Die dazu erforderlichen Arbeitsplätze sind zu schaffen.

Polikliniken sind insbesondere in den Städten Berlin, Dresden, Jena, Magdeburg, Genthin, Falkensee, Jüterbog, Premnitz, Rostock, Parchim, Hagenow und Schwerin zu errichten.

Mit der Fertigstellung der Krankenhäuser in Schwedt und Riesa sowie des Bettenhauses in Halle-Kröllwitz wird die medizinische Versorgung der Bevölkerung in diesen Gebieten verbessert.

Der Bau weiterer Einrichtungen in Jena, Frankfurt, Neubrandenburg, Schwerin, Cottbus und Suhl ist im Fünfjahrplanzeitraum zu beginnen.

Aufgabe der pharmazeutischen Industrie sowie der Betriebe der Medizintechnik ist die Gewährleistung der sortimentsgerechten Versorgung des Gesundheitswesens mit Arzneimitteln und medizinischen Geräten.

Den zentralen und örtlichen Organen, Betrieben und gesellschaftlichen Organisationen ist die Aufgabe gestellt, Maßnahmen zu treffen, die auf die Förderung sozialistischer Familienbeziehungen, auf die Entwicklung des Schutzes von Mutter und Kind und auf die stärkere Unterstützung kinderreicher Familien gerichtet sind. Für die Betreuung von Kindern werktätiger Mütter sind weitere 53 000 Plätze in Kinderkrippen, vor allem in Industriezentren, zu schaffen, so daß im Jahre 1975 von je 1 000 Kindern im Alter bis zu 3 Jahren 300 in Kindereinrichtungen betreut und erzogen werden können.

Die Verbesserung der gesundheitlichen, sozialen und kulturellen Betreuung unserer alten Bürger ist Aufgabe aller staatlichen Organe, Betriebe und Einrichtungen in Zusammenarbeit mit der Volkssolidarität und anderen gesellschaftlichen Organisationen. Die Feierabend- und Pflegeheime sind um 10 000 Plätze zu erweitern. Der Anteil der Pflegeplätze ist zu erhöhen.

Zur Verbesserung der Betreuung der physisch und psychisch Geschädigten ist die Einrichtung und Erweiterung von Tagesstätten sowie von geschützten Betriebsabteilungen und Werkstätten einschließlich Wohnheimen zu gewährleisten.

Es ist zu sichern, daß die Entwicklung des Erholungswesens den gewachsenen Ansprüchen der Werktätigen durch die weitere Erhöhung des Niveaus der Ferien- und Naherholung Rechnung trägt. Die Urlaubsplätze des FDGB-Ferienstes und

der Ferienheime der Betriebe sollen vor allem den Arbeitern zur Verfügung stehen, die bei der Lösung besonders wichtiger volkswirtschaftlicher Aufgaben hohe Leistungen vollbringen. Es sind größere Anstrengungen notwendig, den Familien mit mehreren Kindern einen gemeinsamen Urlaub zu ermöglichen.

In Übereinstimmung mit den Gewerkschaften sind durch den Einsatz staatlicher Investitionen im Zeitraum des Fünfjahresplanes für den FDGB-Feriedienst und die Erholungsheime der Betriebe mindestens 8 000 Urlaubsplätze neu zu schaffen. Die Qualität der vorhandenen Urlaubseinrichtungen ist durch Rekonstruktionsmaßnahmen weiter zu verbessern. Es sind Interessengemeinschaften zum Bau neuer Erholungseinrichtungen zu bilden. Die Einbeziehung der Betriebserholungsheime in die Leitung und Planung des Feriedienstes ist fortzusetzen. Durch die weitere Entwicklung des Feriedienstes der Gewerkschaften sowie der Erholungsheime der Betriebe stehen im Jahre 1975 den Werktätigen 1,9 Millionen Urlaubsreisen zur Verfügung.

Das Niveau der Kinder- und Jugendeinrichtungen, der Jugendklubs, Pionierhäuser, Jugendherbergen, Ferienlager ist durch Rekonstruktion und Modernisierung planmäßig zu verbessern.

Durch die weitere Entwicklung von **Körperkultur und Sport** ist die Lebensfreude der Bürger zu erhöhen, ihre Gesundheit zu festigen und die regelmäßige aktive Erholung zu sichern. Die weitere Entwicklung des Leistungssports ist zu gewährleisten. Das Niveau der Sporteinrichtungen ist durch Erhaltungs-, Rekonstruktions- und Modernisierungsmaßnahmen entsprechend den örtlichen Bedingungen planmäßig zu verbessern. Die vorhandenen Sporteinrichtungen sind rationeller zu nutzen. Die sportliche Betätigung ist durch die Räte der Kreise, Städte und Gemeinden sowie durch die Betriebe gemeinsam mit den gesellschaftlichen Organisationen zu unterstützen.

4. Die sozialistische **Kultur und Kunst** hat einen bedeutenden Beitrag für die Persönlichkeitsbildung, die Festigung des sozialistischen Bewußtseins und die Förderung schöpferischer Tätigkeit zu leisten.

Aufgabe der Künstler und Kulturschaffenden ist es, in neuen Werken der Literatur, der Film- und Fernsehkunst, der Dramatik und des Hörspiels, des Musikschaffens und der bildenden Kunst parteilich und volksverbunden den Ideenreichtum und die Schöpferkraft der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes zu erfassen und überzeugend darzustellen.

Die Programme des Fernsehfunks und des Rundfunks als massenwirksame Vermittler von Kunst, Wissen, Information und Unterhaltung sind qualitativ zu verbessern.

Es ist stärker von den Bedürfnissen der Arbeiterklasse nach künstlerischen Erlebnissen und eigener künstlerischer Betätigung auszugehen. Für die Jugend, besonders für die jungen Arbeiter, sind die Möglichkeiten der kulturellen Betätigung zu erweitern.

Durch enges Zusammenwirken der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Räte mit den Einrichtungen der Kultur, der Volksbildung und den gesellschaftlichen Organisationen ist ein interessantes geistig-kulturelles Leben zu gestalten. Dazu sind die Impulse der Volkskunstbewegung mehr zu nutzen.

Alle Leiter tragen hohe Verantwortung dafür, daß die kulturellen Fragen als fester Bestandteil der Arbeits- und Lebensbedingungen in ihren Kollektiven und Bereichen volle Unterstützung erhalten.

Die Investitionsmittel sind vor allem zur Erhaltung und Modernisierung für die vorhandenen Kultur-einrichtungen einzusetzen.

Die Schallplatten- und Filmproduktion ist zu erweitern; das Bibliothekswesen und der Buchvertrieb sind auszubauen.

Das Kulturzentrum in Schwedt und die Stadthalle in Karl-Marx-Stadt sind fertigzustellen und als Zentren des geistig-kulturellen Lebens zu nutzen.

IV.

Die Arbeit an der weiteren Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus in der vom VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands bestimmten Richtung erfordert in konsequenter Anwendung des demokratischen Zentralismus, die zentrale staatliche Leitung und Planung immer besser mit der Initiative der Werktätigen zu verbinden. Eine entscheidende Grundlage der Ausarbeitung und Durchführung der Pläne ist die Förderung der Initiativen der Werktätigen und die schöpferische Auswertung und Nutzung ihrer Ideen, Vorschläge und Hinweise.

Für die weitere Vervollkommnung der Leitung und Planung sind der große Erkenntnischatz und die Erfahrungen der UdSSR umfassend auszuwerten.

Die Leitungs- und Planungstätigkeit ist auf allen Ebenen so zu vervollkommen, daß die Kontinuität der Produktion und die stabile Entwicklung der Wirtschaft immer besser gewährleistet werden. Die Einheit von Wert- und Gebrauchswertplanung ist so zu entwickeln, daß die bedarfsgerechte Versorgung der Wirtschaft und der Bevölkerung erstrangiges Kriterium für die Bewertung der Leistungen der Betriebe bildet. In der Planung ist die Bilanzierung als die Hauptmethode zur Sicherung einer planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft wirksamer anzuwenden; dabei sind die zunehmenden Verflechtungen besser zu beherrschen und effektiver zu gestalten. Bei der Planung und Bilanzierung der Produktion und der Versorgung der Bevölkerung ist der Bedarf eine der entscheidenden Ausgangsgrößen für den Einsatz der Produktionskapazitäten, der Rohstoffe und Materialien.

Zur immer vollständigeren Ausnutzung der Hauptfaktoren für die Intensivierung der gesellschaftlichen Produktion ist die Planung vor allem auf den Gebieten Wissenschaft und Technik, Grundfondswirtschaft und Materialökonomie zu vervollkommen. Die Planung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens ist mit dem Ziel zu qualifizieren, die Entwicklung der Berufs- und Qualifikationsstruktur besser zu berücksichtigen.

Die staatliche Leitung und Planung und die wirtschaftliche Rechnungsführung der Betriebe und Kombinate sind enger miteinander zu verbinden. Durch eine entsprechende Gestaltung des moralischen und materiellen Anreizes ist die Initiative der Betriebskollektive darauf zu orientieren, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu beschleunigen, die Ergebnisse von Forschung und Entwicklung schneller in der Produktion zu nutzen, die Qualität der Erzeugnisse zu verbessern und die Arbeitsproduktivität ständig zu steigern.

Entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen ist davon auszugehen, daß auch die Betriebe innerhalb von Kombinat nach der wirtschaftlichen Rechnungsführung arbeiten und die volle Verantwortung für die Ausarbeitung und Durchführung der Pläne und den effektiven Einsatz der zur Verfügung stehenden Fonds tragen.

Innerhalb der VVB und Kombinate sind für die Bildung des Prämienfonds die Leistungen jedes einzelnen Betriebes gesondert zu behandeln. Wenn ein Betrieb seine Planaufgaben erfüllt hat, erhält er die entsprechenden Zuführungen zum Betriebsprämienfonds. Es ist nicht gestattet, durch VVB und Kombinate Eingriffe in die Bildung des Betriebsprä-

mienfonds vorzunehmen, auch dann nicht, wenn die Planaufgaben des Bereiches insgesamt nicht erfüllt worden sind. Kürzungen des Betriebsprämienfonds dürfen nur bei solchen Betrieben vorgenommen werden, die die Nichterfüllung der Aufgaben selbst verschuldet haben.

Die staatliche Leitungstätigkeit ist ständig effektiver und rationeller zu gestalten, indem die erfolgreichsten Methoden der Leitung verallgemeinert und die besten Erfahrungen zu ihrer Vervollkommnung genutzt werden.

Der sozialistische Wettbewerb, die sozialistische Gemeinschaftsarbeit sowie die Neuerer- und Rationalisatorienbewegung sind als eine Hauptmethode der unmittelbaren Teilnahme der Werktätigen an der Leitung und Planung von Staat und Wirtschaft sowie zur Vertiefung des sozialistischen Bewusstseins allseitig zu fördern. Die staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe haben die Gewerkschaften bei der Organisierung des sozialistischen Wettbewerbs, seiner öffentlichen Führung, der Vergleichbarkeit und Auswertung seiner Ergebnisse sowie der Nutzung und praktischen Anwendung der Erfahrungen in anderen Betrieben und Bereichen sowie beim Abschluß und der Realisierung der Betriebskollektivverträge aktiv zu unterstützen.

Der Förderung der Initiative und Schöpferkraft der jungen Generation bei der Durchführung des Fünfjahrplanes ist besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Dazu ist der Jugend bei der Lösung volkswirtschaftlich entscheidender Aufgaben, besonders zur sozialistischen Rationalisierung, beschleunigten Entwicklung der Zulieferindustrie, Verbesserung der Materialökonomie und Erfüllung der Exportaufgaben, eine größere Verantwortung zu übertragen. Die „Messe der Meister von morgen“ als wirksame Form der Teilnahme der Jugend am sozialistischen Wettbewerb ist wirksam zu unterstützen.

Die Leiter der Betriebe und Kombinate haben die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit auf der Grundlage der staatlichen Plankennziffern des Fünfjahrplanes 1971—1975 zu organisieren und die Kräfte und Mittel zur Erhöhung der Leistungen, der Produktivität und Effektivität in Verbindung mit der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in den Betrieben einzusetzen. Auf der Grundlage dieses Gesetzes und der staatlichen Plankennziffern 1971—1975 erarbeiten die Betriebe und Kombinate eigene Betriebspläne für die Entwicklung 1971—1975. Diese Aufgaben sind auf die einzelnen Arbeitskollektive und -bereiche aufzugliedern, den Werktätigen zu erläutern und mit ihnen zu beraten.

Die örtlichen Volksvertretungen und ihre Räte in den Bezirken, Kreisen, Städten und Gemeinden haben durch eine zielgerichtete Mitwirkung der Bürger auf der Grundlage des Planes alle Möglichkeiten und Reserven in den Territorien für die Lösung der Ziele und Aufgaben des Fünfjahrplanes zu nutzen. Durch die weitere Qualifizierung der Leitung und Planung der örtlichen Staatsorgane und wirtschaftsleitenden Organe und das kontinuierliche Zusammenwirken mit den Betrieben und Kombinatensind weitere materielle Grundlagen zur Entwicklung der

Arbeits- und Lebensbedingungen, insbesondere zur Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum, Schulen und Kindereinrichtungen, zur qualitativ besseren Versorgung mit Dienstleistungen und Reparaturen sowie zur gesundheitlichen und sozialen Betreuung zu schaffen. Dazu sind die Leistungsfähigkeit, die Produktivität und Effektivität der bezirks- und kreisgeleiteten Betriebe und Einrichtungen weiter zu erhöhen und alle territorialen Ressourcen umfassend zu nutzen.

Die Volksvertretungen und ihre Räte haben die Initiative der Bürger zur Verschönerung der Städte und Gemeinden allseitig zu fördern sowie die sozialistische Gemeinschaftsarbeit und den Wettbewerb „Schöner unsere Städte und Gemeinden“ weiter zu entwickeln. Auf dieser Grundlage sind alle Möglichkeiten zu nutzen, um das geistig-kulturelle Leben der Werktätigen zu verbessern, die Werterhaltung insbesondere von Wohnungen zu erhöhen und günstigere Bedingungen für den Sport und die Erholung in den Wohngebieten der Städte und in den Dörfern zu schaffen.

Die Volkskammer beauftragt den Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik, in Verwirklichung der Direktive des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands entsprechend diesem Gesetz die staatlichen Auflagen zum Fünfjahrplan 1971—1975, untergliedert nach Jahren, an die Bereiche, Zweige, Territorien, VVB, Betriebe und Kombinate im März 1972 herauszugeben. Die Jahresvolkswirtschaftspläne sind auf der Grundlage des Gesetzes über den Fünfjahrplan 1971—1975 auszuarbeiten.

Die staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe, Betriebe und Kombinate haben die Erfüllung der Planaufgaben zu sichern, die Wirtschaftstätigkeit ständig zu analysieren, Reserven für die Erhöhung der Effektivität der gesellschaftlichen Produktion aufzudecken und zu nutzen, zur Intensivierung der Produktion und Verbesserung der ökonomischen Kennziffern beizutragen und diese Erkenntnisse mit den Jahresvolkswirtschaftsplänen wirksam zu machen.

* * *

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik verbindet mit der Beschlußfassung über dieses Gesetz die Gewißheit, daß die Arbeiter, Genossenschaftsbauern, Angehörigen der Intelligenz und alle anderen Werktätigen mit ihrem ganzen Wissen, Können und ihrer Tatkraft die Ziele und Aufgaben des Fünfjahrplanes 1971—1975 meistern und sich dabei von dem Grundsatz leiten lassen: Alles für die Deutsche Demokratische Republik, alles für unser sozialistisches Vaterland, alles für das Wohl des Volkes.

In unverbrüchlicher Freundschaft mit den Völkern der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und den anderen sozialistischen Ländern wird das Volk der Deutschen Demokratischen Republik seinen Beitrag leisten, die Gemeinschaft der sozialistischen Staaten weiter zu festigen und die Positionen des Friedens und der internationalen Sicherheit zu stärken.

Das vorstehende, von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am zwanzigsten Dezember neunzehnhunderteinundsiebzig beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den zwanzigsten Dezember neunzehnhunderteinundsiebzig

Der Vorsitzende des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik

W. Ulbricht

Herausgeber: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47. Telefon: 209 36 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 1538 — Verlag: (610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17. Telefon: 209 45 61 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 1,20 M, Teil II 1,80 M und Teil III 0,75 M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr

Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschloßbach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 1054 Berlin, Friedrichstraße 263, Telefon: 42 46 41

Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollensetdruck)

Bibliothek Index 31 816



GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik



1971	Berlin, den 24. Dezember 1971	Teil I Nr. 11
Tag	Inhalt	Seite
20. 12. 71	Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1972	191
20. 12. 71	Gesetz über den Staatshaushaltsplan 1972	197

Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1972 vom 20. Dezember 1971

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik beschließt:

I.

In Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitagess der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik ist der Volkswirtschaftsplan 1972 auf die weitere Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität gerichtet.

Zur Verbesserung der Effektivität der Volkswirtschaft ist die Stabilität und Kontinuität der Produktion weiter zu erhöhen. Die Vorzüge der sozialistischen Produktionsverhältnisse sind für die Stärkung der materiell-technischen Basis des Sozialismus und die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und aller anderen Werktätigen in der Deutschen Demokratischen Republik ständig besser zu nutzen.

Die Verwirklichung der Ziele und Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes 1972 erfordert

- die weitere Intensivierung der sozialistischen Produktion und Erhöhung ihrer Effektivität durch sozialistische Rationalisierung in Verbindung mit der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen auf allen Gebieten der gesellschaftlichen Arbeit als eine erstrangige politische Aufgabe. Die vorhandenen Grundfonds, Produktionsflächen und -räume, besonders die hochproduktiven Ausrüstungen, sind vor allem durch Erhöhung der Schichtauslastung besser zu nutzen. Die Investitionen sind auf die Fertigstellung der Vorhaben zu konzentrieren, die bereits 1972 einen Zuwachs an Produktion und Effektivität bringen.
- die planmäßige proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft zu verbessern, besonders durch die beschleunigte Entwicklung der Energiewirtschaft und die planmäßige Versorgung der Volkswirtschaft mit Produkten der chemischen Industrie sowie mit metallurgischen Erzeugnissen. Eine bedeutende Leistungssteigerung ist in der Produktion von Zuliefererzeugnissen, Ersatz- und Verschleißteilen vor allem durch sozialistische Rationalisierung zu erreichen.

- eine effektivere Nutzung der Arbeitszeit und der gesellschaftlichen Fonds, besonders des Materials und der hochproduktiven Ausrüstungen, zu gewährleisten.

In allen Betrieben ist eine effektive Verwendung von Rohstoffen, Material und Energie bei Anwendung fortschrittlicher Normative, die umfassende Nutzung der Sekundärrohstoffe und eine rationelle Bestandswirtschaft auf der Grundlage der festgelegten Vorratsnormative durchzusetzen.

Das gesellschaftliche Arbeitsvermögen ist bei gleichzeitiger Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch verstärkte Anwendung der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation rationell zu nutzen. Zur Stärkung der Bereiche der materiellen Produktion ist die Anzahl der Produktionsarbeiter zu erhöhen.

Es dürfen keine neuen Arbeitsplätze geschaffen werden, wenn nicht im gleichen Maße nachweisbar durch Rationalisierung Arbeitskräfte zur Verfügung stehen bzw. die Arbeitskräftezuführung bilanziert ist. Die Eigenproduktion von Rationalisierungsmitteln ist weiter zu erhöhen. Dazu sind die Erfahrungen der fortgeschrittenen Betriebe zu verallgemeinern.

- die Forschungs- und Entwicklungsaufgaben planmäßig zu erfüllen, deren Ergebnisse rasch in die Produktion überzuleiten und so das wissenschaftlich-technische Niveau der Produktion zu erhöhen. Darauf sind die Mittel und Kräfte in Forschung und Entwicklung stärker zu konzentrieren. Ein größerer Anteil der Ergebnisse ist bereits im Jahre 1972 produktiv zu nutzen. Die wissenschaftlich-technische Aufgabenstellung für die Kollektive in der Forschung und Entwicklung ist verstärkt auf die Erfordernisse der sozialistischen Rationalisierung der Betriebe und Kombinate, besonders auf die Vervollkommnung der Technologie und Produktionsorganisation, zu richten.
- Den Forschungs- und Entwicklungskollektiven ist durch die Produzenten neu- und weiterentwickelter Erzeugnisse in Abstimmung mit den künftigen Anwendern und Nutzern vorzugeben, welche ökonomischen Ziele zur Senkung der Kosten und zur Qualitätsverbesserung zu erreichen sind.
- die weitere Erhöhung des Niveaus der Bildung und Kultur aller Werktätigen und besonders der jungen Generation.

- die sozialistische ökonomische Integration auf der Grundlage des Komplexprogramms für die weitere Vertiefung und Vervollkommnung der Zusammenarbeit der Mitgliedsländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe weiter zu entwickeln. Dazu sind entsprechend den getroffenen internationalen Vereinbarungen die Aufgaben der Produktionskooperation, der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit und des Warenaustausches mit der UdSSR und den anderen Staaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe auf der Basis des Volkswirtschaftsplanes 1972 exakt durchzuführen.
- die allseitige ökonomische Sicherstellung der Belange der Landesverteidigung und der inneren Sicherheit und Ordnung der Deutschen Demokratischen Republik zur planmäßigen Vervollkommnung der Landesverteidigung und als Beitrag zur Stärkung der Verteidigungskraft der sozialistischen Staatengemeinschaft.

II.

Zur Entwicklung der Volkswirtschaft im Jahre 1972 werden folgende Kennziffern festgelegt:

	1972 1971	1972 1971
	%	%
Produziertes Nationaleinkommen	104,6	
Industrielle Warenproduktion	105,5	
darunter: Industrieministerien	105,9	
Steigerung der Arbeitsproduktivität (Industrieministerien)	105,0	
Bereitstellung von Fertigerzeugnissen für die Bevölkerung	106,5	
Investitionen gesamt, einschließlich Investitionsbeteiligung	102,0	
darunter für die Industrie	105,4	
Bauaufkommen gesamt	103,5	
darunter für den komplexen Wohnungsbau einschließlich Baureparaturen	110,8	
Produktion und Leistungen der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft	104,8	
Bruttoproduktion des Verkehrs sowie des Post- und Fernmeldewesens	105,5	
Außenhandelsumsatz	112,5	
	Industrielle Warenproduktion	Arbeitsproduktivität Basis Warenproduktion
	1972 %	1972 %
	1971	1971
Ministerium für Kohle und Energie	103,2	102,0
Ministerium für Erzbergbau, Metallurgie und Kali	104,2	103,5
Ministerium für Chemische Industrie	106,7	105,3
Ministerium für Elektrotechnik und Elektronik	108,4	106,2
Ministerium für Schwermaschinen- und Anlagenbau	106,6	104,8
Ministerium für Verarbeitungsmaschinen- und Fahrzeugbau	105,7	104,8
Ministerium für Leichtindustrie	106,6	106,4
Ministerium für Bezirksgeleitete Industrie und Lebensmittelindustrie	104,9	105,4

Im Ministerium für Bauwesen ist die industrielle Warenproduktion auf 107,6 % zu erhöhen.

Die Produktion volkswirtschaftlich wichtiger Erzeugnisse wird wie folgt festgelegt:

	ME	1972
Elektroenergie	GWh	72 550
Rohbraunkohle	1 000 t	248 690
Erdölverarbeitung	1 000 t	13 000
Walzstahl gesamt	1 000 t	5 339
Kalidüngemittel	1 000 t K ₂ O	2 430
Polyvinylchlorid	1 000 t	160
Synthetischer Kautschuk	1 000 t	133
Stickstoffdünger	1 000 t N	423
Phosphate	1 000 t P ₂ O ₅	448
Automatische Telefonzentralen	Mio M	208
Geräte und Einrichtungen für die Überwachung, Regelung und Steuerung	Mio M	613
Gießereianlagen	Mio M	181
Zementanlagen	Mio M	463
Spanabhebende Werkzeugmaschinen	Mio M	792
Umformende Werkzeugmaschinen und Scheren einschließlich Maschinensysteme	Mio M	284
Maschinen und Ausrüstungen für die Textil-, Bekleidungs- und Lederindustrie	Mio M	464
Hochspannungsschaltgeräte und Zubehör	Mio M	121
Niederspannungsschaltgeräte und Zubehör	Mio M	323
Gußzeugnisse aus Gußeisen mit Lamellengraphit	1 000 t	900
Gußzeugnisse aus Stahlguß	1 000 t	202
Gesensschmiedestücke aus Stahl	1 000 t	195
Armaturen aus Stahlguß	Mio M	302
Erzeugnisse für Hydraulik	Mio M	392
Wälzlager	Mio M	317
Zement	1 000 t	8 870
Staatliches Aufkommen landwirtschaftlicher Erzeugnisse:		
Schlachtvieh gesamt	1 000 t	1 740
Milch (3,5 % Fettgehalt)	1 000 t	6 550

Das Verkehrswesen hat entsprechend den wachsenden Ansprüchen der Werktätigen den Reiseverkehr, besonders den Berufsverkehr, schrittweise weiter zu verbessern. Die Leistungen im Gütertransport sind durch die Intensivierung der Transport-, Umschlags- und Reparaturprozesse zu erhöhen. Die Maßnahmen im Straßenwesen sind auf die Erhöhung der Durchlässigkeit und Sicherheit im Fernverkehrsstraßennetz zu konzentrieren.

Mit den im Plan vorgesehenen Mitteln für das Post- und Fernmeldewesen sind die Leistungen für die Volkswirtschaft und für die Bevölkerung in Qualität und Umfang zu erhöhen.

Zur Sicherung der Wasserversorgung, insbesondere mit Trinkwasser, ist in allen Bereichen der Volkswirtschaft eine rationelle und sparsame Verwendung von Wasser zu gewährleisten. In Industrie und Landwirtschaft sind wassersparende Technologien anzuwenden. Die Maßnahmen zur Abwasserbehandlung sind planmäßig durchzuführen.

Der Ausbau der Kapazitäten der Wasserversorgung und der Abwasserbehandlung hat in Übereinstimmung mit der Entwicklung des komplexen Wohnungsbaues zu erfolgen.

Auf dem Gebiet des Umweltschutzes sind mit den im Plan festgelegten Mitteln die Maßnahmen zur Reinhaltung der Gewässer und der Luft, zur Gestaltung und Pflege der Landschaft, zur Nutzbarmachung und schadlosen Beseitigung der Abprodukte sowie zur Minderung des Lärms mit hoher Effektivität durchzuführen.

III.

Durch die schöpferische Arbeit der Werktätigen, die weitere Erhöhung der Leistungen, der Produktivität und Effektivität werden die Voraussetzungen geschaffen, entsprechend der Hauptaufgabe des Fünfjahrplanes die materiellen und kulturellen Lebensbedingungen der Bevölkerung im Jahre 1972 weiter planmäßig zu verbessern.

Die Arbeitsbedingungen für die Arbeiter und alle anderen Werktätigen sind durch die Anwendung wissenschaftlicher Arbeitsorganisation und die Entwicklung der sozialistischen Arbeitskultur weiter zu verbessern. Die Leiter der Kombinate und Betriebe haben zu gewährleisten, daß die Entwicklung der materiellen Produktion und die Gestaltung sozialistischer Arbeits- und Lebensbedingungen als einheitlicher Prozeß geplant und realisiert wird. Dabei ist den Anforderungen an den Arbeitsschutz und die technische Sicherheit zu entsprechen; die Schutzgüter für Arbeitsmittel und Arbeitsverfahren ist zu gewährleisten. Besonders für die Teilnahme der Frauen am Arbeitsprozeß sind die Bedingungen zu verbessern. Die Leistungen und Qualität im Berufsverkehr sind weiter zu erhöhen.

Die Versorgung der Bevölkerung ist weiter zu verbessern; der Umsatz an Waren für die Versorgung der Bevölkerung ist gegenüber 1971 auf 104,0 %, darunter bei Nahrungs- und Genussmitteln auf 103,8 % und bei Industriewaren auf 104,3 % zu erhöhen. Das Angebot von Waren der unteren und mittleren Preisgruppen ist planmäßig zu sichern.

Zur Wahrung der Stabilität der Verbraucherpreise haben die zuständigen Staatsorgane entsprechende Maßnahmen zu treffen. Es ist nicht erlaubt, die gesetzlich geltenden Verbraucherpreise für Erzeugnisse und Leistungen zu erhöhen. Verstöße gegen die gesetzlichen Bestimmungen auf dem Gebiet der Preise sind streng zu ahnden.

Die Anstrengungen der Staats- und Wirtschaftsorgane, der volkseigenen Betriebe und Kombinate, der Betriebe mit staatlicher Beteiligung, der Genossenschaften und der Privatbetriebe sind darauf zu richten, durch die Steigerung der Produktion von Konsumgütern sowie von Ersatz- und Zubehörteilen in hoher Qualität und sortimentsgerecht eine stabile Versorgung der Bevölkerung vor allem mit den Waren des Grundbedarfs zu gewährleisten.

Die Bereitstellung an Konsumgütern in hoher Qualität für den Binnenhandel ist bei nachstehenden Erzeugnissen wie folgt zu steigern:

	1972 1971	%
Haushaltskühlschränke	111,0	
Motorräder und Kleinkrafträder	108,0	
Alu-Geschirr	114,3	
Hörrundfunkempfänger	114,5	
Handstaubsauger	106,7	
Reglerbügeleisen	110,8	
Heißwasserspeicher und Boiler (elektrisch)	134,5	
Vollwaschmittel	133,3	
Möbel und Polsterwaren	114,8	
Arbeits- und Berufsbekleidung	106,7	
Untertrikotagen	108,8	
Obertrikotagen	106,0	
Bettwäsche	110,4	
Schuhe	104,2	
Strumpfwaren	107,3	
Haushalts- und Hotelporzellan	117,0	
Säuglingsfertiernahrung	113,2	
Säuglingszusatznahrung	114,3	
Frischgemüse	113,7	
Anstrichstoffe	119,3	
Tapeten	110,6	
Zement	114,6	

Die Qualität der Arbeiterversorgung ist weiter zu erhöhen. Besondere Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeiterversorgung sind in solchen Betrieben wie in Gießereien, Braunkohletagebauen und Betrieben der Zellstoffindustrie durchzuführen. Die bedarfsgerechte Versorgung mit Arbeitsschutz- und Arbeitshygienebekleidung ist zu gewährleisten.

Zur besseren Versorgung der Bevölkerung mit Dienstleistungen und Reparaturen ist die Leistungsfähigkeit der Dienstleistungseinrichtungen und -betriebe, besonders zur Erleichterung der Hausarbeit, vor allem durch Rationalisierungsmaßnahmen weiter zu erhöhen. Im Jahre 1972 sind für die Bevölkerung die Leistungen an Fertigwäsche auf 108,0 %, die Reparaturleistungen an Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräten auf 106,0 % und die Reparaturleistungen an Waschmaschinen, Kühlschränken und Gasgeräten auf 115,0 % gegenüber 1971 zu erhöhen.

Zur weiteren Verbesserung der Wohnbedingungen, insbesondere der Arbeiter, sind 87 530 Wohnungen durch Neubau, Modernisierung, Um- und Ausbau mit höherer Qualität der Bauausführung zu schaffen, darunter 67 580 durch Neubau. Der komplexe Wohnungsbau ist vor allem in den Zentren der industriellen Entwicklung auf der Grundlage der rationalisten Typenprojekte, vorwiegend fünf- bzw. sechsgeschossig, durchzuführen.

Für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Genossenschaftsbauern und Landarbeiter sind 5 000 Wohnungen durch den Einsatz landwirtschaftlicher Baukapazitäten zu errichten. Die Bereitschaft der Bürger zur Mitwirkung an der Verbesserung ihrer Wohnbedingungen mit eigenen Leistungen und eigenen finanziellen Mitteln ist für die planmäßige Durchführung des Wohnungsbaues effektiv

zu nutzen. Die Mittel und Kapazitäten für die Werterhaltung der Wohnungen sind zu erhöhen. Es ist unzulässig, diese Kapazitäten für andere Aufgaben einzusetzen. Der Bevölkerung sind für Werterhaltungsmaßnahmen in Eigenleistung mehr Baustoffe zur Verfügung zu stellen. Die Räte der Bezirke und Kreise haben die Vorbereitung und Durchführung des komplexen Wohnungsbaues, der Modernisierung, des Um- und Ausbaues sowie der Baureparaturen am Wohnungsbestand auf der Grundlage der Bezirks- und Kreispläne für den komplexen Wohnungsbau zu leiten und die kontinuierliche Fertigstellung der Wohnungen und Gemeinschaftseinrichtungen in kurzen Bauzeiten zu sichern. Sie haben besonders in den industriellen Zentren die Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften zu fördern.

In Abhängigkeit von der festgelegten Leistungs- und Effektivitätssteigerung werden die Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung gegenüber 1971 auf 103,9 % erhöht.

An den Hoch- und Fachschulen ist das wissenschaftlich-produktive Studium und dessen rationelle Organisation weiter durchzusetzen. Die Absolventen der naturwissenschaftlich-technischen und ökonomischen Fachrichtungen sind vorrangig in den Schwerpunkten der Volkswirtschaft einzusetzen. Es sind Voraussetzungen zu schaffen, daß die Absolventen kurzfristig in der Wirtschaftspraxis wirksam werden. Die Investitionsmittel sind bei vollständiger Auslastung der vorhandenen Grundfonds für die weitere Verbesserung der Arbeits- und Studienbedingungen einzusetzen. An den Hoch- und Fachschulen sind im Jahre 1972 10 500 Arbeits-, Seminar- und Hörsaalplätze und 15 000 Internatsplätze zu schaffen.

In der Berufsausbildung ist auf der Grundlage der staatlichen Lehrpläne die Einheit von klassenmäßiger Erziehung und beruflicher Ausbildung sowie die Produktionswirksamkeit der berufspraktischen Ausbildung in allen Betrieben und Einrichtungen zu gewährleisten. Im Jahre 1972 sind 192 800 Schulabgänger in die Berufsausbildung sowie 9 900 in die Berufsausbildung mit Abitur aufzunehmen.

Die Leiter der Betriebe, Kombinate und Einrichtungen sichern in Zusammenarbeit mit den örtlichen Staatsorganen die verstärkte Ausbildung in Berufen, die der Lösung von Produktionsaufgaben entsprechend den volkswirtschaftlichen Schwerpunkten sowie der Versorgung der Bevölkerung dienen. Zugleich ist die aufgaben- und objektbezogene Qualifizierung der Produktionsarbeiter in den Betrieben und Kombinatenn weiter zu fördern.

Auf dem Gebiet der Volksbildung ist die Realisierung der zehnklassigen Oberschulbildung durch den Übergang von 89 % der Schüler mit Abschluß der 8. Klasse in die 9. Klassen der Oberschulen weiterzuführen. Im Jahre 1972 sind 2 886 Unterrichtsräume, 25 700 Plätze in Schulhorten, 22 500 Plätze in Kindergärten und 106 Turnhallen zu schaffen. Die Mittel zur Werterhaltung an Schul- und Kindereinrichtungen sind zielgerichtet zur Erhaltung und Modernisierung der Altbausubstanz einzusetzen.

Auf dem Gebiet des Gesundheits- und Sozialwesens ist vor allem die ambulante medizinische, besonders die zahnärztliche Betreuung der Bevölkerung, zu verbessern und die medizinisch-prophylaktische Tätigkeit einschließlich der gesundheitsfördernden Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen weiterzuentwickeln.

Im Jahre 1972 sind 785 ärztliche und zahnärztliche Arbeitsplätze in staatlichen Einrichtungen neu zu schaffen. Es ist eine rationellere Nutzung der Kapazitäten der medizinischen Betreuung zu gewährleisten. Es sind 11 040 Kinderkrippenplätze neu zu schaffen. Die soziale Betreuung der älteren Bürger ist in enger Zusammenarbeit zwischen den örtlichen Staatsorganen und den gesellschaftlichen Organisationen sowie den Betrieben und Kombinatenn zu verbessern.

In Übereinstimmung mit dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund ist das Erholungswesen weiter zu entwickeln. Zur sportlichen und kulturellen Betätigung der Bevölkerung sind mehr und bessere Möglichkeiten zu schaffen. Die Bedingungen für die Unterbringung, Erziehung und Erholung in den Kinder- und Jugendeinrichtungen sind durch Rekonstruktion und Modernisierung planmäßig weiter zu verbessern.

Die sozialistische Kultur und Kunst haben einen bedeutenden Beitrag zur weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft zu leisten. Die Tätigkeit der kulturellen Einrichtung ist auf die bessere Befriedigung der geistig-kulturellen Bedürfnisse der Werktätigen zu richten.

IV.

Die allseitige und kontinuierliche Erfüllung der Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes 1972 ist in Verwirklichung des Prinzips des demokratischen Zentralismus und mit hoher Staatsdisziplin durch eine qualifizierte Leitungstätigkeit in allen Bereichen zu gewährleisten. Als entscheidenden Bestandteil der staatlichen Leitungstätigkeit sind die notwendigen Voraussetzungen für eine zielgerichtete Führung des sozialistischen Wettbewerbs zu schaffen, besonders zur Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit und der Neuerer- und Rationalisatorienbewegung sowie zur Förderung und Nutzung der schöpferischen Aktivität der Werktätigen auf der Grundlage der weiteren Verstärkung der materiellen und moralischen Interessiertheit. Das erfordert eine enge Zusammenarbeit der Staats- und Wirtschaftsorgane, der Betriebe und Kombinate mit dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund, der Freien Deutschen Jugend und anderen Massenorganisationen der Werktätigen.

Die Leiter der Betriebe und Kombinate sind verpflichtet, die Betriebspläne für 1972 auf der Grundlage der staatlichen Planaufgaben und Berechnungskennziffern auszuarbeiten, auf die einzelnen Arbeitskollektive aufzuschlüsseln, allen Werktätigen zu erläutern sowie die Rechenschaftslegung über die Erfüllung der Planaufgaben zu gewährleisten. Die Arbeitszeit und die gesellschaftlichen Fonds, insbesondere die Grundfonds, das Material, die finanziellen Fonds und Kredite, sind effektiv zu nutzen.

Bestrebungen über ungesetzliche Preise oder Preismanipulationen in den Betrieben und Handelseinrichtungen wirtschaftliche Ergebnisse vorzutauschen, sind konsequent zu unterbinden.

Die Leiter der Betriebe und Kombinate haben in Zusammenarbeit mit den Werktätigen und den Gewerkschaften zu gewährleisten, daß die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in Übereinstimmung mit der gesellschaftlichen Entwicklung im Territorium erfolgt.

Die Neuererkollektive und Kollektive der sozialistischen Arbeit sind auf der Grundlage von Vereinba-

rungen in die Realisierung wichtiger Vorhaben des Volkswirtschaftsplanes 1972 einzubeziehen.

Die Initiative und Schöpferkraft der Jugend ist in enger Zusammenarbeit mit dem sozialistischen Jugendverband in allen Bereichen der Volkswirtschaft vor allem auf die Vorhaben der sozialistischen Rationalisierung, die Steigerung der Produktion der Zulieferindustrie, die Verbesserung der Materialökonomie und die Erfüllung der Exportaufgaben zu lenken. Durch die Bildung von Jugendbrigaden, die Übernahme von Jugendobjekten und die ständige Erweiterung des Anteils der Arbeiterjugend an der Bewegung „Messe der Meister von morgen“ ist die Verantwortung der Jugend in der Volkswirtschaft zu erhöhen.

Die Volksvertretungen und ihre Räte in den Bezirken, Kreisen, Städten und Gemeinden haben eine rationelle Nutzung der territorialen Ressourcen für die Lösung der im Volkswirtschaftsplan 1972 festgelegten Aufgaben zu sichern, die Erfüllung der Aufgaben der ihnen zugeordneten Bereiche zu gewährleisten und das gesellschaftliche und das kulturelle Leben der Bürger allseitig zu fördern.

Der Ministerrat wird beauftragt, zur Durchführung des Volkswirtschaftsplanes 1972 die erforderlichen grundsätzlichen Entscheidungen zu treffen und die Vorschläge, Hinweise und Untersuchungsergebnisse der Ausschüsse der Volkskammer auszuwerten. Durch den Ministerrat sind auf der Grundlage dieses Gesetzes die Veränderungen der Kennziffern des Volkswirtschaftsplanes 1972 nach Ministerien, die sich aus der Aufgabenstellung der zuständigen Ministerien ergeben, zu veranlassen.

Mit dem Volkswirtschaftsplan 1972 sind in Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands unter Berücksichtigung der Erfahrungen bei der Durchführung des Volkswirtschaftsplanes 1971 weitere Maßnahmen zur Vervollkommnung der Leitung und Planung der Volkswirtschaft durchzuführen. Diese Maßnahmen sind be-

sonders auf die Qualifizierung der materiellen und finanziellen Bilanzierung zur Sicherung der mit dem Volkswirtschaftsplan festgelegten proportionalen Entwicklung zu richten. Bewährte Methoden der sozialistischen Betriebswirtschaft, wie die Betriebsanalyse, die Anwendung des Haushaltsbuches, Betriebsvergleiche, Gebrauchswert-Kosten-Analyse, die Planaufschlüsselung und Plankontrolle, sind weiter anzuwenden und zu entwickeln.

Der Ministerrat organisiert die Kontrolle der Planerfüllung. Er beschließt auf der Grundlage volkswirtschaftlicher Analysen und Bilanzen notwendige Veränderungen des Volkswirtschaftsplanes 1972, wenn dies durch veränderte Bedingungen im Interesse der Erhöhung der volkswirtschaftlichen Effektivität, der stabilen kontinuierlichen Versorgung der Bevölkerung sowie zur planmäßigen proportionalen Entwicklung erforderlich wird.

* * *

Die Verwirklichung der Ziele des Volkswirtschaftsplanes 1972 verlangt die initiativreiche und verantwortungsbewusste Arbeit in allen staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, Betrieben, Genossenschaften und Einrichtungen.

Es ist sozialistische Pflicht und Aufgabe jedes Kollektivs, jedes Werktätigen und jedes Leiters, den bestmöglichen Beitrag an seinem Arbeitsplatz zur Realisierung des Staatsplanes zu leisten.

Die Volkskammer wendet sich an die Arbeiter, Genossenschaftsbauern, Angehörigen der Intelligenz und alle anderen Werktätigen mit dem Aufruf, in gemeinsamer schöpferischer Arbeit ihre ganze Kraft für die Erreichung und Überbietung der Ziele des Volkswirtschaftsplanes 1972 einzusetzen, die Deutsche Demokratische Republik weiter allseitig zu festigen und in brüderlicher Verbundenheit mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Staaten die Positionen des Friedens, der internationalen Sicherheit und des Sozialismus weiter zu stärken.

Das vorstehende, von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am zwanzigsten Dezember neunzehnhunderteinundsiebzig beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den zwanzigsten Dezember neunzehnhunderteinundsiebzig

Der Vorsitzende des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik

W. Ulbricht

Gesetz
über den Staatshaushaltsplan 1972
vom 20. Dezember 1971

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik beschließt in Übereinstimmung mit dem Volkswirtschaftsplan 1972 folgendes Gesetz über den Staatshaushaltsplan 1972:

§ 1

(1) Die Einnahmen und Ausgaben des Staates, des Staatshaushaltsplanes der Deutschen Demokratischen Republik und die Fonds der VEB, volkseigenen Kombinate und VVB aus Gewinn werden wie folgt bestätigt:

	Einnahmen und Ausgaben des Staates	Staatshaus- haltsplan	Fonds der VEB, volkseigenen Kombinate und VVB aus Gewinn
	— in Millionen M —		
Einnahmen	92 800,8	82 301,3	10 499,5
Ausgaben	92 743,8	82 244,3	10 499,5
Überschuß der Einnah- men über die Ausgaben im Jahre 1972	57,0	57,0	—

(2) Der zentrale Haushaltsplan und die Haushaltspläne der Bezirke werden wie folgt bestätigt:

	Zentraler Haushaltsplan — in Millionen M —	Haushaltspläne der Bezirke
Einnahmen	64 381,9	17 919,4
Ausgaben	64 324,9	17 919,4

§ 2

(1) Zur weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes, insbesondere für die Bildung, die Förderung, Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit der Bürger, für die Befriedigung der geistig-kulturellen Bedürfnisse, für die Erholung und sportliche Betätigung der Werktätigen, für den Neu-, Um- und Ausbau von Wohnungen, die Erhaltung und Modernisierung des Wohnungsbestandes und für die Beibehaltung niedriger Mietpreise sowie für Subventionen zur Aufrechterhaltung stabiler Verbraucherpreise für die Bevölkerung, werden durch den Staatshaushalt Zuschüsse in Höhe von 22 681,4 Millionen M als gesellschaftliche Fonds zur Verfügung gestellt.

(2) Für den Ersatz und die Erweiterung der Grundfonds des Bildungswesens, des Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultureinrichtungen, des Sports und des Erholungswesens werden 979,1 Millionen M aus dem Staatshaushalt bereitgestellt.

§ 3

Die Haushaltspläne der Sozialversicherung werden wie folgt bestätigt:

	Arbeiter und Angestellte	Mitglieder der sozialistischen Produktions- genossen- schaften und andere werktätige Schichten
	— in Millionen M —	
Einnahmen	8 771,1	1 432,6
Ausgaben	13 567,5	2 337,3
Zuschuß aus dem Staatshaushalt	4 796,4	904,7

§ 4

(1) Für die Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben des Staates haben die VEB, volkseigenen Kombinate und VVB 44 229,8 Millionen M Produktionsfondsabgabe, Handelsfondsabgabe, Nettogewinnabführungen, Produktionsabgabe und andere Zahlungen an den Staatshaushalt abzuführen.

(2) Für die Finanzierung ausgewählter wissenschaftlich-technischer Aufgaben sowie von Investitionsvorhaben werden den VEB, volkseigenen Kombinate und VVB zusätzlich zu den nach der wirtschaftlichen Rechnungsführung selbst zu erwirtschaftenden Fonds aufgabenbezogen bzw. objektgebunden 3 965,3 Millionen M aus dem Staatshaushalt zur Verfügung gestellt.

§ 5

(1) Von den sozialistischen Genossenschaften der Landwirtschaft und ihren Mitgliedern sind ökonomisch begründete Abgaben und Rückführungsbeträge in Höhe von 1 082,6 Millionen M zur Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben an den Staatshaushalt abzuführen.

(2) Zur Unterstützung der sozialistischen Intensivierung der Produktion, des schrittweisen Übergangs zu industriemäßigen Methoden der Produktion sowie für den Ausbau der Kooperationsbeziehungen werden den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und ihren kooperativen Einrichtungen der Pflanzen- und Tierproduktion 2 202,8 Millionen M für Meliorationen, Prämien, Preiszuschläge und andere produktionsfördernde Maßnahmen bereitgestellt.

§ 6

Für die weitere Stärkung der Verteidigungsbereitschaft und die Sicherheit der Deutschen Demokratischen Republik sind im Interesse der Erhaltung des Friedens aus dem Staatshaushalt 7 625,0 Millionen M bereitzustellen.

§ 7

Die Haushaltspläne der Bezirke werden wie folgt bestätigt:

	Einnahmen und Ausgaben	Darunter An- teile an den Gesamteinnahmen des Staatshaushaltes	Kassenbestand am 1. Januar 1972 und 31. De- zember 1972
	- in Millionen M -		
Berlin	1 683,6	659,3	39,0
Rostock	1 081,2	602,6	22,0
Schwerin	770,0	485,1	16,0
Neubrandenburg	770,2	496,0	19,0
Potsdam	1 143,3	537,1	24,0
Frankfurt/Oder	801,1	458,3	13,0
Cottbus	932,4	467,6	16,0
Magdeburg	1 342,4	675,9	27,0
Halle	1 789,2	824,8	33,0
Erfurt	1 205,3	601,2	24,0
Gera	837,9	430,5	16,0
Suhl	565,2	234,9	11,0
Dresden	1 806,7	733,9	36,0
Leipzig	1 388,2	500,7	27,0
Karl-Marx-Stadt	1 802,7	624,1	33,0
Insgesamt:	17 919,4	8 332,0	356,0

§ 8

Die örtlichen Volksvertretungen finanzieren ihre planmäßigen Aufgaben aus:

- Einnahmen aus den ihnen unterstehenden volkseigenen Betrieben und staatlichen Einrichtungen;
- Steuern der Produktionsgenossenschaften des Handwerks und der sonstigen Genossenschaften, der Betriebe mit staatlicher Beteiligung, der Kommissionshändler, der privaten Betriebe, des individuell arbeitenden Handwerks und aus sonstigen Steuern entsprechend den Beschlüssen der örtlichen Volksvertretungen sowie aus Gemeindesteuern;
- dem Anteil an den Gesamteinnahmen des Staatshaushaltes.

§ 9

Der Ministerrat beschließt entsprechend den im Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1972 getroffenen Festlegungen über die in Durchführung der Pläne notwendigen Veränderungen des Staatshaushaltsplanes 1972. Der im § 1 festgelegte Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben darf nicht vermindert werden.

§ 10

Durchführungsbestimmungen erläßt der Minister der Finanzen.

§ 11

- (1) Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1972 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt das Gesetz vom 14. Dezember 1970 über den Staatshaushaltsplan 1971 (GBl. I S. 367) außer Kraft.

Das vorstehende, von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am zwanzigsten Dezember neunzehnhunderteinundsiebzig beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den zwanzigsten Dezember neunzehnhunderteinundsiebzig

Der Vorsitzende des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik

W. Ulbricht

Herausgeber: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 – Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 299 36 22 – Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 1538 – Verlag: (610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 269 45 61 – Erscheint nach Bedarf – Fortlaufender Bezug nur durch die Post – Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 1,20 M, Teil II 1,80 M und Teil III 0,75 M – Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr

Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschloßfach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 1054 Berlin, Schwedter Straße 263, Telefon: 42 46 41

Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollensetdruck)

Index 31 816



GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

1971	Berlin, den 29. Dezember 1971	Teil I Nr. 12
------	-------------------------------	---------------

Tag	Inhalt	Seite
29. 11. 71	Vertrauensentschließung der Volkskammer zur Erklärung des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik	199
28. 11. 71	Erlaß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik über die Ausweise und das Recht auf freie Fahrt der Abgeordneten der Volkskammer und über Rechte der Nachfolgekandidaten der Volkskammer und der Bezirkstage	200

**Vertrauensentschließung
der Volkskammer zur Erklärung des
Vorsitzenden des Ministerrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

vom 29. November 1971

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik gibt der Erklärung des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 29. November 1971 ihre Zustimmung.

Vorstehende Vertrauensentschließung wurde von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik in ihrer 2. Tagung am 29. November 1971 beschlossen.

Berlin, den 29. November 1971

Gerald Götting
Präsident der Volkskammer
der Deutschen Demokratischen Republik

**Erlaß
des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
über die Ausweise und das Recht auf freie Fahrt
der Abgeordneten der Volkskammer
und über Rechte der Nachfolgekandidaten
der Volkskammer und der Bezirkstage**

vom 26. November 1971

§ 1

An die Abgeordneten der Volkskammer und an die Nachfolgekandidaten der Volkskammer werden Ausweise ausgegeben.

§ 2

(1) Die Farbe des Einbandes des Ausweises der Abgeordneten der Volkskammer ist schwarz. Der waagrecht verlaufende Aufdruck „Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik“ ist in rotem Prägedruck hergestellt. Das darüber stehende Staatseblem der Deutschen Demokratischen Republik ist in Goldprägedruck ausgeführt.

(2) Die Farbe des Einbandes des Ausweises der Nachfolgekandidaten der Volkskammer ist grün. Der waagrecht verlaufende Aufdruck „Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik“ und das darüber stehende Staatseblem der Deutschen Demokratischen Republik sind in Goldprägedruck ausgeführt.

(3) In der Anlage wird von den Ausweisen der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik je ein Muster der Einbandsvorderseite und der Innenseite in natürlicher Größe wiedergegeben.

§ 3

Diese Ausweise berechtigen zur freien Fahrt auf folgenden Verkehrsmitteln innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik, die der öffentlichen Personenbeförderung dienen und im regelmäßigen Linienverkehr eingesetzt sind:

- a) Eisenbahn
- b) Stadt-, Straßen-, Untergrund- und Seilbahnen
- c) Autobuslinien und Fahrzeuge des Berufsverkehrs
- d) Inlandfluglinien der Interflug
- e) öffentliche Fähren und Fahrgastschiffe.

Berlin, den 26. November 1971

**Der Vorsitzende des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

W. Ulbricht

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

H. Eichler

§ 4

Die Ausweise sind zurückzugeben, wenn das Mandat nicht mehr ausgeübt wird bzw. die Funktion als Nachfolgekandidat erlischt.

§ 5

Für die Nachfolgekandidaten der Volkskammer gelten die Bestimmungen des Artikels 60 Abs. 3 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik sinngemäß. Ihnen dürfen aus ihrer Tätigkeit als Nachfolgekandidaten keinerlei berufliche oder sonstige persönliche Nachteile entstehen. Sie bedürfen zur Ausübung ihrer Tätigkeit als Nachfolgekandidaten keines Urlaubs. Gehalt oder Lohn sind weiterzuzahlen.

§ 6

(1) Für die Nachfolgekandidaten der Bezirkstage gelten die Bestimmungen des § 24 Absätze 1 und 2 des Gesetzes vom 17. Januar 1957 über die örtlichen Organe der Staatsmacht (GBl. I S. 65) sinngemäß. Sie bedürfen zur Ausübung ihrer Tätigkeit als Nachfolgekandidaten keines Urlaubs. Gehalt oder Lohn sind weiterzuzahlen.

(2) Den Nachfolgekandidaten der Bezirkstage werden die bei der Teilnahme an Beratungen der Bezirkstage oder der Organe der Bezirkstage entstehenden zusätzlichen Aufwendungen durch die Räte der Bezirke entsprechend den geltenden Reisekostenbestimmungen erstattet.

§ 7

(1) Dieser Erlaß tritt am 27. November 1971 in Kraft.

(2) Gleichzeitig wird der Erlaß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 16. Juli 1967 über die Anwendung gesetzlicher Bestimmungen für die Nachfolgekandidaten der Volkskammer und der Bezirkstage (GBl. I S. 166) und die Bekanntmachung vom 18. Juli 1967 über die Ausgabe von Ausweisen der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik (5. Wahlperiode) für die Abgeordneten und die Nachfolgekandidaten der Volkskammer sowie die der Volkskammer angehörenden Vertreter der Hauptstadt Berlin (GBl. I S. 166) aufgehoben.

Anlage
zu vorstehendem Erlaß

Muster des Ausweises für die Mitglieder des Präsidiums der Volkskammer

(1. Seite)



VOLKSKAMMER
DER DEUTSCHEN
DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

(2. Seite)

AUSWEIS

Name _____

Geburtsdag _____

Wohnort _____

**MITGLIED
DES
PRÄSIDIUMS
DER
VOLKSKAMMER
DER
DEUTSCHEN
DEMOKRATISCHEN REPUBLIK**

Berechtigt zur
FREIEN FAHRT
auf allen öffentlichen Verkehrsmitteln

(3. Seite)

000 *

Namenszug

BERLIN, den _____

Präsident

Muster des Ausweises für die Mitglieder der Volkskammer

(1. Seite)



VOLKSKAMMER
DER DEUTSCHEN
DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

(2. Seite)

AUSWEIS

Name _____

Geburtsdag _____

Wohnort _____

**MITGLIED
DER
VOLKSKAMMER
DER
DEUTSCHEN
DEMOKRATISCHEN REPUBLIK**

Berechtigt zur
FREIEN FAHRT
auf allen öffentlichen Verkehrsmitteln

(3. Seite)

000 *

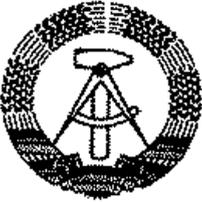
Namenszug

BERLIN, den _____

Präsident

Muster des Ausweises für die Vertreter der Hauptstadt Berlin in der Volkskammer

(1. Seite)



VOLKSKAMMER
DER DEUTSCHEN
DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

(2. Seite)

AUSWEIS

Name _____

Geburtsdag _____

Wohnort _____

**VERTRETER
DER HAUPTSTADT BERLIN
IN DER VOLKSKAMMER
DER
DEUTSCHEN
DEMOKRATISCHEN REPUBLIK**

Berechtigt zur
FREIEN FAHRT
auf allen öffentlichen Verkehrsmitteln

(3. Seite)

000 *

Namenszug

BERLIN, den _____

Präsident

Muster des Ausweises für die Nachfolgekandidaten der Volkskammer

(1. Seite)



VOLKSKAMMER
DER DEUTSCHEN
DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

(2. Seite)

AUSWEIS

Name _____

Geburtsdag _____

Wohnort _____

**NACHFOLGEKANDIDAT
DER
VOLKSKAMMER
DER
DEUTSCHEN
DEMOKRATISCHEN REPUBLIK**

Berechtigt zur
FREIEN FAHRT
auf allen öffentlichen Verkehrsmitteln

(3. Seite)

000 *

Namenszug

BERLIN, den _____

Präsident

Herausgeber: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 – Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 36 22 – Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 1538 – Verlag: (610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 209 45 01 – Erscheint nach Bedarf – Fortlaufender Bezug nur durch die Post – Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 1,20 M, Teil II 1,80 M und Teil III 0,75 M – Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 6,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 8,25 M, bis zum Umfang von 22 Seiten 8,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr

Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschließfach 596. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 1054 Berlin, Schwedter Straße 263, Telefon: 42 46 41

Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollensetdruck)

Index 31 816